

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.



Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 52

Mit 71 Abbildungen

1998

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

P

27 4772,52.1998 LS

0640



Ludwigsburger
Geschichtsblätter

1998

Mr. 71 Abbildungen

ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: **Dr. Thomas Schulz**, Remseck
unter Mitarbeit von Wolfgang Läßle, Asperg

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co, Stuttgart
Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Kaiserstr. 14, 71636 Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter/innen an diesem Band	4
Vorwort (<i>Wolfgang Bollacher</i>)	5
Eine Bebenhauser Privaturkunde von 1243 über Besitzerwerb in Geisnang, einer Vorgängersiedlung von Ludwigsburg von <i>Stephan Molitor</i>	7
1200 Jahre Heimerdingen von <i>Herbert Hoffmann</i>	13
Württemberg als Rechtsfall Der Felonieprozeß gegen Herzog Ulrich 1548 bis 1553 im Spiegel der Rechtsgutachten von <i>Herbert Schempf</i>	35
Die Entstehung der israelitischen Gemeinde in Ludwigsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von <i>Joachim Hahn</i>	47
Ludwigsburg in den Revolutionsjahren 1848/49 von <i>Wolfgang Läßle</i>	67
Links und rechts vom Schienenstrang Ein Nachtrag zur Jubiläumsausstellung »150 Jahre Eisenbahn in Kornwestheim« von <i>Irmgard Sedler</i>	143
Soziale Differenzierung und Anfänge der Arbeiterbewegung im Oberamt Marbach von <i>Klaus Schönberger</i>	175
Berichte und Notizen Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1997/98 (<i>Wolfgang Läßle</i>)	203

Rückblick auf das Jahr 1997 (<i>Thomas Schulz</i>)	211
Buchbesprechungen	226
Bildnachweis	237
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–1998	239
Beilage: Besitzerwerb in Geisnang durch Kloster Bebenhausen 1243 (Faksimile)	3. Umschlagseite

Mitarbeiter/innen an diesem Band

Aichberger, Franzgerhard von, Pfarrer i. R., Stuttgart
 Bergan, Günther, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg
 Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
 Dr. Ernst, Albrecht, Archivrat, Sachsenheim
 Dr. Hahn, Joachim, Pfarrer und Lehrbeauftragter, Plochingen
 Dr. Hoffmann, Herbert, Stadtarchivar, Ditzingen
 Dr. Hofmann, Norbert, Archivdirektor, Lauffen a. N.
 Dr. Kretzschmar, Robert, Ltd. Archivdirektor, Ingersheim
 Läßle, Wolfgang, Stadtarchivrat, Asperg
 Dr. Molitor, Stephan, Oberarchivrat, Marbach a. N.
 Schempf, Herbert, Vorsitzender Richter am Landgericht, Korntal
 Dr. Schönberger, Klaus, Wissenschaftlicher Angestellter, Tübingen
 Dr. Schulz, Thomas, Kreisarchivrat, Remseck
 Sedler, Irmgard, Wissenschaftliche Angestellte, Ludwigsburg
 Dr. Viehöfer, Erich, Leiter des Strafvollzugsmuseums Ludwigsburg, Marbach a. N.
 Zimmerstädt, Karl-Heinz, Prokurist, Steinheim/Murr

Vorwort

Vorstand und Ausschuß des Historischen Vereins sind der Meinung, es könne von einem ausführlichen Bericht über die Jubiläumsveranstaltung des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V. aus Anlaß seines 100jährigen Bestehens im November 1997 in diesem Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter abgesehen werden. Einmal wurde über die Veranstaltung in der Presse berichtet, zum anderen soll der beschränkte Raum in den Geschichtsblättern, soweit es geht, Aufsätzen und Arbeiten zur Heimatgeschichte vorbehalten sein und schließlich soll der Versuchung begegnet werden, daß sich der Verein allzusehr selbst bespiegelt. Das soll nun aber nicht heißen, daß des Jubiläums gar nicht gedacht wird, denn die am 14. November 1997 in der Musikhalle in Ludwigsburg würdig begangene Feierstunde war eine so wichtige Marke in der Biographie des Vereins, daß es falsch wäre, sie nicht zu notieren.

Der Vorsitzende konnte eine außerordentlich große Zahl von Gästen und Mitgliedern begrüßen. Grußworte sprachen Herr Dr. Christof Eichert, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, Herr Dr. Rainer Haas, Landrat des Landkreises Ludwigsburg, und Herr Prof. Dr. Hans-Martin Maurer, Vorsitzender des Verbandes der Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine. Den Grußworten war gemeinsam, daß des Historischen Vereins und seiner Arbeit in 100 Jahren mit Respekt und Dank gedacht wurde. Den Festvortrag hielt Herr Prof. Dr. Sönke Lorenz von der Universität Tübingen über das Thema »Vom Geheimarchiv zum Historischen Verein – 500 Jahre württembergische Geschichtsschreibung«, wobei der Redner dem Historischen Verein in der langen Reihe herausragender historiographischer Leistungen in unserem Lande einen ehrenvollen Platz einräumte. Das Jugendsinfonieorchester Ludwigsburg unter der Leitung von Herrn Landeskirchenmusikdirektor Siegfried Bauer spielte die Orchestersuite Nr. 1 C-Dur von Johann Sebastian Bach. Dann präsentierte der Vorsitzende das Buch »Ludwigsburg – Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997«, mit dem der Historische Verein einen Beitrag zur »Oral History« liefert und sich für vielfältige und jahrzehntelange Unterstützung seiner Mitglieder, des Landkreises und seiner Gemeinden und der Stadt Ludwigsburg bedankt. Bürgerinnen und Bürger der Stadt und des Kreises berichten in dem illustrierten Werk über zeittypische persönliche Erlebnisse, Erfahrungen und Begegnungen aus den vergangenen 100 Jahren. Der Bitte des Vorsitzenden, den Verein, seine Arbeit und die Jubiläumsveranstaltung mit einem »Notopfer« zu unterstützen, die nicht vergeblich blieb, schloß sich ein Stehempfang an, bei dem Faksimiles der Ludwigsburger Zeitung vom 17. November 1897 und der Jubiläumsband zu erwerben waren.

Festveranstaltung und Jubiläumsband wurden freundlichst aufgenommen. Der Jubiläumsband war schon nach wenigen Wochen vergriffen, weshalb inzwischen ein Nachdruck veranlaßt wurde. Es sei an dieser Stelle nochmals allen Damen und Herren gedankt, die zum Gelingen der Veranstaltung und des Jubiläumsbandes beigetragen haben, teilweise unter großen Opfern an Zeit, wobei um Verständnis

gebeten wird, wenn eine Verzeichnung ihrer Namen unterbleibt. Es ist zu wünschen, daß der Verein, der übrigens seit kurzem im Internet zu finden ist, Stadt und Kreis Ludwigsburg auch in künftigen Jahrzehnten dienend begleitet.

Durch den Tod von Herrn Dr. Wolfgang Schmierer wurde das Amt des Redakteurs der Ludwigsburger Geschichtsblätter vakant. Es konnte in Herrn Dr. Thomas Schulz, dem Kreisarchivar, ein qualifizierter Nachfolger gefunden werden. Herrn Dr. Schulz, den Vereinsmitgliedern aus Veröffentlichungen und Vorträgen und als langjähriges Mitglied des Ausschusses des Vereins bekannt, sei Dank dafür gesagt, daß er bereit ist, die verantwortungsvolle, freilich auch schöne Redaktionsarbeit zu übernehmen. Er wird die Ludwigsburger Geschichtsblätter im Sinne seiner Vorgänger im Redaktionsamt fortführen, aber da und dort auch neue Akzente setzen. Der Verein wünscht ihm Glück und gutes Gelingen.

Der vorliegende 52. Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter, mit dem Herr Dr. Thomas Schulz als Redakteur debütiert, stellt interessante Aufsätze und Beiträge vor, die darauf warten, von den Leserinnen und Lesern studiert zu werden. Einige der Aufsätze sind, wenn dieser Band erscheint, bereits als Vorträge im Historischen Verein gehalten worden, so die rechtshistorische Abhandlung über den Felonieprozeß gegen Herzog Ulrich (Herbert Schempf), der Beitrag über die Entwicklungsgeschichte der israelitischen Gemeinde in Ludwigsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Dr. Joachim Hahn), die orts- und sozialgeschichtlich sehr bemerkenswerte Untersuchung über 150 Jahre Eisenbahn in Kornwestheim (Irmgard Sedler) und der gründliche Bericht über Ludwigsburg in den Revolutionsjahren 1848/49 (Wolfgang Läßle), mit dem des »Revolutionsjubiläums« gedacht wird. Dr. Herbert Hoffmann zeigt die Geschichte Heimerdingens in wechselvollen 1200 Jahren auf, und Dr. Klaus Schönberger setzt seinen Aufsatz über die Sozialgeschichte der Industrialisierung im Oberamt Marbach in Band 51 der Ludwigsburger Geschichtsblätter mit Ausführungen über die Anfänge der Arbeiterbewegung ebenda fort. Berichte und Notizen, der Rückblick auf das Jahr 1997 und Buchbesprechungen schließen den Band ab, an dessen Anfang die kleine, von Dr. Stephan Molitor verfaßte Exegese der Urkunde des Abts Peter von Bebenhausen aus dem Jahre 1243 steht. Darin geht es um die Beilegung eines Streites, der entstanden war, nachdem Gebhard von Lichtenstein dem Kloster Bebenhausen ein Gut in Geisnang verkauft hatte, dem mittelalterlichen Dorf auf Ludwigsburger Gemarkung, das schon um 1100 und nicht, wie bisher angenommen, um 1150 erstmals erwähnt wurde.

Im November 1998

Dr. Wolfgang Bollacher

Eine Bebenhäuser Privaturkunde von 1243 über Besitzerwerb in Geisnang, einer Vorgängersiedlung von Ludwigsburg*

von Stephan Molitor

Die 900. Wiederkehr des Jahres der Gründung von Citeaux, des burgundischen Stammklosters des Zisterzienserordens, soll hier zum Anlaß genommen werden, an die Rolle zu erinnern, die das diesem Orden angehörende Kloster Bebenhausen für den Raum des heutigen Landkreises Ludwigsburg gespielt hat. An vielen im Kreisgebiet gelegenen Orten hatte das von den Pfalzgrafen von Tübingen vor 1187 zunächst als Prämonstratenserklöster gegründete Bebenhausen Besitz.¹ Auch die Stadt Ludwigsburg selbst steht in mittelbarer Verbindung zu der Abtei: Zwar beginnt die Geschichte der Stadt erst mit dem Bau von Schloß Ludwigsburg, dessen Grundstein 1704 gelegt wurde, doch läßt sich Ludwigsburgs Geschichte bekanntlich über die vormals Bebenhäuser Besitzungen Erlachhof, Fuchshof und Schafhof bis Geisnang (im Bereich des heutigen Stadionbades gelegen) und damit zu einer für Zisterzienserabteien typischen Grangie zurückverfolgen.²

Geisnang – der Ortsname wird mit Weidewirtschaft in Verbindung gebracht³ – wird erstmals im Zusammenhang mit einer Schenkung an das berühmte Reformkloster Hirsau im Schwarzwald genannt. Die Ersterwähnung findet sich in dem um das Jahr 1500 nach hochmittelalterlichen Aufzeichnungen zusammengestellten Schenkungsbuch dieses Klosters, dem sogenannten Codex Hirsaugiensis.⁴ Bernhoch, ein Verwandter (*cognatus*) von zwei Hirsauer Konventualen namens Hartwig und Egilolf, schenkte demnach das, was er in Benningen (*Bunningen*) und Geisnang (*Gisnach*) besaß, an die Schwarzwaldabtei. Das Gut (*predium*) zu Geisnang, das – wie es heißt – Bernhoch und besagtem Hartwig gemeinsam gehörte, wurde indessen verkauft, der Erlös von sechs Mark für den Erwerb eines Gutes in Pforzheim verwendet. Wenn – was naheliegt – mit dem erwähnten Gütererwerb in Pforzheim jener Kauf gemeint ist, bei dem Hirsau ein Viertel des Ortes (*ibidem quartam partem ville*) für insgesamt 70 Mark erwarb, wäre die Ersterwähnung Geisnangs früher als bisher üblich (»um 1150«⁵) anzusetzen. Denn unter den Zeugen des Pforzheim betreffenden Rechtsgeschäfts finden sich auch solche, die wir aus anderen datierten oder datierbaren Zeugnissen kennen. Diese Zeugen treten teilweise bereits im 11. Jahrhundert in Erscheinung⁶, so daß die Ersterwähnung Geisnangs – unter dem genannten Vorbehalt – durchaus auf »um 1100« angesetzt werden kann.

Leider wird der Käufer, der das Gut in Geisnang um 1100 – wie wir jetzt sagen möchten – von Kloster Hirsau erwarb, nicht genannt. Geisnang erscheint in der schriftlichen Überlieferung erst wieder um das Jahr 1200, diesmal bereits als Ort,

* Eine farbige photographische Wiedergabe der heute im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter der Signatur A 474 U 782 verwahrten Urkunde ist Beilage zu diesem Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter. Dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist für die Reproduktionsvorlage und die Abdruckerlaubnis zu danken.

an dem das Zisterzienserkloster Bebenhausen begütert war.⁷ Um die Mitte des 13. Jahrhunderts schließlich soll die bereits mehrfach beschriebene Umwandlung des offenbar zielstrebig vermehrten Besitzes am Ort in eine Grangie erfolgt sein⁸, in einen landwirtschaftlichen Besitzkomplex also, der den Ordensgrundsätzen gemäß mit klostereigenen Kräften, insbesondere Laienbrüdern (Konversen), bewirtschaftet wurde.⁹

In diesen Kontext der Besitzarrondierung gehört eine kleine Urkunde, die uns Einblick in die mit den klösterlichen Gütererwerbungen in Geisnang verbundenen Umstände gewährt. Zugleich bietet uns das Stück einen Zugang zu dem nahezu unüberschaubar großen Bereich mittelalterlicher Urkunden von nichtköniglichen und nichtpäpstlichen Ausstellern, die pauschal als »Privaturkunden« bezeichnet werden. Ihre Erforschung und Erschließung ist insbesondere für das spätere Mittelalter kaum erst ansatzweise bewältigt. Die Auseinandersetzung mit diesen Zeugnissen stellt auch für die Orts- und Regionalgeschichte, soweit sie sich auf solider, quellenorientierter Basis bewegt, eine Herausforderung dar.

Unsere zeitgemäß in lateinischer Sprache abgefaßte, auf Pergament geschriebene und mit drei Siegeln besiegelte Urkunde hält Vereinbarungen fest, die im Jahre 1243 in Reutlingen im Hinblick auf ein vom Kloster Bebenhausen von Gebhard von Lichtenstein erworbenes, in Geisnang gelegenes Gut getroffen wurden. Als Aussteller treten ein Abt P. und der Konvent von Bebenhausen in Erscheinung. Von diesem Abt, der Petrus bzw. Peter hieß, ist nicht viel bekannt.¹⁰ Er tritt nur wenige Male urkundlich und damit chronologisch faßbar in Erscheinung.¹¹ Der Zeitrahmen seines Abbatiaats wird in der Forschung – zwischen einem Abt Hermann, der »um 1230« eingeordnet wird, und einem »nach 1243« angesetzten Rudolf – mit »ca. 1240 ff.« bestimmt¹²; in der Reihe der Bebenhäuser Äbte wird er an zehnter Stelle geführt.¹³ Nach der »Intitulatio« und dem an alle Leser der Urkunde gerichteten Heilswunsch wird in der sich anschließenden »Arenca« der allgemeine Grund für die schriftliche Fixierung des Vertrages ausgeführt: Schriftlichkeit ist Schutz gegen das Vergessen. Nach der »Publicatio«, der Formel mit der Öffentlichkeit hergestellt wurde (*Notum sit omnibus...*), folgt der eigentliche rechtliche Gehalt der Vereinbarung. Formulargerecht schließen sich die Zeugenennungen an.

Die Datierung kommt ohne Tagesangabe aus. Dies ist ein zwar bemerkenswerter, nicht aber außerordentlicher Befund. Da Urkunden durchaus im voraus oder aber im nachhinein abgefaßt sein konnten, muß man den mitgeteilten Sachverhalten nicht zwangsläufig mit Mißtrauen begegnen, wenn einmal – wie hier – eine Tagesangabe oder sogar jede Form der Datierung fehlen sollte.¹⁴ Neben dem Inkarnationsjahr, dem Jahr seit der Fleischwerdung des Herrn, wird die Indiktion, eine nach einem 15jährigen Zyklus römischen Ursprungs errechnete Angabe, richtig mit 1 angegeben.

Die drei an Pergamentstreifen anhängenden Siegel – deren Anbringung im Urkundentext nicht angekündigt ist – sind die des Achalmer Vogtes Konrad, des Bebenhäuser Abtes und der Stadt Reutlingen. Die vor über 100 Jahren im Württembergischen Urkundenbuch von den Siegeln gelieferte Beschreibung¹⁵ ist heute aufgrund zwischenzeitlich eingetretener weiterer Beschädigungen nur noch teilweise zu verifizieren; eine in jüngster Zeit vorgenommene Restaurierung soll weiteren Schäden vorbeugen.

Inhaltlich wird in unserer Urkunde eine typisch mittelalterliche Auffassung von

Eigentum sichtbar. Denn zu dem Verkauf des Gutes in Geisnang mußten die Brüder des Verkäufers ihre Zustimmung geben, wofür sie sich in unserem Fall bezahlen ließen. Man spricht hier vom »Erbenlaub«, einer im mittelalterlichen deutschen Recht gegebenen, aus der Gebundenheit des Familienguts erwachsenen Notwendigkeit zur Einwilligung der zur Zeit der Veräußerung nächsten Erben zu der von dem künftigen Erblasser getätigten Veräußerung.¹⁶ Die Wirksamkeit dieser Regelung steht außer Frage. Um die Zustimmung der Brüder für den Güterverkauf in Geisnang durch Gebhard von Lichtenstein zu erlangen, ohne die das Geschäft nicht rechtsgültig geworden wäre, mußte Abt Petrus nach Reutlingen reisen, um sich dort das Erbenlaub geben zu lassen, wie es in unserer Urkunde festgehalten ist.

Zeile

Edition¹⁷

- 1 *P(etrus), divina miseracione abbas in Bebinhusin¹⁸, et ibidem conventus omnibus presentem paginam in-*
 2 *specturis salutem et orationes. Ne labantur memorie ea, que geruntur in tem-*
 3 *poris, scripti*
 4 *munimine roborantur. Notum sit omnibus presens scriptum inspicientibus,*
 5 *quod nos*
 6 *pro quodam bono empto a Gebhardo de Liehtinsein¹⁹ sito in Gizinanc²⁰*
 7 *litem,*
 8 *quam habuimus pro eodem bono cum predicti Gebhardi fratribus, apud*
 9 *Rvtelingin²¹ decidimus*
 10 *in hunc modum, quod nos duobus fratribus dicti G(ebehardi), videlicet Swa-*
 11 *negero et B(ertoldo), XXVI libras Hallensium dedimus*
 12 *et ipsi omni iuri in idem bonum habito renunciaverunt, hoc addentes, quod*
 13 *ipsi duo, id est*
 14 *Swanegerus et Bertoldus, essent obsides, quod eorum frater [. . .]²² tercius in*
 15 *eodem bono iuri suo similiter re-*
 16 *nunciaret. Presentibus C(ōnrado)²³ advocato in Achalm²⁴, A. sculteto,*
 17 *Harthvsario, Bahtone, Walthero*
 18 *causidico, Eberh(ardo) de Riete²⁵, Cō(n)r(ado) Kozzelino, Hagenone, Hain-*
 19 *rico kamerario, Hainrico preconone.*
 20 *Acta sunt hec apud Rvtelingin M^o CC^o XL^o III^o anno incarnationis domi-*
 21 *nice, indictione prima.*

Übersetzung

P(etrus), durch göttliche Barmherzigkeit Abt in Bebenhausen, und der dortige Konvent (wünschen) allen, welche die vorliegende Urkunde einsehen, Heil und Gebete. Damit nicht das dem Gedächtnis entgleite, was in der Zeit geschieht, wird es durch den Schutz der Schrift gesichert. Kund sei allen, die das vorliegende Schriftstück einsehen, daß wir den Streit, den wir wegen eines von Gebhard von Lichtenstein gekauften, in Geisnang gelegenen Gutes mit den Brüdern des vorgenannten Gebhard im Hinblick auf besagtes Gut gehabt haben, bei Reutlingen

dahingehend entschieden haben, daß wir den beiden Brüdern des genannten Gebhard, nämlich Swaneger und Berthold, 26 Pfund Heller gegeben haben und diese auf jegliches an diesem Gut gehabte Recht verzichteten, wobei sie hinzufügten, daß sie beide, also Swaneger und Berthold, Gewährsmänner dafür sein wollten, daß ihr dritter Bruder . . . in ähnlicher Weise auf sein Recht an diesem Gut verzichten würde. In Gegenwart von: K(onrad), dem Vogt zu Achalm; A., dem Schultheiß; Harthusar; Bahto; Walter, dem Amtswalter (?)²⁶; Eberh(ard) von Riet; Ko(n)r(ad) Kozzelin; Hageno; Heinrich, dem Kämmerer; Heinrich, dem Stadtschultheiß (?)²⁷.

Dies ist geschehen bei Reutlingen, im 1243ten Jahr der Fleischwerdung des Herrn, in der ersten Indiktion.

Anmerkungen

- 1 Jürgen Sydow: Die Zisterzienserabtei Bebenhausen (Germania Sacra NF 16, Berlin/New York 1984) § 22 S. 162 ff.; Wilfried Setzler: Die Geschichte des Klosters Bebenhausen von den Anfängen bis zur Aufhebung, in: Die Zisterzienser in Bebenhausen, hrsg. von Ursula Schwitalla und Wilfried Setzler, Tübingen 1998, S. 9–28 (mit Besitzkarten S. 13 f. Abb. 8 f.).
- 2 Gerhard Heß: Zur Geschichte der Alt-Ludwigsburger Markung, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 13, 1957, S. 43–80; Wolfgang Bollacher: Die Entwicklung der Zisterziensergrangie Geisnang, in: ebd. 15, 1963, S. 7–21; Wolfgang Schmierer: Zur Entstehungsgeschichte von Ludwigsburg, in: ebd. 32, 1980, S. 79–94, S. 84; Christian Belschner: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten. Von Walter Hudelmaier neu bearb. und bis zur Gegenwart erweiterte dritte Auflage, Ludwigsburg 1969, S. 26 ff.
- 3 Lutz Reichardt: Ortsnamenbuch des Stadtkreises Stuttgart und des Landkreises Ludwigsburg, Stuttgart 1982, S. 51.
- 4 Codex Hirsaugiensis, hrsg. von Eugen Schneider (Württembergische Geschichtsquellen 1 = Anhang zu Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 10, 1887), fol. 41b.
- 5 So etwa noch in: Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. 3, Stuttgart 1978, S. 423. – Der Ansatz »um 1150« erfolgte offenbar im Anschluß an die von Eugen Schneider vorgenommene Zuweisung eines voranstehenden Eintrags im Codex Hirsaugiensis. Da den Eintragungen in Schenkungsbüchern indessen keine durchgehende chronologische Ordnung zugrunde liegt, ist dieser Ansatz – auch abgesehen von den gelegentlich ohnehin nicht haltbaren Datierungen Schneiders – unbegründet.
- 6 Zum Beispiel Bubo von Ifflingen erstmals im Jahre 1085 (vgl. Stephan Molitor: Das Reichenbacher Schenkungsbuch, Stuttgart 1997, S. 116 P 9 mit N. 6); Eberhard von Seedorf 1084 (Notitiae foundationis et traditionum monasterii s. Georgii in nigra silva, MGH SS XV/2 S. 1014 Nr. 46); zu einer möglichen Erwähnung Adalberts von Salzstetten bereits zum Jahr 1087 vgl. Molitor, Schenkungsbuch, S. 123 P 19 mit N. 13.
- 7 Württembergisches Urkundenbuch (= WUB) 3, Stuttgart 1871, S. 481–483 Nachtr. 23, S. 482 bei Anm. 16. Die ebd. Anm. 16 geäußerten Vorbehalte gegen die Ortsidentifizierung sind inzwischen hinfällig; vgl. Sydow (wie Anm. 1) S. 173.
- 8 Wie Anm. 2.
- 9 Sydow (wie Anm. 1) S. 146 ff.
- 10 Ebd. S. 226.
- 11 WUB 3 S. 445 Nr. 941 mit der Datierung »um 1240«; WUB 4 S. 43 f. Nr. 993 »um 1243«; ebd. S. 45 Nr. 994 im Jahre 1243.
- 12 Sydow (wie Anm. 1) S. 226.
- 13 Ebd. S. 263.

- 14 Dies ist bei einer zweiten von Abt Petrus ausgestellten Bebenhäuser Urkunde über Erwerbungen in Geisnang der Fall, die ganz ohne Datierung überliefert ist; WUB 4 S. 43 f. Nr. 993. Sie wird wegen des Güterortes Geisnang in zeitlichen Zusammenhang mit der hier behandelten Urkunde gesetzt und »um 1243« eingeordnet.
- 15 Vgl. auch Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 3, 1852, S. 123.
- 16 Vgl. Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 1, Berlin 1971, Sp. 956.
- 17 Die mit Zeilenzählung versehene Transkription folgt der Vorlage buchstabengetreu, mit Ausnahme von u und v, die (außer bei Eigennamen) ihrem Lautwert entsprechend wiedergegeben werden. Übliche Abkürzungen sind ohne besondere Kennzeichnung aufgelöst. Frühere Drucke: ZGO 3, 1852, S. 122 f.; Württembergisches Urkundenbuch 4, Stuttgart 1884, S. 45 Nr. 994.
- 18 Zur Person des Abtes s. oben bei Anm. 10 ff.
- 19 Lichtenstein, abgegangene Burg bei Honau, Kreis Reutlingen. Eine gleichnamige Person verkaufte 1277 Güter in Oeffingen an das Kloster Bebenhausen; WUB 8 S. 3 Nr. 2638.
- 20 Geisnang.
- 21 Reutlingen.
- 22 Anfangsbuchstabe des Namens, für den etwas Platz frei gelassen wurde, fehlt; in ZGO 3 (wie Anm. 17) S. 123 Anm. 3 wird auf einen 1245 erwähnten Gero de Liechtenstein hingewiesen.
- 23 Die Namensauflösung ergibt sich aus der Siegelumschrift.
- 24 Achalm, abgegangene Burg bei Reutlingen.
- 25 Altenriet, Kreis Esslingen.
- 26 *causidicus*: Sachwalter, Stellvertreter usw.
- 27 *praeco*: Stadtschultheiß, Ausrufer, Herold, Ammann usw.

1200 Jahre Heimerdingen

von Herbert Hoffmann

Erste urkundliche Nennungen

Heimerdingen, der westlichste Stadtteil der Großen Kreisstadt Ditzingen, feierte dieses Jahr mit zahlreichen Veranstaltungen die erste urkundliche Erwähnung des Ortsnamens vor 1200 Jahren. Die historische Quelle, auf die man sich dabei berufen konnte, ist das aus dem 12. Jahrhundert stammende Schenkungsbuch des ehemaligen Reichsklosters Lorsch, in dem die Nachricht überliefert ist, daß am 2. Juni des Jahres 798 ein gewisser Odaccar dem Kloster Lorsch 50 Tagwerke Ackerland »in pago Glemisgowe in Heimradingen« vermacht hat.

Wer dieser Odaccar war, wissen wir nicht. Es war wohl ein Adliger, zumindest ein Freier, der Herr über Grund und Boden in Heimerdingen war. Es ist die einzige Schenkung dieses Menschen an das Kloster Lorsch, die uns überliefert ist. Da es auch der einzige Besitz des Klosters Lorsch in Heimerdingen blieb und dieser Besitz nicht einmal den 50. Teil der Heimerdinger Markung betraf, wollen wir keine weiteren Vermutungen über die Rolle dieses Klosters in Heimerdingen anstellen. Sicher ist nur, daß das »Kapitel Lorsch« in Heimerdingen im Jahre 902 endete, in dem das Kloster seinen Heimerdinger Besitz mit anderem Besitz im Glemsgau an einen ebenfalls nicht näher bekannten Reginboto veräußerte.

Die nächste Nachricht über Heimerdingen kann man den Eintragungen des elsässischen Klosters Weißenburg entnehmen. In dem um 870 verfaßten Weißenburger Urkundenbuch, dessen Abschrift aus dem 13. Jahrhundert überliefert ist, heißt es: »Ad Heimmortinga est area dominica, de terra salica mansi 2, basilica cum decima, mansi absi 4.« Das Kloster besaß demnach in Heimerdingen zwei Höfe des Herrenlandes (mit ca. 60 bis 100 Morgen) und vier weitere Höfe, die zur Zeit der Abfassung der Urkunde nicht bewirtschaftet wurden. Außerdem besagt dieser Urkundeneintrag, daß im 9. Jahrhundert hier eine »basilica« existiert hat, die samt der Zehntabgaben dem Kloster Weißenburg gehörte. Von dauerhafter Wirkung ist der Einfluß dieses Klosters deshalb, weil die Klosterheiligen Petrus und Paulus die Schutzpatrone für die Heimerdinger Kirche und das Dorf wurden. Die »basilica«, die hier genannt wird, braucht durchaus keine Pfarrkirche gewesen zu sein. Im Sprachgebrauch des Mittelalters ist jede Kirche Basilika, d. h. Versammlungsraum für eine christliche Gemeinde und Grablege für den oder die Grundbesitzer des Dorfes.

Um die Jahrtausendwende verlor das Kloster Weißenburg seinen Besitz im Glemsgau. Einhundert Jahre später erhielt das neu gegründete Kloster Hirsau anderthalb Höfe im Tausch von einem Konrad von Beutelsbach und weitere kleine Besitzungen. Über weitere Besitzverhältnisse im 11. und 12. Jahrhundert ist leider nichts bekannt.

Co in di nomine Don Lamboldi hurs Land. Lantbotr dono ad s. h. mren q. req. in cor. pore in monast Lauris. ubi uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in Glemis goune in nulla hurslande. in hubas et in mansos. cu. edicta. si pular. subnra. Actu in monast Lauris. die. v. ho. ni. maru. Anno. viii. karoli regis. Don. Alchert. H. xpi. nomine. die. in. h. on. hurs Landen. Marti. Anno. vi. karoli regis. fgo. dteber. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. monast. Laur. ubi. uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in nulla hurslande. mantof. u. e. dettra. aratoua. uirnat. ror. e. abos. in. et. in. thingen. mansu. v. e. h. ubi. v. stipul. subnra. de. tu. in. monast. Lauris. r. q. s. Don. Lamboldi.

Co in di nomine h. r. s. l. a. n. den. Lantbotr. dono. ad. s. h. mren. q. req. in. corpe. in. monast. Lauris. ubi. uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in nulla hurslande. e. in thingen. viii. mansos. e. mansos. iiii. e. r. r. lous. e. mancipia. viii. stipul. subnra. de. in. monast. Laur. die. vi. h. on. oct. Anno. pmo. karoli regis. Don. fracomil.

H xpi. nomine. die. viii. kt. hurs Landen. Sept. Anno. xvii. karoli regis. fgo. frico. dono. ad. s. h. mren. q. req. in. corpe. in. monast. Laur. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in nulla hurslanden. castiam. illa. stipul. subnra. Actu. in. mon. Laur. r. q. s. Don.

Nos in di nomine Lantboldi hurs Lande. Lantbotr. e. kupt. parma. dudoni. donam. ad. s. h. mren. q. req. in. corpe. in. monast. Lau rillamensi. ubi. uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in nulla hurslande. e. in thingen. in. hubas. e. mancipia. v. stipular. subnra. Actu. in. monast. Lauris. die. id. sept. Anno. iiii. karoli regis. r. r. Don. Odaccar.

Co in di nomine Odaccar. heunrading. dono. ad. s. h. mren. q. req. in. corpe. in. mon. Lauris. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in beuma dungen. uirnat. de. tra. aratoua. stipul. subnra. Actu. in. monast. Lauris. die. iiii. h. on. iiii. Anno. xxx. karoli regis. Don. Wodalt. idel.

H xpi. nomine. die. v. id. febr. Tizungen. Anno. xxi. karoli regis. fgo. Wodilbur. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. mon. Lauris. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in thingen. i. mansu. e. h. uba. Actu. in. monastio. Laurillamensi. sub. die. e. r. q. s.

H xpi. nomine. Don. Burkmanu. Tizungen. sub. die. iiii. kt. iiii. Anno. v. karoli regis. fgo. bur man. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. monast. Lauris. ubi. uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in Glemis goune in nulla thingen. quiddo. habere. uideo. stipul. subnra. Actu. in. monast. Lauris. r. q. s. Don. Rosame. in. Dala.

H xpi. nomine. die. vi. id. ian. h. e. s. o. j. Anno. xxi. karoli regis. fgo. Rosame. e. fitu. me. us. beuoch. donam. ad. s. h. mren. q. req. in. corpe. in. monast. Lauris. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Walsche. in. D. alabamer. mara. quiddo. habere. uideo. stipul. subnra. Actu. in. monast. Lauris. r. q. s. Don. Heltrud.

H xpi. nomine. die. in. kt. iiii. Dala. h. e. s. j. m. Anno. xxi. karoli regis. fgo. Heltrud. dono. ad. s. h. mren. q. req. in. corpe. in. monast. Lauris. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Walsche. in. D. alabamer. mara. quiddo. habere. uideo. stipul. sub nra. Actu. in. monast. Lauris. r. q. s. Don. Teuna. vti. in.

H xpi. nomine. die. kt. Ho. h. ar. be. am. Anno. ii. karoli regis. fgo. Teubar. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. monast. Lauris. ubi. uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in pa go Walsche. in. nulla. h. ar. be. am. i. mansos. rma. capia. xvi. stipular. subnra. Actu. in. monast. Laurillamensi. r. q. s. Don. Teuna. vti. in.

H xpi. nomine. die. kt. Ho. h. ar. be. am. Anno. ii. karoli regis. fgo. Teubar. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. monast. Lauris. ubi. uener. Gunde Landus alb. pette uidec. in pa go Walsche. in. nulla. h. ar. be. am. i. mansos. rma. capia. xvi. stipular. subnra. Actu. in. monast. Laurillamensi. r. q. s. Don. Teuna. vti. in.

H xpi. nomine. die. vi. id. febr. Tizungen. Anno. xxi. karoli regis. fgo. Wodilbur. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. mon. Lauris. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in beuma dungen. uirnat. de. tra. aratoua. stipul. subnra. Actu. in. monast. Lauris. die. iiii. h. on. iiii. Anno. xxx. karoli regis. Don. Wodalt. idel.

H xpi. nomine. die. v. id. febr. Tizungen. Anno. xxi. karoli regis. fgo. Wodilbur. dono. ad. s. h. mren. qui. req. in. corpe. in. mon. Lauris. ubi. uener. Richbodo. alb. pette uidec. in pa go Glemis goune in thingen. i. mansu. e. h. uba. Actu. in. monastio. Laurillamensi. sub. die. e. r. q. s.

Gund. A.

Kar. R.

Kar. R.

Gund. A.

Gund. A.

Kar. R.

Kar. R.

Rich. A.

Gund. A.

Kar. R.

Rich. A.

Kar. R.

Kar. R.

Rich. A.

Karoli. R.

Gund. Alb.

Karoli. R.

Pagul. Walt. lahn.

Rich. A.

Kar. R.

Rich. A.

Kar. R.

Gund. A.

Kar. R.

Gund. A.

Kar. R.

Gund. A.

Gund. A.

Kar. R.

Seite aus dem »Lorscher Codex« mit der ersten urkundlichen Erwähnung Heimerdingens (linke Spalte 14. Zeile von unten)

Der Heimerdinger Ortsadel

Die Herren von Heimerdingen werden erstmals in einer Urkunde vom 1. Februar 1258 erwähnt. Ein Swigger von Heimerdingen trat damals als Zeuge bei einem Güterkauf des Klosters Maulbronn in Erscheinung. Die Ritter von Heimerdingen stammen aus der Familie der Truchsess von Waldeck, die erstmals 1140 genannt werden und auf Burgen über dem Nagoldtal in der Nähe von Calw lebten. Ein Mitglied der Truchsessenfamilie hat wahrscheinlich eine reich begüterte Dame aus einer anderen Ritterfamilie der Umgebung geheiratet, die über größeren Besitz auf der Heimerdinger Markung verfügte. Gemeinsam nannten sie sich »von Heimerdingen«. Aus dem Wappen der Waldecker übernahmen sie die gekreuzten goldenen Rechen. Ihr Wohnsitz wird wohl mit dem »Burghof« oder dem »Bürglin«, wie es in einer Urkunde aus dem Jahre 1443 heißt, in Verbindung zu bringen sein.

Über das Aussehen dieser Burg können keine genauen Angaben gemacht werden. Bei archäologischen Untersuchungen konnten im Jahre 1987 auf einem Teil des ehemaligen Burgareals Reste der Burgbefestigung mit Wall und Graben, Reste eines Brunnens sowie Reste eines mittelalterlichen Kalkofens geborgen werden, der möglicherweise zur Herstellung von Ziegeln beim Bau der Burg diente.

Über die Ritter von Heimerdingen wäre nicht viel Bedeutendes zu berichten, wäre nicht eine der Damen aus diesem Hause mit Hans von Nippenburg, genannt Schlegel, verheiratet gewesen. Dieser Hans von Nippenburg (gest. 1448) baute den Besitz der Nippenburger im gesamten Strohgäu aus. Als sichtbares Zeichen der ehelichen Verbindung mit Margarete von Heimerdingen wurden die Wappen der Nippenburger und Heimerdinger an der Durchfahrt zum Schöckinger Schloß angebracht, wo sie heute noch einträchtig nebeneinander zu sehen sind. Zu seinen Besitzungen gehörten neben der Nippenburg Güter in Schwieberdingen und Hemmingen sowie die Ditzinger Burg, die 1440 an das Kloster Hirsau verkauft wurde, und dazu zunächst eine Hälfte von Schöckingen sowie Höfe in Gebersheim und Malmsheim und natürlich der Besitz seiner Frau in Heimerdingen.

Die Ritter von Heimerdingen werden letztmals im Jahre 1511 erwähnt. Sie nah-



Wappen der Herren von Heimerdingen

men gemeinsam mit ihren Vettern von der Nippenburg an der Hochzeit Herzog Ulrichs von Württemberg mit der Herzogin Sabina von Bayern teil. Weibliche Nachkommen des Geschlechts werden noch bis 1525 als Äbtissin und Nonne im adligen Damenstift in Oberstenfeld erwähnt.

Heimerdingen wird württembergisch

Neben den ortsansässigen Rittern, also den Herren von Heimerdingen, Höfingen und der Nippenburg, faßten in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts auch die Grafen von Württemberg in Heimerdingen Fuß. Das um 1350 im Auftrag Graf Eberhards des Greiners angelegte Urbar zeigt, daß der Ort damals zur Hälfte dem Grafen von Württemberg gehörte, denn es heißt dort: »Nota diu zway dörfer Hemmingen und Haymertingen sint halbû miner herren und sint min herren vögte und herren darüber.« Die festen Einnahmen daraus beliefen sich auf 3 Malter und 2 Simri Getreide sowie zwei Gülhühner pro Jahr. Insgesamt eine eher bescheidene Abgabe. Noch besaß der Ortsadel die ertragreichen Einnahmen. Die Kirche mit ihren Einnahmen war übrigens 1316 zu einer Hälfte aus dem Besitz derer von Hemmingen und 1355 samt Patronat von Fritz Sturmfeder an die Württemberger verkauft worden. Für das Jahr 1381 ist dann auch eine gewöhnliche Ortssteuer von den Leibeigenen des Ortes in Höhe von 4½ Pfund Heller an die Grafen von Württemberg zu zahlen.

Bis 1462 hatte Württemberg schließlich die ganze Ortsherrschaft in Heimerdingen an sich gebracht: »Der Graf ist Vogt und Herr zu Heimerdingen, hat den Stab und niemand anders.« Nachdem die Württemberger als Inhaber der Vogtei und des Gerichts die unbestrittenen Ortsherren geworden waren, hatten die Heimerdinger dies durch die Zahlung einer speziellen Abgabe oder Steuer, das Vogtkorn, anzuerkennen. Das Vogtkorn hatte die Gemeinde zu sammeln und nach Leonberg zu liefern.

Neben den Angaben über die Abgaben enthalten die Lagerbücher der Herrschaft Württemberg auch einige interessante Angaben über die öffentlichen Einrichtungen, über die das Dorf verfügte. Genannt werden ein Backhaus, in dem alle Bauern ihr Brot backen mußten, und eine Badstube. Eine Kelter und Abgaben vom Ertrag der Weinberge lassen darauf schließen, daß in Heimerdingen in nicht unbeträchtlichem Maße Wein angebaut wurde.

Das Dorf am Beginn der Neuzeit

1462 ging der letzte Rest des adligen Besitzes in die Hände der Württemberger über. Ludwig von Nippenburg hatte seinen verbliebenen Heimerdinger Besitz an Graf Eberhard im Bart für 750 Gulden verkauft. Heimerdingen war von nun an ein württembergischer Ort im Amtsbezirk Leonberg. Nur die Kirche hatte noch eigene Rechte, auch wenn ihre Haupteinnahmen und das Recht zur Ernennung des Pfarrers seit 1316/55 beim württembergischen Grafen lag. Als Herzog Ulrich im Jahre 1534 die Reformation in Württemberg einführte, mußte der katholisch geliebene Pfarrer Bernhard Schlack Heimerdingen verlassen. Die verbliebenen Einnahmen der Pfarrei fielen an den Herzog von Württemberg, der 1535 mit Bartholomäus Rösch den ersten evangelischen Pfarrer in Heimerdingen einsetzte.

Fortan wurden die Regeln für das Zusammenleben der Menschen in weltlichen und geistlichen Dingen ausschließlich in Stuttgart geschrieben. Erste Pflicht der Untertanen war die Steuerpflicht. Hier sind wir gut unterrichtet, wurden doch alle Steuerschulden peinlich genau aufgeschrieben. Im Lagerbuch von 1424 sind 37 steuerpflichtige Bauern in Heimerdingen genannt. 1465, als Heimerdingen ganz zu Württemberg gehörte, waren 45 Bauern steuerpflichtig.

Rückschlüsse auf die Besitzverhältnisse im Dorf lassen die Vermögenssteuerlisten von 1470 und 1525 zu. In diesen Jahren wurden außerordentliche Steuern (Schatzungen) erhoben. Dabei wurden die Steuerbeträge nicht wie bei der »gewöhnlichen Steuer« auf das Dorf umgelegt, sondern wurde jeder einzelne Steuerbürger von einer staatlichen Steuerkommission veranlagt und mit einer Steuer belegt. Von der Schatzung des Jahres 1470 ist das Steuerbuch mit den Namen der einzelnen Steuerpflichtigen und ihren Steuerbeträgen erhalten. Der Steuersatz lag landeseinheitlich bei 5 Prozent vom Vermögen. Der reichste Mann im Amt Leonberg hatte bei einem Steuerbetrag von 300 Gulden ein Vermögen von 6000 Gulden zu versteuern. Der höchste Steuerbetrag in Heimerdingen belief sich auf 27 Gulden, das zugehörige Vermögen auf 545 Gulden. Das gesamte Steueraufkommen des Ortes summierte sich auf 237 Gulden, das Steuervermögen auf 4740 Gulden. Im Durchschnitt ergibt das ein Vermögen von etwa 100 Gulden. Dieser Durchschnittsbetrag sagt wenig über die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse im Dorf aus. Das Vermögen der einzelnen Bauern lag tatsächlich zwischen 20 Gulden und 545 Gulden.

Noch deutlicher wird dieses Vermögensgefälle bei der Auswertung der Zahlen der Schatzung von 1525. Bei dieser Steuer wurde der Wert des Hausbesitzes als Steuergrundlage genommen. 60 Hausbesitzer sind hier verzeichnet. Der Wert der veranschlagten Gebäude lag zwischen 10 und 115 Gulden. Der höchste Betrag ist für die Mühle ausgewiesen. Ein durchschnittliches Bauernhaus hatte einen Wert von etwa 40 Gulden. Etwa zwei Drittel der Heimerdinger besaßen ein Vermögen, das kleiner als 100 Gulden war. Einige wenige hatten ein eher bescheidenes Vermögen zu versteuern.

Zu den »Reichen« im Ort gehörten die Inhaber der großen Lehensgüter »Schafhof« und »Burghof«. Die beiden großen Güter wurden vom Grundherren, den Grafen bzw. seit 1495 Herzögen von Württemberg, als Erblehen verliehen. Der »Burghof« und der »Schafhof« waren als »Dritteilhöfe« vergeben worden, d. h. ihre Inhaber hatten neben beträchtlichen Geldabgaben ein Drittel der Ernte an die Kellerei in Leonberg abzuführen.

Zum »Schafhof« gehörten ca. 350 Morgen (etwa 110 ha) Ackerland. Das entspricht etwa 18 Prozent der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Markungsfläche von zusammen rund 600 ha. Zunächst bewirtschaftete eine Familie allein, mit Hilfe einer großen Zahl von Landarbeitern, den Hof. Bis ins 19. Jahrhundert wurde der Hof aber immer mehr unter verschiedene Besitzer aufgeteilt. Im Jahre 1805 war er schließlich in 17 Teile aufgeteilt, wobei der größte Teileigentümer mit einem Achtel der ursprünglichen Größe noch 44 Morgen unter dem Pflug hatte und die kleinsten Teileigentümer sich mit einem Zweiunddreißigstel, also etwa 11 Morgen, begnügen mußten.

Die Bezeichnung »Schafhof« deutet auf eine herrschaftliche Schäferei hin. Eine solche wurde 1467 in Heimerdingen begründet und wurde zunächst vom Lehens-träger des »Schafhofes« mit betrieben. Der herrschaftliche Schäfer durfte auf zehn



Gebäude Schafhof 6, Aufnahme 1914

Markungen um Heimerdingen seine 600 Schafe treiben. Auch hier ging der dritte Teil des Ertrages an die Kellerei in Leonberg.

Die herrschaftliche Schäferei entzog der Gemeinde einen großen Teil des Weidelandes für die Dorfschäferei, die schon immer betrieben wurde. Die Heimerdinger »Fleckenschäferei« hatte bis zu 450 Schafe. In den anderen Orten, die vom »Schafhofschäfer« beweidet wurden, waren ebenfalls Fleckenschäfer mit ihren Tieren unterwegs. Diese Konkurrenzsituation erzeugte ständig Konflikte. So verwundert es nicht, daß beim Aufstand des »Armen Konrad« 1514, der auch das Leonberger Amt erschütterte, eine der Hauptforderungen der Bauern die Abschaffung der herrschaftlichen Schäferei war. Doch die Hoffnungen der Bauern erfüllten sich nicht. Die herrschaftliche Schäferei in Heimerdingen blieb bis ins 19. Jahrhundert erhalten. Sie mußte dann von den zehn Gemeinden für viel Geld abgelöst werden. Insgesamt flossen dafür 11 340 Gulden in die württembergische Staatskasse.

Der »Burghof« war mit 218 Morgen (68 ha) Ackerland der zweite große Hof der Herrschaft Württemberg in Heimerdingen. Ursprünglich im Besitz des Ortsadels, war er 1443 an den Grafen von Württemberg verkauft worden. Als »Dritteilhof« wurde auch er an einen oder mehrere Bauern verliehen. Aus der Lehensurkunde können wir entnehmen, daß zum Hof die »Burg«, einst im Besitz des Truchsessens von Höfingen, ein Maierhaus, Scheunen, ein Garten, Äcker, Wiesen, Waldbesitz, Felder und Weideland und allerlei Sachgüter gehörten. Die Abgaben waren genau festgelegt und betrug mindestens ein Drittel des Ertrages. Bei Mißernten wurde die Zahlung der Abgaben erlassen.

Hinsichtlich der Dorfverfassung und Dorfverwaltung unterschieden sich die Verhältnisse in Heimerdingen nicht von denen in anderen altwürttembergischen

Dörfern. Der Schultheiß regelte in großer Selbständigkeit die laufenden Geschäfte. Ihm zur Seite standen die Mitglieder des Rates und des Dorfgerichtes. Als weiterer Beamter ist der Bürgermeister zu nennen, der die Steuerlisten führte und die täglichen Geschäfte der Dorfgemeinde besorgte. Weitere Ämter kamen im Laufe des 17. Jahrhundert hinzu: die Hirten und Schäfer, der Dorfschütz und der Nachtwächter, die Untergänger, die die Lage der Grenzsteine zu überprüfen hatten, die Nachlaßrichter, Hebamme, Feuerschauer, Bettelvogt und Fronmeister. Während die Ämter des Schultheißen, des Bürgermeisters und der Rats- und Gerichtsmitglieder ehrenamtlich und gegen eine geringe Entschädigung von wohlhabenden Männern bekleidet wurden, kamen für die übrigen Dienste eher ärmere Bauern in Frage, die sich durch das Amt ein notwendiges Zubrot verdienten.

Über die Heimerdinger Schultheißen sind wir seit 1424 informiert. Im 16. Jahrhundert stellten meist die Inhaber des »Burghofes« oder des »Schafhofes« als die reichsten Männer des Ortes den Schultheißen. Namentlich erwähnt sei Sebastian Zeller, der mit seinen zwei Brüdern Hans und Jakob den Schafhof bewirtschaftete und 1593 im Alter von 30 Jahren zum Schultheißen gewählt wurde und dieses Amt dann bis zu seinem Tod 1617 bekleidete. Von besonderer Bedeutung ist Sebastian Zeller für uns, weil er für sich und seinen 1615 gestorbenen gleichnamigen Sohn prunkvolle Grabmale schaffen ließ, die heute in der evangelischen Pfarrkirche zu sehen sind. Diese Denkmale im Stil der Zeit erinnern an gleichartige Arbeiten für die Ehrbarkeit der Städte oder den ritterschaftlichen Adel. Es spricht also für das Selbstbewußtsein dieses Schultheißen, wenn er für sich und seinen Sohn Grabdenkmale schaffen ließ, die sonst für Angehörige des Adels und der



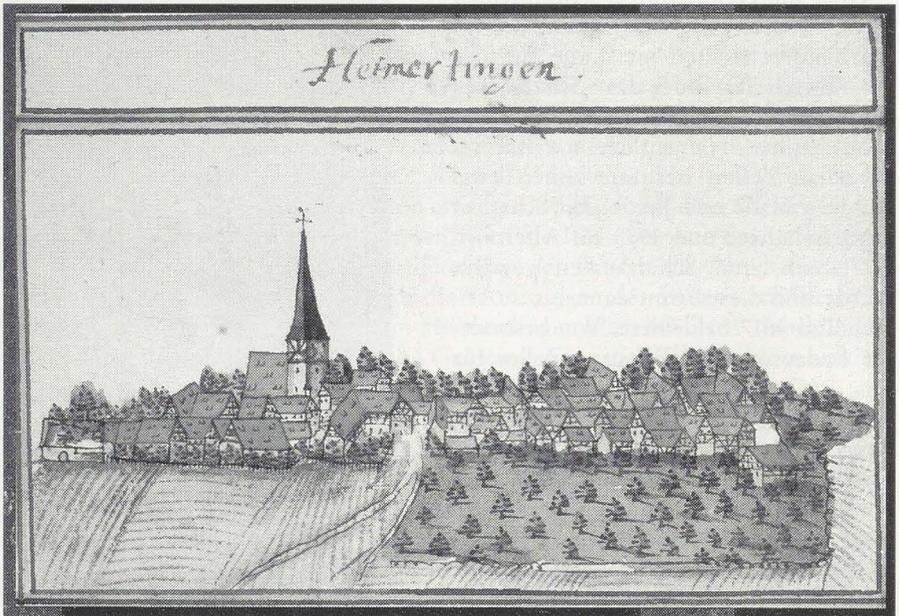
*Grabmal des
Schultheißen Sebastian Zeller d. Ä.*

Ehrbarkeit der Städte vorbehalten waren. Unterstrichen wird dies auch durch die Darstellung der Personen auf den Grabsteinen. Die Verstorbenen erscheinen hier in einer typischen bürgerlichen Tracht der Zeit und mit dem Wappenschild der Familie.

Wohlstand und Selbstbewußtsein, in Stein gehauen in den Grabdenkmälern der Familie Zeller, auf der einen Seite, Elend und Not auf der anderen Seite. So kann man zutreffend die Situation in Heimerdingen zu Beginn des 17. Jahrhunderts beschreiben.

In den Jahren 1596/1597 wütete seit Jahrhunderten erstmals wieder die Pest in Heimerdingen. Der Ort hatte nun ungefähr 500 Einwohner. In den fünf Monaten vom 10. September 1596 bis zum 25. Februar 1597 starben 101 Menschen. Eine Generation später hatte sich der Ort wieder erholt. Doch nun kamen zwei Ereignisse zusammen, die für mehr als die Hälfte der Einwohner den Tod bedeuteten: der Dreißigjährige Krieg und abermals die Pest.

Über die Zahl der Opfer der großen Pestepidemie des Jahres 1635 sind wir nicht genau unterrichtet, weil zu jener Zeit niemand das Totenbuch der Gemeinde führte. Es dürften aber mehr als 200 Personen gewesen sein. Auch die Nachwirkungen der Pest waren schrecklich genug. Die Menschen waren zu schwach, ihre Felder zu bestellen, und viele Dorfbewohner sind, wie es in dem seit 1636 wieder regelmäßig geführten Totenbuch immer wieder heißt, »Hungers gestorben«. In den Jahren 1636 bis 1639 zählte man 131 Tote. 1640 hatte Heimerdingen nur noch etwa 200 Einwohner. Der Vorkriegsstand von rund 500 Einwohnern wurde erst um 1740 wieder erreicht.



*Heimerdingen im Jahr 1682.
Ansicht aus dem Leonberger Forstlagerbuch von Andreas Kieser*

Die erste Heimerdinger Kirche, die im Weißenburger Urkundenbuch erwähnte romanische Basilika, war 1484 durch einen spätgotischen Neubau ersetzt worden. Diese zweite Kirche war umgeben von einer hohen, wehrhaften Mauer.

Am 2. November des Jahres 1776 brach in einem kleinen Gebäude westlich der Kirche ein Brand aus. Das Feuer griff schnell auf die Holzbalken des Kirchturms und das Kirchengebäude über. Innerhalb von drei Stunden war die Kirche samt Glocken, Uhr und der im Jahre 1765 eingebauten Orgel ein Raub der Flammen.

Schon drei Wochen nach dem Brand wurde der Wiederaufbau der Kirche in die Wege geleitet. Der Stuttgarter Kirchenbaumeister Wilhelm Friedrich Götz wurde mit den Planungen beauftragt. Die neue Kirche sollte für die größer gewordene Gemeinde geräumiger werden. Sie wurde sechs Meter länger und 1,80 Meter breiter als der Vorgängerbau.

Ein halbes Jahr nach der Brandkatastrophe konnte der Grundstein für den Neubau gelegt werden. Heimerdingen erhielt nun eine für die Zwecke des evangelischen Gottesdienstes konzipierte Predigtsaalkirche ohne Chorraum. Mehr als 50 Bauarbeiter errichteten den Rohbau in nur zwei Monaten. Am 9. November 1777, also fast genau ein Jahr nach dem Brand, wurde die neue Kirche, versehen mit drei neuen Glocken, einem Uhrwerk und einer Sonnenuhr zum Stellen der Uhr, eingeweiht. Trotz vieler Spenden blieb der Kirchengemeinde eine Schuldenlast von annähernd 10 000 Gulden. 1779/80 erhielt die Kirche auch wieder eine Orgel, die aber schon 1851 wieder durch eine neue Orgel ersetzt werden mußte.

Das 19. Jahrhundert

Heimerdingen hatte am Beginn des 19. Jahrhunderts ungefähr 800 Einwohner. Im Gebäude- und Brandschadenskataster von 1808 sind etwa 140 Wohngebäude verzeichnet. In der Beschreibung des Oberamtes Leonberg von 1852 wird die Zahl der Wohngebäude mit 150, die der Nebengebäude mit 151 angegeben. Zur Mitte des Jahrhunderts stieg die Zahl der Einwohner auf über 950. Bis zum Ende des Jahrhunderts sank die Einwohnerzahl jedoch wieder auf etwa 850 und blieb dann konstant bis zum Zweiten Weltkrieg. Die Zahl der Wohngebäude erhöhte sich über das Jahrhundert nur um eine geringe Zahl auf 160.

Mehr als die Hälfte der Wohngebäude, die im Kataster der Feuerversicherung von 1904 aufgeführt sind, stammten noch aus dem 18. Jahrhundert, waren also 100 Jahre oder älter. Die andere Hälfte war im Laufe des 19. Jahrhunderts modernisiert oder neu gebaut worden. Die Neubauten des 19. Jahrhunderts entstanden bis auf wenige Ausnahmen auf vormals bebauten Grundstücken im alten Ortskern.

In Heimerdingen wohnten im 19. Jahrhundert also etwa 140 bis 160 Familien. Sie lebten von der Landwirtschaft, vom Handwerk, Handel oder verdienten ihr Geld als Waldarbeiter.

Gesicherte statistische Daten liegen über die im Ort ansässigen Handwerker vor. Das Gewerbesteuerkataster von 1824 nennt 60 Handwerker und 24 Gesellen und Hilfskräfte. Die Abhängigkeit vom Zuerwerb ist unübersehbar: Rund die Hälfte aller Familien war auf ein Zubrot durch ein Handwerk angewiesen. Neben den traditionellen Dorfhandwerkern, die für den alltäglichen Bedarf nach Auf-

tragslage immerhin einen mittleren Verdienst erwirtschafteten, traten verstärkt Heimarbeiter, die als Weber oder Schuhmacher im Auftrag von Agenten für den regionalen Markt produzierten. Ihr Verdienst wird als »gering« bis »schlecht« bezeichnet.

Trotz dieser Zahlen blieb Heimerdingen im 19. Jahrhundert ein durch die agrarischen Verhältnisse geprägter Ort. Daher dürften auch die im Zuge der »Bauernbefreiung« erlassenen Gesetze und Verordnungen die Menschen in erheblichem Maße beschäftigt haben.

Die altwürttembergischen Dörfer waren seit Jahrhunderten geprägt durch eine stark genossenschaftliche Verfassung. Die Dorfgemeinschaft war durch den Flurzwang, d. h. die gleichmäßige Bewirtschaftung der Felder im Rhythmus der Dreifelderwirtschaft, ein reges Gemeinschaftsleben mit nachbarschaftlichen Hilfeleistungen und die gemeinsame Werteordnung, die durch Kirche und den Kirchenkonvent gewährleistet wurde, zu einer Einheit zusammengewachsen. Die Ideen der »Bauernbefreiung« hatten dagegen den nach eigenem Gutdünken wirtschaftenden Bauern zum Ziel. Die Lockerung und Beseitigung der überkommenen genossenschaftlichen Bindungen bedeuteten also mehr als die bloße Ablösung von Grundrenten und Restbeständen persönlicher Verpflichtungen. Es entstand eine neue Dorfgesellschaft, in der Grund und Boden zu einem frei veräußerbaren Vermögenswert wurde, der Bauer zum gleichberechtigten Staatsbürger wurde.

Die Auflösung der althergebrachten Bindungen förderte auch den Prozeß der Auswanderung, der auch in Heimerdingen von großer Bedeutung war. Schon 1752 hatten sich acht Familien aus Heimerdingen auf den abenteuerlichen Weg nach Pennsylvanien gemacht. Ein regelrechtes Auswanderungsfieber erfaßte die Menschen dann in den Jahren 1816/17, als überall im Land aufgrund von Mißernten Hunger und Not herrschten und vielen verzweifelten Menschen insbesondere die Vereinigten Staaten als ein Staat erschienen, der mit seinem offenen Land im Westen Einwanderern günstige Siedlungs- und Existenzchancen bieten konnte.

Nach 1820 versiegte die Auswanderungswelle nach Nordamerika fast vollständig. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts setzte erneut eine Auswanderungswelle ein. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Zunächst war es wieder die wirtschaftliche Not. Unwetter und Pflanzenkrankheiten hatten in den Jahren 1846 und 1847 die Erträge stark beeinträchtigt. In der Folge waren die Lebensmittelpreise drastisch gestiegen. Für die Kleinbauern bedeutete dies Existenznot, für die Dorfhandwerker Auftragsmangel, weil die bescheidenen Geldmittel der Bauern für den Ankauf teurer Saat- und Futtermittel und dann sogar für den Ankauf von Lebensmitteln benötigt wurden. Hinzu kam, daß die Überfahrt nach Amerika mit den neuen Dampfschiffen nicht mehr so langwierig und gefährlich war.

Aus dem Oberamt Leonberg zogen von 1851 bis 1854 1858 Personen nach Nordamerika. Aus Heimerdingen waren mehr als 100 Personen dabei. Das waren sieben Prozent der Bevölkerung des Oberamtes und fast 15 Prozent der Heimerdinger Einwohner. Während im Jahre 1752 ausschließlich arme Familien mit vielen Kindern den Ort verlassen hatten, waren es jetzt meist junge Leute, die ihr Glück in Amerika suchten.

Betrachten wir die große Zahl der Auswanderer, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Heimerdingen verließen, näher, so lassen sich drei Gruppen unterscheiden. Die größte Gruppe verließ die Heimat aus wirtschaftlicher Not. Eine zweite, immer größer werdende Gruppe wanderte mit einem beträchtlichen

Vermögen aus. Sie folgten der Aufforderung von Verwandten und Freunden, »alles zu verkaufen und miteinander zu kommen«, weil in Amerika »alles besser ist wie in Deutschland«. Als dritte Gruppe wurden Ortsarme und im Ort unerwünschte, oft vorbestrafte Personen zur Auswanderung veranlaßt. Diese Personen wurden auf Kosten der Gemeinde ausgestattet und mit dem notwendigen Geld für die Überfahrt versehen und schließlich mit sanfter Gewalt abgeschoben. Nicht selten begleitete ein Mitglied des Gemeinderates den Auswanderer bis aufs Schiff, um sicherzustellen, daß das Reisegeld nicht anderweitig verbraucht würde.

Die starke Auswanderungswelle der 1850er Jahre ist in Heimerdingen nicht ohne Wirkung geblieben. Eine Vermehrung des Ackerlandes auf der eigenen Markung erschien vielen als eine Möglichkeit, für die zunehmende Zahl von Menschen eine gesicherte Lebensgrundlage zu schaffen. Etwa 270 ha der Markung waren Waldfläche. Immer wieder stellte die Gemeinde Anträge, Teile der Waldfläche roden und als Ackerland nutzen zu dürfen. Insgesamt 50 ha Ackerfläche sind so im 18. und 19. Jahrhundert gewonnen worden.

Der Wald war aber nicht nur Landreserve. Bis in unser Jahrhundert waren die Einkünfte aus dem Waldbesitz für die Gemeinde und ihre Bürger ein großer Segen. So wurden Bau- und Brennholz in der Regel unentgeltlich abgegeben. Im Jahre 1850 erlöste die Gemeinde Heimerdingen aus dem Holzverkauf den stolzen Betrag von 2586 Gulden, aus der Verpachtung der Jagd noch einmal 40 Gulden. Bei Gesamtausgaben von 9908 Gulden wurde ein gutes Viertel der Ausgaben durch den Erlös beim Holzverkauf gedeckt. Im Jahre 1904 lag der Erlös nach Dekkung des Bedarfs der Gemeinde an Brenn- und Bauholz und nach Abgabe von Holzgaben an die Bürger bei 14 804 Mark. Die Gesamtausgaben der Gemeinde in Höhe von 21 281 Mark wurden somit zu fast 70 Prozent aus den Erlösen des Holzverkaufs gedeckt. Die in waldlosen Gemeinden zu zahlende Bürgersteuer mußte in Heimerdingen nicht erhoben werden.

Den Einnahmen aus dem Holzverkauf verdankt Heimerdingen auch die frühzeitige und großzügige Einrichtung einer zentralen Wasserversorgungsanlage, die im Jahre 1874 in Betrieb genommen wurde. Vor dem Bau dieser Anlage hatte im Ort immer ein Mangel an brauchbarem Trinkwasser geherrscht. Besonders im Sommer mußte das Wasser aus den Brunnen oder aus dem Strudelbach, von wo man es mit Holzfässern heranschaffte, rationiert werden. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde eine Quelle im Strudelbachtal gefaßt, deren Wasser dann seit Herbst 1874 mittels einer Dampfmaschine in einer Rohrleitung in den Hochbehälter Hohwart gepumpt und von dort in elf Laufbrunnen im Dorf verteilt wurde. Die Schule, das Pfarrhaus und das Forsthaus erhielten Hausleitungen. Auch sechs Bürger, darunter die Besitzer der Gastwirtschaften »Adler« und »Ochsen« und der Bierbrauer Karl Mayer, ließen sich einen Wasseranschluß ins Haus legen. Die übrigen Bewohner versorgten sich über die öffentlichen Brunnen. Einige Familien nutzten weiterhin das Wasser aus den privaten Brunnen in den Kellern ihrer Häuser. Erst als nach einer Typhuseuche im Jahre 1909 15 Menschen starben, wurden auch die letzten privaten Brunnen, die nicht an die Wasserversorgung angeschlossen waren, geschlossen.

Dieser erste Einzug des technischen Fortschritts bedeutete ein große finanzielle Kraftanstrengung für den Ort, der abseits von Durchgangsstraßen ein eher beschauliches Dasein kannte. Die heute ausgebauten Straßenverbindungen in die Nachbarorte waren als Feldwege für Wagen kaum passierbar. Die meisten Weg-

strecken wurden zu Fuß zurückgelegt. Der erste Amtsbote von Heimerdingen in die Amtsstadt Leonberg, Friedrich Schwarz (1812–1879), marschierte nach festgelegtem »Fahrplan« an drei Tagen in der Woche bei jedem Wetter über Schöckingen, Hirschlanden und Höfingen nach Leonberg und zurück. Ab der Mitte des Jahrhunderts marschierte der Amtsbote Schwarz dann im Auftrag der württembergischen Post als Landpostbote. Auch als 1865 eine Postkutschenroute von Zuffenhausen über Münchingen und Hemmingen nach Heimerdingen und weiter nach Weissach und Mönshheim eingerichtet wurde, blieb der wandernde Landpostbote im Dienst. 1872 wurde eine neue Postkutschen-Linie vom Ditzinger Bahnhof nach Heimerdingen mit Anschluß nach Vaihingen/Enz eingerichtet. Die Pferdehaltung für diese Linie wurde in Heimerdingen eingerichtet. Sie bestand bis zum Jahre 1906.

Bau der Strohgäubahn

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag Heimerdingen im Schatten der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Während zum Beispiel Ditzingen und andere Nachbarorte seit dem Bau der ersten Teilstrecke der Schwarzwaldbahn 1867/68 an das Eisenbahnnetz angeschlossen waren und davon deutlich profitierten – in unmittelbarer Bahnhofsnähe siedelten sich erste Industriebetriebe an, Arbeitsplätze in Stuttgart und Leonberg waren problemlos zu erreichen, für die Bauern war der Anbau von ertragreichen Sonderkulturen wie Rüben und Mais und durch den Milchverkauf nach Stuttgart auch eine intensivere Viehhaltung rentabel geworden –, fehlten in Heimerdingen solche zukunftsweisenden Impulse noch völlig. So ist nicht verwunderlich, daß die Einwohnerzahl langsam zurückging.

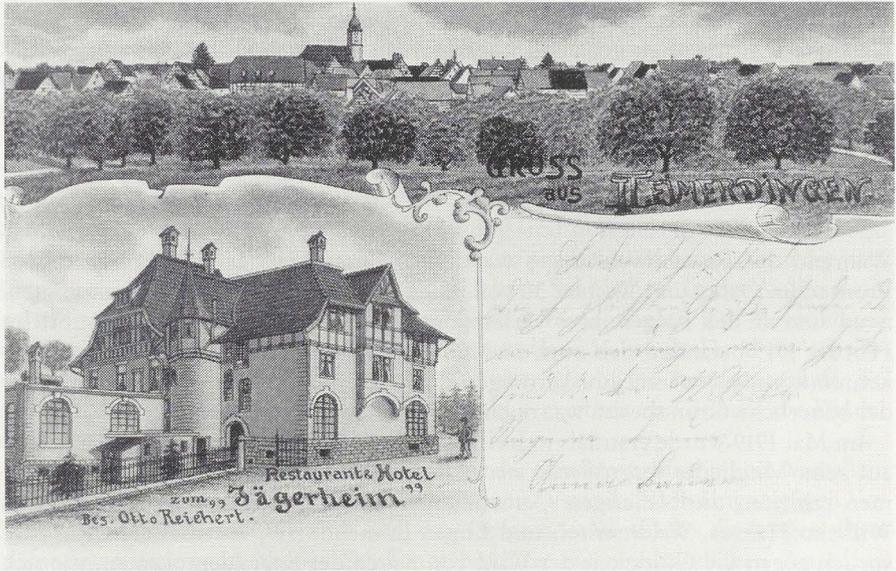
Die Verantwortlichen der abseits der Eisenbahnlinien liegenden Gemeinden Hemmingen, Heimerdingen und Weissach waren sich dieser verhängnisvollen Entwicklung bewußt. Sie betrieben seit den 1890er Jahren in energischer Form den Anschluß ihrer Gemeinden an das Eisenbahnnetz. Dies wurde allerdings dadurch erschwert, daß der württembergische Staat sich inzwischen aus der Finanzierung des Eisenbahnbaus weitgehend zurückgezogen hatte und es in der Hauptsache privaten Unternehmern überließ, den weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes abseits der großen Linien zu besorgen.

Nach langen Vorberatungen entstand das Projekt zur »Erbauung einer schmalspurigen Nebenbahn von Zuffenhausen nach Pforzheim«. Am 31. Januar 1898 richteten die Gemeinden Wiernsheim, Wurmberg, Mönshheim, Iptingen, Nußdorf, Eberdingen, Weissach, Heimerdingen, Hemmingen, Schwieberdingen, Münchingen und Zuffenhausen eine gemeinsame Petition »um staatliche Unterstützung des von einer Privatgesellschaft durchzuführenden Baues einer 1 m breiten Schmalspurbahn von Zuffenhausen nach Pforzheim« an die staatlichen Behörden. Der Staat sollte sich mit 15 000 Mark am Bau beteiligen. Die Gemeinden erklärten sich bereit, die notwendigen Grundstücke und 3000 Mark beizutragen. Die Gesamtlänge der Bahnstrecke wurde mit 50,5 km angegeben. Entlang der Bahnstrecke wohnten zu dieser Zeit etwa 26 000 Menschen. Davon lebten 17 000 von der Landwirtschaft. 1400 Handwerker und Gewerbetreibende und 60 »industrielle Unternehmungen«, in der Hauptsache Mühlen, Ziegeleien und Steinbrüche, lagen an der geplanten Bahn-

strecke. Moderne Industriebetriebe gab es nur in Zuffenhausen und Pforzheim.

Das Projekt kam bekanntlich so nicht zustande. Der Staatszuschuß blieb aus, die beteiligten »armen« Gemeinden westlich von Heimerdingen sahen sich nicht in der Lage, die hohen Kosten aus eigener Kraft aufzubringen. Verwirklicht wurde dann schließlich die 22,3 km lange Strohgäubahn von Korntal nach Weissach.

Wie hoch die Erwartungen an die Bahnstrecke waren, kann man an der ersten Investition im Zusammenhang mit der Bahn in Heimerdingen ersehen. Unmittelbar am geplanten Bahnhof errichtete schon 1901 der begeisterte Jäger Otto Reichert das imposante Hotelgebäude »Zum Jägerheim«. Reichert hatte den Standort



Hotel »Jägerheim«, Postkarte von 1907

des Bahnhofs von seinem Jagdfreund, dem Weissacher Schultheißen Walter erfahren, der als die treibende Kraft für den Bahnbau gilt.

Der Bahnbau selbst begann im Sommer des Jahres 1905. Die Gemeinde Heimerdingen hatte zuvor 94 Grundbesitzer für die notwendigen Grundstücke auf der Bahntrasse mit einem Gesamtwert von 29 721 Mark zu entschädigen. Bei Fertigstellung war noch einmal ein Betrag von 20 000 Mark an die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft AG zu zahlen. Für den Bau solcher Bahnstrecken engagierte der Bauträger viele Hunderte italienischer Saisonarbeiter, die bei den Bauern entlang der Bahnstrecken untergebracht wurden. Auch einige Heimerdinger verdingten sich als Bauarbeiter. So brachte der Bahnbau über die Grundstückserlöse, die Unterkunft und Verpflegung für die Bauarbeiter und schließlich über einige befristete Arbeitsverträge Geld ins Dorf.

Zur Deckung eines Teils der Kosten wurde wieder einmal der Wald herangezogen. Der normale und ein außerordentlicher Holztrieb brachten einen Erlös von 25 300 Mark in die Gemeindekasse. Zum Vergleich: Schultheiß und Gemeinde-

pfleger erhielten eine Besoldung in Höhe von 1100 Mark im Jahr, der Polizeidiener eine Entschädigung von 335 Mark im Jahr.

Die Strohgäubahn wurde am 13. August 1906 feierlich eingeweiht. Sie brachte Vorteile für die Heimerdinger Landwirte, die nun auch verstärkt Rüben und Milch verkaufen konnten. Sie ermöglichte es auch einigen Heimerdingern, in Stuttgart einen Arbeitsplatz zu finden, und der Jugend standen nun die weiterführenden Schulen offen. Die Hoffnungen auf einen florierenden Naherholungsfremdenverkehr wurden jedoch bald enttäuscht. Der Besitzer des Hotels »Jägerheim«, Otto Reichert, mußte im März 1917 Konkurs anmelden. Das Anwesen erwarb der junge Heimerdinger Kaufmann Reinhard Immendörfer, der hier eine Trocknungsanlage für Lebens- und Futtermittel errichten wollte, aber schon einige Jahre später das Gebäude samt den neu gebauten Lagerräumen an den Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften e. V. in Württemberg verkaufte. Weitere Industrieansiedlungen blieben vorläufig völlig aus.

Die Zeit der Weimarer Republik

Während des Ersten Weltkrieges waren 140 Männer aus Heimerdingen an den Fronten im Osten und Westen. 30 von ihnen sind in den Kämpfen umgekommen, neun sind an den Folgen ihrer Verletzungen gestorben oder blieben vermißt. Im Februar 1919 befanden sich noch 25 Mann in Kriegsgefangenschaft. Als sie heimkehren konnten, waren ihre Vermögen durch den Krieg wertlos geworden. Nur der bäuerliche Grundbesitz war noch sicheres Kapital.

Im Mai 1919 wurde erstmals in freier, gleicher und geheimer Wahl ein von sechs auf zehn Mitglieder vergrößerter neuer Gemeinderat gewählt. Die meisten Stimmen erhielten die bisherigen Gemeinderäte Gottlob Riesch, Gemeindepfleger, Wilhelm Hakius, Waldmeister, und Eugen Immendörfer, Gutsbesitzer. Ein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl von Seiten der Sozialdemokraten, die sich unfair behandelt fühlten, wurde abgewiesen. Die revolutionären Veränderungen der großen Politik fanden zunächst in Heimerdingen keinen nennenswerten Niederschlag.

Im August 1919 beschloß der Gemeinderat die Anschaffung einer neuen Rathausglocke aus »bester Glockenbronze«, nachdem die alte »für Zwecke des Krieges« hatte abgegeben werden müssen. Die Inschrift auf der Glocke lautete: »Läute bald bessere Zeiten ein! Beschafft im Jahre des Unterdrückungsfriedens 1919.«

Sichtbarster Ausdruck der wirtschaftlichen Probleme der ersten Nachkriegszeit war die förmlichen Feststellung, daß die Gemeinde Heimerdingen eine »Gemeinde mit Wohnungsmangel ist« und deshalb der Wohnraum durch eine örtliche Satzung »zu bewirtschaften ist«. Die Satzung wurde am 29. Mai 1920 beschlossen. Danach war jede frei werdende Wohnung zu melden und vom Ortsvorsteher neu zu belegen. Mit der Fertigstellung der Bahnverbindung zog es vor allem Arbeiterfamilien nach Heimerdingen. Ab dem Jahr 1923 hat der Gemeinderat dem Zuzug solcher Familien immer öfter widersprochen, weil für die immer größer werdende Zahl junger Familien aus Heimerdingen selbst keine geeigneten Wohnungen nachzuweisen waren.

Die ärgsten Nöte des Inflationsjahres 1923 konnten immer wieder durch Holz-

verkäufe und Holzgaben an die Bürger und natürlich durch die Einkünfte aus der Landwirtschaft abgedeckt werden. Trotzdem waren neue Vorhaben in der Gemeinde vorerst nicht zu verwirklichen.

Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde und ihrer Bürger verschlechterten sich zusehends. Nennenswerte Einnahmen aus der Gewerbesteuer blieben mangels einträglicher Gewerbe aus. Die Einnahmen aus dem Holzverkauf stagnierten und gingen auch wegen der außerordentlichen Beanspruchung des Waldes in früheren Jahren zurück. Im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 1926 wurde »angesichts der heutigen finanziellen Notlage der Gemeinde und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine weitere Gewährung der Bürgergaben bei dem damaligen Waldbestande unwirtschaftlich ist«, einstimmig beschlossen, »eine Bürgergabe aus dem Gemeindewald von heuer ab nicht mehr abzugeben«. Das bedeutete für die Gemeindebürger, daß sie nun erstmals seit Menschengedenken ihr Brennholz und das Holz für den Hausbau käuflich erwerben mußten. Andere wünschenswerte oder gar notwendige Dinge mußten ausgesetzt oder gestrichen werden. Die vom Schulamt gewünschte Einführung hauswirtschaftlichen Unterrichts für Mädchen oder Einsparungen bei der Bewertung der Lehrerstelle oder der Verzicht auf den Bau einer Lehrerwohnung sind Beispiele für den Zwang zum Sparen, den der Gemeinderat an allen Stellen zu praktizieren hatte. Auch die vom Gesetzgeber vorgesehene Einführung des achten Schuljahres in der Volksschule wurde vom Gemeinderat so lange als möglich herausgezögert. Zur Begründung wurden die zusätzlichen Kosten für die notwendigen Lehrmittel und die schwierige Lage der Landwirtschaft angeführt. »Weiter glaubt die Landwirtschaft, bei ihrer gegenwärtig schlechten Lage nicht darauf verzichten zu können, die Kinder möglichst frühzeitig aus der Schule zu haben.«

Für unausweichlich hielt man den Ausbau der Straßenverbindungen. Vor allem die Straße nach Weissach war in einem desolaten Zustand. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Oberamt und der Gemeinde Weissach, die wegen ihres besonderen Interesses an der Straßenverbindung einen zusätzlichen Anteil zu bezahlen hatte, stimmte der Heimerdinger Gemeinderat dem Ausbau der Straße zu. Der Heimerdinger Kostenbeitrag konnte nur über ein Darlehen aufgebracht werden. Im Frühjahr 1927 wurde das Projekt dann tatsächlich vollendet.

Der Gemeindehaushalt konnte in den folgenden Jahren nicht mehr ausgeglichen werden. »Bei dem schlechten Ausfall der Ernte und den niedrigen Obsterlösen aus dem hier stark vertretenen Obstbau kann die Verwaltung nicht verantworten«, die Gemeindesteuern soweit anzuheben, daß der Haushalt ausgeglichen wird. »Weil die Leistungskraft der Landwirtschaft stark überschritten wird«, war der Ausgleich des Haushalts nur über Schuldenaufnahme möglich.

Trotz der äußerst angespannten Finanzlage beschloß der Gemeinderat am 9. Juli 1928 den Ankauf des alten Forstamtsgebäudes, das wegen des Neubaus beim Bahnhof nicht mehr benötigt wurde. Im alten Forstamtsgebäude sollten künftig die Lehrer ihre Wohnung haben. Ein Teil des Kaufpreises konnte über den Verkauf des alten Gemeindeschafhauses und anderer Gemeindegrundstücke erwirtschaftet werden. Den Rest finanzierte man über neue Schulden. Um die Zinsen bezahlen zu können, wurde das ehemalige Forstamtsgebäude zunächst an einen auswärtigen Fabrikanten vermietet, der hier eine Näherei für Trikotagen einrichten wollte. Etwa sechs gewerbliche Arbeitsplätze für junge Frauen sollten eingerichtet werden. Das Unternehmen scheiterte aber schnell an der schlechten Wirt-

schaftslage. Im Februar 1931 wurde das Mietverhältnis mit dem Korsettfabrikanten Götz aufgekündigt und es zogen tatsächlich Lehrer in das alte Forstamtsgebäude.

Am 3. Dezember 1930 starb in Stuttgart Schultheiß Julius Hummel an den Folgen einer Lungenentzündung. Hummel hatte 27 Jahre als letzter Bauernschultheiß die Geschicke des Dorfes geleitet. Mit der fälligen Neuwahl des Bürgermeisters, wie seit Inkrafttreten der württembergischen Gemeindeordnung vom 19. März 1930 die gesetzliche Amtsbezeichnung für den Ortsvorsteher lautete, begann zugleich auch eine neue Ära auf dem Rathaus, wo nun in der Person des erst 27jährigen Wilhelm Sautter aus Vaihingen/Enz ein ausgebildeter, ortsfremder Verwaltungsbeamter die Verwaltung übernahm.

Die Ära Sautter begann dynamisch. Im November 1931 wurde ein altes Thema wieder aufgegriffen und die Einrichtung einer Hauswirtschaftsschule erneut beraten. Nun wollte man eine solche Fortbildungsschule für junge Frauen gemeinsam mit der Gemeinde Hemmingen einrichten. In der Heimerdinger Schule sollte von einer hauptamtlichen Lehrkraft Handarbeits-, Koch- und Turnunterricht sowie allgemeiner Fortbildungsunterricht erteilt werden. Im Herbst 1932 wurde mit der Gemeinde Hemmingen eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Ein weiteres Thema, das der neue Bürgermeister sofort anging, war die Neuorganisation der Feuerwehr. Die bisherige Pflichtfeuerwehr wurde im März 1932 in eine »Freiwillige Feuerwehr« umgewandelt, die durch eine Feuerwehrabgabe zu finanzieren war. Für 30 Männer wurden Helme und Rösche erworben.

Die politischen Parteien spielten in der dörflichen Politik keine sichtbare Rolle. Eine eindeutige parteipolitische Zuordnung der Mitglieder des Heimerdinger Gemeinderates ist nicht möglich. Bei allen Wahlen zum Gemeinderat traten Personen und keine Parteien auf. Die Kontinuität der Wahlentscheidungen ist beeindruckend. Nie wurde ein Gemeinderat abgewählt oder ein neuer Kandidat einem bewährten Mitglied vorgezogen. Auch die Wahlen zu den Parlamenten in Land und Reich, die nach Listen der Parteien durchgeführt wurden, zeichneten sich in Heimerdingen durch ein großes Maß an Kontinuität aus. Mit Ausnahme der ersten Reichstagswahl nach dem Ersten Weltkrieg, als SPD und Demokraten zusammen ein Drittel der Stimmen erreichten, dominierten konservativ-nationale Parteien. Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund konnte bis zu einem Dreiviertel der Wählerstimmen für sich verbuchen. Hier zeigt sich deutlich der landwirtschaftliche Charakter des Ortes, wo die Interessen der Bauern eindeutig dominierten. Die NSDAP erreichte erst 1932 einen nennenswerten Einfluß, als sie ein Drittel der Stimmen gewann. Nach der Machtübernahme stimmte am 5. März 1933 die Mehrheit der Wahlberechtigten, 55,5 Prozent, für die Nationalsozialisten.

1933 bis 1945

Bürgermeister Wilhelm Sautter und seine Gemeinderäte hatten keine Probleme mit den neuen Machthabern. Am 5. Mai 1933 konstituierte sich der »neue« alte, nach dem Gleichschaltungsgesetz gebildete Gemeinderat. Für kurze Zeit behielten die Mitglieder des Bauernbundes noch ihre Selbständigkeit. Nachdem dann aber der Landesverband und die Landtagsfraktion den Zusammenschluß mit der

NSDAP verkündet hatten, gab es auch im Heimerdinger Gemeinderat nur noch einstimmige Voten.

Das änderte sich noch einmal im Jahre 1936. Die Gemeindeverwaltung entschloß sich damals auf Anweisung der Kreisleitung der NSDAP, den kirchlich geführten Kindergarten in Heimerdingen in die Regie der NS-Volkswohlfahrt zu überführen und die evangelische Volksschule in eine »Deutsche Volksschule« umzuwandeln. In diesem Punkt geriet der langjährige Gemeinderat Eugen Immendörfer »in grundsätzlichen Gegensatz zu dem Standpunkt der Gemeindeverwaltung«. Er unterstützte »vorbehaltlos« den Standpunkt des »Kleinkinderpflegevereins«, der unter der Leitung von Pfarrer Kochendörfer »die nationalsozialistische Forderung auf Erziehung der Jugend« einstimmig zurückgewiesen hatte. Seine unbestrittenen Verdienste um die Gemeinde und sein hohes Ansehen im Dorf bewahrten ihn vor größerem Schaden. »Der Kreisleiter hat gegen die Entbindung des Immendörfer von seinem Amt nichts einzuwenden.« So der Text der »Verfügung« des Bürgermeisters zur Entlassung Immendörfers aus dem Gemeinderat.

Die Gemeinde sperrte die Zuschüsse für den konfessionellen Kindergarten. Die eingesparten Beträge sollten einem gemeindeeigenen Kleinkinderschulfonds zugeführt werden. Im Jahre 1939 wurden Pläne für den Neubau einer »Kleinkinderkrippe« unter Leitung der NS-Volkswohlfahrt entwickelt. Die fertigen Baupläne kamen wegen des beginnenden Krieges jedoch nicht zur Ausführung.

Der latente Konflikt der NS-Verwaltung auf dem Rathaus mit der Kirchengemeinde wurde auch auf anderen Feldern ausgetragen. Die körperliche Ertüchtigung der Jugend als vormilitärische Ausbildung lag den Nationalsozialisten von Beginn an besonders am Herzen. Am 21. Februar 1934 regte der Fraktionsführer der NSDAP an, »für die sporttreibende Jugend, insbesondere die Hitlerjugend und SA einen gemeindeeigenen Sportplatz zu schaffen«. Zur Lösung der »Sportplatzfrage« schlug er vor, den vom CVJM gepachteten Platz am Leonberger Weg samt Turnschuppen »zu übernehmen«. Gegen die Übernahme der Pachtzinsen und eine Miete für den Turnschuppen übernahm die Gemeinde die Regie auf dem Sportplatz. Die Turngeräte hatte der CVJM unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Kommunalpolitik war das »Siedlungswesen«. Vor allem Arbeiterfamilien sollten Grund und Boden für den Bau eines bescheidenen Hauses und eine Fläche für den Gartenbau nebst der Haltung von Kleintieren angeboten werden. Dazu wurden vom Reich und vom Land zinsgünstige Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Gemeinden sollten als »Träger des Siedlungsverfahrens« geeignete Grundstücke erwerben und die Verteilung der Zuschußmittel regeln. In Heimerdingen erwarben vier »siedlungslustige« Arbeiterfamilien und ein Landwirt Siedlerparzellen an der Horst-Wessel-Straße (heute Römerstraße), die zu diesem Zwecke erschlossen wurde. Die Plätze hatten eine Größe von 8 Ar und wurden zum Preis von 1200 RM abgegeben. Die Gemeinde zahlte die Erschließungs- und Vermessungskosten sowie den Anschluß an die Wasserversorgung. Insgesamt ein bescheidener positiver Beitrag zur Gesamtentwicklung des Dorfes, in dem nach wie vor industrielle Arbeitsplätze Mangelware blieben.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fanden alle eigenständigen Initiativen der Ortsverwaltung ein jähes Ende. Am 24. November 1939 berichtete Bür-

germeister Sautter seinem durch Einberufungen auf zwei Beigeordnete und zwei Gemeinderäte dezimiertem Gemeinderat: »Wichtige Beschlüsse seien nicht zu fassen gewesen, in dieser Hinsicht lege der von den Gemeinden aufzubringende Kriegsbeitrag größte Zurückhaltung auf.« Bürgermeister Wilhelm Sautter wurde im Februar 1943 zum Militärdienst einberufen. Er ist im Sommer 1944 in Rußland als vermißt gemeldet. Bis zum Ende des Krieges wurde die Gemeindeverwaltung wieder ehrenamtlich vom ersten Beigeordneten, Friedrich Jocher, geführt.

Am 20. Dezember 1944 traf eine große Gruppe von Evakuierten aus dem Rheinland in Heimerdingen ein. Auch etliche Stuttgarter Familien, die ihre Wohnung verloren hatten, fanden in der Gemeinde Zuflucht. Bei Kriegsende befanden sich mehr als 200 fremde Personen im Ort.

Am 10. April 1945 wurde Heimerdingen durch einen gezielten Tieffliegerangriff schwer geschädigt. 22 Gebäude brannten vollständig nieder. Zehn Tage später zogen französische Truppen auf dem Weg nach Stuttgart durch den Ort. Der durch Artilleriebeschuß entstandene Sachschaden hielt sich in Grenzen. Eine Besetzung des Ortes durch französische Truppen fand nicht statt. 76 Männer aus Heimerdingen verloren im Krieg ihr Leben oder gelten als vermißt.

Vom Bauerndorf zur Wohngemeinde

Am 29. Oktober 1945 tagte erstmals der von Militärbehörden eingesetzte »Gemeinde-Beirat« unter Vorsitz von Bürgermeister Munz. Die erste und für lange Zeit wichtigste Aufgabe des Beirates und des am 27. Januar 1946 gewählten Gemeinderates war die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge und Vertriebenen.

Im Jahre 1939 hatte Heimerdingen 865 Einwohner. 1948 waren es 1233 Einwohner. Für 288 »Neubürger«, ein Viertel der Einwohner, mußten bis 1948 Wohnungen neu geschaffen oder bestehender Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Zunächst quartierte man wie in anderen Orten die ankommenden Flüchtlinge in die Wohnungen und Häuser der ehemaligen Parteifunktionäre der NS-Organisationen ein. Auch die »Siedlungshäuser« wurden belegt. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Evakuierten erhöhte sich bis 1958 auf 333 Personen.

Insgesamt scheint die Unterbringung der Flüchtlinge im ländlichen Heimerdingen ohne größere Probleme möglich gewesen zu sein. Zunehmende Diebstähle und Auseinandersetzungen um die Zuteilung von alltäglichen Gütern, aber auch bei der Bereitstellung von Grundstücken für den Hausbau, konnten vom umsichtigen Bürgermeister Franz-René Lehmann gütlich beigelegt werden. Am Iptinger Weg bauten Flüchtlingsfamilien als »Siedlungsgemeinschaft« mit Unterstützung der Württembergischen Heimstätten in Eigenleistung eine Reihe neuer Häuser.

Mit der wachsenden Einwohnerzahl erhöhte sich auch die Zahl der Schüler und Schülerinnen. Das bestehende Schulhaus in der Hindenburgstraße wurde auf drei und später auf vier Schulzimmer ausgebaut. Im Jahre 1952 faßte der Gemeinderat den Beschluß, an der Weissacher Straße ein neues Schulgebäude mit einer Turn- und Festhalle zu errichten. Die Baukosten für Schule und Halle wurden auf ca. 260 000 DM geschätzt. Neben der neuen Schule und der Festhalle wurde dann im Jahre 1955 auch ein wettkampfgerechter Sportplatz angelegt.

Am 15. September 1956 erschien die erste Ausgabe des »Mitteilungsblattes der



Ortsmitte mit der evangelischen Pfarrkirche Peter und Paul, Aufnahme 1950

Gemeinde Heimerdingen«. Gleichzeitig wurde die alte Tradition des Ausschellens der amtlichen Bekanntmachungen eingestellt.

Erste Veränderungen im Ortsbild machten sich nun bemerkbar. Das Gebäude Hausgasse 9 und das benachbarte gemeindeeigene Backhaus wurden 1957 abgebrochen und an diese Stelle der erste Neubau für die Genossenschaftsbank Heimerdingen gebaut. Am 12. Juli 1958 wurde das neue »Genossenschaftshaus« ein-

geweiht. In dem »modernen« Zweckbau waren die Geschäftsräume der Genossenschaftsbank und die Milchverwertungsgenossenschaft mit einem Milchladen untergebracht.

Ebenfalls mit einem Neubau wurden im Jahre 1964 die Bedürfnisse nach einem modernen Kindergarten befriedigt. Evangelische Kirchengemeinde und die bürgerliche Gemeinde hatten gemeinsam das Kindergartenprojekt in der Neuen Straße vorangetrieben. Zur gleichen Zeit reiften bei der jungen katholischen Kirchengemeinde, die erst durch die Zuzüge der Vertriebenen entstanden war und nun 230 Mitglieder hatte, Überlegungen für den Bau eines eigenen Gotteshauses. Die katholische Heilig-Geist-Kirche an der Weissacher Straße wurde nach Plänen des Wernauer Architekten Gerold Reutter als »Dach-Haus« gebaut. Sie wurde am 12. Dezember 1964 der Gemeinde übergeben.

Im Jahre 1970 zählte Heimerdingen rund 2200 Einwohner. Der Ort hatte sich in den 25 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vom Bauerndorf zur Wohn-gemeinde im Umfeld der Großstadt Stuttgart entwickelt. An den Ortsrändern waren Neubaugebiete und Flächen für Industriebetriebe erschlossen worden. Der alte Ortskern hatte durch Aussiedlung und Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben einen Teil seiner gewachsenen Funktionen verloren. Weitere gravierende Veränderungen zeichneten sich ab, nachdem 1968 unter dem Stichwort »Dorferneuerung« in Zusammenarbeit mit der Württembergischen Landsiedlungsgesellschaft und der Staatsbauschule Stuttgart weitreichende Planungen entwickelt worden waren. Das Dorf sollte mit Hilfe von Landes- und Bundesmitteln beispielhaft zu einer »blühenden Wohngemeinde« mit einer großzügigen neuen Ortsmitte mit einem Geschäfts-, Wohn- und Verwaltungszentrum umgebaut werden. Im Bereich »Wiesenäcker« sollten ca. 15 ha Bauland erschlossen werden, dazu noch einmal soviel Fläche für die Ansiedlung von neuen Industriebetrieben bereitgestellt werden. Die Zukunftspläne sahen eine Entwicklung der Einwohnerzahlen auf 4000 im Jahre 1985 und danach auf bis zu 9000 zur Jahrhundertwende vor.

Das Ende der Selbständigkeit

Am 20. Oktober 1971 unterzeichneten die Bürgermeister von Heimerdingen und Ditzingen, Alfred Ehret und Hans Scholder, die »Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Heimerdingen in die Stadt Ditzingen«, die zum 1. Dezember 1971 in Kraft trat. Damit wurde Heimerdingen nach der fünf Monate zuvor erfolgten Eingliederung von Schöckingen zum zweiten Stadtteil der Stadt Ditzingen.

Ausgangspunkt für den Zusammenschluß waren die im Frühjahr 1971 von der Landesregierung ausgegebenen »Zielvorgaben« für die Gemeindereform im Stuttgarter Umland. Danach sollte Ditzingen als »Zentraler Ort« für die Belange der Gemeinden Hirschlanden, Heimerdingen und Schöckingen zuständig sein.

Als im April 1971 die Gespräche über einen Zusammenschluß von Ditzingen mit Schöckingen und Hirschlanden anliefen, wurde für den 18. Mai 1971 auch ein Informationsaustausch zwischen den Gemeinderatsgremien von Heimerdingen und Ditzingen vereinbart. Bei diesem ersten »Kontaktgespräch« ging es noch recht allgemein um die Frage nach der Art der möglichen Zusammenarbeit. Eine wesentliche Rolle bei den Beratungen spielten die zugesagten Finanzzuweisungen

des Landes beim Zusammenschluß und das Ziel »Große Kreisstadt« mit der Möglichkeit, Dienstleistungen und schulische Einrichtungen in einer Qualität zu bekommen, die bei weiterer Selbständigkeit nicht zu erreichen waren.

In einem gemeinsamen Gespräch beim Innenministerium holten sich die Bürgermeister den Segen der Landesregierung. Am 6. Juni faßte der Heimerdinger Gemeinderat den historischen Beschluß, der Bürgerschaft »nur eine Eingliederung nach Ditzingen zu empfehlen«. Gleichzeitig wurde von ihm ein Aufgabenkatalog an die neue Stadt Ditzingen verabschiedet, der durch den Eingliederungsvertrag abgesichert werden sollte.

Der Ditzinger Gemeinderat befaßte sich am 29. Juni und 6. Juli eingehend mit den Heimerdinger Vorstellungen. Vor allem die Einlösung der finanziellen Forderungen, die an konkrete Projekte geknüpft waren – unter anderem Bau eines Bürgerhauses, Erweiterung und Sanierung der Grundschule mit Turn- und Versammlungshalle, Weiterführung der Ortskernsanierung –, bereitete einigen Gemeinderäten Sorgen. Es war schließlich nicht abzusehen, wie hoch die tatsächlichen Kosten für die Baumaßnahmen in der Zukunft ausfallen würden. Zähe Verhandlungen über den Punkt »Aufgabenerfüllung« prägten die kommenden Wochen. Während die Ditzinger Gemeinderäte ihre Zusagen von der Höhe der Finanzzuweisungen des Landes abhängig machen wollten, wie dies in der Vereinbarung mit Schöckingen geregelt war, bestanden die Vertreter aus Heimerdingen auf eine feste Zusage in Höhe von 7,2 Millionen Mark.

Bis zum 4. August 1971 konnten sich beide Seiten auf einen ersten konkreten Vertragsentwurf einigen. Die konkrete Aufgabenerfüllung wurde von Ditzingen zugesagt, ihre Umsetzung aber an die Leistungskraft der Stadt Ditzingen und den Fluß der Fördermittel des Landes gebunden. Der Zeitplan sollte bei fehlender Finanzkraft »im Einvernehmen mit dem Ortschaftsrat Heimerdingen angemessen« gestreckt werden.

Gegen die inzwischen weitgehend ausgehandelten Fusionspläne formierten sich unterdessen in Heimerdingen Meinungen, die für eine weitere Selbständigkeit warben. Für sie hatte sich »die reiche Braut Heimerdingen ohne ersichtlichen Grund zu schnell in die Ditzinger Arme fallen lassen«.

Bei einer außerordentlichen Bürgerversammlung am 18. September warb Bürgermeister Scholder aus Ditzingen zusammen mit seinem Heimerdinger Kollegen für die getroffene Vereinbarung. Bürgermeisteramt und Gemeinderat von Heimerdingen hatten ihre Argumente in einer Broschüre zusammen mit dem Vertragsentwurf an alle Heimerdinger Haushalte verschickt, als am 26. September der Bürger das Wort hatte. Das Abstimmungsergebnis der Bürgeranhörung war eindeutig. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 60 Prozent sprachen sich zwei Drittel der Abstimmenden für den Zusammenschluß aus. Der Heimerdinger Gemeinderat faßte daraufhin mit neun Stimmen bei zwei Gegenstimmen den Beschluß: »Die Gemeinde Heimerdingen wird entsprechend der Vereinbarung vom 20. Oktober 1971 auf 1. Dezember 1971 in die Stadt Ditzingen eingegliedert.«

Württemberg als Rechtsfall

Der Felonieprozeß gegen Herzog Ulrich 1548 bis 1553 im Spiegel der Rechtsgutachten*

von Herbert Schempf

Vor 450 Jahren, am 13. Januar 1548, wurde Herzog Ulrich von Württemberg eine Klage des deutschen, aus dem Hause Habsburg stammenden Königs Ferdinand zugestellt. Aber es ging bei diesem im zivilprozessualen Gewand ausgetragenen Rechtsstreit nicht um Geld oder andere vermögensrechtliche Ansprüche. Ferdinand reklamierte – und das ist in der deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte ziemlich einmalig – nicht weniger als die Herausgabe des Herzogtums Württemberg, und als Grund dafür gab er an, Ulrich habe »propter crimen laesae maiestatis caput et bona allodialia«, also wegen Majestätsverbrechen Haupt und Lehen verwirkt.¹ Der historische Hintergrund ist bekannt und schon öfters behandelt worden.² Ich darf ihn gleichwohl hier in der gebotenen Kürze in Erinnerung rufen.

I.

Die Grafschaft Württemberg wurde 1495 zum Herzogtum erhoben und Eberhard von Württemberg, der mit dem Bart, und seinen Nachkommen als Reichslehen übergeben mit der Auflage, daß es beim Aussterben des Mannesstammes der Württemberger an das Reich zurückfallen und als Kammergut auch beim Reich verbleiben solle.³ Nachdem 1519 Herzog Ulrich⁴, gegen den nicht weniger als dreimal die Reichsacht verhängt wurde, vom Schwäbischen Bund aus dem Land vertrieben worden war, zog Kaiser Karl V. das Lehen ein und überließ es seinem jüngeren Bruder Ferdinand, der auf dem Reichstag von Augsburg 1530 damit belehnt wurde. Aber es gelang Ulrich, besonders mit Hilfe des Landgrafen Philipp von Hessen, das Territorium nach und nach zurückzuerobern und seine Macht wieder zu festigen. Dazu diente eine Reihe von Maßnahmen, unter denen die Einführung der Reformation in Württemberg im Jahre 1534, die auch vor diesem Hintergrund gesehen werden muß, die Schaffung einer Landesordnung 1536 und schließlich auch der Ausbau der Landesbefestigungen als die wichtigsten erscheinen.

Die Schlacht bei Lauffen am 12. Mai 1534 führte zu einer vernichtenden Niederlage der Österreicher. Im anschließenden Frieden von Kaaden vom 29. Juni 1534 verzichtete schließlich Ferdinand auf Württemberg.⁵ Allerdings war das Herzogtum fortan österreichisches Aferlehen, was eigentlich dem Herzogsbrief von 1495 widersprach, wonach das Herzogtum selbst beim Aussterben der Württemberger beim Reich bleiben sollte. Der Friedensvertrag war auch weder von den Kurfürsten noch vom Reichstag genehmigt worden. Unter dem wenig schönen Begriff

* Überarbeitete und um die Anmerkungen erweiterte Fassung des am 15. Januar 1998 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

»Afterlehen« versteht man ein Verhältnis der Ober- und Unterleihe, bei dem also der untere Lehensmann seine Rechte vom Obermann und eigentlichen Vasallen ableitet, wobei juristisch, jedenfalls für den deutschen Rechtskreis, immer umstritten war, inwieweit der Untervasall zum Lehensgeber in einem Treueverhältnis stand.⁶

Im Schmalkaldischen Krieg 1546/1547, so genannt nach dem heute thüringischen Städtchen, in dem 1531 zwischen den meisten evangelischen Fürsten und Reichsstädten gegen den Kaiser der gleichnamige Bund geschlossen wurde, stand Herzog Ulrich auf der Seite der protestantischen Fürsten. Noch vor der Entscheidungsschlacht bei Mühlberg unterwarfen sich die süddeutschen Stände, darunter auch Württemberg, dem Kaiser. Im Heilbronner Vertrag vom 3./8. Januar 1547 nahm dieser Herzog Ulrich wieder in Gnaden auf, allerdings gegen Zahlung einer hohen Geldsumme – 300 000 Gulden – und unter Beibehaltung des Status Württembergs als Afterlehen.⁷ Soweit die historischen Fakten.

II.

Es ist nicht das Ziel dieses Beitrages, die politischen Ereignisse im einzelnen nachzuvollziehen und in ein möglicherweise neues Licht zu rücken. Dazu sind die Historiker berufen. Im Mittelpunkt soll vielmehr die juristische Auseinandersetzung stehen, die sich um die politischen Geschehnisse rankt. Denn diese, von Zeitgenossen als – wie der Basler Jurist und Humanist Bonifacius Amerbach schrieb – »desgleichen bei menschen gedechtniss in Germania nitt gewesen«⁸ charakterisiert, beschäftigte die führenden Juristen der damaligen Zeit, vielleicht nur vergleichbar den Rechtsgutachten, die im Scheidungsverfahren zwischen König Heinrich VIII. von England und seiner Gemahlin Katharina von Aragon in den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts eingeholt wurden.⁹ Bei den Juristen und den Rechtsfakultäten der bedeutendsten europäischen Universitäten wurden von den Streitparteien Rechtsgutachten, Konsilien oder Responsen eingeholt. Sie sollen uns im folgenden beschäftigen. Denn der Rechtsstreit selbst wurde nie entschieden – es gibt also kein zu referierendes Urteil –, sondern endete wie so mancher moderne Prozeß auch: Die Klage wurde zurückgenommen, nachdem man sich außergerichtlich arrangiert hatte. Herzog Christoph, der Sohn und Nachfolger des 1550 verstorbenen Herzogs Ulrich, erkannte in den Passauer Verträgen vom 6. August 1552 und 6. Juni 1553 die Afterlehenschaft Württembergs an und zahlte nochmals eine beträchtliche Geldsumme, andererseits wurde ihm der ungeschmälernte Besitz des Landes bestätigt.¹⁰

Gutachten spielten damals wie heute eine bedeutsame Rolle im juristischen Alltag. Die Gerichte holen solche besonders zu medizinischen und technisch-handwerklichen Fragen mangels eigener Sachkunde ein, heute allerdings weniger zu juristischen Fragen, wenn man von zwei Fällen absieht: Zu Fragen des ausländischen Rechts, die der Richter nach unserem Verfahrensrecht nicht zu kennen braucht, oder zu Rechtsfragen aus historischen Überlieferungen, die er nicht kennen kann – nicht zuletzt, weil die historische Dimension des Rechts¹¹ bei der derzeitigen Juristenausbildung nicht mehr gelehrt wird. Außerdem holen auch Parteien selbst Rechtsgutachten für ihr gerichtliches Vorgehen oder auch zur Beeinflussung der Gerichte ein, der Gesetzgeber bedient sich Gutachtern, ob eine Frage zweckmäßigerweise so oder anders geregelt werden soll. Nicht zu vergessen die Rechtsgutachten, die der Deutsche Juristentag in Auftrag gibt, um rechtspolitisch zu wirken. Dieser 1860 gegründete

ten Vereinigung stand übrigens jahrelang ein Württemberger vor, nämlich Carl Georg von Wächter, dessen 200jährigen Geburtstag wir 1997 mit einer Ausstellung in seinem Geburtsort Marbach am Neckar und einem Symposium an seiner langjährigen Wirkungsstätte, der Universität Leipzig, feierten.¹²

Früher, besonders im 16. und 17. Jahrhundert und schon zuvor, war die Einholung von Rechtsgutachten durch die Gerichte eine Selbstverständlichkeit. Wenige Materien waren ja überhaupt positiv geregelt, die Gerichte überhaupt nicht mit rechtskundigen Richtern besetzt. Sie konnten die an sie herangetragenen Rechtsfragen oftmals nur mit Hilfe ausgebildeter Juristen beantworten. Deshalb beauftragten die Gerichtshöfe entweder einzelne Autoritäten oder ganze Juristenfakultäten der Universitäten, nicht unbedingt die geographisch am nächsten gelegenen, mit einem »Consilium«, einem Ratschlag.¹³ Aus dieser Praxis, um dies kurz hier anzuführen, erwuchs das Institut der Aktenversendung.¹⁴ Die Konsilien wurden nach und nach verbindlich: die angefragten Autoritäten entschieden den Prozeß selbst, wobei allerdings die anfragenden Gerichte den Gutachterspruch durchaus noch als eigenes Urteil fällten. Die schon im römischen Recht belegbare Praxis der Einholung von Rechtsgutachten durch die »Pontifices« gelangte mit der Rezeption des römischen Rechts auch nach Deutschland. Zunächst wurden die Gutachten mündlich eingeholt. Dieser Verfahrensart verdanken wir das schöne deutsche Rechtswort »Rechtzug«. Konnten sich die Laiengerichte nicht zu einer eindeutigen Entscheidung durchringen, etwa weil die geforderte Einstimmigkeit nicht herbeigeführt werden konnte, so konnte der Unterlegene den Prozeß an ein höheres Gericht ziehen: Gericht, Parteien und Fürsprecher zogen oder fuhren zu dem übergeordneten Oberhof oder Schöffenstuhl, um dessen Rat einzuholen. Dieser konnte jedoch keine andere Entscheidung treffen, sondern mußte sich für das »merere« – mit Stimmenmehrheit gefällte – oder »mindere« Urteil des Untergerichts entscheiden. Es war also keine Appellation im modernen Sinne, denn ein anderes Urteil konnte nicht gefällt werden; man konnte sich nur der einen oder anderen Meinung anschließen.¹⁵ Appelliert wurde vielmehr an den Landesherrn oder, soweit das »privilegium de non appellando« nicht entgegenstand, an den Kaiser, in Württemberg also an die beiden Oberhöfe oder Stadtgerichte von Stuttgart und Tübingen, denen ab 1724 in Ludwigsburg ein drittes Obergericht zur Seite gestellt wurde.¹⁶ Das Verfahren wurde nach und nach vereinfacht, die Rateinholung erfolgte schriftlich und schließlich zu einem späteren Zeitpunkt wurden die Akten einfach geschlossen und an den Oberhof versandt. Reichsrechtlich wurde diese Praxis dann in Artikel 219 der »Carolina«, der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532, für den Bereich des Strafrechts verankert. Aber diese, unseren modernen Prozeßrechtsgrundsätzen wie Unmittelbarkeit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit widersprechende Verfahrensart galt – wir würden sagen: gewohnheitsrechtlich – auch für alle übrigen Rechtsmaterien.

III.

Doch nun wieder zurück zu unserem eigentlichen Thema. Nach Eingang der Klage wandte sich Herzog Ulrich an die Juristenfakultät der 1477 gegründeten Landesuniversität in Tübingen. Diese stand damals bereits in voller Blüte und beherbergte eine Reihe der angesehensten Juristen der Zeit.¹⁷ In unserem Zusam-

menhang ist vor allem Johann Sichard¹⁸ zu nennen, weil er so etwas wie der Koordinator in der Prozeßverteidigung Württembergs wurde. Sichard wurde 1499 in Tauberbischofsheim geboren, besuchte die Schule in Erfurt und studierte in Ingolstadt die »Artes«, also die klassischen Fächer Rhetorik, Dialektik, Astronomie, Musik, Grammatik, Arithmetik und Geometrie. Zwischen 1519 und 1520 ist er in der »Schola poetica« in München nachweisbar. Ab 1521 studierte er in Freiburg/Breisgau, wo er die Wertschätzung von Ulrich Zasius erwarb. Auf Empfehlung von Zasius geht er 1524 nach Basel als Nachfolger auf die Professur des Claudius Cantiuncula, eigentlich Charles Chansonette. Wohl erst jetzt im Zuge philologischer Arbeiten dürfte sein Interesse an der Jurisprudenz erwacht sein. 1531 erwirbt er in Basel den juristischen Doktorgrad, verläßt Basel aber 1535 und bleibt bis zu seinem Tod 1552 in Tübingen, trotz verschiedener Rufe als Assessor an das Reichskammergericht nach Speyer oder als Rechtskonsulent der Stadt Nürnberg, die er alle ablehnt. Sichard entfaltete eine umfangreiche Gutachtertätigkeit, deren Bedeutung sich vielleicht am besten daran ermaßen läßt, daß noch 50 Jahre nach seinem Tod eine Sammlung von 53 Rechtsgutachten zu fast allen Rechtsgebieten im Druck erschien.¹⁹ Daneben existieren viele unveröffentlichte Gutachten, die teils im Stuttgarter Hauptstaatsarchiv, teils in der Universitätsbibliothek Basel und anderswo aufbewahrt sind. Ob Sichard, wie allgemein angenommen wird, maßgebenden Einfluß auf die Abfassung des württembergischen Landrechts von 1555 hatte, ist nicht nachweisbar.²⁰

Auch in späterer Zeit war die Konsiliarpraxis der Tübinger Juristenfakultät bedeutend und geschätzt. Die Gutachten von Christoph Besold, dessen Gutachten wohl mit dazu beigetragen hat, daß der Mutter Keplers der Feuertod erspart geblieben ist, der beiden Harpprechts, von Wolfgang Adam Schöpff und anderen sind in nicht weniger als 269 handgeschriebenen Bänden und 14 gedruckten Sammlungen vereinigt, von denen die neunbändige »Consilia Tubigensia«, zwischen 1636 und 1750 bei Cotta in Tübingen erschienen, der bedeutendste Druck ist. Sie sind in den letzten Jahren unter ganz verschiedenen Schwerpunkten gesichtet worden: Bei der Behandlung der Ehrverletzungen²¹, als Quelle der historischen Volkskunde²² oder als Quelle für die Darstellung der Hexenprozesse in Württemberg²³ und des damaligen Strafrechts insgesamt.²⁴

Aus Gründen, die wir nicht kennen, konnten oder wollten zunächst weder Johann Sichard noch die Fakultät ein Gutachten in dieser Sache erteilen. Wohl durch Vermittlung des Prinzen Christoph, dem sein Vater 1542 die Statthaltertschaft der Grafschaft Mömpelgard übertragen hatte, und seines Rats Lukas Schroteisen kam es zu Kontakten zu dem Basler Humanisten und Juristen Bonifacius Amerbach, den auch Sichard schon aus seiner Zeit als Schüler von Ulrich Zasius in Freiburg kannte. Ob Amerbach Sichard schätzte, steht auf einem anderen Blatt, ist doch von ihm folgende Briefstelle überliefert, die eindeutig auf Sichard zugeschnitten ist: »Zasius schilt mich einen Tagedieb und schlägt mir vor, ich solle mich zu seinem Nachfolger als Lehrer des Zivilrechts ernennen lassen. Ich fühle mich zwar diesem Amt nicht gewachsen – kenne ich doch meine schwachen Kräfte und die Größe der Aufgabe –, aber eigentlich sollte ich nur schon deswegen mehr Mut dazu haben, weil ich eine Menge Leute bei uns sehe, die nie einen Blick in die Pandekten geworfen haben, ja, sie kaum dem Namen nach kennen, und sich doch nicht schämen, sich um ein solches Amt zu bewerben. Einen solchen Mann haben wir jetzt in Basel als Nachfolger unseres Claudius (Cantiun-

cula), einen Menschen, der zwar recht gut Latein kann, aber mit Rechtswissenschaft sich nie beschäftigt hat und rein nichts von ihr versteht. Er trägt die Pandekten vor, wie wenn er Terenz oder Plautus zu interpretieren hätte, läßt alle Glossen weg, läßt alle Ausleger weg, und läßt auf sie die ärgsten Flüche herunterprasseln.«²⁵ Aber das war rund ein Vierteljahrhundert vor dem Prozeß.

Amerbach, der als Gutachter gesucht und berühmt war²⁶, scheint zunächst gezögert zu haben.²⁷ Da aber die offizielle Anfrage Württembergs an den Basler Rat gerichtet war und dieser dem Ersuchen entsprach, mußte der als Stadtsyndikus bestellte Amerbach wohl einverstanden gewesen sein. Jedenfalls erstellte er unter dem Datum 28. September 1548 ein Gutachten, bei dessen Abfassung ihm, wie die noch vorhandenen Konzepte zeigen, sein Schwiegersohn und späterer Nachfolger auf dem Basler Lehrstuhl Ulrich Iselin zur Hand ging.²⁸ Das Gutachten wurde am 16. Oktober 1548 übersandt und auf Wunsch des Herzogs zwei Jahre später aufgrund der inzwischen eingegangenen Stellungnahmen anderer Autoritäten ergänzt.²⁹ Aber auch in der Zwischenzeit und nach dem Tode von Herzog Ulrich kam es zu ständigen Kontakten mit Amerbach, dem die weiteren in dieser Sache eingeholten Gutachten zur Stellungnahme zugeschickt und von ihm kommentiert zurückgesandt wurden. Schon zu Beginn des Jahres 1548, also kurz nach Eingang der Klage, hatte sich Prinz Christoph an Amerbach mit der Bitte um Stellungnahme gewandt, inwieweit durch eventuelle Verfehlungen seines Vaters sein Erbrecht und seine Position als möglicher Nachfolger in der Regentschaft betroffen sei. Amerbach antwortete am 11. März 1548 mit einem, wie er schrieb, in großer Eile verfaßten Gutachten.³⁰ Auch mit dem Tod Herzog Ulrichs endeten die Kontakte mit Amerbach nicht, vielmehr war er so etwas wie der juristische Berater des Herzogs Christoph, nicht nur, aber vor allem in den Fragen des württembergischen Lehens.³¹

Da die Sache von existentieller Bedeutung für Württemberg war, wurden neben Amerbach noch weitere Gutachter beauftragt. Das inhaltlich umfangreichste und umfassendste Gutachten stammt von Marianus Socinus, genauer Marianus Socinus dem Jüngeren (1482 bis 1556), Sproß einer berühmten Sienerer Juristenfamilie, der nach Lehrtätigkeiten in Pisa, Siena und Padua ab 1540 in Bologna wirkte, Verfasser eines Dekretalen-Kommentars. Das nach Papierverbrauch umfangreichste und zugleich teuerste Gutachten stammt von der Bologneser Juristenfakultät. Sie verlangte 1500 Kronen – Amerbach bzw. die Basler Fakultät verlangten nur 100 Taler, der Herzog legte noch freiwillig 50 Taler für Amerbach persönlich dazu –, dafür ist das Bologneser Gutachten von allen 14 Mitgliedern der Fakultät unterschrieben.³² Das kürzeste stammt von Andreas Alciat (1492 bis 1550) aus Pavia, dem Lehrer Amerbachs in Avignon und wahrhaft europäischen Gelehrten mit Professuren nicht nur in Avignon, sondern auch in Bourges, Pavia, Ferrara und einer Tätigkeit als Anwalt in Mailand.³³ Alciat gilt auch als Vater der Emblemantik³⁴, war also ein wahrhaft vielseitiger Gelehrter. Die modernsten Gutachten stammen von den Fakultäten in Orleans und Bourges.

Doch damit nicht genug. Nach dem Tod Herzog Ulrichs wurden von seinem Nachfolger weitere Gutachten in Auftrag gegeben. Diesmal meldeten sich sowohl die Tübinger Juristenfakultät als auch Sichard.³⁵ Ein weiteres umfangreiches Gutachten lieferte Franciscus Zoanettus aus Ingolstadt.³⁶ Der aus Bologna stammende Gelehrte war als Ratgeber König Ferdinands bekannt geworden und hatte sich vor allem zu jagdrechtlichen Themen literarisch exponiert, die als juristisch

besonders schwierig galten. Kürzere Gutachten stammen wiederum von den Fakultäten in Orleans und Bourges sowie aus Poitiers. Fürwahr ein reichhaltiges Material, das für eine juristische Analyse herangezogen werden kann, wenn man zudem noch bedenkt, daß die Gegenseite unter anderem Cantiuncula und den vorderösterreichischen Regimentsrat Peter Nesper aus Egisheim als Gutachter angeboten hatte, der von der Tübinger Juristenfakultät im Unfrieden geschieden war.³⁷

IV.

Ist es Zufall oder Absicht, daß die Gutachten gerade bei den nachdrücklichsten Vertretern der beiden damals wichtigsten juristischen Schulen oder Methoden eingeholt wurden, die man mit den Schlagworten »mos italicus« (Bologna, Socinus, wohl auch Amerbach) und »mos gallicus« (Alciat, Bourges und die anderen französischen Rechtsfakultäten) charakterisiert? Sie spiegeln sich im Aufbau und der Art der Abfassung deutlich wider: weitschweifig, Autoritäten, besonders die Kommentatoren ständig zitierend, die Italiener – dagegen die Vertreter der eleganten Jurisprudenz einfach und klar, logisch im Aufbau, insbesondere ohne Zitierung der Glossen, über die der französische Dichter Francois Rabelais (1494–1553) einmal sarkastisch urteilte, sie seien so schmutzig, infam und stinkend wie Unflat und Kehricht.³⁸ Dazwischen vermittelnd Amerbach, der zwar als Schüler Alciats die humanistische Jurisprudenz kennengelernt hatte, aber stets, wie die oben zitierte Briefstelle zeigt, den Klassikern wie Bartolus und Baldus verbunden blieb. Trotzdem war Amerbach vor allem Praktiker. Gerade in einer so eminent politischen Frage wie der Felonie Herzog Ulrichs war für ihn nicht ein gewonnener, möglicherweise aber politisch nicht durchsetzbarer Prozeß das erstrebte Ziel, sondern ein Vergleich. So schrieb er: »So man sich vereinbarn mecht, solte nach gelegenheit gegenwürtiger zeit am wegsten sein, nec mihi imprudenter celebris ille juris interpres, ut negocia cum potentioribus habentes amice transigant, consuluisse videtur.«³⁹

Die Hauptvorwürfe in der Klage Ferdinands gegen Herzog Ulrich lassen sich in drei Gruppen einteilen⁴⁰:

1. Der Beitritt Ulrichs zum Schmalkaldischen Bund als einem gegen Österreich und den Kaiser gerichteten Bündnis.
2. Kriegerische Handlungen während des Schmalkaldischen Krieges, insbesondere gegen Tirol, einem der Kronländer Österreichs. Dabei handelt es sich um eine Episode aus den kriegerischen Ereignissen, zu denen Württemberg unter anderem ca. 2500 Mann Fußvolk gestellt hatte, die unter ihrem Führer Schertlin von Burtenbach bei Füssen die tirolische Grenze überschritten und am 10. Juli 1546 die Ehrenberger Klause sowie die landesherrliche, damals allerdings unbewohnte Burg bei Reutte besetzten und bis Lermoos vorrückten, um den Durchzug in Italien rekrutierter Truppen auf der alten Handelsstraße von Innsbruck über den Fernpaß nach Augsburg zu verhindern. Der Kriegszug wurde jedoch alsbald gestoppt und die Truppen zurückgezogen. Nur die Festung Ehrenberg blieb besetzt.
3. Verstöße des Herzogs gegen den Tübinger Vertrag zu Lasten seiner Untertanen. Letzteres bestritt der Herzog. Zum zweiten Punkt ging die Verteidigung dahin, von der Aktion gegen Tirol nichts gewußt und sie auch nicht befohlen zu haben.

Und der Schmalkaldische Bund war nach dem Verständnis der Bündnispartner ohnehin nicht gegen den Kaiser gerichtet, sondern allein zur Erhaltung christlicher Wahrheit und des Friedens im Reich aus einer Art der Notwehr heraus geschlossen.

Auf dem Hintergrund dieses Prozeßstoffes als der Summe von Tatsachen- und Rechtsbehauptungen formulierte die württembergische Hofkanzlei sechs Fragen, die sie an die Gutachter zur Beantwortung vorlegte. Die ersten beiden galten dem Heilbronner Vertrag von 1547 und seinen Auswirkungen auf den laufenden Prozeß. Wir haben gesehen, daß die Wiedereinsetzung Herzog Ulrichs an verschiedene Bedingungen und Auflagen geknüpft war. Darunter war nicht nur die Zahlung der horrenden Summe von 300 000 Gulden an den Kaiser, sondern auch die Abtretung der Festungen Asperg, Schorndorf und Kirchheim, und vor allem sollte der Herzog dem König Ferdinand wegen dessen Ansprüchen an das Herzogtum Rede stehen.

Konnte also dieser Vertrag, so die erste Frage, der Klage König Ferdinands entgegengehalten werden und zur Abweisung der Klage führen? Die Antwort Amerbachs hierzu war nein, denn Ferdinand war nicht unmittelbar Partei der Vereinbarung gewesen, wenn er sich auch bei den Verhandlungen durch Beobachter hatte vertreten lassen. Er hatte sich allerdings im nachhinein auf die für ihn günstigen Vorbehalte in dem Vertrag berufen. Deshalb müsse er – wie Amerbach etwa argumentierte – auch die gegen ihn sprechenden Bestimmungen gelten lassen, zumal Herzog Ulrich nicht die horrenden Geldsumme aufgebracht und die Abtretung der verschiedenen Landesbefestigungen wie den Asperg vorgenommen hätte, wenn er nicht in dem Glauben gewesen wäre, keine neuerlichen Verhandlungen über den Verlust des Herzogtums riskieren zu müssen. Die Klage widersprach daher auch dem Grundsatz »bonae fidei«.

Im Heilbronner Vertrag waren ferner die Rechte Ferdinands vorbehalten, die er vordem am Herzogtum besessen hatte. Gab dieser Vorbehalt dem König das Recht, gegen Herzog Ulrich wegen Felonie vorzugehen? Diese zweite Frage war zwar im Prinzip zu bejahen. Allerdings enthielt der Vertrag von Kaaden genauere und bestimmtere Regelungen, so daß dieser als »lex specialis« den generellen Vorbehalten im Heilbronner Vertrag voring: »In toto iure generi per speciem derogari constat.« Und außerdem habe der Kaiser selbst die Macht, so die Universität Bologna, jegliche Strafe zu vergeben, also auch das Vergehen der Felonie, wie im Heilbronner Vertrag geschehen.

Was aber nun, wenn man gerade in der Frage des Vorbehalts im Heilbronner Vertrag eine andere Auffassung vertreten wolle? Könne dann die Klage durchdringen? Zwar hatte Herzog Ulrich das Lehen möglicherweise durch sein gegen den Kaiser gerichtetes Verhalten verwirkt. Es entsprach aber der damals anerkannten Lehre – etwa bei Lukas de Penna⁴¹, einem italienischen Rechtsgelehrten aus Neapel, gestorben nach 1382, Verfasser staats-theoretischer und verfassungsrechtlicher Schriften, den Amerbach mehrfach zitiert –, daß ein solcher Lehensheimfall nur dann eintritt, wenn der Vasall dem Verlangen des Lehensherrn nach Genugtuung nicht nachkommt. Gerade das war aber im Heilbronner Frieden geschehen, wodurch Herzog Ulrich wieder in seine früheren Rechte eingesetzt worden war. Jedenfalls wäre, so Amerbach, nicht Ferdinand, sondern allein der Kaiser der Verletzte.

Zwei weitere Fragen galten den Tatbeständen, durch die Ferdinand selbst sich als Lehensherr verletzt fühlte. Ein Punkt etwa war die Besetzung der Tiroler

Festung Ehrenberg. Denn nach allgemeiner Auffassung stellte der Angriff auf die Burg des Lehensherrn einen Angriff gegen diesen selbst dar, und zwar auch dann, wenn sie, wie im Falle der Ehrenberger Festung, vom Lehensherrn zur Zeit des Angriffs nicht bewohnt war. Ausführlich befaßte sich die Bologneser Juristenfakultät mit diesem Problem und stellte fest, daß erst die Glosse die unbewohnte Burg des Lehensherrn der bewohnten gleichgestellt habe, daß nach langobardischem Lehensrecht aber nur der Angriff auf die bewohnte Festung den Tatbestand der Felonie erfülle. Die Glosse aber könne nicht dem Gesetz vorgehen, und deshalb sei Felonie nicht gegeben. Die militärische Teilnahme am sogenannten Donaufeldzug mit der Besetzung der Reichsstadt Donauwörth und die Beschießung des kaiserlichen Lagers bei Ingolstadt erfüllten ebenfalls nicht den Tatbestand der Felonie. Amerbach verneinte insoweit den Vorsatz, der als Tatbestandsvoraussetzung erforderlich sei, weil Württemberg die Hoffnung gehegt habe, Ferdinand werde nicht als militärischer Gegner auftreten.

Die sechste und letzte Frage kreiste um die Möglichkeiten eines Vorgehens des Herzogs seinerseits gegen Ferdinand, ob etwa, wenn die Klage nicht durchdringe, der Herzog auf Entzug des königlichen Rechts am herzoglichen Afterlehen klagen könne, ähnlich dem Fall, daß der Vasall den Lehensherrn zu Unrecht eines Verbrechens beschuldigt und daraufhin sein Lehensrecht aberkannt würde. Die Frage war lehensrechtlich äußerst umstritten. Baldus und auch Zasius bejahten eine solche Möglichkeit, wogegen der schon erwähnte Lukas de Penna beispielsweise den König und andere »magnae personae« von dieser Regel ausnahm. Amerbach bezog hierzu in seinem Gutachten keine Position, sondern argumentierte anders: Den König treffe an der Klage kein Verschulden, weil er nur der Überredungskunst seiner Ratgeber gefolgt sei. Deshalb sei der Verlust seines Rechts nicht gerechtfertigt.

V.

Bislang war noch nicht die Rede davon, wo denn der Prozeß eigentlich anhängig war. Wer konnte überhaupt einen solchen Rechtsstreit zwischen zwei, wir würden heute sagen: souveränen Fürsten entscheiden? Wir sind im Bereich des Lehensrechts, und oberster Lehensherr war der Kaiser. Dieser hatte, jedenfalls bei uns in Deutschland, im Rahmen der Lehensgewalt auch die Gerichtsbarkeit über Streitigkeiten aus dem Vasallenvertrag und seinen Wirkungen oder über das Lehen selbst, übte sie allerdings nicht selbst aus, sondern entweder durch das Reichshofgericht, das allerdings seit 1451 aufgelöst war⁴², oder durch eigens bestellte Kommissionen, wie dies in ähnlichen Fällen geschah, bei denen weniger eine kontraktuelle Verhandlung als eine Untersuchung an Ort und Stelle erforderlich war.⁴³ Ein solches Kollegium wurde 1547 vom Kaiser zur Entscheidung bestellt und zum Vorsitzenden der Erzbischof Adolf von Köln berufen. Die weiteren acht Mitglieder waren Antoine Perrenot de Granvella, damals Bischof von Arras, die Juristen und kaiserlichen Räte Johannes Marquard, Viglius van Zwlichem, damals Präsident des hohen Rats in Brüssel, Johannes Colynus, Georg Sigismund Seld, Simon Revardus sowie die kaiserlichen Räte Heinrich Haß und Gerard von Voltwick.

Einige dieser Persönlichkeiten lassen sich biographisch fassen.⁴⁴ So war Granvella (1517–1586) ein enger Vertrauter Kaiser Karls V. und dessen Abgesandter bei

Verhandlungen mit Frankreich, England und dem Landgrafen Philipp von Hessen. Georg Sigismund Seld (1516–1565) stammte aus Augsburg, hatte in Ingolstadt, Padua, Bologna und Bourges Rechtswissenschaft studiert und war seit 1547 Reichsvizekanzler.⁴⁵ Viglius van Zwicchem⁴⁶ wurde 1507 in Löwen geboren, hatte in Dôle, in Avignon bei Alciat und in Valence die Rechte studiert. Dort hatte er promoviert, wurde zunächst Alciats Nachfolger auf dessen Lehrstuhl in Bourges, danach Offizial in Münster. 1535 bis 1537 ist er Assessor beim Reichskammergericht in Speyer, anschließend bis 1542 Professor in Ingolstadt. Er wird 1542 zum kaiserlichen Rat und Schatzmeister ernannt und nimmt am Reichstag von Worms 1545 teil. Gerard Voltwyckius, Schatzmeister des Ordens vom Goldenen Vließ, war wegen seiner Sprachbegabung geschätzt. Heinrich Haß war Präsident von Luxemburg.

Die Zustellung der Klage war mit der Auflage verbunden, sich binnen 27 Tagen zu rechtfertigen.⁴⁷ Die erste Verhandlung wurde bereits für den 9. Februar 1548 angesetzt. Da die Frist für die Klageerwiderung noch nicht abgelaufen war, wurde zunächst Fristverlängerung beantragt, und außerdem wurde, man erinnert sich an moderne Vorgänge, die Vollmacht des Gegners bestritten, nachdem Herzog Ulrich nicht selbst anwesend war. Die Verhandlung wurde auf den 16. Februar 1548 vertagt. Bereits eine Woche später, am 23. Februar 1548, fand die dritte Verhandlung statt – und dann zog sich der Prozeß über die Monate hin. Zu Beginn des Jahres 1550 wurde dann ein Beweisverfahren eingeleitet⁴⁸, und im Sommer 1550 wurde der Rechtsstreit an den deutschen Hofrat unter dem Vorsitz des Kurfürsten von Mainz verwiesen. Und schließlich, wie schon berichtet, erfolgte die Rücknahme der Klage aufgrund der Ereignisse um die Passauer Verträge vom 6. August 1552 und 6. Juni 1553.

Versuchen wir ein kurzes Resümee:

Bei der Auswahl der Richter, die ja nicht im modernen Sinne unabhängig waren und sich zum Teil in der kaiserlichen Hofbürokratie hochgedient hatten, stand nicht unbedingt zu erwarten, daß sie für die Sache Württembergs eintreten werden. Württemberg stand ja auch in Glaubensfragen auf der anderen Seite. Man versteht deshalb den Appell Amerbachs, nach Möglichkeit einen Vergleich zu suchen und es nicht auf ein Urteil ankommen zu lassen. Die Chancen Württembergs standen ausgesprochen schlecht, trotz der besseren juristischen Positionen.

Neu gesehen werden muß die Rolle Amerbachs bei der Prozeßverteidigung. Er nahm nicht nur juristisch-wissenschaftlichen Anteil am Prozeßverlauf, sondern war ständig integriert, vielleicht auch, wie Beat Rudolf Jenny vermutet, weil eigenes Vermögen sowie Teile der von ihm verwalteten Erasmus-Stiftung auf württembergischem Gebiet lagen, er also auch aus persönlichen Motiven Interesse am künftigen Schicksal des Herzogtums hatte. Hinzu kam, wie man dem Briefwechsel entnehmen kann, eine besondere Sympathie für den Prinzen und späteren Herzog Christoph und dessen Kanzler Schroteisen, in dem er einen juristischen Kollegen sah. Schroteisen war ja gleichfalls Jurist, hatte in Toulouse und Heidelberg studiert und war dort auch Dekan gewesen.⁴⁹ Die Anteilnahme ging so weit, daß Amerbach am 20. April 1548 eine Kiste mit wichtigen Urkunden und Pretiosen in Verwahrung nahm, die ihm aus Mömpelgard überbracht wurde.⁵⁰ Amerbach war es auch, der sich bemühte, italienische Autoritäten als Gutachter zu gewinnen.⁵¹

Und schließlich ist die Geschichte der Rechtsgutachten, die im Zuge des Felo-

nieprozesses eingeholt wurden, auch ein Beitrag zur europäischen Rechtswissenschaft und europäischen Rechtsgeschichte. Denn die Stellungnahme so unterschiedlicher Wissenschaftler wie Socinus, Amerbach, Alciat, Zoanettus, Chansonnette u. a. wäre nicht möglich gewesen, wenn diese bei der Ausarbeitung ihrer Gutachten nicht von einer einheitlichen Rechtsordnung, in diesem Fall dem Lehensrecht, ausgegangen wären und hätten ausgehen können. In Oberitalien entstanden, hatte es zwar starke regionale Unterschiede erfahren, war aber in seinen tragenden Grundlagen doch überall einheitlich und verbindlich, nämlich im römischen Recht, dessen Rechtskultur um 1100 in Oberitalien wiederentdeckt worden war und für die nächsten 700 bis 800 Jahre in Europa herrschend werden sollte, nicht ohne Spuren bis in die Gegenwart zu hinterlassen.

Anmerkungen

- 1 Hans Rudolf Hagemann: Bonifacius Amerbach und der württembergische Felonieprozeß, in: Festschrift für Claudio Soliva zum 65. Geburtstag, Zürich 1994, S. 109 ff.
- 2 Eingehend bei Christoph Friedrich Stälin: Württembergische Geschichte, Bd. 4, Stuttgart 1873, S. 373 ff. und S. 529 ff. Speziell zur juristischen Problematik Hermann von Seeger: Der Felonieprozeß gegen Herzog Ulrich von Württemberg, in: Festgabe zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Königs Karl von Württemberg, Tübingen 1889.
- 3 Der Herzogsbrief wurde verschiedentlich publiziert, zuletzt bei Stephan Molitor (Bearb.): 1495: Württemberg wird Herzogtum (Ausstellungskatalog), Stuttgart 1995, S. 82 ff.
- 4 Zur Biographie Herzog Ulrichs immer noch umfassend Ludwig Friedrich Heyd: Ulrich, Herzog zu Württemberg, 3 Bände, Tübingen 1841/44. Dazu auch Volker Press: Herzog Ulrich (1498–1550), in: 900 Jahre Haus Württemberg, Stuttgart 1984, S. 110–135; Horst Carl: Ulrich, in: Das Haus Württemberg. Ein biographisches Lexikon, Stuttgart 1997, S. 103–106.
- 5 Der Text des Friedensvertrags von Kaaden bei August Ludwig Reyscher: Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. 2, Stuttgart/Tübingen 1829, S. 75–85. Kaaden liegt in Böhmen zwischen Karlsbad und dem ebenfalls alten Badeort Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov).
- 6 W. Goez: Afterlehen, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG) Bd. 1, Berlin 1964, Sp. 60 f.
- 7 Fortan trugen deshalb auch die Habsburger den Titel eines Herzogs von Württemberg. Das offizielle Krönungsporträt des Kaisers Ferdinand II. von 1619 beispielsweise weist ihn u. a. auch als »Dux Württembergae« aus.
- 8 Die Amerbachkorrespondenz, Bd. 7, hrsg. von Beat Rudolf Jenny, Basel 1973, Nr. 3163 Zeile 92.
- 9 Hans Thieme: Die Ehescheidung Heinrich VIII. und die europäischen Universitäten, Karlsruhe 1957 (Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe Heft 31).
- 10 Der Vertragstext ist abgedruckt bei Reyscher (wie Anm. 5) S. 99–104.
- 11 Louis Carlen: Die historische Dimension des Rechts, Graz 1981 (Kleine Arbeitsreihe zur Europäischen und Vergleichenden Rechtsgeschichte Band 15).
- 12 Zu Wächter vgl. Ferdinand Elsener: Der Jurist Carl Georg v. Wächter (1797–1880), in: 500 Jahre Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Tübingen 1977, S. 471 ff.
- 13 Konsiliensammlungen und Literatur bei Guido Kisch: Consilia. Eine Biographie der juristischen Konsiliensammlungen, Basel 1970.
- 14 G. Buchda: Aktenversendung, in: HRG Bd. 1 (wie Anm. 6) Sp. 84 ff. mit weiterer Literatur.
- 15 G. Buchda: Appellation, in: HRG Bd. 1 (wie Anm. 6) Sp. 196 ff.

- 16 Dazu mußte eigens die alte Gerichtsgrenze zwischen den Gerichten Tübingen und Stuttgart aufgehoben werden, die von der »Staiß«, der alten Weinsteige in Stuttgart, gebildet wurde. Fortan galt ein Wahlgerichtsstand zwischen den drei Gerichten.
- 17 Karl Konrad Finke: Die Tübinger Juristenfakultät 1477 bis 1534, Tübingen 1972.
- 18 Hans Erich Feine: Johann Sichard, in: Schwäbische Lebensbilder Bd. 5, Stuttgart 1950, S. 60–72; Guido Kisch: Johannes Sichardus als Basler Rechtshistoriker, Basel 1952.
- 19 Kisch (wie Anm. 13) S. 78.
- 20 H.-W. Thümmel: Württ. Landrecht, in: HRG Bd. 5, Berlin 1998, Sp. 1573 ff.
- 21 Jochen Geipel: Die Konsiliarpraxis der Eberhard-Karls-Universität und die Behandlung der Ehrverletzung in den Tübinger Konsilien, Stuttgart 1965.
- 22 Ferdinand Elsener: Konsilien der deutschen Juristenfakultäten als Quellen der historischen Volkskunde, insbesondere auch der rechtlichen Volkskunde. Am Beispiel der Tübinger Konsilien, in: Festschrift für Robert Wildhaber, Basel 1972, S. 91 ff.
- 23 Sönke Lorenz: Die Rechtsauskunftstätigkeit der Tübinger Juristenfakultät in Hexenprozessen (ca. 1552–1602), in: Hexenverfolgung. Beiträge zur Forschung, Würzburg 1995, S. 203–240.
- 24 Hermann von Seeger: Die strafrechtlichen Consilia Tubingensia von der Gründung der Universität bis zum Jahre 1600, Tübingen 1877.
- 25 Zitat nach Guido Kisch: Humanismus und Jurisprudenz. Der Kampf zwischen mos italicus und mos gallicus an der Universität Basel, Basel 1955, S. 11.
- 26 Guido Kisch: Bonifacius Amerbach als Rechtsgutachter, in: Festgabe für Max Gerwig, Basel 1960, S. 85 ff.; H. Winterberg: Amerbach, Bonifacius, in: HRG Bd. 1 (wie Anm. 6) Sp. 145 ff.
- 27 Vgl. Amerbachkorrespondenz Bd. 7, Nr. 3059. Amerbach empfahl, Alciat zu beauftragen.
- 28 Das Gutachten wie auch die übrigen befinden sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter A 85 Bü 99. Dazu Hagemann (wie Anm. 1) S. 111.
- 29 Gutachten vom 25. Dezember 1550, abgedruckt in: Die Amerbachkorrespondenz, Bd. 8, hrsg. von Beat Rudolf Jenny, Basel 1974, S. 334 ff.
- 30 Amerbachkorrespondenz Bd. 7, Nr. 3036 Anm. 6.
- 31 So ist bekannt, daß Amerbach am 22. November 1551 ein umfangreiches, im Original verschollenes Gutachten zur Reform der württembergischen Eheordnung vorlegte; vgl. Amerbachkorrespondenz Bd. 8, Nr. 3439, 3481 und 3564. Auch in erbrechtlichen Fragen aus der Grafschaft Mömpelgard wurde Amerbach öfters bemüht; vgl. Amerbachkorrespondenz Bd. 7, Nr. 3207, 3208, 3222 und 3229.
- 32 Original im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter A 85 Bü 4. Amerbach charakterisiert es wie folgt (Amerbachkorrespondenz Bd. 7, Nr. 3198): »Halt 80 bletter, doch uff klein papir und der mossen geschriben, das ich acht, es mog uff 20 oder 25 bletter gmeinlich geschriben werden. Es ist furwar fiel gelts, darab ich mich ser verwundert.«
- 33 Herzog Ulrich fragt bei ihm am 22. Dezember 1548 wegen eines Gutachtens an; vgl. Amerbachkorrespondenz Bd. 8, Anhang Nr. 12. Das Honorar betrug 200 Kronen.
- 34 Andreas Alciat: Emblematum Libellus, Paris 1542 (ND Darmstadt 1991). Vgl. auch Arthur Henkel/Albrecht Schöne: Emblemata. Handbuch zur Sinnbildkunst des 16. und 17. Jahrhunderts, Stuttgart/Weimar 1996, S. XXXIV.
- 35 Sichards Gutachten datiert vom 30. November 1550; Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 89 Bü 91.
- 36 Biographische Angaben zu Zoanettus bei Johann Heinrich Zedler: Großes Vollständiges Universallexikon, Halle/Leipzig 1732/54 (ND Graz 1961), Bd. 63, Sp. 20 f.
- 37 Zu Nesper vgl. Finke (wie Anm. 17) S. 210 ff.
- 38 Adalbert Erler: Thomas Murner als Jurist, Frankfurt/Main 1956, S. 16.
- 39 Amerbachkorrespondenz Bd. 8, Anhang Nr. 4 Zeile 195 ff.
- 40 Ich folge im folgenden der Darstellung bei Hagemann (wie Anm. 1) S. 112 ff.
- 41 Bibliographische Angaben zu Lukas de Penna bei Helmut Coing (Hrsg.): Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte Bd. 1, München 1973, S. 275.
- 42 F. Battenberg: Reichshofgericht, in: HRG Bd. 4, Berlin 1990, Sp. 615 ff.

- 43 R. Hoke: Kommissar, in: HRG Bd. 2, Berlin 1978, Sp. 974 ff.; Raimund J. Weber/Alexander Brunotte: Akten des Reichskammergerichts im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bd. 1, Stuttgart 1993, Einführung S. 22 ff.
- 44 Die nachfolgenden biographischen Angaben entnehme ich, soweit nicht anders vermerkt, dem Zeidlerschen Universallexikon (wie Anm. 36).
- 45 Zahlreiche Hinweise zu Seld bei Karl Heinz Burmeister: Das Studium der Rechte im Zeitalter des Humanismus im deutschen Rechtsbereich, Wiesbaden 1974.
- 46 Auch Viglius van Aytta. Vgl. Coing (wie Anm. 41) Bd. 2, München 1977, S. 522 ff.
- 47 Diese Frist ist nicht zufällig, steckt doch darin die symbolische Zahl 3 in ihrer Vielzahl, denn $3 \times 3 \times 3$ sind 27. Auch die Genesis rechnet mit Monaten zu 27 Tagen. Vgl. Bernhard Grossfeld: Zeichen und Zahlen im Recht, Tübingen 1993, S. 165.
- 48 Aus zahlreichen Äußerungen Amerbachs ist zu entnehmen, daß Zeugen einvernommen wurden, wohl zur Frage von Verstößen des Herzogs gegen den Tübinger Vertrag.
- 49 Zu Schroteisen vgl. Walter Bernhardt: Die Zentralbehörden des Herzogtums Württemberg und ihre Beamten 1520 bis 1629, Stuttgart 1973, Bd. 2, S. 627.
- 50 Amerbachkorrespondenz Bd. 7, Nr. 3050.
- 51 Amerbach wollte sich, außer an Socinus und die Fakultäten von Bologna und Pavia, auch nach Ferrara, Padua und Mailand wenden. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist nicht bekannt.

Die Entstehung der israelitischen Gemeinde in Ludwigsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

von Joachim Hahn

Die Aufnahme jüdischer Familien in Ludwigsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Entstehung der israelitischen Gemeinde in Ludwigsburg, deren offizieller Gründungstag der 1. Juli 1849 war und die bis zu ihrer gewaltsamen Auflösung im Juli 1939 bestand, geht auf die Zeit Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Nachdem bereits im 18. Jahrhundert – in der Zeit zwischen etwa 1728 und 1742 und wieder zwischen 1754 und 1766 – einige jüdische Hoffaktoren am herzoglichen Hof tätig waren, darunter der bekannte Joseph Süß Oppenheimer, sind kurz nach 1800 wiederum einige Juden in Ludwigsburg aufgenommen worden. In einer Statistik aus dem Jahr 1800 wird ausdrücklich noch kein Jude in der Stadt genannt, im August 1803 ist von 17 Juden die Rede.¹ Dabei handelte es sich um Götsch Moses und Judas Moses mit ihren Familien und um Joseph Goldschmid.

Warum wurden gerade in diesen Jahren unmittelbar nach 1800 in Ludwigsburg Juden aufgenommen? Nach wie vor galt ja in Württemberg ein Niederlassungsverbot für Juden, das durch die Landtagsabschiede von 1739 und 1770 nochmals bestätigt worden war. Um 1800 war es freilich die Zeit der napoleonischen Kriege, die zur Aufnahme dieser drei Juden führte. Alle drei konnten auf Grund ihrer offenbar weitreichenden Handelsbeziehungen mit Lieferungen und Besorgungen für das Militär beauftragt werden.

Der 1801 vom Herzog aufgenommene Götsch Moses aus Freudental erhielt dabei den traditionellen Titel eines »Hoffaktors«. Er hatte es durch seinen Handel schon in Freudental zu beachtlichem Reichtum gebracht. Zu seinen Aufträgen in Ludwigsburg gehörten Lieferungen aller Art. Das konnte einmal die Besorgung einer Kutsche für das französische Militär sein, ein andermal die Beschaffung einer großen Menge Tuches.² Ganz ähnlich war es bei Judas Moses. Er erhielt zwar nicht den Titel eines Hoffaktors, doch hatte auch er unter anderem Landesprodukte für das Militär zu besorgen. 1801 übernahm er die Versorgung der französischen Soldaten mit einigen hundert Rationen Hafer, Heu, Stroh und anderem.³ Ende Oktober 1802 erhielt Joseph Goldschmid aus Hannover Wohnrecht in der Stadt. Er war während des Feldzuges im Jahr 1800 »Proviantcommissionair« beim herzoglich-württembergischen Militär und dem Militärfeldhospital gewesen.⁴ Goldschmid wollte sich eigentlich in Stuttgart niederlassen, erhielt aber nur ein befristetes Niederlassungsrecht in Ludwigsburg. Sechs Jahre nach seiner Aufnahme wurde er freilich wieder aus der Stadt gewiesen.

Götsch Moses und Judas Moses konnten dagegen mit ihren Familien in Ludwigsburg bleiben. In der Folge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 und der nachfolgenden Gebietsvergrößerungen, der Entstehung des Königreiches

Württemberg sowie der Auflösung der bisherigen Ständeordnung hatte sich auch die Situation für die Juden im Land plötzlich verändert. In den »neuwürttembergischen« Gebieten lebten insgesamt etwa 10 000 Juden in verschiedenen Orten, meist in sogenannten »Judendörfern«. Schon 1806 konnte in der ehemaligen Reichsstadt Esslingen, die nun zu Württemberg gehörte, eine erste jüdische Gemeinde im neuen Württemberg begründet werden. In Ludwigsburg vermehrte sich die Zahl der jüdischen Einwohner in den folgenden Jahren allein schon dadurch, daß den Ehegatten beziehungsweise den Familien der Kinder von Götsch Moses und Judas Moses im Zusammenhang ihrer Eheschließungen gleichfalls das Wohnrecht in Ludwigsburg eingeräumt wurde. Hierzu mußten die Fami-

17. 11. Jan. 1812.
 J. b.

 Königl. Reskript d. d. Stuttgart. 10. Jan. 1812.

Ich bin sehr erfreut über die Nachricht zu vernehmen, daß Sie
 sich in Ludwigsburg mit dem Herrn Joseph Wolf Moses
 befinden. Ich hoffe, Sie werden sich dort
 glücklich befinden zu können.

Ich bin sehr erfreut über die Nachricht zu vernehmen, daß Sie
 sich in Ludwigsburg mit dem Herrn Joseph Wolf Moses
 befinden. Ich hoffe, Sie werden sich dort
 glücklich befinden zu können.

Königliches Reskript vom 10. Januar 1812 zur Aufnahme
des Schutzjudensohnes Götsch Judas in den Schutz in Ludwigsburg.

lienväter allerdings in jedem einzelnen Fall die königliche Zustimmung einholen. So stellte Judas Moses im Juni 1806 beim König den Antrag, daß sein Sohn Wolf Judas im Blick auf dessen Eheschließung mit Franziska Rothschild aus Donau-eschingen weiterhin in Ludwigsburg wohnen könne.⁵ Götsch Moses bat 1808 um die Aufnahme seines 26 Jahre alten Sohnes Moses in den Schutz in Ludwigsburg angesichts dessen bevorstehender Heirat.⁶ Beide Gesuche wurden vom König genehmigt.

Weitere jüdische Familien, zunächst insbesondere aus Freudental, versuchten gleichfalls, in Ludwigsburg aufgenommen zu werden. 1806 bat Wolf Levi aus Freudental darum, seinem Sohn Isaac Wolf Levi den Schutz und Aufenthalt in Ludwigsburg zu gestatten.⁷ Das Stabsamt Freudental bezeugte in einem Begleit-

schreiben, daß weder von dem Antragsteller selbst noch von seinem Sohn »etwas Widriges« bekannt sei und Isaac von seinem Vater zur Heirat 2000 Gulden erhalten werde. Es wies zudem darauf hin, daß durch den Aufenthalt eines oder mehrerer solcher Männer wie Isaac Wolf Levi »das Gewerbe von Ludwigsburg befördert werden« könnte, ohne daß ein Nachteil bei anderen entstehen würde, und befürwortete aus diesem Grund das Aufnahmegesuch. Noch im selben Jahr bat auch Wolf Levi selbst um Aufnahme in Ludwigsburg. Auch in seinem Fall sprach sich das Stabsamt Freudental für den Antragsteller aus und wies auf dessen Vermögen von 5000 bis 6000 Gulden sowie die grundsätzlich positive Einstellung des Magistrates von Ludwigsburg hin.⁸ 1810 wurde mit Michael Levi aus Freudental ein weiteres Mitglied der dortigen Familien Levi in Ludwigsburg aufgenommen.⁹

Die in Ludwigsburg aufgenommenen Juden hatten zunächst noch ein sogenanntes Schutzgeld zu bezahlen. Es wurde für die bisherigen Freudentaler Juden wie in ihrem Heimatort auf jährlich sechzehn Gulden festgesetzt. Dazu kam ein Beitrag zum Zuchthaus in Höhe von zwei Gulden und an das Bürgermeisteramt in Höhe von zehn Gulden.¹⁰

Nach dieser zunächst recht bereitwillig erfolgten Aufnahme einiger jüdischer Familien gab es in den Jahren zwischen 1813 und 1830 einen Rückschlag. In diesen Jahren wurden so gut wie keine weiteren jüdischen Familien aufgenommen.¹¹ Die Stimmung gegenüber den Juden war im ganzen Land wenig günstig. Das wirtschaftliche und soziale Elend auf Grund der harten Kriegslasten der napoleonischen Zeit und der Hungerjahre 1816/17 hatte dazu geführt, daß viele den Juden die Schuld an der Misere zuschoben. Auch bei den politisch Verantwortlichen breitete sich erneut eine antijüdische Stimmung aus. Der Esslinger Magistrat formulierte 1816 eine Eingabe an die Stuttgarter Ständeversammlung mit dem Ziel, keine weiteren Juden mehr in Esslingen aufzunehmen.¹² In Ludwigsburg zitierte der Gemeinderat im Mai 1817 alle Juden der Stadt auf das Rathaus, um die Gültigkeit ihrer Schutzbriefe zu überprüfen.¹³ Hintergrund war neben den allgemein schwierigen Zeiten auch der Tod des den Juden gegenüber recht freundlich gesonnenen Königs Friedrich, der am 30. Oktober 1816 gestorben war: Seine Aufnahmebescheide sollten noch einmal in Frage gestellt oder gar rückgängig gemacht werden.

Keine Chance hatte in dieser Zeit beispielsweise der 28jährige Moses Isaac Mayer aus Freudental, der 1819 in Ludwigsburg aufgenommen werden wollte, um seinen Verwandten und seinem engen Geschäftskreis in Stuttgart und Ludwigsburg näher zu sein. Sein Gesuch wurde trotz seines hohen Vermögens abgelehnt.¹⁴ Streng wurde in dieser Zeit darauf geachtet, daß sich keine Juden unerlaubt in der Stadt aufhielten. Im August 1820 rügte der Gemeinderat den Schneidermeister Walker, weil er zwei Juden unerlaubt bei sich in Miete aufgenommen hatte. Die beiden mußten Ludwigsburg binnen 14 Tagen verlassen.¹⁵ Auch in den 20er Jahren blieb es bei der sehr restriktiven Aufnahme. Immerhin sind anlässlich ihrer Eheschließung die schon in Ludwigsburg beheimateten Juden Löb Jordan und Lämmle Jordan offiziell aufgenommen worden (1823/1825).

Entscheidende rechtliche Veränderungen ergaben sich durch die Verabschiedung des »Gesetzes in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen« vom 25. April 1828. Es brauchte seitdem nicht mehr eines Aufnahmeverfahrens, bei dem Oberamt, Kreisregierung, Ministerium und der

König selbst eingeschaltet wurden. Nun lag es am jeweiligen Gemeinderat eines Ortes, ob ein das Wohnrecht in einer Gemeinde beantragender jüdischer Bewohner des Landes aufgenommen wurde oder nicht.¹⁶

Entsprechend dieser neuen Gesetzeslage wurde mit dem Aufnahmeantrag des Samuel Herz aus Hochberg verfahren. Dieser bat im Frühjahr 1830 angesichts seiner geplanten Heirat mit Sara Jordan, der Tochter von Joseph Jordan aus Ludwigsburg, um eine Aufnahme in das Ludwigsburger Bürgerrecht. Er konnte dem Bürgerausschuß und dem Gemeinderat Ludwigsburgs eine Bescheinigung des Hochberger Kollegiums vorlegen mit dem Hinweis, daß der Bittsteller nicht nur gut prädiert sei, sondern auch über das zur Aufnahme geforderte Vermögen verfüge. Der Gemeinderat beschloß daraufhin mit Zustimmung des Bürgerausschusses, Samuel Herz nach vorheriger Entrichtung der gesetzlichen Gebühren sofort in das Ludwigsburger Bürgerrecht und nicht nur in das Beisitzrecht aufzunehmen.¹⁷ So stand der Eheschließung mit Sara Jordan, die im Juni 1831 stattfand, nichts mehr im Wege, und Samuel Herz konnte in das Haus seines Schwiegervaters in der Charlottenstraße einziehen.¹⁸

Auf Grund der neuen Gesetzesbestimmungen wurde allen Juden, die in Ludwigsburg lebten, das Beisitzrecht der Stadt zugesprochen. Einige von ihnen stellten auch sehr schnell den Antrag auf Aufnahme in das Ludwigsburger Bürgerrecht. Als erster hat der im ehemaligen Haus des Süß Oppenheimer lebende Wolf Jordan mit seiner Familie 1829 das Bürgerrecht erhalten.

In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts trat eine deutliche Entspannung im Verhältnis zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung ein. Immer mehr wurden die jüdischen Einwohner Bürger mit zunehmenden Rechten und Pflichten in der Stadt. Seit 1830 zog man sie zu den städtischen Wachdiensten heran.¹⁹ Äußerlich zeigte sich die Anerkennung als zur Stadt gehörige Einwohner auch in den offiziellen Bekanntgaben von Geburten, Hochzeiten und Sterbefällen aus den jüdischen Familien in den jährlich gedruckten »Kirchenregistern« der Stadt. Erstmals wurde im Register 1828 unter der Rubrik »Jüdische Gemeinde« die am 31. Oktober 1828 erfolgte Geburt von Julius, Sohn des Handelsmannes Löw Jordan und seiner Frau Julie geb. Ettliger bekanntgegeben.

Das Gesetz vom 25. April 1828 hatte zahlreiche weitere Auswirkungen auf das jüdische Leben. So mußten sich die jüdischen Familien im Land feste Familiennamen zulegen, was freilich in Ludwigsburg großenteils schon in den Jahren zuvor geschehen war. Die Söhne von Judas Moses, nämlich Hirsch Judas, Löw Judas, Lämmle Judas, Joseph Judas, Alexander Judas und Götsch Judas, hatten allesamt bereits 1821 beantragt, ihren Familiennamen Judas künftig in »Jordan« verändern zu können. Familie Michael Levi hielt im Nachnamen die alte Familientradition der Abstammung vom israelitischen Stamme »Levi« fest. Moses und Abraham Götsch wollten den Vaternamen Götsch als künftiges Erbe im Familiennamen wahren.

Hinsichtlich der zahlenmäßigen Entwicklung der jüdischen Einwohner Ludwigsburgs ist festzuhalten, daß die jüdische Einwohnerzahl in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts relativ schnell von 17 (1803) auf 69 Personen in den 20er Jahren gewachsen ist und sich dann für fast 40 Jahre bei etwa 70 Personen einpendelte. Danach nahm sie zwischen 1871 und 1890 stark von 77 auf 227 Personen zu. Die höchste Zahl wurde bei der Volkszählung 1900 mit 243 Personen registriert. Schließlich ging die Zahl wieder langsam, ab etwa 1925 stärker zurück.

Nach den anfänglich besonderen Aufgaben der in der Zeit der napoleonischen Kriege aufgenommenen Juden blieben die jüdischen Familienväter alle bei ihren bisherigen Berufen als Händler mit Waren unterschiedlicher Art. Andere Berufe außerhalb des Handels waren ihnen durch die jahrhundertelange restriktive Gesetzgebung noch schwer zugänglich. Bei der Oberamtsvisitation von 1824 wurde festgestellt, daß die Juden von Aldingen »und ein Teil der von Ludwigsburg vom Schacherhandel leben. Von Feldbau nährt sich keiner, einige von Ludwigsburg hingegen leben von ihren Kapitalien.«²⁰ Genauer geht aus einem Bericht des Oberamts Ludwigsburg vom Herbst 1828 über die in Ludwigsburg wohnhaften Juden hervor, wonach Wolf Judas einen Spekulationshandel mit Landesprodukten innehatte; Michael Levi und Moses Götsch handelten mit Gold, Silber, Schmuck und Uhren.²¹

Dieses berufliche Spektrum entsprach noch keinesfalls den Erwartungen der staatlichen Behörden, denen nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen inzwischen viel mehr daran lag, daß sich die Israeliten »ordentlichen bürgerlichen, zünftigen oder nicht zünftigen Gewerben« zuwandten, womit insbesondere der Betrieb des Ackerbaues, der Handwerke, der Fabriken und Manufakturen sowie des ordentlichen Wechsel-, Groß- und Detail-Handels gemeint war.²²

Von Staats wegen wurde in den folgenden Jahren immer wieder darauf gedrängt, daß sich die Söhne israelitischer Familien nach Schulabschluß um entsprechende Ausbildungsplätze bemühten. Das Stadtschultheißenamt Ludwigsburg hatte seit 1828 dem Oberamt regelmäßig über die Bildungslaufbahn der im Alter vom 14. bis zum 18. Lebensjahr stehenden Israeliten-Söhne zu berichten. Diese Listen wurden bis 1847 fortgeführt.

Acht Jahre nach Erlaß der neuen gesetzlichen Bestimmungen von 1828 konnte der israelitische Gemeindevorsteher Ludwigsburgs, Wolf Jordan, im Namen der Gemeinde ein sehr positives Bild über die Ausbildungsverhältnisse der jüngeren Gemeindeglieder geben. Er teilte in seinem Bericht vom 10. November 1836 mit, daß in den Jahren zuvor, seit den Israeliten die Erlernung und Ausübung der Handwerke gestattet worden war, »sich kein hiesiger israelitischer Jüngling irgend einen anderen Erwerbszweig angeeignet« habe. Von den zwölf altersmäßig in Frage kommenden Jugendlichen aus den in Ludwigsburg wohnenden elf Familien hätten sich zwei den Musikstudien gewidmet, einer der Rechtswissenschaft, drei dem ordentlichen Handelsgeschäft und sechs verschiedenen Handwerken.²³ Aus diesem positiven Bericht über die Ausbildungsverhältnisse der jungen Israeliten Ludwigsburgs leitete Wolf Jordan ab, daß einer »vollständigen Emanzipation« der Juden im Land nichts mehr im Wege stehen könne und die noch bestehenden Beschränkungen im Blick auf die Ausübung des Gewerbes und im Blick auf das aktive und passive Wahlrecht fallen sollten. Freilich sollte es noch 25 Jahre dauern, bis den Israeliten des Landes das aktive und passive Wahlrecht zur Ständeverammlung zugestanden wurde.

Über die Vermögensverhältnisse der Ludwigsburger Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen einzelne Angaben vor. Insgesamt hatten die meisten Familien ausreichendes Vermögen, waren jedoch nicht reich. Einige wenige lebten in schwierigen Verhältnissen. So etwa die kinderreiche Familie des Michael Levi, über den der Gemeinderat im Februar 1838 schrieb, daß er unbemittelt und nicht



Haus Mömpelgardstraße 18, um 1735 im Besitz von Joseph Oppenheimer, genannt Jud Süß. Seit 1817 war das Haus im Besitz der Familie von Wolf Jordan.



An der Gartenmauer des Gebäudes Mömpelgardstraße 18 erinnern die Initialen »J.W.« und die Jahreszahl 1817 an Wolf Jordan, der das Haus in diesem Jahr erwarb.

instande sei, für die Ausbildungskosten eines seiner Söhne aufzukommen.²⁴ Auch Abraham und Regine Götsch, die durch die Scheidung ihrer Ehe und die vorhandenen sieben Kinder seit 1828 in Nöte geraten waren, wurde vom Gemeinderat regelmäßig ein Armutszeugnis ausgestellt, um damit eine Reduzierung der Steuern beantragen zu können.

Immerhin haben wenige Jahre nach ihrem Zuzug in die Stadt die ersten der jüdischen Familien eigene Häuser erworben. Seit 1807 war es den Juden erlaubt, liegende Güter für sich zu kaufen.²⁵ Bis 1831 waren drei jüdische Einwohner Hausbesitzer in Ludwigsburg geworden. Die anderen wohnten zur Miete in der Stadt. Die in jüdischem Besitz befindlichen Geschäfte in Ludwigsburg spielten im wirtschaftlichen Leben der Stadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst noch keine so bedeutende Rolle, wie dies dann einige Jahrzehnte später der Fall war. Immerhin wird im »Grossen Adressbuch der Kaufleute, Fabrikanten und handelnden Gewerbsleute von Europa und den Hauptplätzen der fremden Welttheile«, das 1845 in Nürnberg erschien, in der Liste der Ludwigsburger Gewerbebetriebe zumindest ein jüdisches Geschäft genannt: die Ellenwarenhandlung von David Wolf Jordan.²⁶

Der Streit zwischen den Juden Aldingens und Ludwigsburgs um den Sitz einer jüdischen Gemeinde und die Bildung der Gesamtgemeinde Aldingen-Ludwigsburg 1832/34

Im »Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen« von 1828 wurde noch nicht bestimmt, in welchen Orten selbständige israelitische Gemeinden entstehen sollten. Nur allgemein wurde festgehalten, daß zur Errichtung einer selbständigen Gemeinde die Bestreitung ihrer kirchlichen Bedürfnisse, insbesondere die Bezahlung angemessener Gehälter für die anzustellenden Religionsdiener sichergestellt sein mußten.²⁷ Um diese Fragen zu klären, nahm die Israelitische Oberkirchenbehörde seit 1828 intensive Kontakte insbesondere mit allen kleineren Gemeinden Württembergs auf. Zu diesen Gemeinden gehörten alle mit weniger als 100 Gemeindeglieder, von denen die meisten nicht über eine ökonomische Leistungsfähigkeit verfügten, um künftig selbständig bleiben zu können.

Im Blick auf die Neueinteilung waren sowohl Aldingen mit seinen damals etwa 100 wie auch Ludwigsburg mit seinen etwa 70 Gemeindegliedern Grenzfälle. Die Israeliten Ludwigsburgs bildeten zwar eine kleine, aber deswegen nicht gleichzeitig eine arme Gemeinde des Landes. Die Aldinger waren zwar von der Mitgliederzahl her noch eine lebensfähige, aber finanziell doch eher schwächere Gemeinde. Da damals noch nicht abzusehen war, daß alsbald eine Landflucht der jüdischen Bevölkerung einsetzen sollte, hielt die Israelitische Oberkirchenbehörde zunächst beide Möglichkeiten für vorstellbar: sowohl Ludwigsburg wie Aldingen könnten Muttergemeinde einer gemeinsamen israelitischen Gemeinde aus Aldinger und Ludwigsburger Juden sein. Beide Gemeinden lehnten diese Alternative jedoch ab. Sie wollten je eine selbständige israelitische Gemeinde bilden mit eigener Synagoge und eigenem Vorsänger.²⁸ Drei Jahre zog sich der Streit hin, wobei sich als Hauptproblem die Entfernung zwischen den Gemeinden herausstellte: die Stunde Fußweg überschritt das am Sabbat zu gehen Erlaubte.²⁹

Da von seiten der Gemeinden keine Lösung in Sicht war, suchten die staatlichen

Behörden die strittige Frage per Dekret zu lösen. In einer Verfügung des Ministeriums des Innern vom 3. August 1832 wurde festgelegt, daß zur israelitischen Gemeinde Aldingen auch die Israeliten von Ludwigsburg gehören sollten. Die Ludwigsburger wollten dies weiterhin nicht akzeptieren. Sie machten mehrere Eingaben, teils an die Israelitische Oberkirchenbehörde, teils an das Königliche Ministerium des Innern, und baten darum, sie zu einer selbständigen Gemeinde oder doch jedenfalls Ludwigsburg und nicht Aldingen zum Hauptort der gemeinsamen Gemeinde zu machen. Da sie nicht nachgaben, wurden auch die Israeliten in Aldingen nochmals in neue Überlegungen hineingezogen, die schließlich zu dem modifizierten Erlaß des Ministeriums des Innern vom 14. April 1834 führten.³⁰ In ihm wurde im Blick auf die Zusammengehörigkeit der Israeliten in Aldingen und Ludwigsburg geregelt: »1. Die Hauptbestimmung der Verordnung von 1832, welche die Israeliten zu Ludwigsburg und Aldingen in eine Gemeinde mit dem Hauptort beziehungsweise der Muttergemeinde Aldingen vereinigt, ist in ihren wesentlichen Teilen aufrechtzuerhalten. 2. Den Israeliten zu Ludwigsburg ist ein provisorischer Filialgottesdienst auf so lange gestattet, als dieselben den besonderen Kostenaufwand dafür, neben ihren Beiträgen zur Gesamtgemeinde, zu bestreiten vermögen und dadurch der Gottesdienst in der Muttergemeinde (der Synagoge zu Aldingen) nicht als gefährdet erscheint.« Mit diesem Kompromiß mußten sich die Ludwigsburger zufriedengeben. In den folgenden 15 Jahren hatten die beiden Gemeinden ein gemeinsames Vorsteheramt zu bilden. Bestimmte Ausgaben wie Rabinatsbesoldung und Armenversorgung hatten sie zusammen zu tragen; andere Ausgaben wie die Gehälter der Vorsänger und Lehrer hatten sie getrennt zu bestreiten. In Aldingen sollte ein geprüfter Vorsänger, in Ludwigsburg ein geprüfter Vorsänger-Amtsverweser Anstellung finden.

Diese für die Jahre zwischen 1832 und 1849 mehr oder weniger erzwungene Allianz zwischen den jüdischen Gemeinden Ludwigsburgs und Aldingens ist in beiden Orten nie völlig akzeptiert worden. Dies geht noch aus Dokumenten hervor, die entstanden, als die Gemeinden wieder Selbständigkeit erlangt hatten. 1853 wiesen die Ludwigsburger beispielsweise darauf hin, daß sie im Blick auf die Rabinatsbesoldung nur deswegen einen höheren Beitrag als die Aldinger übernommen hätten, »um mit jener Gemeinde nicht in weitere Streitigkeiten verflochten zu werden«.³¹

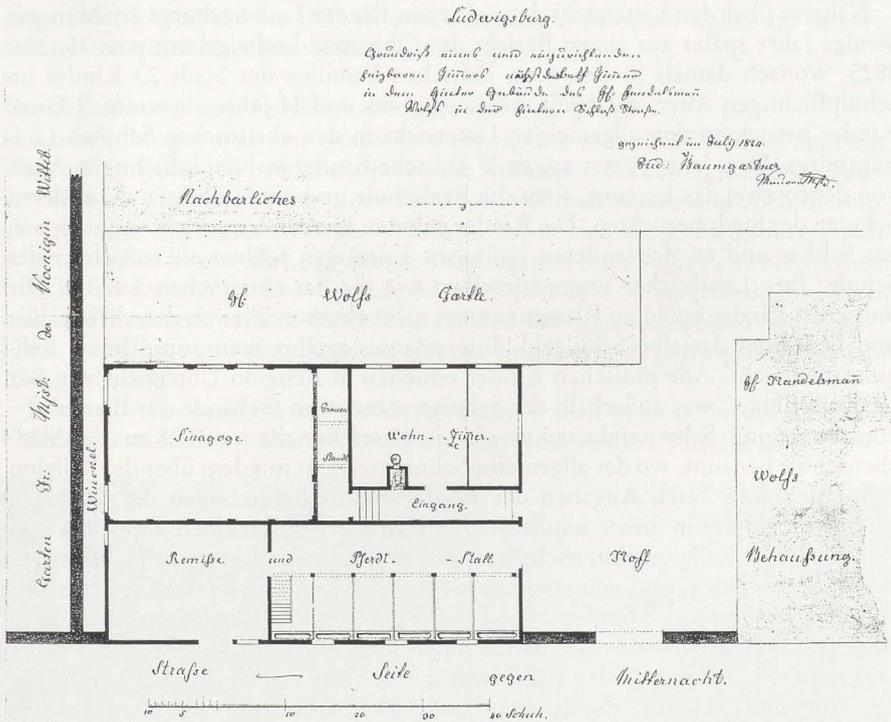
Religiöse Einrichtungen der jüdischen Familien vor 1849

Der Betsaal im Hintergebäude zum Haus der Familie Wolf Jordan

1817 ging das ehemalige Haus des Joseph Süß Oppenheimer in der Hinteren Schloßstraße (heute Mömpelgardstraße 18) in den Besitz des schon genannten Wolf Judas (Jordan) über. Möglicherweise hat er bereits in diesem Jahr einen Betsaal in seinem Haus eingerichtet, da erstmals 1817 ein solcher in Ludwigsburg genannt wird.³² Sicher ist, daß Jordan 1824 bei der Stadt den Antrag stellte, im Hintergebäude seines Hauses ein heizbares Zimmer und einen unheizbaren Betsaal einrichten zu dürfen, und er dies genehmigt bekam.

Wolf Jordan, der lange Jahre Vorsteher der israelitischen Gemeinde Ludwigsburgs war, hat die Synagoge nach Ausführung der Umbauten an die israelitische Gemeinde vermietet. 1832 findet sich in den Akten der Hinweis, daß die Synagoge

»schön und vollständig ausgestattet, sehr geräumig« sei. Ein der Synagoge unmittelbar benachbartes Schulzimmer wurde für den Religionsunterricht der israelitischen Kinder benutzt, stand jedoch dem Lehrer außerhalb des Unterrichts für Wohnzwecke zur Verfügung. Spätestens seit 1848 hat Familie Jordan der Gemeinde den Betsaal unentgeltlich überlassen. Insgesamt sechs Jahrzehnte lang fanden hier die Gottesdienste der israelitischen Gemeinde statt, bis 1884 eine neue Synagoge erbaut werden konnte.



Plan des Hintergebäudes zum Wohnhaus von Wolf Jordan, worin sich von 1824 bis 1884 die Synagoge und das Wohnzimmer des Lehrers/Vorsängers befand (dazwischen der »Frauen-Standt« für die weiblichen Gottesdienstbesucher).

Der Unterricht der Kinder und die Religionsschule

Der Schwerpunkt jüdischen Unterrichts lag bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts bei der Einführung in die religiösen Traditionen. In Ludwigsburg haben die nach 1800 aufgenommenen jüdischen Familien sehr bald für den Unterricht ihrer Kinder gesorgt. Zunächst war der Bedarf noch nicht sehr groß, da erst um 1811/12 die ersten Kinder der jungen jüdischen Familien das sechste oder siebte Lebensjahr erreichten. Den allgemeinen, also den nichtreligiösen Unterricht erhielten die Kinder vermutlich von Anfang an – obwohl zunächst noch keine Schulpflicht

bestand – in den christlichen Schulen Ludwigsburgs. Den religiösen Unterricht werden sie im Elternhaus erfahren haben. Als dann seit 1811 die Zahl der Kinder durch Geburten in den Familien des Abraham Götsch, Moses Götsch, Joseph Judas/Jordan, Löb Judas/Jordan und durch weitere Geburten in den Familien von Wolf Judas/Jordan und Michael Levi sprunghaft zunahm, stellte sich die Frage nach einem Lehrer für den Religionsunterricht der Kinder. Die Anstellung von Bär Jacob Berlinger 1816 als Vorsänger und Lehrer wird von der Sorge um eine gute Erziehung der Kinder gerade auch in den traditionellen religiösen Themen mitbestimmt gewesen sein.

Näheres über den Unterricht der jüdischen Kinder Ludwigsburgs erfahren wir wenige Jahre später aus einem Bericht des Oberamts Ludwigsburg vom 16. Mai 1825, wonach damals in den neun jüdischen Familien der Stadt 23 Kinder im schulpflichtigen Alter, das heißt zwischen sechs und 14 Jahre alt waren.³³ Diese Kinder besuchten den allgemeinen Unterricht in den christlichen Schulen Ludwigsburgs. Drei Jahre später waren 17 jüdische Kinder im schulpflichtigen Alter, von denen zwei das Lyceum, eines die Realschule und die 14 übrigen die anderen Schulen der Stadt besuchten. Die Kinder nahmen an allen Unterrichtsstunden teil, am Sabbat und an den anderen jüdischen Feiertagen fehlten sie jedoch in der Schule. Ihre Lehrbücher waren dieselben wie die der christlichen Schüler. Die jüdischen Kinder saßen im Klassenzimmer nicht abgesondert von den christlichen und bezahlten dasselbe Schulgeld. Interessantes erfährt man zum Thema Religionsunterricht. Alle jüdischen Kinder erhielten in Religion Unterricht von Bär Jacob Berlinger, was außerhalb der Schulen – meist im Gebäude des Betsaales – vonstatten ging. Schwierigkeiten wurden in einem Bericht von 1828 aus der Mädchenschule benannt, wo der allgemeine Schulunterricht mit dem über die Religion verbunden war. Nach Angaben des Konsistoriums befürchteten die jüdischen Eltern der Kinder in dieser Schule, daß ihre Kinder »durch einen doppelten und verschiedenen Religionsunterricht irregeleitet werden und in ihrer Glaubenszuversicht Not leiden, und wünschen deswegen, daß in dieser Beziehung« sich Veränderungen ergeben könnten. Solche Veränderungen wurden in demselben Bericht des Konsistoriums bereits intendiert, indem darauf hingewiesen wurde: »Da sämtliche hiesigen Juden mehr oder minder vermöglich sind, so könnte für den Religionsunterricht durch Aufstellung eines künftigen geprüften Lehrers mehr geschehen.«³⁴ Dies war einer der Gründe, die dann zwei Jahre später zur Entlassung Berlingers aus dem Amt als Vorsänger und Lehrer in Ludwigsburg und zur Neueinstellung Leopold Hofheimers führten (siehe unten).

Auch im Ludwigsburger Pfarrbericht von 1828 von Dekan Binder wird auf die Situation der jüdischen Schulkinder eingegangen, die nach ihm teils die lateinischen Klassen, teils die deutsche Knaben- und Mädchenschule, teils die Realschule besuchten. Auch Dekan Binder wies auf die Problematik des »doppelten Religionsunterrichtes« hin: »Manche (jüdische Schüler) wohnen auch aus freien Stücken dem Religionsunterrichte bei, was natürlich von keinem gefordert wird. Es sind ihretwegen keine besonderen Bestimmungen gemacht, auch waren solche bis jetzt nie erforderlich.«³⁵

Was waren die Inhalte des Religionsunterrichtes unter Bär Jacob Berlinger? Hierzu gibt ein Bericht der Kreisregierung Ludwigsburg vom Sommer 1830 Auskunft: »Bär Berlinger gibt der Jugend im hebräisch lesen und schreiben Anweisung, lehrt auch die täglichen Gebete, gibt sich aber sonst mit dem Religionsunter-

richt nicht ab.«³⁶ Das heißt, daß der jüdische Religionsunterricht in Ludwigsburg bis um 1830 noch ganz auf das traditionelle Überlieferungsgut konzentriert war. Die Kindern lernten Hebräisch, um insbesondere die Thora und den Talmud studieren zu können. Das war damals auch in anderen jüdischen Gemeinden nicht anders.³⁷

Mit der Anstellung von Leopold Hofheimer Ende 1830 als Vorsänger und Lehrer der Gemeinde veränderten sich die Inhalte des Religionsunterrichtes. An Unterrichtsmaterialien wurden nun die neu erschienenen israelitischen Gesangbücher, Religionsbücher und Spruchbücher für Württemberg auch in Ludwigsburg eingeführt.³⁸ Von 1834 bis 1878 unterrichtete Lehrer Salomon Kahn, auf den wir unten noch näher eingehen werden, die Kinder.

Die Begräbnisstätten/Friedhöfe der Ludwigsburger Juden

In Ludwigsburg wurde erst relativ spät ein eigener jüdischer Friedhof angelegt. Während in Esslingen bereits ein Jahr nach Aufnahme der ersten jüdischen Familien 1806 ein Grundstück für einen Friedhof erworben wurde und auch in Stuttgart seit 1834 ein eigener Friedhof bestand, ließen sich die Ludwigsburger jüdischen Familien hinsichtlich der Anlage eines eigenen Friedhofes Zeit. Nach einem Bericht des Oberamtes Ludwigsburg aus dem Jahr 1818 beerdigten sie ihre Toten teils in Freudental, teils in Hochberg auf den dortigen jüdischen Friedhöfen.³⁹ Dabei ist es bis zur Anlegung eines eigenen Friedhofes in Ludwigsburg im Jahr 1870 geblieben.

Etwas überraschend ist, daß die Verstorbenen – auch wenn sie ursprünglich aus Freudental stammten – eher in Hochberg beigesetzt wurden. Hierfür mögen zwei



*Jüdischer Friedhof bei Hochberg.
Auf diesem Friedhof wurden vor Anlegung eines jüdischen Friedhofes in
Ludwigsburg mehrere jüdische Einwohner Ludwigsburgs beigesetzt.*

Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Zum einen war man nach Freudental zu Fuß etwa drei Stunden, nach Hochberg aber nur zwei Stunden unterwegs.⁴⁰ Zum anderen wurde der Hochberger Friedhof bis zur Anlegung des israelitischen Teiles des Hoppenlaufriedhofes im Jahre 1834 auch von etlichen bekannten jüdischen Familien Stuttgarts genutzt (insbesondere Familienmitglieder Kaulla und Pfeiffer)⁴¹, so daß man in Hochberg »in guter Gesellschaft« war. Bei einer Beerdigung in Hochberg begleitete der Trauerzug den Sarg »bis zum Tor«⁴², das heißt bis zum Schorndorfer Tor; den restlichen Weg nach Hochberg werden nur die Angehörigen und Freunde sowie der Vorsänger mitgegangen sein.

Die Mikwe

Neben Synagoge und Friedhof ist für eine traditionelle jüdische Gemeinde eine dritte Einrichtung von Bedeutung: die Mikwe, das rituelle Bad. Nach den biblischen Weisungen ist aus verschiedenen Anlässen insbesondere für Frauen der Besuch eines rituellen Reinigungsbades vorgeschrieben.

1821 veröffentlichte das württembergische Ministerium des Innern einen Erlaß, der den Gebrauch erwärmten Wassers für die jüdischen Frauen vorschrieb. Im Jahr zuvor hatte es die Oberämter angewiesen, über die Mikwen Erkundigungen einzuziehen. In dem daraufhin vom Oberamt Ludwigsburg verfaßten Bericht wurde zunächst festgestellt, daß in Ludwigsburg und Aldingen »der Brauch, daß die Judenfrauen zu jeder Jahreszeit, selbst im strengsten Winter, nach der monatlichen Reinigung oder nach einem Wochenbette in kaltem Wasser sich baden, schon längere Zeit nicht mehr besteht«.⁴³ Offenbar gab es in den beiden Gemeinden schon in diesen Jahren einen relativ freien Umgang mit den traditionell vorgegebenen Weisungen. Das Vorhandensein einer Mikwe war jedoch auch in Ludwigsburg noch nicht in Frage gestellt. Nach dem Bericht des Oberamtes befand sie sich in Ludwigsburg für die dortige Gemeinde im Haus des Wolf Judas (Gebäude Mömpelgardstraße 18) und war offensichtlich schon sehr modern eingerichtet, da »vermittelst zweyer Hahnen warmes und kaltes Wasser in die Badewanne hineingelassen werden« konnte.

Wie lange in Ludwigsburg das Frauenbad in Gebrauch war, ist nicht genau bekannt. 1828 erfährt man, daß der Unterhalt des Bades bislang jährliche Kosten von 40 Gulden verursacht habe.⁴⁴ Im Etatplan der israelitischen Gemeinde 1842 bis 1844 findet sich jedoch keine Eintragung mehr an Ausgaben für den Unterhalt der Mikwe. Auch in späteren Etatplänen ist hiervon keine Rede mehr. So ist zu vermuten, daß in Ludwigsburg die Einrichtung einer Mikwe für die ganze Gemeinde schon vor 1840 verschwunden ist. Dies ist nicht ungewöhnlich. Auch in Esslingen sollte 1846 das ehemalige Badhäuschen verkauft oder vermietet werden. Vermutlich war es dort schon einige Zeit nicht mehr benutzt worden. In den traditionellen, konservativer geprägten »Judendörfern« auf dem Land hielt sich die Einrichtung einer Mikwe teilweise noch länger.

Organisation und Verwaltung – die Angestellten der jüdischen Gemeinde

Das zuständige Rabbinat

Eine jüdische Gemeinde benötigt zwar nicht unbedingt einen Rabbiner. Freilich ist es nützlich, wenn ein solcher für besondere Entscheidungen in Fragen des

Ritus und der Lehre zur Verfügung steht. Dazu können mehrere Gemeinden gemeinsam einen Rabbiner anstellen. Die Ludwigsburger jüdische Gemeinde hatte zu keiner Zeit einen eigenen Rabbiner. Seit der Bildung von Rabbinatsbezirken in Württemberg 1832 war die Gemeinde jeweils einem Rabbinat zugeteilt. Vor den gesetzlichen Neuregelungen von 1828 sahen es die Ludwigsburger Juden eher als positiv an, keinen eigenen Rabbiner zu haben, da dies für die kleine Gemeinde auch eine starke finanzielle Belastung bedeutet hätte.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war für die Ludwigsburger Juden der Freudentaler Rabbiner zuständig. Schon damals bedeutete dies eine finanzielle Belastung. 1812 erfahren wir, daß das Gehalt des Rabbiners Alexander Nathan Elsässer in Freudental⁴⁵ in Höhe von 600 Gulden jährlich auf die Gemeinden Stuttgart, Esslingen, Hochberg, Aldingen, Ludwigsburg, Freudental, Sontheim, Horkheim und Talheim umgelegt wurde.⁴⁶ Der Ludwigsburger Anteil betrug 66 Gulden, von denen Hoffaktor Götsch Moses 22 übernahm.

Seit 1828 wurden Pläne für ein Bezirksrabbinat Stuttgart, zu dem auch die Gemeinden in der weiteren Umgebung der Stadt zählen sollten, diskutiert. Es lag nahe, die wachsende Stuttgarter Gemeinde als Sitz eines Rabbinates für die jüdischen Gemeinden von Stuttgart, Esslingen, Ludwigsburg, Aldingen und Hochberg zu bestimmen.⁴⁷ Dennoch gaben die zahlenmäßig immer noch stärkeren Landgemeinden nicht so schnell nach. Noch 1832 wollte die jüdische Gemeinde in Hochberg gegenüber Stuttgart den Rabbinatssitz für sich beanspruchen. Der Streit konnte nur durch eine Verfügung der Regierung geklärt werden.⁴⁸ Als Problem erwies sich auch die Frage, wieviel die einzelnen Gemeinden zu der Besoldung des Bezirksrabbiners beitragen sollten. Schließlich wurde festgelegt, daß von den 600 Gulden Besoldung Stuttgart 175, Hochberg 65, Esslingen sowie Aldingen mit Ludwigsburg 55 Gulden zu übernehmen haben. Bei dieser Verteilung blieb es mehrere Jahre lang. Zwischen Aldingen und Ludwigsburg mußte der Betrag von 55 Gulden aufgeteilt werden: die Ludwigsburger übernahmen jährlich je 36 Gulden 40 Kreuzer.⁴⁹

Bei seinen Turnusbesuchen kam der Bezirksrabbiner zweimal jährlich nach Aldingen und einmal nach Ludwigsburg, um dort zu predigen und die Prüfungen im Religionsunterricht abzunehmen.⁵⁰ Aus dem Jahr 1832 liegt ein Dokument vor, in dem weitere Funktionen des Bezirksrabbiners aufgezählt werden. Demnach hatte er in seinem Bezirk Trauungen, Konfirmationen und je nach dem Willen der Hinterbliebenen die Beerdigungsansprachen zu halten. Neben der öffentlichen Trauungszeremonie hatte er den Traubrief (die Ketubba) zu schreiben. Er war auch zuständig für Ehescheidung und die Chaliza, das heißt die Befreiung des Bruders eines verstorbenen kinderlosen Mannes von der Pflicht zur Heirat der verwitweten Schwägerin.⁵¹

Das Vorsteheramt

Vorsteher hatten die jüdischen Gemeinden bereits im Altertum und durch die Jahrhunderte hindurch. Nach dem schon mehrfach erwähnten Gesetz vom 25. April 1828 mußte in jeder jüdischen Gemeinde ein Vorsteheramt gebildet werden, dem der Rabbiner oder sein Stellvertreter, der Vorsänger und – je nach Zahl der Gemeindeglieder – drei bis fünf gewählte Beisitzer angehören sollten.⁵² Das Vorsteheramt war im Rahmen der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Erlasse der vorgesetzten Behörden für den Gottesdienst, den Unterricht, das Schächten,

das Beerigungs- und Finanzwesen und für die Verwaltung der Gemeinde zuständig.

Die jüdischen Familien Ludwigsburgs haben bereits früh einen der Ihren zum Vorsteher bestimmt. So unterzeichnete 1828, als die Ludwigsburger noch unabhängig von der Aldinger Gemeinde waren, Joseph Jordan als Kirchenvorsteher im Namen der israelitischen Gemeinde.⁵³ In den Verhandlungen um die Bildung eines Bezirksrabbinates Anfang der 30er Jahre traten aus Ludwigsburg als Vertreter der israelitischen Gemeinde Louis Jordan, Joseph Jordan und Moses Götsch auf.⁵⁴ Nach Bildung der gemeinsamen Gemeinde Aldingen-Ludwigsburg zeichnete Wolf Jordan als Vorsteher.⁵⁵ Er war der Ludwigsburger Vertreter im gemeinsamen Vorsteheramt mit der israelitischen Gemeinde Aldingen, das insgesamt drei Vorsteher hatte⁵⁶, und wird auch noch zur Zeit der Gründung der Ludwigsburger Gemeinde 1849 als Gemeindevorsteher genannt.

Der Vorbeter oder Vorsänger

Zu den wichtigen und unentbehrlichen Diensten in einer jüdischen Gemeinde gehört der des Vorbeters oder Vorsängers (hebräisch Chasan; im 20. Jahrhundert auch »Kantor« genannt). Diesem kommt traditionell die Leitung des Gottesdienstes zu. Er spricht bestimmte Teile des Gebets, trägt die Thorarolle zum Vorlesen und entscheidet, wer zur Lesung aufgerufen wird. Die meisten jüdischen Gemeinden hatten einen festangestellten Vorbeter, zumal mit diesem Amt auch – je nach Gemeinde – zahlreiche andere Aufgaben verbunden waren. So fungierte in Ludwigsburg der Vorsänger zugleich als Religionslehrer, zeitweise auch als Schächter und Amtsdienner der Gemeinde.

Die nach Ludwigsburg zugezogenen jüdischen Familien haben – wie schon erwähnt – bereits im Jahr 1816 einen Vorsänger angestellt.⁵⁷ Es handelte sich um Bär Jacob Berlinger, Sohn des Rabbiners Jacob Bär aus Berlichingen, einer traditionsreichen jüdischen Gemeinde im Hohenlohischen. Ein schriftlicher Vertrag wurde mit ihm nicht abgeschlossen, doch waren seine Tätigkeiten klar umschrieben. Er sollte Vorsänger und Schächter sein sowie die Jugend in der hebräischen Sprache und der jüdischen Religion unterrichten. Berlinger hatte seine Ausbildung bei dem Fürther Rabbiner Salomon erhalten und war – wie seine ganze Familie, aus der mehrere Rabbiner abstammten – ein Vertreter des orthodoxen Judentums. Für seine Tätigkeiten erhielt Berlinger nach dem Stand von 1828 jährlich 66 Gulden, dazu für Wohnung, Holz und Kost zusätzlich 100 Gulden sowie an »zufälligen Einnahmen« 50 Gulden, also insgesamt 216 Gulden.⁵⁸ Zwölf Jahre hat Berlinger der Gemeinde gute Dienste geleistet, dann brachten die Neuregelungen in den rechtlichen Bestimmungen für die Israeliten Württembergs auch für ihn persönlich Veränderungen von großer Tragweite. Denn durch das Gesetz vom April 1828 wurde vorgeschrieben, daß jeder Vorsänger eine staatlich anerkannte Vorsänger-Dienstprüfung absolviert haben mußte. Berlinger konnte eine solche Prüfung nicht nachweisen.

Die Ludwigsburger Gemeinde ihrerseits wollte angesichts der drohenden Entlassung ihres Vorsängers und Lehrers diesen mit allen Mitteln im Amt halten. Die Bemühungen waren jedoch nicht erfolgreich. Noch 1830 mußte sich Berlinger der geforderten Dienstprüfung unterziehen, die er aber – wie die meisten bisherigen Vorsänger Württembergs, die zur Prüfung antraten – nicht bestand. Daran hatte die Israelitische Oberkirchenbehörde auch kein großes Interesse, da bereits seit einigen Jahren Vorsänger und Lehrer, die am Esslinger Lehrerseminar ausgebildet

worden waren, auf Anstellung in den Gemeinden warteten. Nach Verlust seiner Stelle in Ludwigsburg verzog Berlinger nach Hochberg, wo er Ende November 1832 heiratete und in den folgenden Jahren Vater von neun Kindern wurde. Seine Entlassung aus den Diensten als Vorsänger in Ludwigsburg hatte jedoch noch längere Zeit Nachwirkungen. Denn auch in Hochberg konnte man die Entscheidung der Oberkirchenbehörde genausowenig wie in Ludwigsburg akzeptieren. Die Gemeinde war der Ansicht, daß Berlinger »ohne eigenes Verschulden, ganz unverdient, verfassungswidrig und gegen jüdischen Ritus« entlassen worden sei. Die Proteste bei der Oberkirchenbehörde in Stuttgart führten schließlich dazu, daß Bär Jacob Berlinger noch eine besondere Aufgabe erhielt. Er sollte in Livorno in Italien beim dortigen Rabbiner Baruch Abraham Piperno das »Porschen« erlernen und danach sein Wissen den deutschen jüdischen Gemeinden im Auftrag der Israelitischen Oberkirchenbehörde in Stuttgart weitergeben, worüber gleich noch zu berichten sein wird.

In Ludwigsburg wurde nach der Entlassung Berlingers als erster ordentlich geprüfter Vorsänger-Amtsverweser und Religionslehrer Leopold Nathan Hofheimer angestellt. Er stammte aus Laupheim und hatte – als einer der Vertreter der neuen Generation von Vorsängern und Lehrern in Württemberg – 1828 bis 1830 am Esslinger Lehrerseminar studiert.⁵⁹ Seinen Dienst in Ludwigsburg, den er im Dezember 1830 antrat, hat er zunächst zur vollen Zufriedenheit der Gemeinde ausgeübt. Im April 1834 stellte ihm die Gemeinde das Zeugnis aus, daß er »sowohl durch sein religiös-sittliches Betragen als auch durch seine an den Tag gelegten Kenntnisse in seinen Lehrfächern, ebenso wie durch Fleiß und Gewissenhaftigkeit und Treue der Unterzeichneten Zufriedenheit in einem hohen Grade erworben hat«. ⁶⁰ Wenige Monate später, im Sommer 1834, ist Hofheimer allerdings psychisch erkrankt und konnte er seinen Dienst einige Zeit nicht mehr ausüben. Die Erkrankung führte zum Verlust seiner Stelle in Ludwigsburg. Nach seiner Genesung wurde er zum Schulrevisor in Kappel ernannt; er hat noch viele Jahre als Lehrer in Kappel und Buchau gewirkt.

Als seinen Nachfolger in Ludwigsburg bestimmte die Israelitische Oberkirchenbehörde zum 1. Oktober 1834 den Schul- und Vorsänger-Amtsverweser Salomon Kahn aus Nordstetten bei Horb.⁶¹ Es wurde von der Gemeinde verlangt, dem neuen Vorsänger und Lehrer ein Gehalt von 150 Gulden nebst freier Wohnung zu geben. Die bislang dem Vorsänger gewährte freie Kost sollte jedoch von nun an wegfallen. Salomon Kahn hatte von 1831 bis 1834 am Esslinger Lehrerseminar studiert und war somit wie schon sein Vorgänger Hofheimer in Ludwigsburg auf seiner ersten Stelle.

Salomon Kahn blieb 44 Jahre lang als Vorsänger in Ludwigsburg. Nach Gründung der selbständigen israelitischen Gemeinde Ludwigsburgs 1849 wurde er von der Oberkirchenbehörde aufgefordert, einen Antrag auf die definitive Übertragung der Vorsängerstelle in Ludwigsburg zu stellen.⁶² Bis dahin war sein offizieller Titel immer noch »Vorsänger-Amtsverweser«. Kahn verband seinerseits mit einer Übertragung der nun ständigen Vorsängerstelle die Hoffnung, daß er eine Gehaltserhöhung und eine bessere Wohnung erhalten würde. Die Wohnung im Hintergebäude des Hauses von Wolf Jordan verfügte nach Kahns Meinung nicht über die einem definitiv angestellten Vorsänger gebührende Räumlichkeit und Bequemlichkeit. Beide Wünsche gingen freilich nicht in Erfüllung. Noch bis 1861 mußte er sich mit einem Grundgehalt von 150 Gulden zufriedengeben. Im Blick auf seine

bisherige Wohnung meinte er im Winter 1853/54 gegenüber der Oberkirchenbehörde vorbringen zu müssen, daß diese viel zu feucht und daher für seine Gesundheit nachteilig sei. Doch letzteres wollte die Oberkirchenbehörde nicht gelten lassen, zumal sie ein oberamtsärztliches Zeugnis mit gegenteiligem Bescheid eingeholt hatte. Entweder solle sich Kahn mit seiner bisherigen Wohnung begnügen oder sich um eine andere Stelle bewerben. Salomon Kahn blieb jedoch der Ludwigsburger Gemeinde treu. Im Oktober 1856 hat er geheiratet. Seine Amtszeit endete durch seinen Tod am 7. Januar 1878.

Der Schächter

Der Schächter besorgt in einer jüdischen Gemeinde die den religiösen Vorschriften gemäße Schlachtung der zum Verzehr erlaubten Tiere. Die Ludwigsburger jüdische Gemeinde hatte seit 1816 in der Person des Vorsängers und Lehrers Bär Jacob Berlinger zugleich einen hervorragenden Schächter angestellt, der während seiner Lehrzeit in Fürth auch im Schächten ausgebildet worden war. Nachdem Berlinger 1830 entlassen worden war, konnten – wie erwähnt – weder er noch seine neue Heimatgemeinde in Hochberg die Entscheidung der Israelitischen Oberkirchenbehörde akzeptieren. Über mehrere Jahre hin kam es zu Streitigkeiten, die schließlich eine neue Aufgabe für Berlinger mit sich brachten.⁶³ Vermutlich auf Grund seiner besonderen Fähigkeiten im Schächten wurde er von der Israelitischen Oberkirchenbehörde ausgewählt, um sich in Italien im »Porschen« fortzubilden, da es hierfür in Deutschland keine wirklichen Fachleute mehr gab. Die Oberkirchenbehörde hatte zunächst beim Oberrabbinat in Prag angefragt, doch wies dieses auf den Rabbiner und Chacham⁶⁴ Baruch Abraham Piperno in Livorno hin. Dieser erklärte sich in einem Brief an die Oberkirchenbehörde bereit, die Ausbildung Berlingers zu übernehmen.

In den Empfehlungsschreiben der Israelitischen Oberkirchenbehörde wurde Berlinger geschildert als »ein Mann von unbescholtenem religiösem und sittlichem Charakter, der das allgemeine Zutrauen der Israeliten des Landes besitzt«. Die Finanzierung seiner Ausbildung in Livorno, die einschließlich der Reise und des Aufwands für den Unterhalt seiner Familie in Hochberg fast 1000 Gulden kostete, wurde von mehreren jüdischen Gemeinden übernommen, darunter etlichen württembergischen Gemeinden, aber auch Baden beteiligte sich mit 300 Gulden und Frankfurt/Main mit 200 Gulden. Anfang Januar 1840 unterzeichnete Berlinger einen Revers (Verpflichtungsurkunde) gegenüber der Israelitischen Oberkirchenbehörde, in dem er versprach, nach Rückkehr von seiner Reise »das Porschen der Hintervierteile nur diejenigen zu lehren, welche mir von der Königlichen Israelitischen Oberkirchenbehörde werden bezeichnet werden, und ohne Erlaubnis derselben diese Kunst weder selbst auszuüben noch sie jemanden im Inlande oder im Auslande, weder nach meiner Rückkehr noch später, zu lehren«. ⁶⁵ Anfang April 1840 wurde ihm in Livorno vom Vorstand des Rabbinischen Kollegiums die »Kabala« erteilt, das heißt die Lehrbefugnis für das Porschen nach den genauen rituellen Vorschriften.

So wurde aus dem dienstentlassenen ersten Ludwigsburger Vorsänger, Lehrer und Schächter noch ein in jüdischen Gemeinden gefragter Berater in speziellen Fragen des Schächters. Nach seiner Rückkehr schrieb die Israelitische Oberkirchenbehörde die Gemeinden des Landes an und bat sie, einen Abgeordneten nach Stuttgart zu senden, der die Kunstfertigkeit des Porschens der Hintervierteile

No 179.

4

XIII. Specialien
Gutheit über die
Kirchliche Angelegenheiten
1. d. d.

Die Israelitische Oberkirchen-Behörde

an

Hochw. d. H. Oberamt Ludwigsburg
Nr. 910.

mot.

Wiewohl Siefließt vom 30. III. 1849 das B. Ministerium des Königs mit Beschl. No. 1000 die Bitte der Israeliten von Ludwigsburg eine Trennung von der Kirchengemeinde zu Aldingen und Festlegung zu einer selbstständigen Kirchengemeinde anzugehen. Die Verbindung beider Pfarzellen, Aldingen und Ludwigsburg zu einer Kirchengemeinde, ist jedoch nicht auf die Zeit vor Ablauf des Jahres 1849, d. h. bei dem 1. d. J. zu setzen. Aber diese Zeit an bildet Ludwigsburg keine Aldingen eine selbstständige Kirchengemeinde, und es ist zu erwarten ein Kirchengemeindevorstand anzustellen, gube der B. Verordnung vom 27. Oct. 1831 zu bilden, und in letzterem das selbe die Maßnahme Mittel zu ergreifen. Der Antrag zur Abtheilung selbstständig bleibt für jede der beiden Kirchengemeinden derfallsigen, und derselben zu erlassen ist.

Ludwigsburg d. 16 April 1849

Königsfeld

Das B. Ministerium
Abtheilung des Königs
und königliches Ministerium
Mittelstand des Königs

zu erlassen
Königliche Hof- und Justiz-Departement
zu setzen an die Israeliten
in Pfarzellen des Königs, des Königs
König.

Minister

adacta

Schreiben der Israelitischen Oberkirchenbehörde an das Oberamt Ludwigsburg vom 16. April 1849 betr. die Trennung der gemeinsamen Kirchengemeinde Aldingen und Ludwigsburg sowie ihre Erhebung zu selbständigen Kirchengemeinden.

erlernen wollte. Manche Gemeinden lehnten ab, zumal diese Fortbildungsmaßnahme eine nicht unerhebliche Summe kostete. Unter den israelitischen Gemeinden, die keinen Bedarf für sich sahen, war auch Ludwigsburg. Am 18. Mai 1840 schrieb Vorsteher Wolf Jordan an das Bezirksrabbinat in Stuttgart, »daß die hiesige Gemeinde der Vorteile des Porschens der Hintervierteile nicht teilhaftig werden kann, da die Metzger hiesiger Stadt, wegen des unbedeutenden Quantum Fleisches, das sie der Gemeinde liefern, sich weigern, die Hintervierteile porschen zu lassen«. ⁶⁶

Andere Gemeinden schickten ihre Vertreter nach Stuttgart, so daß Berlinger vor allem im Sommer und Herbst 1840 oft tagelang in Stuttgart war, um seinen Kollegen das Erlernte weiterzugeben. ⁶⁷ Bis 1844 liegen Dokumente vor von Personen, die bei Berlinger lernten. Im August 1843 war auch ein Vertreter der jüdischen Gemeinde Brüssel hierzu in Stuttgart. ⁶⁸

Der Gemeindepfleger

Für die Führung des Rechnungswesens, für die Aufstellung des Jahresetats und anderes mehr gab es auch in der israelitischen Gemeinde Ludwigsburg spätestens in der Zeit nach Gründung als selbständige Gemeinde einen Gemeindepfleger. Dieser war Mitglied des Vorsteheramts und wurde auch »Rechner« oder »Kirchenpfleger« genannt. Es handelte sich zunächst weitgehend um ein Ehrenamt, denn nur große jüdische Gemeinden wie Stuttgart konnten besoldete Kräfte anstellen. Vor 1849/50 war das Amt des Gemeindepflegers vermutlich mit dem des Vorstehers verbunden. So wurde der Etatplan der Israelitischen Gemeinde Ludwigsburg für die Jahre 1842 bis 1844 vom »Kirchenvorsteher Wolf Jordan« unterzeichnet. ⁶⁹

Die Neubegründung einer selbständigen israelitischen Gemeinde in Ludwigsburg 1849

Die gemeinsame israelitische Gemeinde von Aldingen und Ludwigsburg bestand nur bis zum Jahr 1849. In diesem Jahr entsprach das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens der immer wieder vorgebrachten Bitte der Juden in Ludwigsburg um Trennung von der Gemeinde Aldingen und Erhebung zu einer selbständigen Kirchengemeinde. Am 16. April 1849 teilte die Israelitische Oberkirchenbehörde dem Oberamt Ludwigsburg mit: »Durch Beschluß vom 31. März 1849 hat das Königliche Ministerium des Kirchen- und Schulwesens der Bitte der Israeliten von Ludwigsburg um Trennung von der Kirchengemeinde zu Aldingen und Erhebung zu einer selbständigen Kirchengemeinde entsprochen. Die Verbindung beider Parzellen, Aldingen und Ludwigsburg, zu einer Kirchengemeinde hat nur noch bis zum 1. Juli dieses Jahres zu dauern.« ⁷⁰ Der 1. Juli 1849 wurde somit zum offiziellen Gründungstag der israelitischen Gemeinde in dieser Stadt. Sie hätte im kommenden Jahr 1999 ihr 150jähriges Bestehen feiern können, wenn nicht in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihre Mitglieder vertrieben oder deportiert worden wären, wenn nicht im November 1938 die Synagoge in Ludwigsburg niedergebrannt und die Gemeinde schließlich im Juli 1939 unter dem Zwang der eingetretenen Verhältnisse aufgelöst worden wäre. 90 Jahre lang hatte die israelitische Gemeinde ihren selbstverständlichen Platz im religiösen und kul-

turellen Leben Ludwigsburgs inne. Ihre Mitglieder haben sich in vielfältiger Weise zum Wohle dieser Stadt eingebracht. Die Zerstörung der Gemeinde bedeutet bis heute einen nicht mehr wiedergutzumachenden Verlust.

Anmerkungen

Außer den im folgenden genannten Quellen wurde benutzt: Geschichte der jüdischen Gemeinde Ludwigsburg, hrsg. von Werner Heinrichs, Vaihingen a. d. Enz 1989.

- 1 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 281 Bü 776, Kirchenvisitationsprotokolle von 1800 und 1803.
- 2 Stadtarchiv Ludwigsburg (StadtALB) L 150 Bd. 3 Bl. 94 f., Gemeinderatsprotokoll vom 23. 1. 1801.
- 3 StadtALB L 150 Bd. 3 Bl. 236 ff., Gemeinderatsprotokoll vom 15. 6. 1801.
- 4 HStAS A 213 Bü 5808. 5 HStAS E 141 Bü 130 Nr. 1c.
- 6 HStAS E 141 Bü 130 Nr. 33. 7 HStAS E 141 Bü 130 Nr. 1b.
- 8 HStAS E 141 Bü 131 Nr. 5: Der Magistrat »hat gegen dessen Aufnahme nichts einzuwenden und wünscht nur, daß die Zahl der Schutzjuden in der Folge nicht allzusehr vermehrt werden möchte«.
- 9 HStAS E 141 Bü 131 Nr. 15.
- 10 Dies geht aus dem Begleitschreiben zum Antrag von Wolf Levi hervor; HStAS E 141 Bü 131 Nr. 5.
- 11 HStAS E 141 Bü 134–136 ohne Akten betr. Ludwigsburg.
- 12 Verhandlungen in der Versammlung der Landstände des Königreichs Württemberg im Jahr 1816. 20. Abt. Februar/März 1816, S. 153; vgl. Joachim Hahn: Jüdisches Leben in Esslingen. Geschichte, Quellen und Dokumentation, Esslingen 1994, S. 30.
- 13 StadtALB L 150 Bd. 14 Bl. 7 f., Gemeinderatsprotokoll vom 29. 5. 1817.
- 14 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) E 173 III Bü 6269.
- 15 StadtALB L 150 Bd. 19 Bl. 42 f., Gemeinderatsprotokoll vom 23. 8. 1820.
- 16 F. F. Mayer: Sammlung der württembergischen Gesetze in Betreff der Israeliten (Anhang zu Bd. 15 von Reyschers Sammlung der württembergischen Gesetze), Tübingen 1847, S. 31.
- 17 StadtALB L 150 Bd. 41 Bl. 156, Gemeinderatsprotokoll vom 10. 5. 1830.
- 18 Adress-Handbuch für die königl. württembergische zweite Haupt- und Residenzstadt, Ludwigsburg 1831.
- 19 StadtALB L 150 Bd. 42 Bl. 60, Gemeinderatsprotokoll vom 6. 9. 1830.
- 20 StAL E 173 III Bü 6691.
- 21 StAL F 181 I Bü 248, Verzeichnis des Oberamts über die Bestätigung der von den Israeliten gewählten Namen vom 25. 11. 1828.
- 22 Mayer (wie Anm. 16) S. 35 (§ 24 des Gesetzes von 1828).
- 23 StAL F 181 I Bü 248, Brief von Kirchenvorsteher Wolf Jordan an das Oberamt Ludwigsburg vom 10. 11. 1836. Die zwei Jugendlichen, die sich den Musikstudien gewidmet hatten, waren die Brüder Seligmann und Jakob Levi und wurden bedeutende Persönlichkeiten. Seligmann Levi, der sich später Sigmund Lebert nannte, war als weithin bekannter und geschätzter Musikwissenschaftler 1857 gemeinsam mit seinem Bruder Hauptinitiator bei der Gründung des Königlichen Konservatoriums für Musik in Stuttgart.
- 24 StadtALB L 150 Bd. 51 Bl. 244, Gemeinderatsprotokoll vom 19. 2. 1838.
- 25 Aaron Tänzer: Die Geschichte der Juden in Württemberg, Frankfurt am Main 1937 (ND Frankfurt am Main 1983), S. 13.
- 26 Im zweiten Band dieses Adreßbuches: Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden und Fürstentümer Hohenzollern, S. 31.

- 27 Mayer (wie Anm. 16) S. 42.
- 28 StAL E 173 I Bü 1310, Dokument vom 18. 6. 1828.
- 29 StAL E 212 Bü 48, Zusammenstellung über die Rabbinate im Königreich, vermutlich von Ende 1832.
- 30 StAL F 181 I Bü 251, Schreiben der Israelitischen Oberkirchenbehörde vom 28. 4. 1834.
- 31 StAL E 212 Bü 106, Schreiben aus Ludwigsburg vom 20. 12. 1853.
- 32 Johann D. Memminger: Stuttgart und Ludwigsburg mit ihren Umgebungen, Stuttgart/Tübingen 1817, S. 407, erwähnt ein Betzimmer, das die Juden in Ludwigsburg hatten.
- 33 HStAS E 201c Bü 77, Bericht vom 16. 5. 1825.
- 34 HStAS E 201c Bü 77, Bericht vom 17. 10. 1828.
- 35 Landeskirchliches Archiv Stuttgart A 29 Bü 2666, Pfarrbeschreibung 1828.
- 36 StAL E 173 I Bü 1309, Bericht vom 10. 7. 1830.
- 37 Hahn (wie Anm. 12) S. 40. 38 StAL E 212 Bü 320.
- 39 StAL E 173 I Bü 1308, Bericht des Oberamts vom 26. 7. 1818.
- 40 Angabe der Entfernung in Stunden nach der 1828 erstellten Übersicht der Kreisregierung über die Verhältnisse der Judengemeinden in StAL E 173 I Bü 1310.
- 41 Joachim Hahn: Friedhöfe in Stuttgart Bd. 2: Hoppenlau-Friedhof, Israelitischer Teil, Stuttgart 1988, S. 13 ff.
- 42 Vgl. die Trauer-Anzeige für Wolf Levi im Ludwigsburger Tagblatt vom 16. 4. 1869.
- 43 StAL E 173 I Bü 1308, Bericht des Oberamts Ludwigsburg vom 9. 5. 1820.
- 44 StAL E 173 I Bü 1310, Übersicht der Kreisregierung des Neckarkreises über die Verhältnisse der Judengemeinden 1828.
- 45 Zur Person des Rabbiners Elsässer vgl. Theobald Nebel: Die Geschichte der Freudentaler Juden. Das Bildnis einer jüdischen Landgemeinde, Ludwigsburg 1985, S. 42 ff.
- 46 HStAS E 143 Bü 3230, Schreiben vom 22. 4. 1812.
- 47 StAL E 173 I Bü 1310. 48 Mayer (wie Anm. 16) S. 78–80.
- 49 StAL F 181 I Bü 251, Etatplan der israelitische Gemeinde Ludwigsburg 1842–1844.
- 50 StAL F 181 I Bü 251, Bestimmungen der Israelitischen Oberkirchenbehörde vom 28. 4. 1834.
- 51 StAL E 212 Bü 106, Bericht von 1832. Zur Chaliza vgl. in der Bibel 5. Buch Mose 25,5 ff.
- 52 Tänzer (wie Anm. 25) S. 62 f.
- 53 StAL F 181 I Bü 251, Bericht vom 28. 7. 1828.
- 54 Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Synagoge zu Stuttgart, hrsg. vom Israelitischen Kirchenvorsteheramt Stuttgart, Stuttgart 1911 (ND Stuttgart 1988), S. 74.
- 55 StAL F 181 I Bü 249, Brief vom September 1834; StAL F 181 I Bü 248, Brief der israelitischen Gemeinde Ludwigsburg an das Oberamt vom 10. 11. 1836; StAL F 181 I Bü 251, Etatplan der israelitischen Gemeinde 1842–1844.
- 56 StAL E 212 Bü 48, Bildung der israelitischen Kirchenvorsteherämter 1832–1839.
- 57 StAL E 173 I Bü 1310, Übersicht der Kreisregierung des Neckarkreises über die Verhältnisse der Judengemeinden 1828.
- 58 Ebd. und StAL F 181 I Bü 251, Bericht vom 28. 7. 1828.
- 59 Hahn (wie Anm. 12) S. 459.
- 60 StAL E 212 Bü 181. 61 StAL F 181 I Bü 249
- 62 StAL F 181 I Bü 253, Schreiben vom 19. 4. 1852.
- 63 StAL E 212 Bü 328.
- 64 Chacham ist ein »Weiser«, »Gelehrter«; Titel des Rabbiners bei den sefardischen Juden. Livorno war Sitz einer blühenden jüdisch-sefardischen Gemeinde.
- 65 StAL E 212 Bü 328.
- 66 StAL E 212 Bü 328.
- 67 Nach einem Erlaß der Israelitischen Oberkirchenbehörde wurden Berlinger, »so lange er überhaupt mit der Sache beschäftigt sein wird«, vier Gulden wöchentlich an Gehalt bewilligt; StAL E 226/190 Bü 88 (in diesem Büschel auch etliche Dokumente zur Finanzierung von Berlingers Reise nach Italien).
- 68 StAL E 212 Bü 328.
- 69 StAL F 181 I Bü 251.
- 70 StAL F 181 I Bü 250a.

Ludwigsburg in den Revolutionsjahren 1848/49

von Wolfgang Läßle

Vormärz und März

Nach dem Wiener Kongreß führten die europaweite repressive Politik, nationale Bestrebungen sowie soziale Konflikte zu Spannungen, die sich in den meisten Staaten Europas 1848 in einer Revolution entluden. Im Februar dieses Jahres kam es in Frankreich wegen der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem restaurierten Königtum zu einer Revolution, in deren Folge die Monarchie gestürzt und die Republik ausgerufen wurde. In Württemberg wie in anderen deutschen Bundesstaaten rief die Nachricht vom Ausbruch der Pariser Februarrevolution eine ungeheure Aufregung hervor. Der revolutionäre Funke sprang sofort auf Deutschland über, wo er seinen ersten Widerhall in Baden fand.¹

In ganz Deutschland wurden demokratische Forderungen laut. Viele Menschen begeisterten sich für die Einheit der Nation. Das Volk war mit den rückständigen Regierungen unzufrieden. Adressen, Petitionen und Versammlungen folgten. In Wien (13. März) und Berlin (18. März) sowie in anderen Städten kam es zu blutigen Aufständen. Der verhaßte österreichische Staatskanzler Fürst Metternich wurde entlassen. Im März 1848 trafen sich in Heidelberg liberale Politiker aus Süd- und Westdeutschland, um über ein deutsches Parlament zu beraten. Wenig später konnten in Frankfurt am Main rund 500 Delegierte zu einem Vorparlament einberufen werden, das am 3. April 1848 die Durchführung von Wahlen zu einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung beschloß. Unter Führung Friedrich Heckers schlugen im April 1848 in Baden republikanische Freischaren los, die aber in kurzer Zeit von den dagegen aufgebotenen Truppen, darunter auch württembergische, überwältigt wurden. Auch in Württemberg gährte es. Längst gehegte Wünsche nach Verbesserung der politischen Verhältnisse wurden auch hier wach.²

Im landwirtschaftlich geprägten Württemberg hatte im Jahr 1846 eine weitverbreitete Kartoffelkrankheit zu Mißernten geführt. Teuerung, Lohnverfall und Hungersnot waren die Folge, was wiederum zu starken sozialen Spannungen führte. Anfang Mai 1847 war es in Stuttgart, Ulm und Tübingen zu Hungerkrawallen gekommen, die durch die steigenden Lebensmittelpreise ausgelöst worden waren. Das ausgerückte Militär war damals von der aufgebrachten Menge mit Steinen beworfen worden.³

Trotz einer stärkeren liberalen Opposition im Landtag war der politische Kurs in Württemberg reaktionär. Allerdings galt die württembergische Verfassung von 1819 als eine der freisinnigsten im Deutschen Bund, garantierte sie doch bereits einige Freiheits- und Grundrechte.⁴

In der Schweiz hatten 1847 die liberalen Kantone im sogenannten Sonderbundskrieg gesiegt. Ihr Triumph über die Reaktion wurde in Europa zum Ansporn für die liberalen Kräfte. Eine allgemeine soziale Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sowie Forderungen der Liberalen nach Erweiterung der

bürgerlichen Freiheiten hatten auch in Württemberg eine spannungsgeladene Atmosphäre geschaffen. Überall im Lande organisierten sich die Menschen in demokratischen Turn- und Gesangsvereinen oder in sonstigen Gesellschaften, die liberale und demokratische Ideen vertraten.⁵

Auch in Ludwigsburg stiegen die Lebensmittelpreise im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1847 stark an. Im Gegensatz zu anderen württembergischen Städten gab es hier aber deswegen keine Krawalle – obwohl die hiesigen Brotpreise zeitweilig höher lagen als in Stuttgart⁶, wo es zu Ausschreitungen gekommen war.⁷ Wegen der hohen Brotpreise fielen zwar auch Ludwigsburger Bürger über einige Bäcker her, jedoch nur verbal.⁸ Anfang Mai 1847 schenkte der König der hiesigen Stadtgemeinde aus seiner Privatkasse 2000 Gulden, »um den bedürftigen Einwohnern das Brod in ermäßigtem Preise zukommen zu lassen«.⁹ Die Ludwigsburger bedankten sich für diese Huld mit einer an den König gerichteten Adresse, in der sie auch die »Versicherung unwandelbarer Ergebenheit« zum Ausdruck brachten.¹⁰

Eine städtische Maßnahme zur Stützung der Brotpreise waren u. a. mehrere Darlehensaufnahmen zum Ankauf von Frucht und Mehl, auch im benachbarten Ausland. Außerdem hatte der Ludwigsburger Stiftungsrat zusammen mit dem Armen-Verein bereits zu Beginn des Jahres 1847 im unteren Flügel des Marstallgebäudes eine »öffentliche Speisungs-Anstalt« eingerichtet, wo an bedürftige Einwohner für wenig Geld warmes Essen ausgegeben wurde.¹¹ Eine weitere Maßnahme war, »hiesige arbeitsfähige unbemittelte Personen bei der gegenwärtigen Theuerung« dadurch zu unterstützen, daß ihnen städtische Arbeiten an Straßen usw. »gegen angemessenen Lohn übertragen« wurden¹²; außerdem gab die Stadt zu verbilligtem Preis Mehl an Bedürftige und Minderbemittelte ab.¹³ Mitte Mai wurde im Ludwigsburger Tagblatt der Wunsch geäußert, eine Leihkasse einzurichten, durch »welche dem fleißigen, rechtlichen Handwerksmann die zu seinem Credit und Fortkommen nöthigen Gelder um billige Zinse angeliehen werden können«. Ein paar Wochen später war dann eine Leihbank zur Unterstützung der kleineren Gewerbe in der Stadt ins Leben gerufen worden.¹⁴

Trotz dieser erfreulichen Maßnahmen wurden auch in Ludwigsburg Ausschreitungen befürchtet, waren doch vereinzelt Drohungen laut geworden. Man traf deshalb mehrere Sicherheitsvorkehrungen. So waren zeitweise nachts sämtliche militärischen Posten und Wachen doppelt besetzt, außerdem patrouillierte die gesamte mit Bürgermilitär verstärkte Polizeimannschaft durch die Straßen.¹⁵ Schließlich wurde neben dem 150 Mann zählenden bürgerlichen Schützenkorps noch eine Sicherheitswache von ungefähr 130 Bürgern aufgestellt.¹⁶ Ob dieses starke Schutzbedürfnis der Ludwigsburger angesichts der ohnehin starken Garnison überhaupt notwendig war, mag dahingestellt sein.

Die schlechte Versorgungslage entschärfte sich dann sehr schnell im Verlauf des Sommers 1847, als die Ernten eingebracht wurden. Über den feierlichen Empfang der ersten Erntewagen in Ludwigsburg schrieb das Tagblatt: »Samstag den 31. Juli. Es fand heute das Gefühl des Dankes für die allenthalben in der Natur ausgegossene Segensfülle seinen Ausdruck in der feierlichen Einführung der ersten Erntewagen. Nachmittags um 2 Uhr standen die städtischen Collegien nebst mehreren Beamten, die Schulkinder mit ihren Lehrern, sowie die Mitglieder des Liederkranzes am Schorndorfer Thore bereit, die Erstlinge der Früchte des Feldes zu empfangen. Wie sie erscheinen, ringsum von Florens Kindern geschmückt [...] und mit der Inschrift: ›Der Herr denkt an uns und segnet uns‹, so stimmt die Schuljugend

das Lied ›Sey Lob und Ehr dem höchsten Gut‹ an und nun bewegt sich der lange Zug nach dem Marktplatze, wo die Fruchtwagen, umkreist von Tausenden, am Portale der Stadtkirche aufgestellt werden. Nachdem noch vom Liederkranz ›Wenn Menschenhilfe dir gebricht‹ mit Musikbegleitung und von den Kindern ›Lobe den Herren‹ gesungen worden, drängt sich Alles in die Kirche, welche kaum die Menge faßt und wo auf dem Altare eine blumentumwundene Roggengarbe aufgestellt ist. Der Kirchengesang-Verein trägt nun unter Mitwirkung des Kirchenmusik-Personals den 100. Psalmen, Doppelchor mit Orchester von Frech, vor; hierauf singt die Gemeinde das bekannte und beliebte ›Nun danket alle Gott‹. In einer sehr ergreifenden Rede werden zuerst die Blicke noch einmal hingewendet auf die trüben Wolken der allgemeinen Noth und sodann auf die Heiterkeit des Himmels, der jetzt über uns sich neiget. Und viele Thränen bewiesen uns, daß in der letzten Zeit ihrer noch viel mehr mögen in stiller Kammer geflossen seyn. Den Schluß machte ein Chor ›Jehovah‹ von Silcher, vorgetragen vom Liederkranz mit Orchesterbegleitung. Wie die Erntefeier von 1817 bei älteren Personen noch heute im Gedächtnisse lebt, so wird auch die heutige namentlich in den Herzen der Kinder eine unauslöschliche Schrift bleiben, erinnernd an die ewiglich währende Güte des Herrn.«¹⁷

Die konforme Stadt?

Ludwigsburg, damals Hauptwaffen- und Hauptgarnisonsplatz des Königreichs, zählte 1848 ungefähr 12 000 Einwohner, von denen rund ein Viertel, also ca. 3000, zur Garnison gehörte. Hinzu kamen noch 700 bis 800 Arbeitshaussträflinge.¹⁸ Die Stadt hatte als künstliche und fürstliche Schöpfung schon von ihrer Gründungsgeschichte her eine besonders enge Beziehung zum Staat und jeweiligen Landesherren. Die Ludwigsburger waren im allgemeinen treue Untertanen des württem-



Ludwigsburg um 1850

bergischen Herrscherhauses. Der Staat manifestierte sich in ihrer Stadt in zahlreichen Behörden, vor allem aber im Militär, die Landesherren in ihren Schlössern. Ludwigsburg war mit seiner Garnison und seiner Nähe zu Krone und Hof von jeher Machtzentrum des Landes und Symbol der bestehenden politischen Verhältnisse in Württemberg. Das Militär bestimmte den Alltag in der Stadt, gab den Ton an und machte Ludwigsburg zu dem, was es von Anfang an war: zur ausgesprochenen Soldatenstadt. Wie die Beamten verkörperten die Soldaten das monarchische Prinzip. Beide Berufsgruppen repräsentierten den Staat als dessen Diener. Die Nähe zum Thron ließ nach außen hin keinen Meinungsstreit, Pluralismus oder politischen Dissens zu. Überdies führte vor allem die militärische Präsenz zu wichtigen Einnahmequellen für Stadt und Einwohnerschaft.

In verschiedenen zivilen Gremien und Vereinen (z. B. in der Museumsgesellschaft) engagierten sich, neben den übrigen Einwohnern, auch Militärs und Beamte, die ihre »loyalen« Meinungen und Überzeugungen einbrachten. Es bestanden vielfältige gesellschaftliche und private Kontakte sowie ein geselliger Verkehr zwischen den zivilen und militärischen Kreisen. Dies alles schuf ein gegenseitiges Beziehungsgeflecht, auf das weder die eine noch die andere Seite verzichten wollte bzw. konnte. Es liegt auf der Hand, daß bei diesem, man möchte sagen: »Geist von Ludwigsburg«, bei soviel »obrigkeitlicher Präsenz« vor allem eine monarchisch-konservative Gesinnung anzutreffen war und regierungsfeindliche oder gar revolutionäre Bestrebungen hier kaum Chancen hatten. Dies war schon bei der gescheiterten Ludwigsburger Militärverschwörung um den Oberleutnant Koseritz im Vormärz zwischen den Jahren 1831 und 1833 und erst recht 1848/49 der Fall.¹⁹

In Ludwigsburg fand, wie überhaupt in Württemberg, vor 150 Jahren keine Revolution statt. Anders sah es in Baden aus, wo es radikale Forderungen gab, eine Republik zu errichten. Dagegen wollte man in Württemberg die sozialen und politischen Verhältnisse auf legalem Wege – durch eine »liberale Revolution« – verbessern.²⁰

Dennoch gab es auch in Ludwigsburg etliche Anhänger der politischen Bewegungen jener Zeit. Hier wurden zahlreiche Persönlichkeiten geboren, die in den Revolutionsjahren 1848/49 und danach nicht nur auf lokaler Ebene politisch besonders hervortraten und sich für Reformen einsetzten. Genannt seien nur Julius Haußmann, der Organisator der demokratischen Volksvereine 1848/49 in Württemberg, Friedrich Notter, 1848/49 Mitglied des Landtags, David Friedrich Strauß, von dem nachher noch ausführlich die Rede sein wird, und Friedrich Theodor Vischer, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung. Der Jurist Adolph Schoder war zwar kein gebürtiger Ludwigsburger, verbrachte hier aber seine Kindheit und Jugend. Er war ebenfalls Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und 1849 Vizepräsident des Stuttgarter Rumpfparlaments.²¹

Selbst im »königstreuen« Ludwigsburg fiel radikales Gedankengut mitunter auf fruchtbaren Boden. Hier wurde nicht nur das »Ludwigsburger Tagblatt« und der »Schwäbische Merkur« gelesen, sondern auch der satirische »Eulenspiegel«, der liberale »Beobachter« oder die pietistische »Süddeutsche Warte«.²²

Ludwigsburg war, gemessen an seiner zivilen Größe, die eigentliche Soldatenstadt Württembergs. Die aus dem Schwarzwald-, Jagst-, Bodensee- und Neckarkreis stammenden Landessöhne, die hier ihren Militärdienst ableisteten, brachten ihre unterschiedlichen Mentalitäten, ihre Gedanken, ihre Ansichten, ihre Über-

zeugungen, politisch, religiös, wie auch immer, mit nach Ludwigsburg. Hier gab es, obendrein gefördert durch den häufig praktizierten Wechsel der einzelnen Truppenteile in andere württembergische Garnisonstädte, nicht nur ein ständiges Kommen und Gehen von Menschen unterschiedlicher Bildung und sozialer Herkunft, sondern zwangsläufig auch eine Art Umschlagplatz für die neuesten

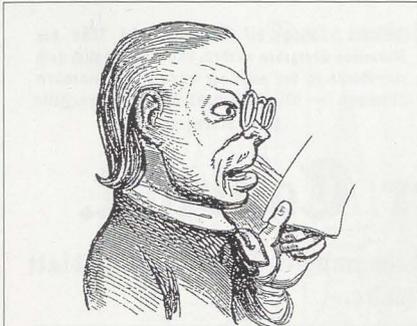
Nachrichten und Meldungen, für Informationen, für politische Ideen aller Art, unter letzteren gewiß auch radikale und revolutionäre. In gewisser Hinsicht galt das auch für die hiesigen Beamten; sie stammten ebenfalls aus dem ganzen Land, bildeten aber eine eher homogene Bevölkerungsgruppe. Alle diese Besonderheiten der Stadt beeinflussten auch das Wollen, Denken und die Sichtweisen der Ludwigsburger Bürger nachhaltig – positiv wie negativ. Hier, an der Nahtstelle von Hof und Regierung, konzentrierten sich die Eliten des Landes.

Bemerkenswert ist, daß es gerade die Ludwigsburger, Zivilisten wie Soldaten, waren, die den von ihnen als besonders fortschrittlich eingeschätzten, weithin bekannten Theologen David Friedrich Strauß im Frühjahr 1848 bei der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung unterstützten. Freilich dachte damals kaum ein Ludwigsburger an eine Beseitigung der Monarchie; es ging den Menschen in erster Linie um größere politische Partizipation.²³

Reformen, die hoffen lassen

Mitte Januar 1848 wurden in einer Stuttgarter Wahlversammlung das allgemeine Wahlrecht, Volksbewaffnung, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Abschaffung der restlichen Grundlasten, ein allgemeiner deutscher Zollverein und ein deutsches Zollparlament gefordert.²⁴ Bereits am 1. März hob man in Württemberg die Zensur auf und es wurde die »Preßfreiheit« nach den Bestimmungen

des Gesetzes von 1817 eingeführt.²⁵ Am gleichen Tag richtete der ständische Ausschuß an den König eine Adresse, in der er die Wünsche des Volkes formulierte. Tags darauf fand in Stuttgart eine allgemeine Bürgerversammlung statt, in



Ein Leser der süddeutschen Warte.



Ein Leser des Beobachters.



Ein Leser des Eulenspiegels.

»Eulenspiegel« vom 20. Oktober 1849

der eine Adresse mit Forderungen an den König angenommen wurde. Im einzelnen verlangte man die Einlösung bislang nicht erfüllter Versprechungen, nämlich u. a. die Berufung eines deutschen Parlaments, Geschworenengerichte, Versammlungsfreiheit, gerechtes Besteuerungssystem, Volksbewaffnung.²⁶ König Wilhelm I. zögerte nicht lange. Unter dem Druck der Verhältnisse berief er einige

Dieses Blatt erscheint, mit Ausnahme des Montags
t ä g l i c h.
Es ist zugleich Amtsblatt für das K. Oberamt
Ludwigsburg. Halbjähriger Abonnements-Preis
1 fl. 18 fr.



Inserate, welche bis Morgens 11 Uhr der
Redaction übergeben werden, finden wo möglich noch
eine Stelle in der am Tage darauf erscheinenden
Nummer. — Die Insertions-Gebühr ist pr. Zeile
zwei Kreuzer.

Ludwigsburger Tagblatt.

Ein Organ für den öffentlichen Verkehr und ein Unterhaltungsblatt
für alle Stände.

81. Stück.

Mittwoch den 5. April

1848.

A. Amtliche Anordnungen und Bekanntmachungen.

G e s e z,
die Volksversammlungen betreffend.

W i l h e l m,

von Gottes Gnaden König von Württemberg.

In der Absicht, die geordnete Entwicklung des öffentlichen Lebens von Hindernissen zu befreien, verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unseres Geheimen-Rathes und mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

Einziger Artikel.

Allen Staatsbürgern ist das Recht eingeräumt, zu Besprechung allgemeiner An gelegenheiten, ohne polizeiliche Erlaubniß, jedoch unter Beobachtung der zur Aufrecht haltung der Geseze und der bürgerlichen Ordnung bestehenden Vorschriften, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Dergleichen Versammlungen sind entweder vorher öffent lich bekannt zu machen, oder ist hievon der betreffenden Ortsbehörde Anzeige zu thun. Alle entgegenstehenden Geseze und Verordnungen, insbesondere die Verordnung vom 12. Juni 1832, sind und bleiben aufgehoben.

Unser Ministerium des Innern ist mit der Vollziehung dieses Gesezes beauftragt. Gegeben, Stuttgart, im April 1848.

W i l h e l m.

Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy.

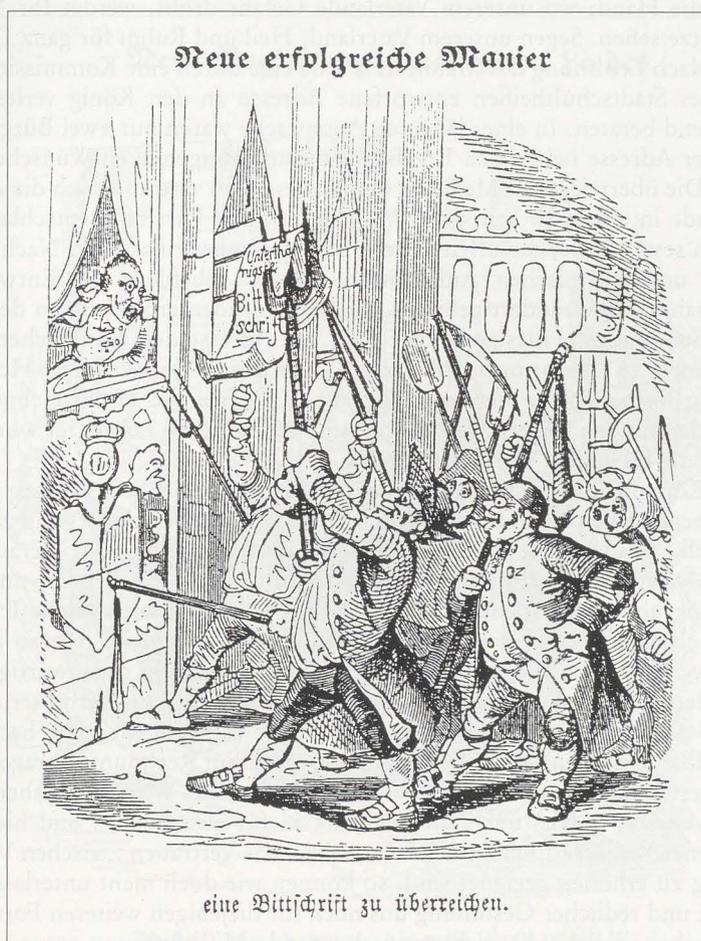
Auf Befehl des Königs,
für den Staats-Secretär, der Geheime Legationsrath Maucier.

Ludwigsburger Tagblatt vom 5. April 1848

Tage später aus Mitgliedern der Opposition ein liberales Kabinett unter der Führung des Rechtskonsulenten Friedrich Römer, das unverzüglich liberale Reformen einleitete. Der unpopuläre Innenminister Johannes Schlayer wurde am 9. März entlassen. Lediglich die bisherigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten sowie —

und das ist besonders bemerkenswert – des Kriegswesens verblieben in ihren Ämtern. Dieses erste parlamentarische Ministerium Württembergs, das liberale »Märzministerium«, und das kluge taktische Verhalten des Königs trugen wesentlich dazu bei, daß es im Land in den Jahren 1848/49 zu keinen größeren Aufständen kam.²⁷

Am 2. März 1848 wandte sich König Wilhelm I. in einem Manifest an sein Volk



»Eulenspiegel«, Frühjahr 1848

und rief zur Treue gegen Regierung und Verfassung auf. Zwei Tage später fand auf Einladung von Stadtschultheiß Bunz im großen Saal des Ludwigsburger Rathauses eine sehr gut besuchte allgemeine Bürgerversammlung statt, bei der dieses königliche Manifest verkündet wurde: »Württemberg! Die großen Weltbegebenheiten, deren Wirkungen für unser Land sowie für unser großes gemeinschaftliches Vaterland noch nicht zu übersehen sind, haben die größte Aufregung hervorgebracht. In diesem entscheidenden großen Augenblick spricht Euer König zu

Seinem treuen Volk: Bewährt auch jetzt wieder Euren ächt deutschen Charakter, fest in dem Vertrauen auf die göttliche Vorsehung, deren Allmacht und Weisheit das Schicksal der Völker lenkt, treu gegen Eure Regierung und Verfassung, die Eure Rechte und Eigenthum beschützt; Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und nothwendigste Pflicht. Reichen wir unsern deutschen Brüdern die Hand; wo unserem Vaterlande Gefahr droht, werdet Ihr Mich an Eurer Spitze sehen. Segen unserem Vaterland, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!«²⁸ Nach Eröffnung des Manifests wurde eine durch eine Kommission unter Vorsitz des Stadtschultheißen entworfene Adresse an den König verlesen und anschließend beraten. In einer längeren Aussprache waren nur zwei Bürger dagegen, in der Adresse neben den Ergebnheitsbeteuerungen auch Wünsche vorzubringen. Die überwiegende Mehrheit der Anwesenden vertrat jedoch die Ansicht, »daß gerade in einem so kritischen Momente es den Fürsten Deutschlands nur angenehm seyn werde, die öffentliche Meinung kennenzulernen«. Nach einigen lebhaften und stürmischen Äußerungen wurde schließlich der Entwurf der Adresse nahezu unverändert gebilligt. Die Anwesenden ermächtigten den Stadtschultheißen und zwei hiesige Bürger dazu, die Adresse dem königlichen Geheimen Kabinett zu überbringen. Mit einem dreimaligen donnernden »Hoch« auf den König löste sich die Versammlung auf. Es folgte die Unterzeichnung der Adresse, die mit den Unterschriften von rund 200 Bürgern bekräftigt wurde. Die Adresse hatte folgenden Wortlaut:

»Eure Königliche Majestät haben in einem Manifeste aus Veranlassung der großen Weltbegebenheiten und der dadurch bewirkten großen Aufregung zu ihrem treuen Volke gesprochen. Die Bürger Ludwigsburgs beeilen sich hierauf, Euer Königl. Majestät die ehrfurchtsvolle Versicherung ihrer Ergebenheit und Treue gegen Regierung und Verfassung darzubringen. Wenn aber auch solche Treue und Ergebenheit sich überall in unserem Vaterlande längst erprobt hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß neben derselben, hauptsächlich im gegenwärtigen, entscheidenden, großen Augenblick, längst gehegte Wünsche für Verbesserungen in unserm Staatsleben lauter geworden sind. Eure Königl. Majestät haben sich bereits selbst in diesem Geiste ausgesprochen und ihm Rechnung getragen in der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit. Wenn wir daher Euerer Königl. Majestät unsern tiefgefühlten Dank hiefür aussprechen und hierin den Anfang jener Verbesserungen erblicken, welche das Vertrauen zwischen Volk und Regierung zu erhöhen geeignet sind, so können wir doch nicht unterlassen, mit Offenheit und redlicher Gesinnung uns noch für diejenigen weiteren Fortschritte auszusprechen, welche die nicht zu verkennende Mißstimmung gegen manches Bestehende beschwichtigen dürften.

Eine allgemeine Bürgerbewaffnung mit angemessener Wehrverfassung wird allein uns in den Stand setzen, in Zeiten der Gefahr die Ordnung im Innern zu erhalten und das Vaterland nach Außen zu schützen.

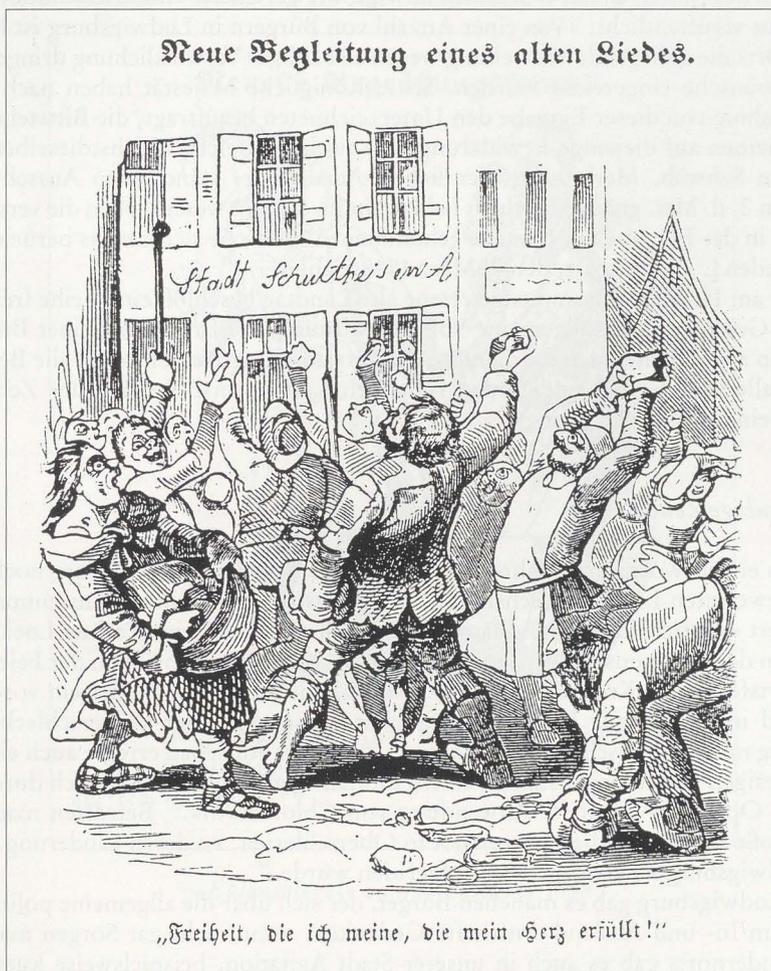
Ein öffentliches und mündliches Rechtsverfahren, mit Schwurgerichten, wird das Mißtrauen beseitigen, welchem das heimliche Verfahren mehr und mehr verfällt.

Der zunehmenden Verarmung möge durch Arbeit im Innern und Schutz nach Außen, durch ein überallhin gerechtes Besteuerungssystem und Entfeßlung des Grund und Bodens entgegengewirkt werden.

Der Deutsche bedarf nach der Erweckung und Hebung eines größeren Sinnes

für öffentliches Leben, einer Erstarbung des Nationalgefühls, und wir glauben, dieses befördert zu sehen, wenn das gegenwärtige Bevormundungssystem wesentlich beschränkt und in Bezug hierauf das Recht zu öffentlichen Versammlungen und Petitionen freigegeben werde.

Noch können wir nicht unterdrücken, zu sagen, daß der deutsche Bund, dessen



»Eulenspiegel«, Frühjahr 1848

Zweck es ist, Deutschland nach Außen zu vertreten und seine Wohlfahrt nach Innen zu fördern, diesen Zweck erst dann in seinem ganzen Umfang wird erfüllen können, wenn ihm eine allgemeine deutsche Volksvertretung die Mittel bietet, die wirklichen geistigen und materiellen Bedürfnisse des Volkes kennenzulernen.

Wir hegen das Vertrauen, daß die Weisheit Eurer Königlichen Majestät das Wahre und Rechte finden werde, was zum Segen unseres Vaterlandes, zum Heil

und Ruhm Deutschlands dient. Geruhen Euer Königl. Majestät die wiederholte Versicherung unserer unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit huldreichst entgegenzunehmen. Ehrfurchtsvoll verharrend etc. etc.«²⁹

Die Ludwigsburger Adresse war eine der ersten im Lande.³⁰ Die Antwort des Königs ließ nicht lange auf sich warten. Am 10. März wurde folgende, vom Ministerium des Innern an das Oberamt Ludwigsburg gerichtete »hohe Resolution« im Tagblatt veröffentlicht: »Von einer Anzahl von Bürgern in Ludwigsburg ist höchsten Orts die anliegende Vorstellung wegen alsbaldiger Verwirklichung dringender Volkswünsche eingereicht worden. Seine Königliche Majestät haben nach Einsichtnahme von dieser Eingabe den Unterzeichneten beauftragt, die Bittsteller im allgemeinen auf diejenige Erwiderung hinzuweisen, welche Höchst dieselben auf die (im Schwäb. Merkur veröffentlichte) Adresse des ständischen Ausschusses unterm 2. d. Mts. gnädigst ertheilt haben, und worin im wesentlichen die verschiedenen in der Eingabe zur Sprache gekommenen Wünsche sich bereits berücksichtigt finden [. . .] Stuttgart, den 7. März 1848. Schlayer.«³¹

Der am 14. März zusammengetretene alte Landtag beschloß eine Reihe freiheitlicher Gesetze, so die allgemeine Volksbewaffnung, die Errichtung einer Bürgerwehr in allen Gemeinden des Landes, die Versammlungsfreiheit sowie die Beseitigung aller auf Grund und Boden ruhenden Lasten einschließlich der Zehnten gegen eine geringe Ablösung.³²

Unruhige Zeiten

In den ersten Wochen des Jahres 1848 nahm das Leben in Ludwigsburg noch seinen gewohnten Lauf. Abwechslung vom Alltagsrott boten höchstens einmal ein Konzert »vortrefflicher Mundharmonika-Spieler im Geisheimer'schen Locale«³³, ein von der Museumsgesellschaft veranstalteter Maskenball anlässlich der Feier des Geburtsfestes des Kronprinzen im »Gasthof zum Waldhorn«³⁴ oder ein vorübergehend im »Saale zur Kanne«³⁵ aufgestelltes Panorama der Völkerschlacht bei Leipzig mit anatomischem Kunstkabinett.³⁶ Einiges Aufsehen erregte auch eine in der hiesigen Kinderheilstation an einem fünfjährigen Knaben erfolgreich durchgeführte Operation »mittelst Anwendung von Chloroform«.³⁷ Betroffen machten das große Elend und die Hungersnot in Oberschlesien, zu deren Linderung auch in Ludwigsburg zu Geldspenden aufgerufen wurde.³⁸

In Ludwigsburg gab es manchen Bürger, der sich über die allgemeine politische Lage im In- und Ausland ernsthafte Gedanken, wenn nicht gar Sorgen machte. Wie andernorts gab es auch in unserer Stadt Agitation, beispielsweise kursierte Anfang März 1848 unter der Einwohnerschaft eine »lithographierte Flugschrift empörenden Inhalts«, die offensichtlich in die Kasernen eingeschmuggelt werden sollte. »Daß das elende Machwerk«, so das Tagblatt, »überall mit der größten Indignation aufgenommen wurde, wo es sich fand, bedarf keiner besondern Versicherung«.³⁹ Die Flugschrift hat sich offensichtlich nicht erhalten. Es wird sich aber um eines jener Pamphlete mit politischem Inhalt gehandelt haben, die damals sehr zahlreich kursierten.

Wie immer in Zeiten großer politischer Ereignisse wurden auch in Ludwigsburg Ängste geschürt oder es brodelte die Gerüchteküche. Neben den oftmals dramatischen Ereignissen der »hohen« Politik jener Tage hörte man von einer angeblichen

Bedrohung der Grenzen im nördlichen Landesteil durch »bewaffnete Banden«, von Bauernunruhen im Mainhardter Wald und im Hohenlohischen, wo beispielsweise das Schloß Niederstetten der Fürsten von Hohenlohe-Bartenstein von »wüthenden Bauernhaufen« niedergebrannt wurde⁴⁰, oder es sickerte die Meldung von den eingäscherten herrschaftlichen Schlössern in Adelsheim und Boxberg im benachbarten Baden durch.⁴¹ Mit Empörung wurde auch registriert, daß

Neueste Begrüßungsformel.



— Grüß' dich Gott! So du läufst auch noch herum?
 — Ei der tausend, lieber Freund! du bist noch nicht
 auf dem Alperg?

»Eulenspiegel« vom 7. Oktober 1848

Bauern in dem im Oberamt Weinsberg gelegenen freiherrlich Weilerschen Ort Weiler und im dortigen Schloß sämtliche herrschaftlichen Urkunden und Akten verbrannt hatten.⁴² Die Ursache für diese Ausschreitungen waren meistens drückende Feudallasten. Man sprach über die hiesige Einlieferung eines Trainsoldaten, der in Assumstadt versucht haben soll, herrschaftliche Gebäude in Brand zu stecken. Mit Zündstoff war dieser auf einem Heuboden von Bauern ergriffen und den Behörden übergeben worden.⁴³ Obwohl weit entfernt, beunruhigten alle diese Ereignisse und Nachrichten allmählich auch die Ludwigsburger. Durch die starke Militärpräsenz wählte man sich aber in Sicherheit. Freilich blieben den hiesigen, mit dem Militärwesen in besonderem Maße vertrauten Bürgern die ständigen

Truppenbewegungen in der Stadt, die zum Teil auch zu ungewohnter Stunde stattfanden, nicht verborgen. Lebhaft ging es auch auf dem hiesigen Bahnhof zu, wo damals zahlreiche, für die Bundesfestung Ulm bestimmte Geschütze verladen und Munitionswagen bepackt wurden.⁴⁴ Ein Hauptgewicht legte man in jenen Tagen auf die Ausbildung der Mannschaften, um sie so schnell wie möglich marschfähig zu machen. Zudem wurde der Präsenzstand durch die Einberufung von Beurlaubten erheblich verstärkt. Der Bestand an Militärpferden wurde ebenfalls vergrößert und der ehemalige, bislang als Artillerie-Wagenhaus genutzte Marstall wieder zu Stallungen für Remonten eingerichtet.⁴⁵

Zur Niederschlagung der im Hohenlohischen ausgebrochenen Unruhen verließ Mitte März eine mobile Militärkolonne die Stadt. Es kam aber zu keinen Kampfhandlungen. Das bloße Erscheinen der Soldaten genügte, um die Ruhe wieder herzustellen, so daß die Truppen schon bald abgezogen werden konnten. In einem Tagesbefehl wurde ihr guter Geist und die Disziplin anerkennend hervorgehoben.⁴⁶

Am Morgen des 18. März 1848 fand die feierliche Vereidigung der Ludwigsburger Garnison auf die württembergische Verfassung statt. Um halb acht begann der Aufmarsch der verschiedenen Regimenter mit klingendem Spiel und deren Aufstellung im mittleren Schloßhof. Nachdem der Gouverneur der Stadt, Generalleutnant von Bartruff, den Truppen verkündet hatte, daß sie auf Befehl des Königs hier versammelt seien, um auf die Verfassung vereidigt zu werden, hielt Garnisonsprediger Binder eine Rede und ein Auditor verlas folgende Eidesformel: »Sie werden aufs neue unserem gnädigsten König Wilhelm den Eid unverbrüchlicher Treue schwören und geloben, den Gesetzen gehorsam zu seyn und die Verfassung, so weit es an Ihnen ist, gewissenhaft zu wahren.« Danach erfolgte die Abnahme des Eides. Ein kurzes Schlußgebet sprach Stadtpfarrer Vogt. Nach einem auf den König ausgebrachten »Hoch« durch den Gouverneur, in das die verhältnismäßig wenigen Zuschauer stürmisch einfielen, marschierten die Regimenter in ihre Kasernen zurück.⁴⁷ Allerdings kritisierte man im nachhinein die Art und Weise, wie die Vereidigung vonstatten gegangen war, hatte doch das hiesige Militärgouvernement – bewußt oder unbewußt – versäumt, die Vertreter der städtischen Dienststellen und die Einwohnerschaft über dieses wichtige militärische Zeremoniell vorab zu informieren. Weit größeren Tadel fand aber der Umstand, »daß den Soldaten«, so das Tagblatt vom 21. März, »vorher auch nicht die mindeste Belehrung zutheil geworden sey, was sie beschwören sollen, so daß viele heute noch nicht wissen, was sie geschworen haben«.⁴⁸

Eine gewisse Respektlosigkeit Soldaten gegenüber hielt selbst im »militärfrommen« Ludwigsburg Einzug. So ist z. B. ein Vorfall überliefert, wonach ein hiesiger Bube, der, als sich das 1. Reiter-Regiment gerade »marschfertig« machte, zusammen mit anderen Jungen »gaffend« herumstand, einige Soldaten beschimpfte. Der Lohn für die Beleidigungen blieb nicht aus, von dem auch der herbeigeeilte Vater einen Teil abbekommen hätte, wenn nicht ein Bürger beschwichtigend eingeschritten wäre.⁴⁹

Oftmals waren es nichtige Anlässe, die zu Handgreiflichkeiten führten. Beispielsweise zechten an einem Januarabend 1848 einige junge Leute aus achtbaren Ludwigsburger Familien, wie das Tagblatt seinerzeit feststellte, im Kronenwirthshaus und sangen dabei ein Studentenlied. Ein hiesiger Ziegeleibesitzer, der in besagtem Wirthshaus ebenfalls einen zur Brust nahm, hielt dies von Nichtstudenten

für eine Anmaßung und erlaubte sich ihnen gegenüber einen etwas derben Scherz. Auf dem Nachhauseweg verfolgten die so Beleidigten den Ziegeleibesitzer. Als die jungen Hitzköpfe ihn schließlich im Tal erreicht hatten, zog dieser sofort ein Messer und hetzte seinen Hund auf die Angreifer. Es kam zum Kampf. Ströme von Blut flossen. Der Kampfplatz glich einem wahren Schlachtfeld. Der mit Stöcken traktierte Ziegeleibesitzer erhielt nicht weniger als acht Wunden, meist am Kopf, wodurch er lebensgefährlich verletzt wurde.⁵⁰

Öffentlich wurde darüber geklagt, daß »in erschreckendem Maße gegenwärtig in hiesiger Stadt Körperverletzungen in Raufhändeln« unter Verwendung »schneidender Waffen« überhandgenommen hätten.⁵¹ Generell muß festgestellt werden, daß damals vor allem bei Soldaten eine gewisse Gewaltbereitschaft vorhanden war, beteiligten sich diese doch häufig an Handgreiflichkeiten. Exzesse, wie der folgende, der sich Mitte Januar 1848 zugetragen hatte, waren keine Seltenheit: Eines Nachts wurde der Nachtwächter Osiander von einigen Unteroffizieren beim Stundenruf beleidigt und, als er sich dagegen verwahrte, mit einem Säbelhieb über die Wange verwundet. Er wollte noch die Schloßwache zu Hilfe rufen, was die Angreifer aber verhinderten. Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung erhielt Osiander noch einige Säbelhiebe über den Kopf, die ihm schwere Verletzungen zufügten. Wenigstens entgingen die Täter ihrer Strafe nicht!⁵²

Die Raufereien nahmen im Laufe der folgenden Monate eher noch zu. Im Tagblatt prangerte man »ein wüstes Treiben in vielen unserer hiesigen und naheliegenden Wirthshäusern« an. Als es Mitte des Jahres wieder zu schweren Raufereien gekommen war, die mit lebensgefährlichen Verwundungen einiger Beteiligten geendet hatten, forderte man, »dem rohen wüsten Wirthshausgelärm, besonders in der Stadt selbst, endlich einmal entschieden« entgegenzutreten. Auslöser waren folgende Vorfälle: Ein Pionier war »bei Eglosheim von einem Soldaten des 7ten Regiments mit dem blanken Faschirmmesser scharf über den Kopf gehauen« worden, und in Neckarweihingen hatte ein Handelsgärtner »neben Schlägen, Puffen und Stößen einen Stich in den Leib« erhalten.⁵³ Sicherlich war bei diesen schlimmen Ausschreitungen meist Alkohol mit im Spiel. Relativ harmlos war dagegen, daß damals Soldaten in den Abendstunden oft durch zügelloses Schreien auffielen und taumelnd den Weg in die Kaserne suchten.⁵⁴ Mitte Juli traf dann das königliche Gouvernement gezielt Vorkehrungen, die »in neuerer Zeit mehrfach vorgekommenen gesetzlosen tumultuarischen Ausbrüche« in hiesigen Wirthshäusern und Schenken einzudämmen. Bis auf weiteres sollten abends außerordentliche Visitationen durch Militärpatrouillen vorgenommen werden. Leider ist unbekannt, ob diese Maßnahmen erfolgreich waren.⁵⁵ Sicherlich war eine generelle Lockerung von Moral und Disziplin, vielleicht beeinflusst durch die allgemeinen Probleme in einer Zeit des Umbruchs, für das exzessive Verhalten mancher Soldaten mitverantwortlich. Vereinzelt gab es in jenen Tagen beim Ludwigsburger Militär auch Fälle von Insubordination, gegen die aber energisch, später auch mittels Androhung des Standrechts, eingeschritten wurde.⁵⁶

In jener Zeit machte frecher Übermut selbst vor dem König nicht halt, wie folgende Begebenheit, die sich am 1. Mai 1848 zutrug, belegt: An jenem Tag ritt der König zum Stuttgarter Tor herein, um die Artillerie zu mustern. Da fiel ihm ein junger, etwas erhöht stehender Mann auf, der als einziger unter allen Anwesenden den Hut nicht abnahm und damit seine Achtung dem Monarchen gegenüber nicht bezeugte. »Das Auffallende, trotzige Freche in der ganzen Stellung des jungen Man-

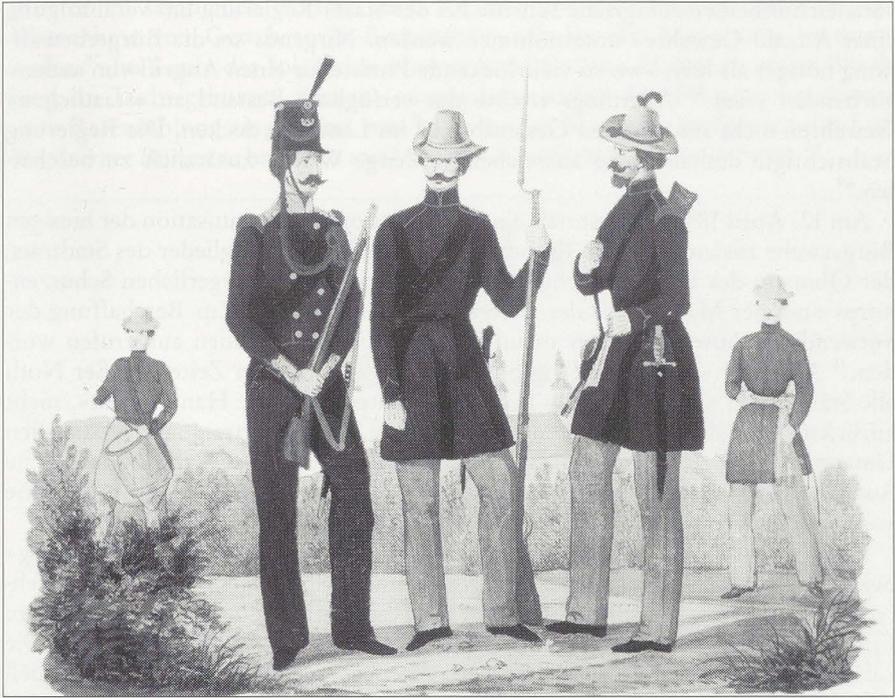
nes«, so das Tagblatt, »bewog den König, ihn zu fragen: ob er Württemberger, ob er von hier sey? Was der Pursche, immer den Hut auf dem Kopfe, endlich denselben kaum lüftend, mit ›ja‹ beantwortete.« Der König war »sichtlich unangenehm berührt« und fragte beim Wegreiten, wer der Mensch sei, und auf die Antwort: der jüngere Sohn des hiesigen Bäckermeisters Theurer, fiel aus seinem Gefolge die Bemerkung, »es würde Ihnen leid seyn, noch mehr solcher Unterthanen zu haben«. ⁵⁷

Ende März 1848 herrschte im Ludwigsburger Arsenal und in seinen Werkstätten emsige Betriebsamkeit. Es wurden Wagen gepackt, Gewehre und Munition an die Mannschaft ausgegeben sowie wegen des riesigen Bedarfs an militärischen Ausrüstungsgegenständen aller Art Lieferungsakkorde ausgeschrieben. Die ganze Garnison erwartete jeden Augenblick Befehl zum Ausmarsch. Zur Bewachung des Arsens, des Residenzschlosses, des Arbeitshauses und anderer öffentlicher Einrichtungen sollten 300 Mann Artillerie mit einigen Geschützen zurückbleiben und die Garnisons-Kompanie vom Hohenasperg hier einrücken. Außerdem wurden die hiesigen waffenfähigen Einwohner dazu aufgerufen, sich mit ihren Waffenvorräten zur Aufstellung einer bürgerlichen Sicherheitswache einzufinden. Da vom Arsenal keine Waffen zu erhalten waren, war man auf Waffen im Privatbesitz angewiesen, von denen es aber in Ludwigsburg sehr viele gab. Ursache für diese Vorkerhungen war eine eingetroffene – wie sich später erweisen sollte – falsche Nachricht, wonach aus 6000 bis 8000 Mann bestehende französische Freischaren den Rhein überschritten hätten, sengend und brennend durch Baden ziehen und sich der württembergischen Grenze nähern würden. Dieses Gerücht ging in Württemberg als sogenannter »Franzosenlärm« in die Geschichtsbücher ein. ⁵⁸

Anfang April war es dann soweit: Der bereits erwartete Abmarsch von in Ludwigsburg stationierten Truppen an die badische Grenze begann. Das 1. Infanterie- und das 1. Reiter-Regiment sowie zwei Artillerie-Batterien wurden in das Oberrhein- und Bodenseegebiet verlegt. ⁵⁹ Weitere Truppenteile marschierten zunächst nach Illingen, wo eine Beobachtungsstellung einzurichten war. Es waren die württembergischen Truppen, die einige Wochen später an der Niederschlagung des in Baden ausgebrochenen Aufstandes unter Friedrich Hecker eingesetzt werden sollten. Allerdings kamen damals keine hiesigen Soldaten, sondern nur eine Kompanie des 6. Infanterie-Regiments aus Stuttgart am 27. April bei Dossenbach ins Gefecht. ⁶⁰ Mitte April waren nahezu sämtliche Ludwigsburger Truppenteile ausmarschiert. Die wenigen noch vorhandenen Einheiten wurden vor allem zur Bewachung von Residenzschloß, Arsenal und Arbeitshaus eingesetzt. ⁶¹

Die Bürger bewaffnen sich

Der bereits erwähnte sogenannte »Franzosenlärm« hatte zur Folge, daß in Ludwigsburg noch vor Inkrafttreten des »Bürgerwehrgesetzes« vom 1. April 1848 der Wunsch laut wurde, neben dem bestehenden und gut organisierten Bürger-Schützenkorps so rasch wie möglich eine Bürgerwache aufzustellen. Hunderte von entsprechenden Erklärungen, »vom höheren Beamten bis zum gut prädicirten Arbeiter«, seien deswegen sogleich erfolgt, so das Tagblatt. »In größter Eintracht« wurden militärische Übungen durchgeführt, an denen sich auch zahlreiche hiesige Turner beteiligten. ⁶² Bereits Ende März 1848 fanden sich im Rathaushof ungefähr



*Die Ludwigsburger Bürgerwehr 1848/49.
Von links nach rechts: Bürgerschütze, Musketenmann, Scharfschütze*

30 mit Gewehren ausgerüstete und rund 300 unbewaffnete wehrfähige Männer aus allen Schichten ein, um sich für Exerzierübungen einzuschreiben und sich militärisch einteilen zu lassen.⁶³ Wenige Tage später exerzierten zum ersten Mal etwa 125 junge Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren, die zuvor von Seiten der Stadt mit kurzen Säbeln versehen worden waren. Zu einer wirksamen Verteidigung reichte diese Bewaffnung freilich nicht aus, weshalb einige einflußreiche Bürger der Stadt beschlossen, die ganze Mannschaft, mit Ausnahme der mit guten Gewehren ausgestatteteten, mit starken, oben zweischneidigen Sensen zu bewaffnen. Die Kosten sollten mittels Spenden bestritten werden.⁶⁴

In Ludwigsburg bestand seit seiner Gründung ein »Bürger-Militär«⁶⁵ und schließlich seit 1828 ein aus rund 150 gut bewaffneten Männern bestehendes bürgerliches Schützenkorps. Letzteres hatte vor allem die Aufgabe, bei Anwesenheit der königlichen Majestäten den Ehrendienst wahrzunehmen, in besonderen Fällen bei der »Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit« mitzuwirken, bei »Festlichkeiten etc. zu Erhöhung der Feier Dienste zu leisten« und bei einem Ausmarsch der Garnison das Residenzschloß zu bewachen.⁶⁶

Auch der hiesige Turnverein hatte sich mit anderen jungen Männern vereinigt, »um nöthigenfalls mit bewaffneter Hand für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Sicherheit zu sorgen«.⁶⁷ Von privater Seite forderte man, daß vom

»Stadtschultheißen energische Schritte bei der Staats-Regierung um Verabfolgung einer Anzahl Gewehre« unternommen werden. Nirgends sei die Bürgerbewaffnung nötiger als hier, »wo so viele lockende Punkte für einen Angriff von außen« vorhanden seien.⁶⁸ Allerdings reichte der verfügbare Bestand an »staatlichen« Gewehren nicht aus, um den Gesamtbedarf im Lande zu decken. Die Regierung beabsichtigte deshalb, eine ausreichende Menge Waffen zusätzlich zu beschaffen.⁶⁹

Am 12. April 1848 trat erstmals eine Kommission zur Organisation der hiesigen Bürgerwehr zusammen. Der Kommission gehörten drei Mitglieder des Stadtrats, der Obmann des Bürgerausschusses, drei Offiziere vom bürgerlichen Schützenkorps und vier Männer aus der übrigen Bürgerschaft an.⁷⁰ Zur Beschaffung der notwendigen Ausrüstung war mehrmals öffentlich zu Spenden aufgerufen worden.⁷¹ Auch die »Frauen Ludwigsburgs« wollten, »wenn in Zeiten großer Noth alle Stände sich zum Schutz des bedrängten Vaterlandes die Hand bieten«, nicht zurückstehen; sie veranstalteten eine Lotterie, deren Ertrag zur finanziellen Unterstützung derjenigen Wehrmänner dienen sollte, die sich die erforderliche Ausrüstung nicht aus eigenen Mitteln anschaffen konnten.⁷² Durch die Lotterie wurden immerhin 690 Gulden und 34 Kreuzer eingenommen.⁷³

Mitte April wurde auf dem Rathaus das »Gesetz betr. die Volksbewaffnung« bekanntgegeben. Danach hatten sämtliche Gemeinden im Königreich Bürgerwehren aufzustellen, wobei alle volljährigen Staatsbürger bis zum 50. Lebensjahr zum Eintritt verpflichtet waren. Allerdings gab es verschiedene Ausnahmen.⁷⁴ Die Liberalen im Lande waren grundsätzlich gegen das stehende Heer eingestellt, ließ sich doch ihrer Ansicht nach mit ihm eine Willkürherrschaft errichten bzw. aufrechterhalten; sie strebten ein Milizheer an und hatten deshalb die Forderung nach allgemeiner Bewaffnung aufgegriffen.⁷⁵ Die »Waffentüchtigkeit der Bürger« sei »ebenso die Grundlage der Unabhängigkeit gegen außen als ein Pfand der Erhaltung der gesetzlichen Freiheiten, der Sicherheit und Ordnung des bürgerlichen Lebens«, so die Begründung für das Gesetz seitens der Regierung gegenüber den Landständen.

Das Gesetz umfaßte drei Abschnitte. Der erste Abschnitt regelte den Besitz und den Gebrauch der Schußwaffen, wobei alle bisherigen Beschränkungen des Waffenbesitzes aufgehoben wurden. Der zweite Abschnitt befaßte sich mit Schießübungen und den Schützengesellschaften. Den Gemeinden wurde dabei das Recht eingeräumt, die Übungen im Waffengebrauch zu kommunalen Aufgaben zu machen. Der dritte Abschnitt bezog sich auf die Organisation der Bürgerwehr. Danach oblag ihr neben dem stehenden Heer die Aufgabe, alle für den Wehrdienst tauglichen Männer auszubilden. Außerdem sollte die Bürgerwehr die Erhaltung der Verfassung und die gesetzliche Ordnung sicherstellen.⁷⁶ Die Ausrüstung hatten die Bürgerwehrmänner zunächst selbst zu bezahlen; später konnten die Gemeinden die Kosten der Ausrüstung unbemittelter Männer übernehmen.⁷⁷ Jede Bürgerwehr hatte als Oberleitung einen Verwaltungsrat.⁷⁸

Da die für die vielen Bürgerwehren im Lande in großer Zahl benötigten Gewehre nicht schnell genug angefertigt werden konnten, wurden vom württembergischen Staat nach einem vorgegebenen Muster auch im Ausland Musketen bestellt, die dann die Gemeinden erwerben konnten. Im übrigen war es den Gemeinden gestattet, im Ausland Gewehre selbst aufzukaufen.⁷⁹ In der zweiten Maihälfte 1848 reisten ein hiesiger Hauptmann und ein Arsenal-Büchsenmacher-

meister im staatlichen Auftrag nach England zur Besichtigung, Prüfung und Übernahme von Gewehren in Birmingham, die für die Bürgerwehr bestimmt waren.⁸⁰ Im Laufe der folgenden Monate wurden dann Musketen gegen Bezahlung im Ludwigsburger Rathaus ausgegeben, wobei den Bürgerwehrmännern auch Ratenzahlung eingeräumt war.⁸¹ Die beiden Musketierkompanien der Ludwigsburger Bürgerwehr waren mit französischen Gewehren ausgestattet.⁸²

W a h l e n

der

Offiziere

zur

B ü r g e r w e h r .

Da die Listen der Bürgerwehrmänner neu gefertigt sind, so finden die Wahlen der Offiziere in folgender Ordnung und nachstehenden Tagen auf dem hies. Rathhaus statt, und werden die betreffenden Mitglieder hiedurch aufgesordert, dabei zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag den 11. Mai, Morgens 7 Uhr,
wählt, wer sich zum ehemaligen bürgerlichen Schützen-Corps eingeschrieben hat ;

Donnerstag den 11. Mai, Nachmittags 2 Uhr,
wer sich unter die Scharsschützen hat aufnehmen lassen ;
und

Freitag den 12. Mai, Morgens 7 Uhr,
wer unter die Bürgerwehr-Abtheilung mit Musketen eingetreten ist.

Diejenigen, welche bei dem ehemaligen bürgerlichen Schützen-Corps und bei der Bürgerwehr-Abtheilung mit Musketen eingetreten sind, haben je für ihre Abtheilungen
2 Hauptleute,
4 Lieutenants

und einen weiteren Lieutenant mit der Scharsschützen-Compagnie, als Ersatzmann für den Adjutant Lieutenant, —

die Scharsschützen-Compagnie aber nur
1 Hauptmann,
2 Lieutenants

und einen weiteren Lieutenant gemeinschaftlich mit den beiden ersten Abtheilungen zu wählen, und es folgt — wie ich versprochen — zu diesem Zweck ein besonderes Verzeichniß sämtlicher Bürgerwehrmänner, auch kann solches noch besonders bei der Redaction d. Bl. unentgeltlich abverlangt werden.

Die Abstimmung geschieht mündlich im Durchgang; — die Leitung der Wahlen hat der Unterzeichnete übernommen.

Ludwigsburg, den 8. Mai 1848.

v. Bischof.

Die Ludwigsburger Bürgerwehr gliederte sich in fünf Kompanien, die ein Bataillon (Banner) mit 420 Mann bildeten. Das bisherige bürgerliche Schützenkorps stellte zwei Kompanien. Eine Kompanie bestand aus Scharfschützen, zwei weitere aus Musketieren. Kommandant war zunächst Major a.D. Friedrich von Vischer, der sein Amt aber aus gesundheitlichen Gründen Mitte September 1848 niederlegen mußte.⁸³ Sein Nachfolger wurde der frühere Kommandant des bürgerlichen Schützenkorps, Stadtrat Victor Körner⁸⁴, der wiederum Mitte Juni 1849 von Kaufmann Friedrich Hausch abgelöst wurde.⁸⁵ Sämtliche Offiziere und Chargen wurden aus dem Kreis der Bürgerwehrmänner gewählt, der Kommandant dagegen allein von den Offizieren bestimmt. Nach den ersten Wahlen, die im Mai 1848 abgehalten wurden, setzte sich das Offizierskorps folgendermaßen zusammen:

– 2 Bürgerschützen-Kompanien

Hauptleute: Kannenwirt und Stadtrat Victor Körner, Bierbrauer Gustav Körner
Leutnante: Schmiedemeister Eugen Schreiber, Maler Heinrich Schweickert, Kaufmann Adolph Ruthardt, Konditor Albert Falch

– 1 Scharfschützen-Kompanie

Hauptmann: Straßenbau-Inspektor Karl Adolph Doering
Leutnante: Bierbrauer Friedrich Storz, Kaufmann Friedrich Mayer

– 2 Musketen-Kompanien

Hauptleute: Bierbrauer Gottlieb Körner, Kaufmann Friedrich Hausch
Leutnante: Werkmeister Baumgärtner jun., Kaufmann Friedrich Banzhaf, Uhrmacher Karl Holl, Goldarbeiter Louis Meurer.

Für das ganze Bataillon wurde der Präzeptor Dr. Karl Büchele zum Adjutant-Leutnant gewählt. Bataillonsarzt war Kreismedizinalrat Dr. Georg Seeger.⁸⁶

Außerdem gab es noch eine Turner-Kompanie in Stärke von ungefähr 70 Mann⁸⁷, die später die 6. Kompanie (Sensen- oder Freikorps) der Bürgerwehr bildete.⁸⁸ Diese aus jungen, nicht wehrpflichtigen Einwohnern im Frühjahr 1848 vom hiesigen Turnverein aufgestellte Kompanie wurde bereits Ende 1849 infolge des revidierten Bürgerwehr-Gesetzes aufgelöst.⁸⁹ Der Gedanke, für die Bürgerwehr auch ein eigenes Musikkorps ins Leben zu rufen, dürfte wahrscheinlich aus finanziellen Gründen bald wieder fallengelassen worden sein.⁹⁰

Das Verhältnis des stehenden Heeres zur Bürgerwehr regelte eine Verfügung der Ministerien des Innern und des Kriegswesens. Generell hatten Bürgerwehrmänner außerhalb des Dienstes keinen militärischen Rang inne, es sei denn, daß ihnen einer bei einem früheren Militärverhältnis verliehen worden war.⁹¹

Die Jugend war dazu aufgerufen, sich in die Bürgerwehr einzureihen. Nach einer königlichen Verordnung vom Juni 1848 waren außer den Schülern der höheren Lehranstalten auch andere junge Württemberger vom 18. Lebensjahr an zum Eintritt berechtigt.⁹² Im August 1848 konnte man im Tagblatt folgenden Aufruf lesen: »Schließt Euch nur an, ihr wackeren Jünglinge! An Euch ist es hauptsächlich, für die Zukunft zu arbeiten, die Ihr einst genießen sollt! Machet Gebrauch von dem uralten Rechte der Germanen, das auch jetzt nur zur Strafe dem Verbrecher entzogen wird! Übet Euch für die Vertheidigung des so vielseitig bedrohten Vaterlandes und machet Euch würdig des Ruhmes, der über das einige freie Deutschland sich verbreiten wird: damit Ihr mit gerechtem Stolz einst sagen könnt: auch ich habe das Meinige dazu beigetragen, ich habe meine Pflicht erfüllt!«⁹³

Die Anordnungen und Befehle wurden vorerst im Tagblatt bekanntgegeben.⁹⁴ Exerzier- und Schießübungen, anfangs sogar mehrmals wöchentlich, fanden regelmäßig statt: die Exerzierübungen zunächst im mittleren Schloßhof, das »Schießen auf die Scheibe« dagegen abwechselnd beim städtischen Schießhaus an der heutigen Talstraße und auf dem »Garnisons-Schießplatz«, der sich auf dem Großen Exerzierplatz befand.⁹⁵ Mit Genugtuung konnte bereits Mitte Juni 1848 vermerkt werden, daß die Bürgerwehr »recht erfreuliche Fortschritte in den Waffenübungen« mache, wobei besonders »die militärische Haltung und die präzise Ausführung der commandirten Handgriffe mit den Schießwaffen« hervorgehoben wurden.⁹⁶ Dennoch scheint die Anfangseuphorie bei einigen Bürgerwehrmännern, sich im Waffengebrauch zu üben, schon bald verflogen zu sein, sah sich doch ihr Kommandant bereits Mitte April dazu veranlaßt, im Tagblatt eine »größere Theilnahme sowohl an den Exercier- als Schieß-Übungen« anzumahnen.⁹⁷ Dieser Zustand schien sich auch in den folgenden Monaten nicht gebessert zu haben, bemängelte man doch beispielsweise im September 1848, »daß beim Ausrücken oft weit über ein Drittheil [der Bürgerwehrmänner] fehlt«.⁹⁸ Wer ohne ausreichende Entschuldigung dem Dienst fernblieb, wurde allerdings mit einer empfindlichen Geldstrafe belegt.⁹⁹ Oftmals versuchten Männer, sich mittels eines ärztlichen Attestes dem Dienst an der »Schießwaffe« zu entziehen. Wunsch vieler »aktiver« Bürgerwehrmänner war es deshalb, diese Drückeberger wenigstens mit Sensen zu bewaffnen und in einer eigenen Kompanie zusammenzufassen.¹⁰⁰

Häufig kam es damals vor, daß Personen »innerhalb der Stadt oder deren Nähe«, vor allem aber in Gärten Schießübungen veranstalteten »oder mit Feuerge- wehren auf den Feldern« herumschweiften, um nach Vögeln zu schießen. Da dieser Unfug, wohl durch falsche Auslegung des Volksbewaffnungs-Gesetzes, so die Vermutung, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellte, sah sich das Stadtschultheißenamt dazu veranlaßt, für derartige Überschreitungen eine Geld- buße oder sogar eine Arreststrafe zu verhängen.¹⁰¹

Geklagt wurde auch über angebliche »Strapazen« bei den Exerzierübungen.¹⁰² Man wandte sich deshalb an die Ludwigsburger Damen, die »neuen Waffenmän- ner doch recht bald mit einer Fahne zu beschenken«, um »zu neuen Kraftanstren- gungen« anzuspornen und die »Strapazen« zu mindern.¹⁰³ Ob sich dieser Vor- schlag auf die Motivation positiv auswirkte, ist unbekannt. Allerdings riefen dann tatsächlich »Ludwigsburger Jungfrauen zur Anfertigung und Stiftung einer Fahne für die Bürgerwehr« auf. Mitte August war die Fahne fertig. Ihre Übergabe im Rahmen eines »bürger-militärischen Festes« ging am 21. September im mittleren Schloßhof vonstatten.¹⁰⁴ Zwei Tage später erschien im Tagblatt ein Bericht über den Verlauf dieses Festes:

»Beinahe vollzählig, wie bisher noch nie, hatten sich unsere Wehrmänner hiebei eingefunden, und das Banner bot in seinem Marsch nach dem Festplatze und zurück einen stattlichen Anblick. Da dasselbe nur Tambours hat, so war ihm für diesen Ehrentag das Musikcorps des 1. Reiter-Regiments bereitwillig überlassen worden. Im Schloßhof war vor dem geschmackvoll verzierten Portale des Corps de Logis eine Tribüne für die 50 Fest-Damen errichtet, welche durch ein wehrmän- nisches Ehren-Geleite vom Rathhause, wo sie sich versammelt hatten, abgeholt wurden. In Parade-Aufstellung harrete ihrer das Bürgerwehr-Banner, und bei ihrer Ankunft fiel die auf dem Balkon des Corps de Logis aufgestellte Musik ein. Die Fahne wurde entfaltet und aufgesteckt. Sie ist von doppeltem Seidezeug, die eine

Seite zeigt auf schwarz-roth-goldenem Grund den Reichs-Adler in goldenem Felde mit der Umschrift ›Bürgerwehr 1848‹, die andere Seite enthält die württembergischen Farben, schwarz und roth. Die vergoldete Spitze trägt auf einer Seite den Reichs-Adler, auf der andern das hiesige Stadtwappen; die schwarz-roth-goldenen Schnüre zieren schwere goldene Quasten. Herr Helfer Magister Süskind hielt die Festrede und nahm nach deren Beendigung die Weihe der Fahne vor, welche hierauf von einer der Festdamen, Fräulein Süskind, mit den Worten: ›Wir übergeben Ihnen diese Fahne als Wahrzeichen des Muthes und der Treue; tragen Sie dieselbe friedlichen und glücklichen Tagen entgegen! Ihr Name sey: mit Gott für Recht und Freiheit!‹ dem interimistischen Commandanten des Banners, Herrn Poststallmeister Körner, an welchen sich die übrigen Bürgerwehr-Offiziere angereiht hatten, übergeben wurde, welcher sie mit den Worten in Empfang nahm: ›Das Recht zu schützen, der Freiheit Bahn zu brechen, ist der Männer Pflicht. Eine Aufforderung aus Frauen-Mund wird nicht nur unsern Muth in der Gefahr beleben, sondern auch unsere Treue in der Verfolgung des Zieles bestärken. Heil den Frauen, die an dem Werke der Männer so erhebenden Antheil nehmen! Unser Herz soll ihrer Verehrung, unser Arm ihrer Vertheidigung stets geweiht seyn!‹ und hierauf folgende Anrede an die Wehrmannschaft hielt: ›Mitbürger und Kameraden! Das Recht, das früher jedem deutschen Manne zustand, Waffen zu tragen, das Recht, nach dem unsere Väter und wir schon so lange trachteten, ist uns seit wenigen Monaten wieder zutheil geworden, und wir stehen heute hier im Waffenschmucke, um uns unter einer Fahne anzureihen, die uns mit Gottes Beistand voranleuchten soll auf dem Wege der Ordnung und der Pflicht. Denn nicht zu müßiger Zierde und Schaustellung haben wir die Waffen angelegt, sondern, wenn es noth tut, König und Vaterland zu schützen, für unsere Verfassung zu streiten, für unsere Weiber und Kinder

Programm

zur Fahnen-Weihe der Bürgerwehr den 21. September 1848.

- §. 1. Der Ort der Festfeier ist der Schloßhof.
- §. 2. Die Bürgerwehr versammelt sich um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, ordnungsmäßig ausgerüstet, auf dem Marktplatz.
- §. 3. Von hier marschirt sie in Zügen durch die Post- und Stuttgarter-Straße in den Schloßhof und stellt sich daselbst nach Vorschrift auf.
- §. 4. Die Festdamen versammeln sich auf dem Rathhause und werden dort, nachdem die Bürgerwehr ihren Standort eingenommen, von einem Ehrengeliebten abgeholt, und, die Fahne an der Spitze, auf die ihnen angewiesene Tribüne geführt, und die Fahne vor derselben aufgespannt.
- §. 5. Bei Ankunft der Fahne und der Festdamen spielt die Musik.
- §. 6. Den übrigen Frauen, die der Feier anwohnen wollen, sind die Plätze rechts und links von der Tribüne vorbehalten. An sie reihen sich die Herrn vom Militär rechts, die vom Civil links, sofort zu beiden Seiten die auswärtigen Wehrmänner an.
- §. 7. Zur Eröffnung der Fahnenweihe wird von **Recht in der Bürgerwehr befindlichen Mitgliedern des Gesang-Vereins** ein Lied vorgetragen.
- §. 8. Hierauf wird von Herrn Dionys Süskind die Festrede gehalten.
- §. 9. Nach derselben begibt sich der Commandant der Bürgerwehr mit sämmtlichen Offizieren vor die Tribüne, empfängt aus den Händen der ihm entgegen-tretenden Festdamen die Fahne und übergibt sie dem von der Fahnenwache begleiteten Fahnenträger.
- §. 10. Die übergebene Fahne wird mit Musik und Trommelschlag begrüßt.
- §. 11. Darauf folgt abermals ein Lied, vom Gesang-Verein vorgetragen.
- §. 12. Die Bürgerwehr desirirt vor der Fest-Tribüne.
- §. 13. Vom Schloßhof marschirt die Bürgerwehr, die Festdamen in ihrer Mitte, über den Holzmarkt und die Lindenstraße nach dem Rathhaus, wo die Fahne einstweilen aufbewahrt wird.
- §. 14. Nachmittags ist Musik im Pommer'schen Garten. Dieser und der anstoßende Gruner'sche Garten sind zur geselligen Unterhaltung bestimmt.
- §. 15. Abends ist für die Bürgerwehr Festball im Waldhorn. Auswärtige Wehrmänner haben durch ihre Uniform freien Zutritt zu demselben; die hiesigen zahlen 12 kr. Entrée, und können dafür entweder an der Kasse, oder den Tag über bei dem Mitglied des Fest-Comité's, Buchbinder Krauß, eine Karte lösen.

Ludwigsburger Tagblatt
vom 20. September 1848

Gut und Blut einzusetzen. Seine Fahne ist dem Krieger das Heiligste: von ihr zu weichen, bringt ihm unauslöschliche Schmach. So wollen denn auch wir in einer sturmbelegten Zeit – wenn unsere Fahne uns aus dem friedlichen Kreise des Bürgers hinwegruft zu ernsterer Arbeit – nicht von ihr weichen, ihre reine Farbe nicht beflecken durch unmännliche, ungesetzliche That, sondern sie hoch emporhalten, wo es das Vaterland, wo es das Recht und die Freiheit gilt! Darauf möchte ich Euch, Mitbürger und Kameraden, verpflichten, und ist dies auch Eure Gesinnung, so antwortet mir mit einem feierlichen Ja.« Ein lautes einstimmiges Ja ertönte, das Banner salutierte, die Fahne wurde eingereicht, und hierauf vor den Fest-Damen und den zu der Feierlichkeit eingeladenen Herren Offiziere der Linie defiliert. Die Feierlichkeit schloß mit dem Abmarsch des Banners, die Fest-Damen in ihrer Mitte, vor das Rathhaus, wo die Fahne einstweilen aufbewahrt bleibt.« Am Nachmittag kam man noch in verschiedenen »Gesellschafts-Gärten« und bei einem »Wehrmannsball im Waldhorn« zusammen. Am Schluß des Berichts wurde besonders hervorgehoben: »Ein erfreuliches Zeichen des hier herrschenden Sinnes für Ordnung ist, daß der ganze Tag bis zum Schluß ohne auch nur die mindeste Störung vorüberging.«¹⁰⁵

An verhältnismäßig unwichtigen Dingen wie der Uniformierung der Ludwigsburger Bürgerwehr spalteten sich die Geister. Als besonderer Zankapfel erwies sich dabei die Kopfbedeckung. Ursprünglich wollte die Ludwigsburger »Bürgerwehr-Commission« das sogenannte »Halbkäppi« nach österreichischem Vorbild einführen. Eine königliche »Verfügung betreffend die erste Organisation der Bürgerwehr« legte schließlich die Uniformierung im ganzen Lande fest, wonach ein »weicher Filzhut mit breiter, auf der rechten Seite aufgeschlagener Krempe«, der sogenannte »deutsche Schlapphut«, vorgeschrieben wurde. Auch einige Ludwigsburger »Freunde schöner Formen« hatten sich in einem im Tagblatt erschienenen Leserbrief für diese Art von Kopfbedeckung stark gemacht. Durch den Schlapphut, durch »diese gefällige malerische Tracht«, bekomme »der Mensch wie jedes andere architektonische Kunstwerk ein Dach, eine Kuppel«, so ihr »überzeugendes« Argument.¹⁰⁶ Mit dem »Halbkäppi« hätte man »eher einem bewaffneten Corps von Amtsdienern statt einer Bürgerwehr gleich gesehen«, so die Befürchtungen.¹⁰⁷

Die Scharfschützen- und Musketenkompanien der Ludwigsburger Bürgerwehr trugen einen paletotartigen Leibrock von russischgrüner Farbe und mit zwei Reihen dunkler flacher Knöpfe. Als Kopfbedeckung diente, wie bereits erwähnt, ein Schlapphut aus grauem Filz mit württembergischer Kokarde und einer Masche in den deutschen Nationalfarben schwarz-rot-gold. Die Scharfschützen-Kompanien hatten einen Hut mit zwei Hahnenfedern und grünen Schnüren. Die Bewaffnung der Musketenmänner bestand aus einer Muskete mit Bajonett. Die Patronentasche wurde an einem breiten schwarzen Schulterriemen getragen. Die Offiziere waren mit Säbel und Schärpe ausgestattet. Als Dienstgradabzeichen dienten Schnüre und Agraffen am Hut. Die Scharfschützen waren mit einem Hirschfänger bewaffnet, der auf die Büchse als Bajonett aufgepflanzt werden konnte. An Stelle der Patronentasche erhielten sie eine leichte Jagdtasche, eine sogenannte Scharfschützentasche. Beinkleider aus grauem Manteltuch sollten nach und nach beschafft werden. Dagegen bestand die Uniformierung der Bürgerschützen aus einem dunkelgrünen Kollet mit kurzen Schößen und gelben Knöpfen sowie Epauletts aus Kamelgarn mit sogenannten Bouillons, jeweils von hellgrüner Farbe (Offiziere goldverzierte Contrepauletts auf beiden Achseln). Im Gegensatz zu den anderen Bürgerwehr-

kompanien trugen die Bürgerschützen einen schwarzen Tschako mit gelbem Schild, württembergischer und deutscher Kokarde, schwarzem Federbusch sowie grüner Jagdschnur, die an der linken Seite des Kolletts angeknüpft werden konnte (Offiziere weißer Federbusch und goldene Jagdschnur). Die Beinkleider waren ebenfalls von dunkelgrünem Tuch. Die Dienstgradabzeichen bestanden für die Offiziere und Chargen aus Borten und Litzen an Kragen und Ärmeln. Die Bürgerschützen besaßen ein sogenanntes Stutzer-Gewehr sowie Hirschfänger und Patronentasche an schwarzem Schulterriemen, die Offiziere einen Säbel und Schärpe.¹⁰⁸ Die Beschaffung der vollständigen Ausrüstung und Uniformierung für die gesamte Bürgerwehr zog sich allerdings noch über Monate hin, so daß die Zahl der Nichtuniformierten lange Zeit groß war und diese in Zivil an den Übungen teilnehmen mußten.¹⁰⁹ Anfang August 1848 waren drei Kompanien vollständig uniformiert und bewaffnet. Für die beiden übrigen Kompanien waren zwar Gewehre vorhanden, aber keine Uniformen.¹¹⁰ Wenige Wochen später war die Bürgerwehr dann aber vollständig uniformiert.¹¹¹

Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden im Lande, in denen oftmals das Geld oder auch das Interesse zur Aufstellung einer Bürgerwehr fehlten, war die Ludwigsburger Bürgerwehr vom überwiegenden Teil der Bevölkerung gewollt, zudem relativ schnell aufgestellt worden. Allerdings verschlang sie erhebliche Summen, kostete doch beispielsweise allein die Ausrüstung für einen einzigen Mann durchschnittlich 40 Gulden, was bei einer Gesamtstärke von rund 400 Mann bereits 16 000 Gulden ausmachte.¹¹²

Als eine Folge der gescheiterten Revolution zerfiel zu Beginn der 1850er Jahre auch die Institution der Bürgerwehren. Das Volksbewaffnungsgesetz vom 1. April 1848 wurde schrittweise außer Kraft gesetzt.¹¹³ Durch ein Mitte 1853 verabschiedetes Gesetz wurde in Württemberg die Verpflichtung zur allgemeinen Dienstleistung in der Bürgerwehr schließlich aufgehoben.¹¹⁴ Personal und Material in Ludwigsburg dürften danach weitgehend vom wiedererrichteten bürgerlichen Schützenkorps der Stadt übernommen worden sein, das noch Jahrzehnte weiterbestand.¹¹⁵

Im Zeichen der Wahlkämpfe: David Friedrich Strauß contra Christoph Hoffmann

Bereits am 26. März 1848 fand in Göppingen die erste Volksversammlung in Württemberg statt, bei der vor allem die Gründung vaterländischer Vereine besprochen wurde. Parteien gab es damals noch nicht.¹¹⁶ Diese Vereine sollten die politische Bildung fördern und bei den bevorstehenden Wahlen zur Kammer der Abgeordneten und zur deutschen Nationalversammlung als Forum dienen. Zunächst in den Oberamtsstädten gegründet, breiteten sie sich rasch im Lande aus, denn die Zeit der Wahlen nahte. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt sollten in der letzten Aprilwoche stattfinden. Wahlberechtigt war jeder »volljährige oder für volljährig erklärte selbständige Staatsbürger«.¹¹⁷ Anfang April wurde das »Gesetz die Volksversammlungen betreffend« verabschiedet, das allen Staatsbürgern das Recht einräumte, »zur Besprechung allgemeiner Angelegenheiten öffentliche Versammlungen abzuhalten«.¹¹⁸

Am 5. April fand im hiesigen »Wirtshaus zur Kanne«¹¹⁹ eine von Stadtschultheiß Bunz geleitete und von mehr als 100 Menschen besuchte Wahlversammlung statt, die ein Komitee zur Vorbereitung der Wahl eines Abgeordneten zur Frank-

furter Nationalversammlung ernannte.¹²⁰ Republikanische Gesinnung, so das Tagblatt, wurde entschieden abgelehnt, dagegen gefordert, daß der zukünftige Abgeordnete zuerst, seiner Gesinnung nach, Deutscher, dann Württemberger und schließlich Ludwigsburger sein solle. Die Liberalen dachten an ihren berühmten Landsmann David Friedrich Strauß, den Verfasser des umstrittenen Buches »Das Leben Jesu«. Die Radikalen, die ihn nur als Schriftsteller kannten, stimmten bei.¹²¹ Die Wahlversammlung vom 13. April konstituierte sich zunächst als »patriotischer

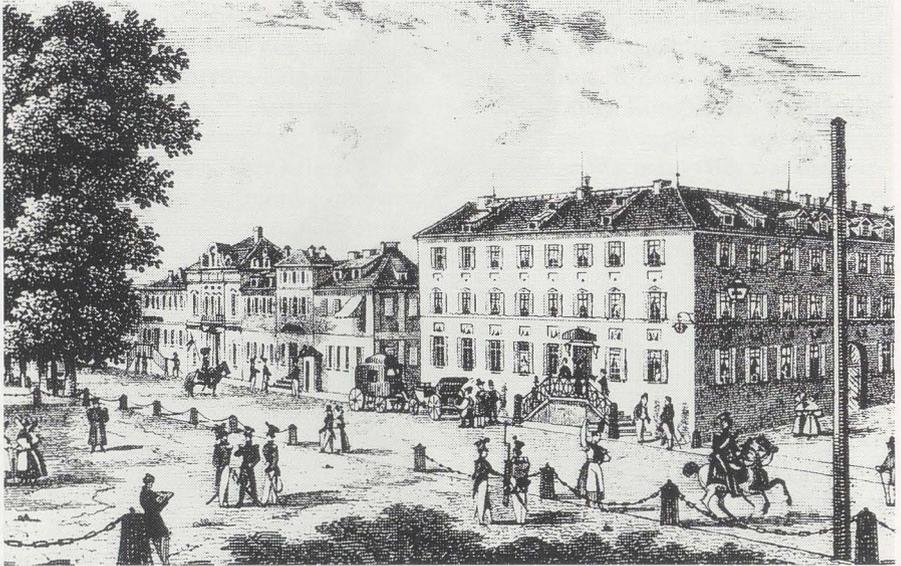


A. S. Strauß.

Verein«, später »vaterländischer Verein« genannt, dessen Mitglieder in den folgenden Wochen und Monaten alle aktuellen Probleme der Zeit in zahlreichen Versammlungen, über die im Tagblatt stets sehr ausführlich berichtet wurde, leidenschaftlich diskutierten.¹²² Nach dem »Programm zur Bildung eines patriotischen Vereins« sollte mit ihm »das Werk des Fortschrittes allseitig gefördert, die Männer, welche die Ruder in die Hand genommen haben, auch von unten herauf unterstützt und der Boden, auf dem neue Ansichten und Institutionen wurzeln sollen, gehörig vorbereitet« werden. An der Spitze seiner Bestrebungen stand die »constitutionelle Regierungsform – mit Ausschluß aller republikanischen Tendenzen«. Als dann aber später die Mehrheit des Vereins den Zusatz zu den Statuten beschloß, »daß das demokratische Prinzip ebensowohl in der Form der Republik

als der constitutionellen Monarchie verwirklicht werden« könne, erklärten 50 Vereinsmitglieder ihren Austritt.¹²³

Die ersten Versammlungen des Vereins fanden im »Waldhornsaal« statt. Vorsitzender war zunächst der Rektor des hiesigen Lyzeums, Friedrich August Deffner, der Mitte August 1848 von Finanzrat Heinrich Härlin abgelöst wurde. Im Ausschuß waren zahlreiche weitere Honoratioren der Stadt vertreten.¹²⁴ Einer seiner engagiertesten Hauptredner in der Anfangsphase war Pfarrer Karl Joseph Mayer



Der »Gasthof zum Waldhorn« um 1840

aus Pflugfelden.¹²⁵ Dem Verein, der bereits einen Tag nach seiner Gründung 440 Mitglieder zählte, gehörten Einwohner aus allen Schichten an. Laut seiner im Juni 1848 im Tagblatt veröffentlichten Statuten hatte der patriotische Verein den Zweck, »für die politischen, geistigen und materiellen Interessen des Volks im Geiste des entschiedenen, aber gesetzlichen Fortschritts zu wirken und in diesem Sinne namentlich auch bei politischen Wahlen thätig zu seyn«. Er bekannte sich zum »Prinzip der Volkssouveränität«. Jeder unbescholtene Württemberger oder Deutsche, der älter als 20 Jahre war und die Vereinsziele anerkannte, konnte Mitglied werden.¹²⁶

Bereits bei der zweiten Versammlung am 15. April wurde Strauß als Kandidat für die Frankfurter Nationalversammlung vorgeschlagen. Wenn auch einige der Anwesenden »seine theologische Richtung als dem religiösen Sinn des Volkes entgegen bezeichneten, so hob man andererseits seine gründliche, wissenschaftliche Bildung, seine großen historischen Kenntnisse, seine strenge Rechtlichkeit hervor.«¹²⁷ Am 16. April besuchte schließlich eine Ludwigsburger Abordnung Strauß in Heilbronn, der nach einigem Zögern zusagte, sich als Kandidat im 6. württembergischen Wahlkreis (Ludwigsburg-Marbach) aufstellen zu lassen.¹²⁸ Am näch-

G e d i c h t,

vorgetragen am Schlusse der Versammlung des „patriotischen Vereins“ vom 15. dieß, von Herrn Pfarrer Mayer in Pflugfeld.

Der Deutschen Losungswort.

Einigkeit, o Deutschlands Söhne,
Sei stets unfres Strebens Ziel,
Laßt der Eintracht Friedenstöne
Mit der Freiheit Hochgefühl
Gleich wie in der Tempel Hallen
So auch allerwärts erschallen,
In des Lebens Lust und Pein
Eins nur unsre Losung seyn.

Glück'nde Vaterlandes Liebe,
Treue für das höchste Gut
Leite Aller Herzen Triebe,
Und der Sonne reine Gluth
Möge nie der Deutschen Gauen
Niemals, niemals anders schauen,
Als vereint in starkem Bund
Auf des Rechts urew'gem Grund!

Eins im heiligsten Verbande
In des Glaubens Sternen-Dom,
Eins im ird'schen Vaterlande,
Eins zu Wohlfahrt, Macht und Ruhm,
Eins im Frieden, Eins im Kriege,
Daß der Feind darniederliege,
Eins, o Deutschland, für und für
Sei dein strahlendes Panier!

Ob von Außen, ob von Innem
Deiner Feinde große Zahl
Mag des Kampfes Lust beginnen,
Du schlägst drein mit mächt'gem Stahl,
So wie mit des Heißes Schwerte,
Säuberst deine deutsche Erde,
Und haust deinen Bürgern all'
Einen freien Heidenaal.

Dann ist Oben an zu schauen
Eintracht, Liebe, Recht und Licht!
O! wie blickt auf Friedens Auen
Dann des Himmels Angesicht!
Fürst und Bürger im Vereine
In der Freiheit hellem Scheine
Jeder mit dem andern gleich
In dem ein'gen deutschen Reich.

sten Tag fand die dritte Zusammenkunft des Vereins statt. Allein an dieser Versammlung, bei der es hauptsächlich um die bevorstehende Wahl ging, nahmen »600 bis 700 Männer« teil. Strauß war auf Einladung ebenfalls erschienen und hatte Gelegenheit, seine politischen Gedanken darzulegen. In einer längeren, mit ungeteiltem Beifall aufgenommenen Rede wurden seine freisinnigen Ansichten in weltlichen und kirchlichen Fragen deutlich.¹²⁹

Strauß' Gegenkandidat war der Pietist und spätere Gründer des »Templerordens der Freunde Jerusalems«, Christoph Hoffmann, Redakteur der »Süddeut-



Christoph Hoffmann

schen Warte«, Lehrer und Mitvorsteher der Wissenschaftlichen Bildungsanstalt auf dem Salon bei Ludwigsburg, der damals noch zu Kornwestheim gehörte. Allein durch den Gegensatz in religiösen Fragen war ein heißer Wahlkampf vorprogrammiert. Wegen ihrer unterschiedlichen Meinungen und Ziele lieferten sich die beiden Bewerber – ein dritter, Fabrikant Karl Wilhelm Weigle aus Hoheneck, fiel schon bald aus dem Rennen – einen erbitterten und hartnäckig geführten

Wahlkampf mit etlichen, von vielen Menschen besuchten Veranstaltungen und Versammlungen im gesamten Wahlbezirk. Der Wahlkampf wurde mit großer Leidenschaft auch in der hiesigen Presse ausgetragen. Neben der eigentlichen Berichterstattung nahmen entsprechende »Entgegnungen«, »Erwiderungen«, »Erklärungen«, »Inserate«, Leserbriefe usw. einen großen Platz ein. Das Tagblatt – das war völlig neu und sicher ein Ergebnis der Pressefreiheit – berichtete sehr ausführlich über diesen Wahlkampf, generell aber auch über die damaligen Ereignisse im In- und Ausland; es bezog eindeutig Stellung, nämlich für Strauß. Selbst vor persönlichen Diffamierungen schreckte man im Wahlkampf, der von den pietistischen Anhängern Hoffmanns wegen Strauß' Buch »Das Leben Jesu« zu einer Art Glaubenskrieg hochstilisiert wurde, nicht zurück. So sollen beispielsweise die Gebrüder Paulus vom Salon und Hoffmann selbst das Land bereist haben, um Vorurteile und Unwahrheiten gegen Strauß zu verbreiten und dadurch seine Wahl zu hintertreiben. Behauptet wurde beispielsweise: »Dr. Strauß strebe nach dieser Stelle bloß deswegen, um sich, da er jetzt ohne Vermögen sey, seine Existenz für die Zukunft zu sichern!«¹³⁰ Für die Anhänger von Strauß war Hoffmann der »Wortführer des Aberglaubens und des Verdummungssystems«.¹³¹ Die Parteigänger Hoffmanns wurden sogar des »brutalen Terrorismus« bezichtigt; sie galten als rückständig und gegen die »geistige Freiheit« eingestellt.¹³² Die Strauß-Anhänger reagierten entsprechend: sowohl Hoffmann als auch einige Ludwigsburger Bürger, die gegen Strauß agiert hatten, wurden mit sogenannten Katzenmusiken verhöhnt und verspottet.¹³³

Die Ludwigsburger, darunter viele Soldaten – die volljährigen Unteroffiziere und Soldaten waren mit einigen Ausnahmen für stimmberechtigt erklärt worden –, wollten ihren berühmten Mitbürger Strauß in die Frankfurter Paulskirche entsenden.¹³⁴ Hoffmann dagegen wurde von den streng bibelgläubigen Landbewohnern unterstützt, die Strauß wegen seiner angeblich »irreligiösen« Haltung ablehnten. In Kirchen des Wahlkreises wurde gegen Strauß gewettert und beispielsweise den Bauern von Markgröningen und Großbottwar als der wahrhaftige Antichrist hingestellt.¹³⁵ In Neckarweihingen erklärte der dortige Pfarrer in einer Wählerversammlung: »Wenn Strauß gewählt werde, dürfe man die Kinder nicht mehr taufen, nicht in die Schule schicken, brauche die Bibel nicht mehr, sondern lerne nur Kriegslieder in der Schule usw.« In Markgröningen hatte ein alter Schulmeister nach einer Rede von Strauß ein »Hoch« auf ihn ausgebracht. Danach wollten die dortigen Pietisten ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Auf eine amtliche Anzeige über diesen Vorfall sei geantwortet worden: »Sie sollen nur Unterschriften sammeln, dann werde die Sache schon gehen.«¹³⁶ Auch Pfarrer Mayer von Pflugfelden wurde von einem »fanatisierten Haufen« mit einem Angriff auf sein Haus bedroht.¹³⁷ Der »Beobachter« veröffentlichte damals folgenden Leserbrief aus Ludwigsburg: »In unserer Umgegend ist der Glaube verbreitet, daß es sich in Frankfurt lediglich um nichts handle als darum, ob die Bibel noch beibehalten werden solle oder nicht. Wollen wir Christen bleiben oder Heiden werden? – das ist die Frage, an welche man das Ergebnis der hiesigen Wahl zu knüpfen sucht. Im Angesichte dieser schwarzgefiederten Umtriebe, inmitten einer solchen babylonischen Begriffsverwirrung möchte man fast mit Talbot sagen: ›Unsinn du siegst!‹ Wie weit die Sache getrieben wird, mag man aus folgendem Kirchengebet ersehen, das in den Ostertagen von einer Kanzel in unserer Nähe verlesen wurde: ›Lieber Gott, wir bitten Dich, daß die Wahlmänner, welche einen

Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung zu wählen haben, erleuchtet werden mögen – lenke die Herzen auch der Wähler unserer Gemeinde dahin, daß sie, da bei dieser Versammlung nicht nur zeitliche, sondern namentlich religiöse Fragen zur Sprache kommen, einen christlichen Mann wählen. Amen«. «¹³⁸

Am Ostermontag, dem 24. April, zwischen 14 und 17 Uhr, fand mit den Kandidaten eine überaus zahlreich besuchte Wählerversammlung im mittleren Hof des Ludwigsburger Residenzschlosses statt, die sicher eine der interessantesten im

Große Volks-Versammlung

aus den

Wahlbezirken

Ludwigsburg und Marbach.

Dieselbe wird abgehalten am Ostermontag, präcis 2 Uhr, im innern Schloßhof. Für den Fall ungünstiger Witterung ist um Einraumung des großen Meithauses des 1. Reiter-Regiments nachgesucht worden.

Ludwigsburger Tagblatt vom 22. April 1848

Land war. Massen von Menschen waren mit der Eisenbahn angereist. Schätzungsweise waren 8000 bis 9000 Personen aus Ludwigsburg und Umgebung erschienen, die dichtgedrängt, Kopf an Kopf, die Veranstaltung mitverfolgten.¹³⁹ Über diese »große Volks-Versammlung in Ludwigsburg am Ostermontag 1848« erschien im Tagblatt folgender Bericht:

»Der Präsident, Rector Deffner, eröffnete die Verhandlung mit einer längeren Rede, in welcher er den Zweck und die Wichtigkeit der heutigen Verhandlung auseinandersetzte und noch einmal auf die Eigenschaften zurückkam, welche einen Abgeordneten zur National-Versammlung zieren müssen. Hierauf machte er die Versammlung mit den Namen der Candidaten bekannt, welche derselben ihr politisches Glaubensbekenntnis vorzulegen bereit seyen und nannte in dieser Beziehung nach der Reihenfolge der Meldung Herrn Dr. Strauß, Herrn Lehrer Hoffmann vom Salon und Herrn Fabrikant Weigle, während er von Herrn Regierungsrath Sautter und Herrn Heinrich Müller der Versammlung anzeigte, daß solche zugunsten des Herrn Dr. Strauß auf eine Bewerbung verzichtet hätten. Nach dieser Einleitung traten nun die Bewerber um die Abgeordnetenstelle selbst, und zwar zuerst Christoph Hoffmann vom Salon, nach ihm Dr. Strauß und sodann Fabrikant Weigle auf, welchen sich die übrigen Redner anschlossen, um für oder gegen einen oder den andern dieser drei Bewerber zu sprechen [...]

Es ließ sich nach den vorangegangenen Versammlungen voraussehen, daß auf der heutigen Rednerbühne der Kampf noch heftiger entbrennen werde, welcher in unserer Wahlangelegenheit bisher stattgefunden hat; der Kampf der Aufklärung

auch in religiösen Ansichten gegen die Verfinsterung, wie solche in unserem theuren Vaterlande, von oben herab bisher leider allzusehr begünstigt, systematisch und – wie einer der Redner treffend sagte – maulwurfsartig versucht wird und besonders die geistige Entwicklung unseres biederen, ehrlichen Landvolks darnieder zu halten bemüht ist.

Es handelte sich nicht mehr um Erörterung der politischen Fähigkeiten dieses oder jenes Bewerbers für die Stelle eines National-Abgeordneten; – Alle, selbst seine entschiedensten Gegner, sprachen laut aus, daß Herr Dr. Strauß die hervorragendste Intelligenz hierfür sey und daß ihm in dieser Beziehung jeder andere Bewerber nachstehe; – nein, es handelte sich rein um seine Religion! Es entspann sich darüber auf der Rednerbühne ein Wortkampf, hauptsächlich nur um die Frage: nicht, ob Dr. Strauß bei seinen religiösen Ansichten die Stelle eines Reichstags-Abgeordneten in ihrem ganzen Umfange auszufüllen im Stande sey? nein, – ob er überhaupt nur hiezu vorgeschlagen werden könne?

Es war natürlich nur die Parthei der Streng-Gläubigen, der sogenannten Pietisten, vertreten durch die Herren Hoffmann vom Salon, Decan Christlieb von hier und Helfer Hack von Stuttgart, welche gegen Dr. Strauß auftraten [...]

In Beziehung auf den Beifall oder Mißfall, welchen die Zuhörer laut werden ließen, wurde der erstere allen Rednern für Strauß und letzterer in entschiedenster Weise den Rednern gegen ihn zutheil, und zwar in dem Maße, daß zwei Redner, Decan Christlieb und Helfer Hack, durch den heftigsten Tumult genöthigt wurden, die Rednerbühne vor Beendigung ihrer Rede zu verlassen.

Wir sind weit entfernt, die geschehene Störung der Redefreiheit zu entschuldigen; aber es möge nicht übersehen werden, daß diese Störung erst eintrat, als die Versammlung erkennen mußte, wie das politische Element aus der Debatte verdrängt und das rein religiöse gewaltsam hereingezogen werden wollte. Wir sind überzeugt, daß jede politische Meinung auch der entgegengesetztesten Art ohne Unterbrechung von der Versammlung gehört worden wäre; aber die Aufstachelung der religiösen Leidenschaftlichkeit durch die vorgetragenen Reden führte zu diesen Störungen, welche vielleicht noch in Schlimmeres ausgeartet seyn würden, hätte besonders eine dieser Reden vollendet werden können.

Wir wollen aus den geschehenen Beifalls- und Mißfalls-Äußerungen noch keinen Schluß auf den Wahl-Erfolg überhaupt ziehen. Sie erscheinen uns aber besonders deswegen beachtenswerth, weil sie als eine starke Demonstration gegen den Pietismus gelten können, der in der heutigen großen Versammlung eine ungeheure moralische Niederlage erlitten hat.

Den religiösen Streitreden entfernt stand Fabrikant Weigle, welcher, obgleich der sogenannten pietistischen Parthei angehörend, sich doch in keine Debatte hierüber mischte, sondern nur seine gewerbliche Stellung hervorhob und in solcher seine Befähigung zum Reichstag-Abgeordneten nachzuweisen suchte [...]

Wir sehen nun in den nächsten Tagen der Wahl-Entscheidung entgegen, und mit ungeheurer Spannung erwartet man den Namen, der aus der Wahl-Urne hervorgehen wird. Mit der ersten constituierenden deutschen National-Versammlung beginnt ein neuer Zeit-Abschnitt in der Geschichte Deutschlands, ja der Welt. Den Männern, welche diese Versammlung bilden, wird die Geschichte ein Denkblatt in ihrem großen Buche einräumen. Hoffen wir, daß darin unter Württembergs 28 Vertretern kein Name steht, vor welchem wir oder unsere Nachkommen erröthen müßten.¹⁴⁰

Der gebürtige Ludwigsburger Musiker, Liederkomponist und Mathematiklehrer Ernst Friedrich Kauffmann, befreundet mit Eduard Mörike, Friedrich Theodor Vischer und Strauß, war Augenzeuge der Wählerversammlung im mittleren Schloßhof. Von ihm hat sich folgender, am 28. April 1848 in Heilbronn geschriebener Brief erhalten, in dem er die damaligen Ereignisse anschaulich schildert. Empfängerin war Mimi Denzel, Tochter des Dekans in Heilbronn:

»Liebe Mimi. Das ist allerliebste von Ihnen, daß Sie mir eine so hübsche dreifarbige Cocarde gehäkelt haben. Ich sehe daraus, welchen hohen Antheil Sie an meinen kriegerischen Bestrebungen nehmen, und werde dieselben nun mit verdoppeltem Eifer fortsetzen. Um Ihnen meine Dankbarkeit zu beweisen, will ich Ihnen eine Szene aus dem Straußischen Wahlkampf beschreiben, der ich selbst beigewohnt habe. Am Ostermontag fuhr ich [...] nach Ludwigsburg, und erkannte meine Vaterstadt fast nimmer – so groß war das Leben und Treiben in den sonst menschenleeren, graserzeugenden Straßen. Dichte Massen von Landbewohnern, jede um ein schwarzrothgoldenes Banner geschart, wogten dem Markte, dem unermesslichen, zu, wo das Bürgermilitär, die bewaffneten Turner, die Sensenmänner usw. aufgestellt waren, die Ankommenden zu empfangen. Von da ging der Zug, klingendes Spiel voraus, gegen das Rathhaus, die Poststraße hinab, durch die vordere Schloßstraße in den mittleren Schloßhof, wo unter dem Balkon des Corps de Logis eine Rednerbühne errichtet war [...] und der ganze Schloßhof war erfüllt von der wogenden Menschenmenge. Denken Sie doch! In diesen Räumen, wo der gewaltige Herzog Carl geherrscht und welche, unter dem despotischen König Friedrich, keiner ungestraft betreten durfte, wurden Reden gehalten über Republik und über constitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage [...]

Ich hatte mich auf die Tribüne hinaufgestohlen und bekam also alles aus erster Hand. Die Salonspietisten bildeten eine furchtbare Phalanx; aus ihren Gesichtern brach, hinter scheinbar frommer Ruhe, ein breiter Giftstrom hervor. Christoph Hoffmann, der Redakteur der süddeutschen Warte, redete zuerst. Er redete gut; aber wie konnte man sich des peinlichsten Gefühls enthalten, wenn man wußte, wie vor wenigen Wochen derselbe Redner Metternichs System verteidigt, dem Absolutismus gehuldigt und Glaubens- und Gewissenszwang gepredigt hatte! Der gesunde Sinn des Volkes begriff diesen Widerspruch ganz wohl, und so oft Hoffmann sich auf den Freiheitsgaul setzen wollte, rissen gellende Pfiffe ihn wieder herab. Unter allgemeinem Spottgetöse schloß er seinen Sermon. Nun erschien Strauß. Tausendstimmiger, unendlicher Jubel! Er konnte vor lange andauernden, schallenden Hochs fast kaum zum Reden kommen. Als es endlich stille geworden, hielt er jene schöne, ruhige Rede, welche Sie unterdessen im Beobachter werden gelesen haben und welche bei jedem schlagenden Worte mit stürmischem Beifall begleitet wurde. Nach ihm betrat die Kanzel – Decan Christlieb von Ludwigsburg. Es war mir gleich nicht recht wohl bei der Sache; ich erkannte die schiefe Stellung nur allzugut, in welche der sonst beliebte Mann sich brachte. Er begann damit, die Klarheit der Straußschen Rede und die darin ausgesprochenen politischen Glaubensartikel zu loben (Volk: bravo!), er rühmte den eminenten Geist des Redners (Volk: bravo); aber – (Volk: Was aber?) »er besitzt nicht das Vertrauen des Volks« (Er besitzt!). »Sie sind nicht das ganze Volk!« (Wir sind! Herab von der Bühne!) »Strauß hat ein Buch geschrieben, in welchem« (Herab, Pietist, Heuchler! Pharisäer!) – und nun begann ein Sturm, von dem Sie sich keine Vorstellung machen können; vergebens klang die Glocke des Präsidenten, vergebens blieb

Christlieb in ruhiger Haltung stehen; das Pfeifen und Geheule nahm auf eine schreckenerregende Weise zu; Sensenmänner umstellten die Tribüne, und der Decan – mußte herab! Bei diesem Anblick rieselte mirs etwas den Rücken hinauf. Nun kam Helfer Hack – man ließ ihn ruhig sprechen, solange er sich im allgemeinen hielt; sowie er hingegen an das verzweifelte ›Aber‹ kam, begann der Sturm aufs Neue, und auch er mußte – herab! Nun rief Alles: Strauß! Strauß! Der Gerufene bestieg die Bühne unter jubelndem Geschrei und begann die ergreifenden Worte: Als einst die Pharisäer zum Herrn traten und ihn fragten: ist's recht, daß wir dem Kaiser Zins geben? [Strauß fuhr fort: ›Ähnlich wie damals Jesus, antwortete er: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, wählt nach politischen Rücksichten, wo es um Politik, nach religiösen, wo es sich um Religion handelt‹]. Als er mit mächtig erhobener Stimme geendigt, brach ein Sonnenstrahl aus den schwarzen Wolken hervor (dies ist wahr und keine poetische Fiktion), und unten rief eine Stimme: Die Sonne der Wahrheit! – Allmächtiger Jubelruf!

Nachdem die Versammlung sich verlaufen hatte, ging ich mit Strauß durch die Anlagen und Straßen der Stadt. Wo wir an einem Volkshaufen vorbeikamen, wurden schnell die Häupter vor dem Gefeierten bloß; eine Abteilung bewaffneter Turner präsentierte das Gewehr. Ich fang an, mich zu erfreuen, daß ich ein Ludwigsburger bin. Als wir abends in einer Weinkneipe beisammen waren, kamen unaufhörlich Haufen Volks vor das Fenster und brachten Hochs, so daß Strauß endlich durchging. Das Dekanathaus mußte in der Nacht bewacht werden.

Am Mittwoch kam Strauß hier [in Heilbronn] an, gestern aber rief ihn ein Schreiben schleunigst nach Ludwigsburg zurück: er solle um Gottes Willen die empörten Massen beschwichtigen. Dem Dekan und anderen Pietisten war eine Katzenmusik gebracht worden, der Salon ist mit Sturm bedroht! Wie wird das enden! Bis Sie diesen Brief erhalten, ist das Wahlresultat ohne Zweifel bekannt. Ich fürchte sehr, daß die Wühlereien der Straußschen Gegner den festen Boden, auf dem er stand, unterhöhlt haben.¹⁴¹

Kornwestheim war eine Hochburg von Anhängern Hoffmanns. Dort wurde beispielsweise einmal ein Sympathisant Strauß', der für ihn die Werbetrommel gerührt hatte, »von Weibern umringt, die von allen Häusern heraus auf ihn eindringen, mit dem Rufe: ›Werft ihn hinaus, der für den Gottesleugner wirbt.‹ Als dieser sich ganz umringt sah von furienähnlichen Weibern, rief er in seiner Angst aus: ›Um Gottes willen, liebe Leute, laßt mich gehen, ich glaube ja auch an einen Gott.‹ So gelang es ihm zu entrinnen.« Noch schlimmer erging es in Kornwestheim einem anderen, der im »Löwen« von einigen Bauern wegen seines Heckerhutes als Republikaner ausgemacht worden war: »Sie fragten ihn, ob er auch schon mitgemacht habe bei Katzenmusiken. ›Freilich, schon oft‹, erwiderte er. ›Wir möchten auch einmal eine hören‹, riefen die Bauern, ›und Du verstehst's, also mach uns eine Musik.‹ ›Das kann einer allein nicht‹, erwiderte der Mann der Freiheit und belehrte die Bauern, daß dazu viele gehören. ›Nichts da, riefen diese, ›Du kannst's aus dem Fundament, also mach eine Katzenmusik.‹ Zugleich zupfte ihn einer am Bart und rieß ihm so lange Haare heraus, bis er der Forderung: ›Schrei einmal wie eine Katze‹ nachkam. Hierauf mußte er schreien wie eine Sau, dann wie ein Kalb u.s.f., bis fast sein ganzer Bart ausgerauft war. Da ließen sie ihn endlich laufen und bedankten sich bei ihm, daß er ihnen eine so schöne Katzenmusik habe machen können, sie haben es gleich gemerkt, daß er's aus dem Fundament verstehe.«¹⁴²

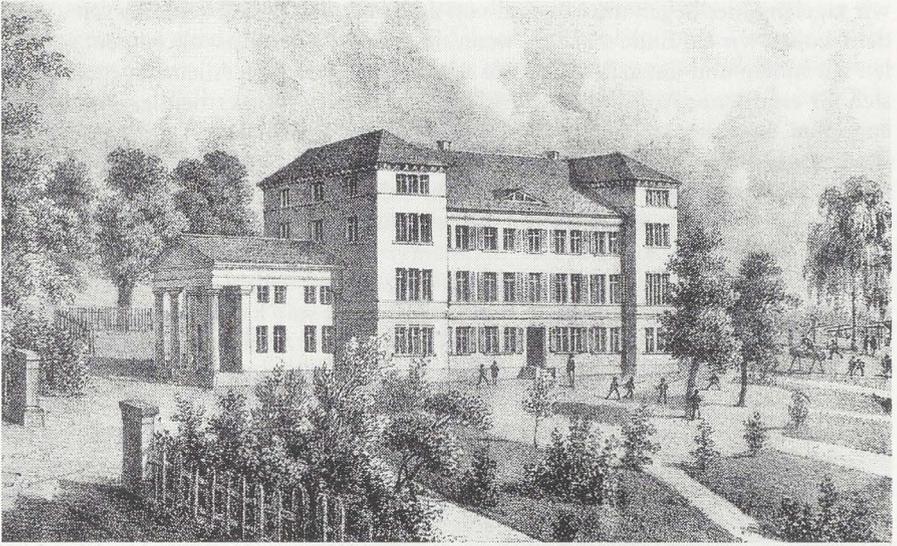
In Ludwigsburg, wo nach Strauß' eigenen Worten die Anhänglichkeit an seine Person von General Roeder bis zum Schneider Jung und von Bierbrauer Körner bis zum Metzger Löbelenz ging¹⁴³, herrschte nach der Wählerversammlung im Schloßhof große Aufregung, hatte sich doch dabei schon ein Wahlergebnis zugunsten Hoffmanns abgezeichnet. Der »Salon« als Zentrum der Strauß-Gegner erregte den besonderen Unwillen der Ludwigsburger. Noch am Ostermontag abend hatten sich Soldaten der Ludwigsburger Garnison zusammengerottet, um den »Salon« zu stürmen. Durch das beherzte Einschreiten eines Offiziers konnte dies aber vereitelt werden. Es soll sich dabei um eine regelrechte »Belagerung« gehandelt haben.

In der von der Wissenschaftlichen Bildungsanstalt auf dem Salon herausgegebenen Schulzeitung »Salonia« erschien 1870 folgende, hier auszugsweise wiedergegebene Schilderung über den damaligen »Belagerungszustand«: »[...] Am Ostermontag nun saßen die Lehrer abends auch unten in der grünen Stube, und das Gespräch drehte sich gerade darum, wie wohl die Wahl morgen ausfallen werde, da erschallten auf einmal draußen im Hofe viele Tritte und der Ruf: ›Hoffmann hoch!‹ Gleich darauf trat ein Bauer von Kornwestheim in das Zimmer, der in den Befreiungskriegen Wachtmeister gewesen war und alle Feldzüge mitgemacht hatte, und erklärte: Sie hätten in der Stadt erfahren, daß heute abend ein Sturm auf den Salon gemacht werden sollte, und nun seien sie, 50 Mann stark, da, um ihren Kandidaten zu schützen, wie es ihre Pflicht sei, und wenn noch zahlreichere Hilfe nöthig sei, so seien auch schon Vorkehrungen getroffen, mit gewaltiger Macht zum Schutze des Salons herbeizueilen. Die Bauern wurden nun unten in den Speisesälen und den unteren Zimmern einquartiert und der alte Wachtmeister arrangierte einen regelmäßigen Wachdienst und schob seine Vorposten fast bis zu den Thoren von Ludwigsburg vor, während sich die anderen auf der eingerichteten Hauptwache mit Speise und Trank erquickten. Da es Vakanz war, so waren die wenigen Zöglinge, die da waren, gleich beim Beginn der Unruhen mit einem Lehrer auf eine Reise geschickt worden, während die weibliche Bevölkerung nach Kornthal ausgewandert war. Nur ein Zögling hatte sich krank gestellt, um nachher mit seinem mit einem Beile versehenen Stock wachstehen zu dürfen. Diese Nacht nun ging ruhig hin. Nur einmal brachte eine Patrouille einen verwundeten Gefangenen, den sie aber im Zimmer als einen der Ihrigen erkannten. Dieser hatte nämlich auf eigene Faust gestreift und war auf einen der äußersten Vorposten gestoßen; in der Meinung nun, einen Städter vor sich zu haben, gab er auf die Frage: ›Wer da?‹ die Antwort: ›Kein gut Freund‹. Worauf die Wache ihm eins versetzte und ihn zum Gefangenen machte.

Es war nichts vorgefallen diese Nacht, allein doch hätte es zu einem Zusammenstoß kommen können, indem bei dem Thore sich ein Haufen Soldaten versammelt hatte, um den Salon zu stürmen; allein ein Hauptmann, der in der Nähe wohnte, hörte den Lärm, sprang im Hemd auf die Straße und befahl den Soldaten, nach Hause zu gehen. So kam es, daß diese Nacht keine Unruhen vorkamen [...]«¹⁴⁴

Am Tage nach der großen Volksversammlung im Schloßhof hielt Strauß noch eine Wahlrede vor hiesigen Soldaten. Unteroffiziere und Mannschaften holten ihn am Bahnhof ab und geleiteten ihn zum »Waldhorn«, wo er eine Ansprache hielt. Der einstimmige Beschluß der Soldaten lautete: »Strauß nach Frankfurt!«¹⁴⁵

Am Abend des 27. April zog die Jugend Ludwigsburgs zum Salon, um Hoffmann »ein kunstgerechtes Charivari« darzubringen. Turner aus Cannstatt, Mar-



Die Wissenschaftliche Bildungsanstalt auf dem Salon bei Ludwigsburg

bach usw. waren mobilisiert worden, sich ebenfalls daran zu beteiligen, was aber schließlich durch die Polizei verhindert wurde. Die Gebrüder Paulus baten um militärischen Schutz, worauf sofort Patrouillen zum Salon beordert wurden, die auch an den folgenden Abenden zum Schutz vor Ort verblieben.¹⁴⁶ Die Schulzeitung »Salonia« über diese Vorgänge: »[...] Allein außer der Polizei hatten auch die Bauern Wind davon bekommen. Und so eilten denn am Mittwoch abend von allen Seiten von Kornwestheim, Zuffenhausen, Pflugfelden, Stammheim, Möglingen u.s.f. die Bauern auf Wagen herbei, so daß sich ihre Zahl allmählich auf 400 steigerte, außerdem waren Vorkehrungen getroffen worden, daß im Falle der Noth Reitende von einem Ort in den andern geschickt werden, Sturm geläutet werde, damit so die übrige Mannschaft auf schon bereitgehaltenen Wagen so schnell als möglich auf den Salon kommen könne. Die Streitmacht auf dem Salon wurde wieder von dem schon oben erwähnten Veteranen organisiert. Die Bauern waren auf alles gefaßt, sie hatten von den Ihrigen auf Leben und Tod Abschied genommen. Der Schäfer T., der als Raufbold bekannt war, nahm den ganzen Abend nichts zu sich und als man ihn aufforderte, sich mit Speise und Trank auf die Nachtwache zu stärken, erwiderte er: »Ja wissen Sie, wenn es heute Nacht etwas gibt, da werde ich gleich unter den ersten sein, und wenn mir nun was Menschliches zustieße, so möchte ich doch nüchtern in die andere Welt kommen.« Die Städter nun versammelten sich richtig am Thore, waren jedoch so klug, einige Spione vorzuschicken, um zu sehen, ob alles richtig sei; als diese nun auf die Vorposten der Bauern stießen, zogen sie sich rasch wieder zurück und meldeten den am Thore harrenden: »Kehrt nur wieder um, die dreifache Versicherung [Anspielung auf die dreieckigen Hüte der Bauern] ist schon da.« So verlief die Nacht ruhig und ebenso wagten die Städter an den folgenden Tagen keinen Angriff auf den Salon zu machen. Allein jetzt wurde es den Bauern zu lange, sie sagten: Wegen diesen Kerls sollen

wir tagelang hier liegen müssen und von unserem Geschäft abgehalten sein, nein, dem wollen wir ein Ende machen, wenn sie zu feig sind herauszukommen, so wollen wir hinein und ihnen ihre Gelüste auf immer vertreiben. Allein dagegen erhob sich ihr erfahrener Anführer, der erklärte, sie wollten nur vertheidigen und nicht angreifen, und nur so lange sie auf ihrem ›Tertorium‹ blieben, sei das Recht auf ihrer Seite, wenn aber jemand auf ihr ›Tertorium‹ komme, dann wollten sie ihnen ihre Kraft zeigen. Als man aber auf dem Salon solche Reden von den Bauern hörte, fürchtete man, die Wuth der Bauern auf die Länge nicht mehr zügeln zu können, und so begab sich einer der Lehrer nach Stuttgart zu dem damaligen Minister Duvernoy und setzte ihm die ganze Lage auseinander. Auf dies hin erschien am folgenden Tag um 12 Uhr ein Offizier mit zwei Tambours auf dem Salon und hieß, nachdem er durch seine Tambours ein Zeichen hatte geben lassen, die Bauern zu ihm herauskommen; diese jedoch erwiderten, wenn er etwas von ihnen wolle, so solle er zu ihnen hereinkommen. Nun kam er herein in den Speise-saal, stellte sich auf einen Tisch und eröffnete ihnen: Er sei vom Gouvernement beauftragt, den Salon zu beschützen; hier wurde er von den Bauern unterbrochen, die riefen, das hätten sie schon lange thun können. Als wieder Ruhe eingetreten war, fuhr er fort, es stehe eine Kompanie Soldaten im Salonwald, um den Salon zu besetzen, wenn die Bauern abgezogen seien. Die Bauern zogen nun ab, versicherten jedoch dem Lieutenant, wenn dem Salon etwas zu Leid geschehe, wollten sie sich furchtbar rächen. Von nun an lag eine Zeit lang Militär im Salon. Als die Aufregung sich allmählich legte, zog das Militär ab und es blieben nur einige Gendarmen zum Schutze da, schließlich blieben auch diese aus [...]«¹⁴⁷

Zur Beschwichtigung der durch den Wahlkampf erregten Gemüther kam Strauß am 28. April von Heilbronn nochmals nach Ludwigsburg. Vor dem Rathaus hatten sich rund 3000 Personen versammelt, zu denen Strauß sprach. Nach seiner Rede, die hier auszugsweise wiedergegeben wird, ging die Menge mit einem tausendstimmigen »Hoch« auf ihn auseinander¹⁴⁸:

»Meine werthesten Freunde und Mitbürger! Unerwartet für Euch wie für mich selbst, erscheine ich nochmal in Eurer Mitte. Ich hatte mich wieder in mein bisheriges Heimwesen zurückbegeben, weil ich es für schicklich und wohlgethan hielt, über die Tage der Wahl vom Schauplatze derselben entfernt zu seyn. Natürlich lebte ich noch ganz in der Erinnerung der merkwürdigen Woche, die ich in Eurer Mitte zugebracht hatte. Und indem ich nun sah und hörte, wie es an so manchen andern Orten zugeht, war ich ordentlich stolz auf mein liebes Ludwigsburg, auf die geordnete Haltung in seinen Versammlungen, auf das richtige Maß in seinen Bestrebungen. Um Alles bitte ich Euch, geliebte Mitbürger, bewahret diesen Ruhm. Es ist schwer, aber auch unvergleichlich schön, in einer Zeit des Umsturzes, des allgemeinen Taumels, sich nicht über die Grenzen des Rechten hinaus fortsetzen zu lassen.

Ich verstehe Euch ganz wohl, liebe Mitbürger, ich begreife, was Euch aufregt, Euch erbittert. Ihr wollet Euch lossagen von einer Sekte, welche seit einer Reihe von Jahren Eure gute Stadt immer enger umspinnen hat. Ihr wollet den Anhängern dieser Sekte zeigen, daß ihr Reich unter Euch zu Ende ist, daß Ihr der Zudringlichkeit ihrer Propaganda satt seyd, daß ihr neuester Übergriff ihr letzter gewesen seyn soll. Ihr wollet es recht kräftig aussprechen, daß Ihr nichts haltet von einer Gottseligkeit, welche Feindseligkeit gegen Andersdenkende lehrt; von einer Demuth, die geistlicher Hochmuth ist; von Liebeswerken selbst, denen die

parteisüchtige Absicht, die ihnen anhaftet, die Selbstgefälligkeit, mit der sie zur Schau getragen werden, den größten Theil ihres Werthes benimmt. Das wolltet Ihr erst zeigen? Aber, meine Freunde, Ihr habt es ja schon gezeigt. Daß ihr mich hieher beriefet, daß Ihr für den wichtigen Posten in Frankfurt mich mit Eurem Vertrauen beehrte, daß Ihr diejenigen nicht anhörtet, welche aus angeblich religiösen Gründen Euer Mißtrauen gegen mich zu erregen suchten, – damit habt Ihr ja Eure Meinung deutlich genug zu erkennen gegeben. Was wollt Ihr also weiter? Ist es nicht genug, wenn Ihr der Denkart jener Partei fortan keinen Eingang mehr bei Euch und Euren Familien gestattet? Wenn Ihr in Eurem Leben beurkundet, daß die Religion des Rechtthuns, nicht des Kopfhängens, der Liebe, nicht des Hasses, die Eurige ist? Seid Ihr dazu entschlossen, so könnt Ihr jene Leute ruhig unter Euch wohnen lassen; denn sie können Euch nichts mehr schaden. Seit dem großen Umschwung der öffentlichen Dinge, den wir erlebt haben, ist es um ihre Herrschaft ohnehin geschehen. Das spüren sie wohl; darum regen sie sich so. Sie haben diese Zeit nicht gewollt, wie einer ihrer Anführer uns in diesen Tagen wiederholt gestanden hat: darum will die Zeit auch sie nicht mehr. Nur in einer dumpfen, unfreien Zeit hat sich jene Denkart so tief einnisten, so weit ausbreiten können: in der neuen und freien Zeit wird sie sich von selbst verlieren, wie Motten sich verlieren, wo frische Luft durchstreichen kann. Denn nur von einer gewissen Sinnesart, nicht von Menschen, welche ihre Träger sind, spreche ich; wir können und sollen jene bekämpfen, und doch diese als Brüder dulden und lieben, da wir ja kein Recht haben, sie für unverbesserlich zu halten [. . .]

Nein, meine Freunde, Unrecht bleibt Unrecht, für oder gegen wen es auch immer verübt werden möge. Gewalt und Unordnung fördern die Freiheit nicht; sie beflecken nur ihren Glanz, verkürzen ihre Dauer. Und vollends im gegenwärtigen Augenblick, wo der äußere Feind vor den Thoren steht, sollten sich deutsche Bürger gegenseitig als Feinde gegenübertreten? Müssen wir nicht alle kleinlichen Zerwürfnisse vergessen in einer Zeit, wo die einzige Lösung seyn muß, das Vaterland zu erretten? Also um der Sache willen, der Ihr dienet, um Eures eigenen Ruhmes und Vortheils willen, liebe Mitbürger, haltet Euch in den Schranken des Gesetzes. Bleibet ruhig und einig, selbst auf den mehr als wahrscheinlichen Fall, daß Eure Mehrheit in dem Wahlkampf unterliegen sollte. Die Schlacht ist moralisch dennoch nicht verloren; das wird sich bald genug zeigen, und um so gewisser, je musterhafter Ihr Euch halten werdet. Was aber mich betrifft, so ist kein einzelner Mann jemals so viel werth, daß es sich verlohnte, um seinetwillen Ordnung und Eintracht zu stören. Durch meine ganze Wirksamkeit in Frankfurt würde ich nicht imstande seyn, den Schaden gutzumachen, welchen ein Exceß in dieser Stadt, auf die jetzt so viele Blicke sich richten, der guten Sache bringen könnte. Aber thut es, ich bitte Euch, auch mir zu Gefallen, und bleibet ruhig. Daß jener Züricher Aufstand sich an meinen Namen knüpft, das schändet diesen nicht, weil meine Gegner es waren, die sich an ihrer selbstgewählten Obrigkeit vergriffen: aber wenn es jetzt hier zu augenblicklichen Thätlichkeiten oder bleibenden Zerwürfnissen käme, so würde alle Welt mit Fingern auf mich deuten, weil meine Gönner und Anhänger, und damit ich selbst, als die Urheber davon gelten würden. Das werdet Ihr mir nicht zuleide thun, den Flecken meinem Namen nicht anhängen wollen; denn Ihr habt mir bewiesen, daß ich Euch werth bin, daß Ihr meine Ehre als die Eurige betrachtet, wie ich es mir zur Ehre schätze, ein Ludwigsburger Bürgerskind zu seyn.«¹⁴⁹

Die Wahl mittels Wahlmänner – die Frauen durften damals noch nicht wählen – dauerte vom 26. bis 29. April.¹⁵⁰ In der Stadt Ludwigsburg wurde an zwei Tagen, am 28. und 29. April, gewählt.¹⁵¹ Die Namen der Wahlberechtigten wurden in der Zeitung bekanntgegeben.¹⁵² Über die Art und Weise, wie die Stimmabgabe erfolgen sollte, scheint aber mancher noch im unklaren gewesen zu sein, mußten doch die Wahlmänner eigens darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Stimmzettel auch ohne Namensunterschrift abgegeben werden konnte. »Also, ihr Wähler, die ihr nicht haben wollt, daß man erfahre, auf welche Personen ihr gestimmt habt«, so das Tagblatt hierzu, »ihr legt euren Stimmzettel in die Urne, ohne ihn vorher jemand zu zeigen, und in der Urne liegt er unter viel Tausend anderen! Da bring dann jemand heraus, welcher darunter von Euch ist!«¹⁵³ Bereits bevor das endgültige Wahlergebnis vorlag, stellte das Tagblatt fest: »Im Wahlbezirk Ludwigsburg wäre Strauß zwar Sieger, aber – Markgröningen, und Marbach und Großbottwar! Wir müssen mit Schmerz gestehen, daß keine Hoffnung für Strauß vorhanden ist.«¹⁵⁴

Ende April stand das Ergebnis der Abgeordnetenwahl zur deutschen Nationalversammlung im »6ten Wahl-Distrikt« fest. Wie vorherzusehen war, wurde Hoffmann mit großer Mehrheit gewählt. Im einzelnen verteilten sich die Stimmen wie folgt:

Zum Abgeordneten:	Strauß	Hoffmann	Weigle
Ludwigsburg	2162	1516	138
Markgröningen	490	1246	39
Marbach	293	1844	26
Großbottwar	420	1245	314
zusammen	3365	5851	517
Zum Ersatzmann:	Weigle	Sautter	
Ludwigsburg	1588	1355	
Markgröningen	1190	232	
Marbach	1037	70	
Großbottwar	1376	17	
zusammen	5191	1674	

Bei der Wahl zum Abgeordneten entfielen noch 89 Stimmen auf Pfarrer Mayer in Pflugfelden, alle übrigen verteilten sich auf eine Menge Namen, worunter der König acht und »unser Herrgott« eine erhielten.

Gegen die Wahl Hoffmanns wurde vom Komitee des Ludwigsburger vaterländischen Vereins »auf den Grund des Mißbrauchs der Kanzel und der geistlichen Gewalt, sowie erwiesener religiöser Einschüchterung der Wähler« Protest eingelegt. Außerdem beklagten sich 16 Bauern darüber, »daß sie durch Täuschung dahin gebracht worden seyen, für Hoffmann zu stimmen«. Die Redaktion des Tagblatts hoffte, »daß sich die Beweise für Wahlbeherrschung von Seite der pietistischen Salon-Partei so mehren, daß eine gegründete Protestation gegen Hoffmanns Eintritt in die National-Versammlung erhoben werden kann«.¹⁵⁵

Marbach, Großbottwar und Markgröningen hatten sich als Hochburgen des

Pietismus erwiesen und gegen Strauß gestimmt. Katholiken, Israeliten und der überwiegende Teil der Ludwigsburger, Soldaten einbezogen, hatten dagegen für Strauß votiert.

Das freisinnige Bürgertum Ludwigsburgs hatte verloren. Empörung und Niedergeschlagenheit waren die Folge. Ludwigsburg legte Trauer an: auf den Plätzen wurden Trauerweiden aufgestellt, an den Häusern schwarzer Flor angebracht und alle zwei Stunden vom Turm Trauermusik gespielt. Überall sah man schwarz-rot-goldene Fahnen mit Trauerflor.¹⁵⁶ Mit seinen Ludwigsburgern trauerte auch Justinius Kerner in Weinsberg. Im hiesigen Tagblatt ließ er ein »Sendschreiben an die Bewohner meiner Vaterstadt Ludwigsburg« veröffentlichen, in dem er seinen Schmerz über das schlechte Wahlergebnis Strauß' zum Ausdruck brachte.¹⁵⁷ Aus dem ganzen Land trafen in Ludwigsburg Trostschriften ein.¹⁵⁸ Mit Genugtuung wurde in Ludwigsburg zur Kenntnis genommen, daß wenigstens ein anderer großer Sohn der Stadt, nämlich kein geringerer als Friedrich Theodor Vischer, in Reutlingen gesiegt hatte und zum Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung gewählt worden war.¹⁵⁹

Ludwigsburger Tagblatt.

Ein Organ für den öffentlichen Verkehr und ein Unterhaltungsblatt für alle Stände.

112. Stück.

Donnerstag den 11. Mai

1848.

A. Amtliche Anordnungen und Bekanntmachungen.

Ludwigsburg. Da der Herr E. Hoffmann, Lehrer auf dem Salon, dem Königl. Ministerium des Innern erklärt hat, daß er die auf ihn gefallene Wahl eines Abgeordneten der deutschen National-Versammlung annehme, so wird diese Erklärung höherer Weisung gemäß hiermit bekannt gemacht.

Den 9. Mai 1848.

Königl. Oberamt. Lang.

Ludwigsburger Tagblatt vom 11. Mai 1848

Am 10. Mai 1848, nachmittags vier Uhr, passierte ein Teil der in Württemberg gewählten Abgeordneten zur Nationalversammlung mit einem Extrazug den Ludwigsburger Bahnhof in Richtung Bietigheim. Drei mit Kränzen geschmückte Waggons, auf denen die deutschen und württembergischen Fahnen wehten, waren an die Lokomotive gehängt. Viele Bürger, vor allem Stuttgarter, gaben den Abgeordneten das Geleit. Allerdings hielt der Zug nur wenige Minuten auf dem Ludwigsburger Bahnhof. »Wehmütig«, so das Tagblatt, »blickten alle dem Zuge nach, es fehlte ihm unser Dr. Strauß«.¹⁶⁰

In Frankfurt trat die Nationalversammlung erstmals am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zusammen. 586 Abgeordnete, darunter 28 aus Württemberg, waren vertreten. Der frühere Bundestag löste sich am 12. Juli auf. Ein Reichsministerium

sollte die Zentralverwaltung in Deutschland wahrnehmen.¹⁶¹ Die Nationalversammlung wollte nationale Einheit und liberale Freiheit in einer von ihr zu schaffenden Verfassung vereinen. Ihr Ziel war eine Reichsgründung durch die gewählten Volksvertreter.¹⁶²

Gewissermaßen als Ersatz wählten dann die Ludwigsburger Strauß am 20. Mai 1848 mit 110 von 113 abgegebenen Wahlmännerstimmen in die württembergische Ständekammer. Zwei Drittel der im letzten Etatjahr höchstbesteuerten und ein Drittel der übrigen Bürger, die direkte Steuern zahlten, insgesamt 126 Wahlmänner, hatten hierfür ihre Stimmen abzugeben.¹⁶³ Über den Wahltag erschien im Tagblatt folgender Bericht:

»Ein reges Leben herrscht in unserer Stadt. Schon diesen Morgen um 5 Uhr verkündete Musik von den Stadt-Thürmen den Beginn des Tages, an welchem die feierliche Wahl eines Landtags-Abgeordneten für unsere Stadt vor sich gehen sollte. Herrn Dr. Strauß sollte für die gescheiterte Erwählung zum Reichstags-Abgeordneten eine Genugthuung durch feierliche Erwählung zum Abgeordneten der Stadt Ludwigsburg für die Württembergische Stände-Versammlung gegeben werden. – Auf 8 Uhr morgens waren die Wahlmänner zur Versammlung in der Allee beim Pfizer'schen Hause eingeladen, von wo nun der Zug mit Musik-Begleitung, in ungefähr 21 Reihen zu je 4 Wählern, welchen sich eine größere Menge anderer Einwohner der Stadt angeschlossen hatte, den sogenannten Kaffeeberg hinauf, über den Holzmarkt, durch die äußere Seestraße in die Poststraße und vor das Rathhaus sich bewegte und dort aufstellte. Unter abwechselnder Begleitung von Musik und Gesang erfolgte nun die Abstimmung, deren Resultat abgewartet wurde.

Nicht nur waren die Straßen, durch welche der Zug ging, auf das Freundlichste mit Fahnen, Blumen und Sträußen verziert und überall große Maien aufgepflanzt, auch in andern Theilen der Stadt fehlten die Zeichen einer lebhaften Theilnahme an dem Interesse des Tages nicht. Von den beiden Stadtkirchen-Thürmen herab flatterten 8 aufgepflanzte Fahnen, und die öffentlichen Brunnen auf den beiden Marktplätzen und in der Lindenstraße waren ebenfalls mit Fahnen geziert und mit Kränzen und Sträußen geschmückt. Besonders ansprechend war das Rathhausportal und die 3 Balkonfenster über ihm geschmückt. Zwischen den Reichs- und Württembergischen Fahnen am Treppengeländer befand sich die städtische Standarte, und vom Dache herab wehte eine mächtige schwarz-roth-goldene Reichsfahne. Über der Eingangsthüre war die Inschrift auf den Psalmisten angebracht: »Viele unter uns sagen: was wird uns dieser weisen, was gut ist? Aber Herr, erhebe über uns das Licht deines Antlitzes!« Als das Resultat der Wahl bekannt wurde, daß Dr. D. Fr. Strauß [. . .] als gewählt zu betrachten sey, erschallte ein dreifaches »Hoch«, es verwandelte sich die Inschrift über der Rathhaustüre in die Worte: »Und Gott sprach, es werde Licht, und es ward Licht! I. Mos. 1, 3.«, und von einer Anhöhe vor der Stadt donnerten 50 Böllerschüsse, worauf sich der Zug der Wahlmänner wieder mit Musikbegleitung an den Sammelplatz begab und sich sodann mit einem ausgebrachten »Hoch« auf Dr. Strauß auflöste. Um 12 Uhr fand großes Mittagessen im Waldhorn mit mehr als 200 Gedecken statt, zu welchem Herr Dr. Strauß erschienen war, und heute nachmittag ist Zusammenkunft im Pommer'schen Garten. Die Verzierung der Straßen und Häuser soll über den Sonntag verbleiben.«¹⁶⁴

Auch dieser Wahlkampf verlief äußerst hitzig und wühlte die Gemüter auf. So

Ludwigsburg.

Program

zur

Feier der Wahl eines Abgeordneten

am 20. Mai 1848.

- 1) Der Anbruch des Tages wird der Einwohnerschaft durch Musik von dem Stadtkirchen-Thurm verkündet.
- 2) Von dem Kirchturm und dem Rathhause wehen die württembergischen und die Reichs-Fahnen.
- 3) Der Eingang in's Rathhaus, die Statue Eberhard Ludwigs auf dem Marktbrunnen und der Brunnen auf dem Holzmarkt werden angemessen verziert.
- 4) Die Wähler und alle Die, welche sich für diese Angelegenheit interessieren, versammeln sich in festlicher Kleidung Morgens um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Allee links, Eingangs der Schorndorfer Straße.
- 5) Um 7 $\frac{3}{4}$ Uhr bewegt sich der Zug, Musik voraus, in geschlossenen Reihen durch die Allee bis vor den Schloßgarten, links dem Kasseberg zu durch die Linden-, äußere See- und Poststraße vor das Rathhaus, und stellt sich in geordneten Reihen auf.
- 6) Sodann erfolgt das Abstimmen in der Ordnung des Aufstellens und werden die verlassenen Plätze sogleich wieder eingenommen.
- 7) Während der Abstimmung spielt die Musik.
- 8) Sobald den Wählern das günstige Resultat der Wahl bekannt, werden, durch ein Zeichen benachrichtigt, die auf dem Alleenberge aufgestellten Kanoniere Freudenschüsse abfeuern und zugleich die versammelten Wähler und Theilnehmer, Musik voraus, auf den Sammelplatz sich zurückbegeben.
- 9) Das Mittagessen beginnt um 12 Uhr präcis und wird die Musik während demselben sich hören lassen.
- 10) Um 3 Uhr bewegt sich der Zug vom Waldhorn aus in geschlossenen Reihen, mit Musik, durch die Allee bis an die Schorndorfer-, dann rechts durch die Poststraße ic. ic. in den Pommer'schen Garten; im Falle ungünstigen Weiters ist „Harmonie“ im Waldhornsaale.

wurden beispielsweise Ludwigsburger Einwohner mehrmals bei Spaziergängen oder Ausflügen völlig grundlos »auf die roheste und schimpflichste Weise von Landbewohnern insultiert«. Von den Behörden versprach man sich deswegen Abhilfe.¹⁶⁵ Bei anderer Gelegenheit wurde ein Ludwigsburger, der sich im »Schwanen« in Kornwestheim erfrischen wollte, »von 6–7 anwesenden Burschen, ohne die geringste andere Veranlassung, als einen Strauß auf der Mütze, sowohl im Wirthshaus als auch auf der Straße, auf die größte Weise thätlich beleidigt, ja mit Verstümmelungen seines Körpers bedroht«.¹⁶⁶ Selbst die Jugend beteiligte sich auf ihre Art am Wahlkampf der Erwachsenen. So traktierten in jenen Tagen Hohenekker Bauernbuben einige Ludwigsburger Knaben und junge Leute mit Steinwürfen, weil sie schwarz-rot-goldene Kokarden trugen und daher für junge Straußianer gehalten wurden. Man hätte dieses Vorkommnis als dummen Jungenstreich abtun können, wenn nicht einige Bauernfrauen aktiv als »Steinlieferantinnen« beteiligt gewesen wären.¹⁶⁷ Der Zwiespalt zwischen den pietistischen Kreisen und ihren Gegnern hielt in Ludwigsburg an. In einem anonymen Leserbrief wünschte man dem Ludwigsburger Dekan Christlieb, dessen »pietistisch-fanatichen« Äußerungen bereits im Vorfeld der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung und besonders bei der Wählerversammlung am Ostermontag im Schloßhof von vielen Einwohnern Ludwigsburgs als »stilles Ärgernis« empfunden worden waren, im nunmehrigen Wahlkampf ohne Wenn und Aber in aller Öffentlichkeit, »er möchte bald einen andern Kreis für sein stilles Wirken finden, wo demselben bessere Anerkennung als hier zuteil wird [. . .] Der Herr Decan glaube ja nicht, daß [. . .] der Unmuth gegen sein geheimes Treiben in Bet-, Andachts-Bibel-Auslegungs- und Missions-Stunden, in erbetenen und unerbetenen Kranken- und andern Besuchen, sich gelegt habe. Die pietistischen Frauen- und Jungfrauen-Conventikel in seinem Hause, welche nur geeignet sind, in manche Familien den Samen der Zwietracht zu säen, werden diesen Unmuth stets mehren.«¹⁶⁸ Ob solche Unmutsäußerungen gerechtfertigt waren oder nicht, soll hier nicht weiter vertieft werden. Jedenfalls spiegeln sie eine gewisse emanzipatorische Haltung und Gesinnung wider, die darin besteht, selbst vor Personen in Amt und Würde nicht mehr zurückzuschrecken, sondern sie gegebenenfalls »voll bitterer Galle« öffentlich zu verunglimpfen. Indes schien durch die zahlreichen gegen die Person des Dekans gerichteten Attacken beinahe der innere Frieden in der Stadt gefährdet. Es bedurfte daher einiger Anstrengungen verschiedener besonnener Ludwigsburger Bürger – u. a. schaltete sich auch Dr. August Hermann Werner, der Gründer der hiesigen Kinderheilanstalten, ein –, die aufgebrachten Gemüter zu beschwichtigen und die Wogen wieder zu glätten.¹⁶⁹

Nach seinem Wahlsieg trug sich Strauß eine Weile mit dem Gedanken, sich in Ludwigsburg niederzulassen, wo er die Beletage des Beyerlenschen Hauses in der Osterholzallee beziehen wollte.¹⁷⁰ Allerdings kam es nicht dazu, da er Ende Juli vorübergehend nach München übersiedelte.¹⁷¹

Für die freisinnigen und liberalen Ludwigsburger war Strauß der große Hoffnungsträger. Im Landtag enttäuschte er dann aber seine Wähler, war er ihnen doch bei seiner politischen Arbeit zu konservativ. Obwohl klug und fähig, war Strauß auf dem oftmals wackeligen und unseriösen Boden der Politik nicht trittsicher genug, um sich letztlich zu behaupten. Seine Reden arbeitete er sehr sorgfältig aus, beim Debattieren verlor er aber sehr schnell an Sicherheit, Besonnenheit und Selbstbeherrschung. Im Landtag ließen seine Äußerungen häufig das erforderliche

diplomatische Gespür vermissen, was ihm später viel Ärger einbrachte. So hatte er beispielsweise Verständnis dafür, daß der Politiker Robert Blum wegen seiner Teilnahme am Wiener Oktoberaufstand standrechtlich erschossen wurde.¹⁷² Unumwunden äußerte er sich in der Ständeversammlung über die »Zügellosigkeit der Presse«. Der Ludwigsburger vaterländische Verein reagierte auf Strauß' Äußerungen entsprechend: »Der vaterländische Verein bedauert, daß Strauß sowohl bei seinen Äußerungen über die Presse als auch und besonders bei der Verhandlung über die Ermordung Blums sich gar nicht im Sinne genannten Vereins ausgesprochen hat, und gibt demselben in dieser Beziehung sein entschiedenes Mißfallen zu erkennen.«¹⁷³ Seine »unpopulären« Ansichten brachten Strauß immer mehr an die Seite der Ritterschaft und Prälaten und mit jedem Tag geriet er mehr in Widerspruch mit den Vorstellungen seiner Wähler.¹⁷⁴ Im Landtag konnte Strauß sich deshalb nicht lange halten. Am 20. Dezember 1848 legte er sein Mandat nieder, weil er »täglich mehr einsah, in dieser Kammer kein Feld für erspriessliche Wirksamkeit zu finden«, so Strauß selbst. Und Christoph Hoffmanns pietistische »Süddeutsche Warte« höhnte: »So schnell ist das Licht, welches einst vom Ludwigsburger Rathhaus über die Stadt aufging, wieder untergegangen.«¹⁷⁵ Schon früher hatte Strauß geschrieben: »Ich bin von jeher meinen eigenen Weg gegangen, mochte es gefallen oder mißfallen, wem es wollte, und so gedenke ich es auch fernerhin zu halten.«¹⁷⁶ Der hiesige Stadtschultheiß Karl Friedrich Bunz wurde Strauß' Nachfolger in der Ständeversammlung als Abgeordneter für die Stadt Ludwigsburg.¹⁷⁷

Strauß war kein Politiker. Er war Gelehrter, ein Realist ohne visionäres Pathos. Er vertrat nüchterne, gemäßigte Ansichten. Seine politischen Ziele könnte man kurz so charakterisieren: er trat für die kleindeutsche Lösung unter Preußens Führung ein, befürwortete eine konstitutionelle Monarchie. Für ihn galt Einheit vor Freiheit. Er forderte die Mäßigung. »Vorwärts rennen«, so Strauß, »wenn alle Schranken gefallen sind, das kann am Ende jeder; aber Maß halten, das ist die Kunst, das ist es auch, was allein Heil bringt, wenigstens allein für die Dauer Heil bringt.« Strauß war »politisch so konservativ wie theologisch radikal und das war gerade das Gegenteil dessen, was die breite Masse, damals im wesentlichen Landbevölkerung, wollte«, so sein Biograph Fritz Schlawe.¹⁷⁸

Vollkommen ruhig und unspektakulär gingen 1848 dagegen die auf das Jahr über verteilten Wahlen für den Ludwigsburger Stadtrat und Bürgerausschuß vonstatten.¹⁷⁹

Der sogenannte Ludwigsburger Militärkrawall

Ende Mai 1848 traf im Ludwigsburger Arsenal auf einem mit Girlanden verzierten Wagen ein Teil der von württembergischen Truppen in Baden im Kampf gegen Freischaren gemachten Beute ein. Sie bestand aus einer Anzahl Musketen, Säbeln, Sensen, Streitäxten, Trommeln, Geschützrohren usw., auch eine Fahne und ein weißer, von Säbelhieben und Kugeln durchlöcherter Schlapput befanden sich darunter. Der Hut hatte Reinhard Schimmelpenning gehört, Anführer in Georg Herweghs über den Rhein eingedrungenen »Deutschen Demokratischen Legion«. Schimmelpenning war am 27. April 1848 im Gefecht bei Dossenbach von württembergischen Soldaten getötet worden. Wie zu hören war, sollten die erbeuteten Gegenstände zugunsten der Mannschaft öffentlich verkauft werden.¹⁸⁰ Wenige

Tage später kam in der Stadt das Gerücht auf, daß Freischaren die im Ludwigsburger Arsenal gelagerten Waffenvorräte erbeuten wollten; auch die beiden Pulvermagazine an der Gänsfußallee schienen bedroht. Generell befürchtete man Ruhestörungen, da es hierfür anscheinend »Zeichen eines republikanischen Geistes« bei den »untern Schichten der Gesellschaft« gab. Dies führte zur Verstärkung der Wachen und Patrouillen. Selbst ein Knecht des hiesigen Oberamtsdieners befreite damals einen Häftling aus Polizeigewahrsam. Offensichtlich wollten sich beide der Heckerschen Freischar anschließen. Dieses Beispiel zeigt, daß es auch in Ludwigsburg bestimmte Bevölkerungskreise gab, die nicht nur revolutionär dachten, sondern auch aktiv am revolutionären Geschehen teilnehmen wollten. Nach dem Heilbronner Tagblatt wurde damals in Ludwigsburg auch ein Werber für Hecker verhaftet, der in den Wirtshäusern das Militär aufgestachelte haben soll.¹⁸¹

Zur Jahresmitte 1848 bot Ludwigsburg ein recht kriegerisches Bild. Militärische Übungen, Truppenabgänge und -ankünfte bestimmten das Tagesgeschehen. In jenen Tagen wurden beim württembergischen Heer die deutsche, also die schwarz-rot-goldene Kokarde sowie eine entsprechende Verzierung der Standarten und Fahnen eingeführt¹⁸²; überdies mußten Soldaten zukünftig mit »Sie« angesprochen werden, zudem räumte man ihnen ein Beschwerderecht ein.¹⁸³

Am Abend des 16. Juni wurde in Ludwigsburg Generalmarsch¹⁸⁴ geschlagen. Von allen Seiten sah man Soldaten in die Kasernen eilen. Das 2. Reiter-Regiment, ein Bataillon des 7. Infanterie-Regiments und eine Batterie Artillerie hatten Marschbefehl nach Heilbronn erhalten, wo es beim dortigen Militär zu Unruhen gekommen war. Was war passiert? Ein Fourier des 8. Infanterie-Regiments in Heilbronn, Obermann Michael Heinrich Hartmann, hatte am 14. Juni im Auftrag mehrerer Kameraden eine Petition niedergeschrieben, die dem Regimentskom-

Ludwigsburg. Königl. Arsenal.
 (Kokarden=Lieferung.) Ueber schleunige Lieferung von 22,000 deutsche Kokarden, aus Mößingblech gefertigt, in Farbe dauerhaft emaillirt, oder lakirt, wird am Mittwoch den 5. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr, auf der Kanzlei der 2. Arsenal-Abtheilung eine Accords-Verhandlung vorgenommen werden.

Den 23. Juni 1848.

K. Arsenal-Direction.

Ludwigsburger Tagblatt vom 28. Juni 1848

mandanten übergeben werden sollte. Bevor es aber dazu gekommen war, war Hartmann »in Sicherheitsarrest gebracht« worden. Die Soldaten hatten sich mit dem Säbel in der Faust gelobt: »Einer für alle und alle für einen«. Auch zahlreiche Zivilisten hatten sich den Soldaten angeschlossen. Unter den gegebenen Umständen war dem Oberst nichts anderes übriggeblieben, als den Verhafteten wieder freizulassen. Jubelnd und mit dem Ruf »Es lebe Hecker – Hecker lebe hoch« war Hartmann durch die Straßen Heilbronn geführt worden. Am Abend desselben Tages war die Petition unter Beteiligung zahlreicher Zivilisten und nahezu sämtlicher Regimentsangehörigen nochmals verlesen worden.¹⁸⁵ Die von 500 Personen unterzeichnete Petition lautete folgendermaßen:

»In der festen Überzeugung, daß dem Soldaten noch lange nicht diejenige Stellung im Staate zuteil geworden ist, die er als Mensch und Staatsbürger verlangen kann, sondern daß vielmehr die Art und Weise, auf die er bisher in und außer Dienst behandelt worden ist, mit seinen Menschen- und staatsbürgerlichen Rechten im grellsten Widerspruche steht, fassen wir unsere Wünsche und Beschwerden in folgenden Punkten zusammen:

1) Humanere Behandlung von Seiten unserer Vorgesetzten. Hierzu rechnen wir hauptsächlich, daß wir Soldaten von unseren Vorgesetzten nicht mehr mit »Er« angeredet werden, indem eine solche Anrede das dienstliche Verhältnis der Soldaten jeden Augenblick als ein knechtisches erscheinen läßt.

2) Gänzliche Umgestaltung der militärischen Strafrechtspflege, so daß durch dieselbe unsere staatsbürgerlichen Rechte nicht mehr wie bisher verletzt, sondern wir in dieser Beziehung andern Staatsbürgern gleichgestellt werden. Kein Staatsbürger kann, ohne daß er vorher verhört und ihm ein Vergehen hinlänglich bewiesen worden ist, zu einer Strafe verurteilt werden, und dann steht ihm erst noch, vor der Vollziehung der Strafe, ein Rekursrecht zu; dem Soldaten dagegen wird Beschwerdeführung und Vertheidigung erst nach erstandnem Arrest gestattet. So kommt es, daß oft die bloße Laune eines Vorgesetzten den Soldaten in den Arrest bringen kann.

3) Belehrung über unsere Verfassung. Ohne diese erscheint der Eid, den wir auf die Verfassung geschworen haben, als eine bloße leere Formel.

4) Wenn wir in das Feld ziehen, so wollen wir auch wissen, gegen wen und warum wir fechten, indem wir gesonnen sind, uns weder zu uns unbekanntem Zwecken gebrauchen zu lassen, noch gegen unsere deutschen Brüder die Waffen zu ziehen. Wir streiten bloß für die gute Sache des deutschen Vaterlandes.

5) Da zu Verbesserung unseres rechtlichen Zustandes bis jetzt von unserer obersten Behörde keine Schritte getan worden sind, so glauben wir, daß von dieser Behörde den Rechten des Soldaten als Menschen und Staatsbürgers die gebührende Rechnung nicht getragen wird. Wir sind daher der Überzeugung, daß wir eine Abhilfe bloß dann erwarten können, wenn das Kriegs-Departement einen andern Chef erhält.

6) Wir glauben, daß unsere Bitte um eine tägliche Soldzulage für den Unteroffizier und Soldaten (für letzten von wenigstens 3 Kreuzer) eine begründete ist. Ebenso sollte das grelle Mißverständnis, welches zwischen der Soldzulage der Offiziere und Soldaten im Felde besteht, gehörig ausgeglichen werden.«¹⁸⁶

Als sich schließlich am 16. Juni die Soldaten »unter völliger Auflösung aller militärischen Zucht und Ordnung« mit den Einwohnern verbrüderet hatten, wurde die sofortige Versetzung des Regiments nach Ludwigsburg verfügt.¹⁸⁷

In der darauffolgenden Nacht wurden dann die bereits erwähnten Ludwigburger Truppenteile nach Heilbronn verlegt. Angesichts dieser starken Militärpräsenz, die beinahe einem Belagerungszustand gleichkam, beruhigte sich die gespannte Lage in der Stadt sehr rasch wieder. Gewissermaßen im Gegenzug marschierte nunmehr das aufrührerische 8. Infanterie-Regiment aus Heilbronn ab und rückte dann am 19. Juni »mit voller Armatur« ins »königstreue« Ludwigsburg ein, wo es überwiegend in die Talkaserne einquartiert wurde. Eine große Menschenmenge, darunter auch hiesige Soldaten aller Waffengattungen, war dem Regiment zur Stadt hinaus entgegengegangen und hatte es mit dem Ruf »Es lebe das 8. Infanterie-Regiment« und »Es lebe Hartmann« begrüßt.¹⁸⁸

Rund 200 Bürger Heilbronnns sahen sich dazu veranlaßt, ihre Solidarität mit ihrem scheidenden Regiment mit folgender, im »Beobachter« veröffentlichten Adresse zu bekunden: »An die Soldaten des 8. Regiments. Mitbürger, Freunde! In Eintracht und Liebe vereint hatten wir die neue Zeit begrüßt. Das Bewußtsein, gemeinsam ein Ziel zu verfolgen, derselben guten Sache zu dienen, gab uns neue Kraft; Schmerz und Trauer erfüllte darum unsere Herzen, als der Morgen des 18. Euch Ihr Brüder uns entriß. Was Ihr gewollt, weshalb man Euch verdächtigt, es waren Bürger-Rechte – und niemand wage es, sie Euch verkümmern zu wollen, eure Brüder, die in jener bangen Trennungsstunde den Schwur der Treue Euch gelobten, werden wachen über Euch. Ihr aber fahret fort auf dem Wege des Rechts, als Soldaten Bürger zu bleiben, und wir werden uns bei einem Ziele wiederfinden. Du aber, Vaterland, hohe Achtung vor solchen Söhnen, den Soldaten des 8. Regiments! Heilbronn, 21. Juni 1848.«¹⁸⁹

Wie in Heilbronn sollten auch in Ludwigsburg »Militär-Versammlungen« abgehalten werden. Die Soldaten sprachen auch hier von der Härte ihres Dienstes, von schlechter Behandlung und Bezahlung, aber auch von den angeblichen Freiheiten der Offiziere, von deren Überfluß u. ä.¹⁹⁰

Der Kommandant der Infanterie-Division, Generalleutnant Moriz von Miller, erhielt umfangreiche Vollmachten, in Ludwigsburg die Untersuchung über die Heilbronner Vorgänge in die Wege zu leiten sowie die Disziplin in der Truppe und die soldatische Ordnung wiederherzustellen.

Die Soldatenunruhen setzten sich aber im »sonst so ruhigen« Ludwigsburg fort.¹⁹¹ Der Wortführer des 8. Infanterie-Regiments aus Heilbronn, Fourier Hartmann, wurde auch hier aktiv. In der »Bierbrauerei zum Stern« in der Inneren Seestraße traf er sich mit seinen Gesinnungsgenossen sowie Soldaten fast aller hiesigen Truppenteile.¹⁹² Auf Stühlen und Tischen wurden kurze Reden über deutsche Angelegenheiten gehalten; Alkohol floß reichlich. Auch Zivilisten sollen daran beteiligt gewesen sein. Man vereinbarte, zur Besprechung und Unterzeichnung einer Petition, ähnlich der Heilbronner, am Abend des 21. Juni auf dem Kleinen Exerzierplatz an der Stuttgarter Straße zu einer »öffentlichen allgemeinen Versammlung« zusammenzukommen, auf der Hartmann auch eine Rede halten sollte. Zur Unterbindung dieses Vorhabens wurde er jedoch noch am selben Tag, gegen ein Uhr mittags, auf Befehl des Divisionskommandos »wegen Verfehlungen gegen die Subordination« festgenommen und in Untersuchungshaft in die Kaserne des 7. Infanterie-Regiments in der Poststraße verbracht.

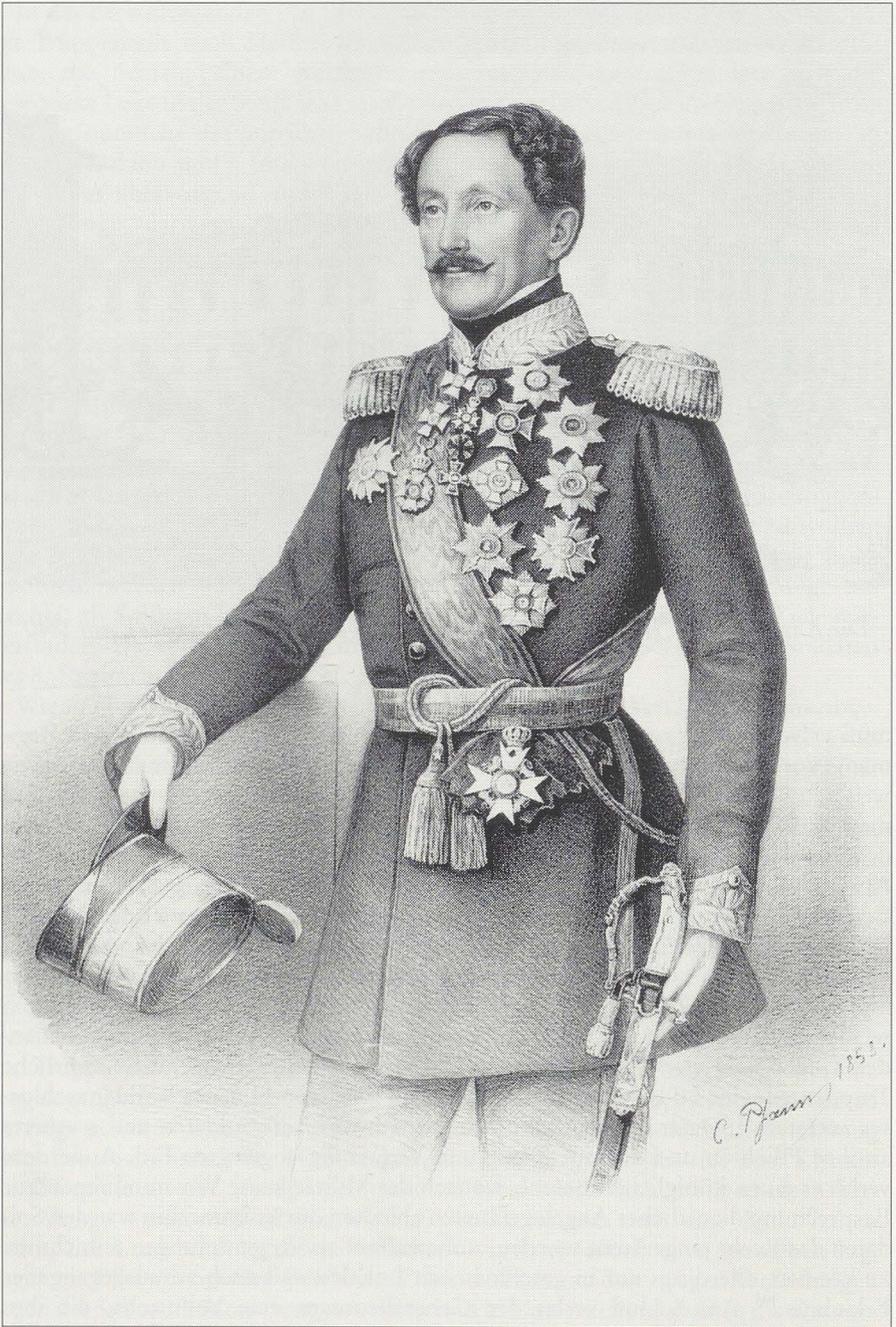
Die Verhaftung Hartmanns verbreitete sich in den Kasernen, in denen das 8. Infanterie-Regiment verteilt lag, wie ein Lauffeuer. Die Erregung bei den Soldaten war sehr groß. Überall hörte man die Rufe: »Der Hartmann ist verhaftet! Heraus



Die Kaserne des 7. Infanterie-Regiments (heutige »Kanzleikaserne«), um 1840

muß er!« Ziemlich rasch versammelten sich ca. 30 bis 40 Soldaten seines Regiments vor der Kaserne der »Siebener«. Außer Seitengewehren sah man aber keine weiteren Waffen. Es war ein eher stiller Protest. Dennoch war jedermann klar, daß man die Freilassung Hartmanns wollte. Zwei zufällig vorbeikommende Offiziere des 8. Infanterie-Regiments forderten die Soldaten zum Auseinandergehen auf. Anstatt zu gehorchen, blieben sie jedoch stehen, zudem gaben sie aufmüpfige Bemerkungen von sich. Es fielen Äußerungen wie: »Der Hartmann brauche nicht verhaftet zu werden; es seye eine Hintergehung wie in Heilbronn«, oder aber: »Nein, wir gehen nicht! Der Hartmann muß heraus!« Als die Offiziere erkennen mußten, daß ihre Ermahnungen und Befehle erfolglos waren, entfernten sie sich wieder. Die zusammengerotteten Soldaten gingen daraufhin ebenfalls auseinander. Gegen halb vier Uhr nachmittags ließ Generalleutnant von Miller sämtliche Truppenteile der Ludwigsburger Garnison im mittleren Hof des Residenzschlosses antreten. In einer ernsten Ansprache verwarnte er die Soldaten und erinnerte an ihre Pflichten und den auf König und Verfassung abgelegten Eid. Außerdem verlas er einen königlichen Befehl, wonach das Militär keine Versammlungen zur Besprechung dienstlicher Angelegenheiten abhalten dürfe; immerhin war den Soldaten das Recht eingeräumt worden, unbewaffnet an Versammlungen teilnehmen zu können, allerdings nur in geschlossenen Lokalen und nach vorausgegangener Erlaubnis.¹⁹³ Am Schluß verlas der Generalleutnant eine Vollmacht, die ihm ermöglichte, bei der geringsten Widersetzlichkeit das Standrecht zu verkünden. Sein auf den König ausgebrachtes »Lebehoch« wurde indes von den Soldaten nur schwach erwidert. Anschließend kehrten die Soldaten in ihre Kasernen zurück.

Man glaubte, damit weiteren Ruhestörungen vorgebeugt zu haben, was sich



General Moriz von Miller

aber als falsch erweisen sollte. Nur wenige Stunden später, gegen acht Uhr abends, kam es vor der Kaserne der »Siebener« und entlang der ganzen Poststraße sowie in den Alleen zu einem großen Menschauflauf. Viele mit Säbeln bewaffnete Soldaten aller Waffengattungen hatten sich eingefunden und forderten mit lebhaften Gestikulationen lautstark die Freilassung Hartmanns. Unter die Soldaten hatten sich auch einige Zivilisten gemischt, die teilweise wie »Freischärler mit Schlapphüten« ausgesehen haben sollen. Etwa zur gleichen Zeit kam zufällig der Kommandant des 7. Infanterie-Regiments, Oberst von Lenz, in die Poststraße. Als er die zusammengerotteten Soldaten sah, wollte er in die Kaserne, um gegen eventuelle Ausschreitungen die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Unterwegs hörte er einen Obermann vom 8. Infanterie-Regiment zu einem Zivilisten sagen: »Jetzt ist es Zeit, jetzt wollen wir hinein in die Kaserne und den Hartmann holen!« Vom Obersten zur Rede gestellt, erwiderte der Obermann barsch und aus voller Kehle: »Ja, Herr Oberst, raus müssen jetzt die Arrestanten.« Daraufhin versuchte Oberst von Lenz den Unteroffizier am Arm festzuhalten, wobei sich dieser aber widersetzte. Schließlich gelang es einigen Zivilisten, den Obermann mit den Worten: »Der wird nicht arretiert« gewaltsam zu entreißen, wobei dem Oberst wahrscheinlich mit einem Stock in die Rippen gestoßen und er am Kragen gepackt wurde. Nur knapp entging er weiteren Mißhandlungen; er konnte sich gerade noch in die Kaserne retten.

Mittlerweile hatten sich einige hundert Neugierige, darunter auch Frauen und Kinder, in der Poststraße versammelt. Es herrschte ein unbeschreiblicher Lärm. Jeden Augenblick mußte mit einem Angriff auf das verschlossene Hoftor der Kaserne gerechnet werden. Das vor der Kaserne postierte Reservepikett¹⁹⁴, bestehend aus Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren des 7. Infanterie-Regiments, wurde von einigen Schreihälsen verhöhnt und beschimpft. Von den anwesenden Zivilisten sollen der hiesige Wundarzt August Schweikert und Handlungskommissar Johann Moser aus Heidenheim versucht haben, die Soldaten zusätzlich aufzustacheln. Schließlich wurde Moser in der Menge festgenommen. Auch Schweikert, der stark betrunken war, wurde verhaftet. Beide brachte man in die Kaserne, wobei in Gedränge Moser von aufgebrachten »Siebenern« heftig attackiert wurde und mehrere Hiebwunden, hauptsächlich am Kopf, erhielt. Dies führte dazu, daß sich plötzlich die wogende Menschenmenge unter wildem Geschrei auf das Kasernen-tor zu bewegte. Unmittelbar nach der Verhaftung der beiden Zivilisten setzte sich ein Soldat des 8. Infanterie-Regiments die Spitze seines gezogenen Faschinenmessers auf die entblößte Brust und schrie Hauptmann von Frost vom 7. Infanterie-Regiment zu: »Da stechen Sie mich todt! Stechen Sie mich todt! Ich will hin seyn!« Der Soldat wurde ebenfalls festgenommen und in die Kaserne gebracht. Hier stellte man fest, daß er einen Stich in den Leib erhalten hatte. Wie die späteren militärgerichtlichen Untersuchungen ergaben, wurde er wahrscheinlich im allgemeinen Handgemenge verwundet, weil das Ziehen seiner Seitenwaffe als ein bewaffneter Angriff gedeutet worden war. Bei dem Soldaten handelte es sich um den 27jährigen Matthäus Hirn, der tags darauf an seiner schweren Verletzung starb. Allerdings konnten die genauen Umstände seines Todes nicht geklärt werden.

Der Tumult schien zu eskalieren. Die Zivilisten waren nicht bewaffnet, und die versammelten Soldaten des 8. Infanterie-Regiments ließen größtenteils ihre Blankwaffen in der Scheide stecken. Vergeblich waren die Bemühungen der Offiziere,

Rede

bei der Beerdigung

des

Matthäus Hirn,

Soldaten im R. 8. Infanterie-Regiment,

am 21. Juni bei der Meuterei mit einem Bajonettstich durchbohrt,

gestorben den 22.,

begraben den 24. Juni 1848 zu Ludwigsburg,

gehalten

von dem kath. Garnisonspfarrer Vogt daselbst.

Auf mehrfaches Verlangen gedruckt.

(Der Ertrag ist für die hagelbeschädigten Gemeinden Reichenbach u. s. w.
bestimmt.)



Stuttgart.

Druck der G. Nümelin'schen Officin.



*Titelblatt der im Druck erschienenen Rede bei der Beerdigung des
am 21. Juni 1848 bei dem Ludwigsburger Militärkrawall tödlich verwundeten
Soldaten Matthäus Hirn*

die aufgebrachten Soldaten zu beruhigen. Auch in der Kaserne soll es zu einer Auseinandersetzung zwischen Offizieren und Soldaten gekommen sein. Von Mannschaften konnte man hören: »Dort sehet – so behandelt man uns – das ist von unseren Offizieren.« Dabei zeigten sie auf den verwundeten Soldaten. Auf Beruhigungsversuche entgegneten die Soldaten: »Der Commandant des 8. Regiments hat sein Wort gebrochen! Er hat in Heilbronn versprochen, Hartmann solle nicht arretiert werden und nun sitzt er doch in der Kaserne!« Jetzt rückten Trup-



Württembergische Infanterie um 1849

pen in geschlossenen Kolonnen an. Reiterei sprengte durch die Straßen und trieb die Menschenmenge auseinander. Mit einer reitenden Batterie von vier Kanonen, die aber, wie man später erfuhr, nicht geladen waren, eilte der Generalleutnant hoch zu Roß herbei und forderte mehrmals die Menge auf, auseinanderzugehen. Da dies aber nicht geschah, befahl er dem 7. Infanterie-Regiment, die Straße in raschem Vorgehen mit gefälligem Bajonett zu säubern. Widerstand gab es keinen. Von den fliehenden Menschen wurden einige, darunter auch geachtete Bürger der Stadt, zum Teil schwer verwundet. Nach wenigen Minuten war die Aktion, bei der

noch einige Verhaftungen von Zivilisten und Soldaten vorgenommen wurden, beendet und die »Siebener« zogen sich zurück. Beim Wegreiten straukelte das Pferd des Generalleutnants und drohte zu stürzen, wobei die Rufe gehört wurden: »Bravo! Reißt ihm die Orden runter!« Ohne das sofortige Einschreiten von Soldaten des 7. Regiments wäre Miller Mißhandlungen ausgesetzt gewesen.

Zeitgleich mit den Ereignissen vor der Kaserne hatte der Kommandant der Bürgerwehr im Einverständnis mit dem Generalleutnant Generalmarsch schlagen lassen, worauf sich die gesamte Bürgerwehr auf dem Marktplatz versammelte. Beinahe wäre es zu einem furchtbaren Blutvergießen gekommen. Plötzlich rückte nämlich gegen die Bürgerwehr eine Abteilung des 7. Infanterie-Regiments mit gefällttem Bajonett vor. Die Bürgerwehr trat dem Militär ebenfalls mit aufgefälltem Bajonett entgegen, zudem hatten beide Formationen scharf geladen. Die Infanteristen brachten ihre Gewehre mit dem Ruf in Anschlag: »Sollen wir Feuer geben?« In diesem Augenblick galoppierte der Generalleutnant heran und rief: »Wer spricht von Feuer geben? – Zurück Schützen, zurück!« Nach diesem Zwischenfall kam Miller sofort zur Bürgerwehr und versuchte das Geschehene zu rechtfertigen, wobei von Mißverständnissen der Bürger die Rede war. Offensichtlich waren rebellische Soldaten und Zivilisten zu nahe an die Bürgerwehr herangekommen. Wie später zu hören war, sollen die Infanteristen fälschlicherweise davon ausgegangen sein, die Bürgerwehr würde zusammen mit den aufrührerischen Soldaten des 8. Infanterie-Regiments gegen das Militär vorgehen.¹⁹⁵

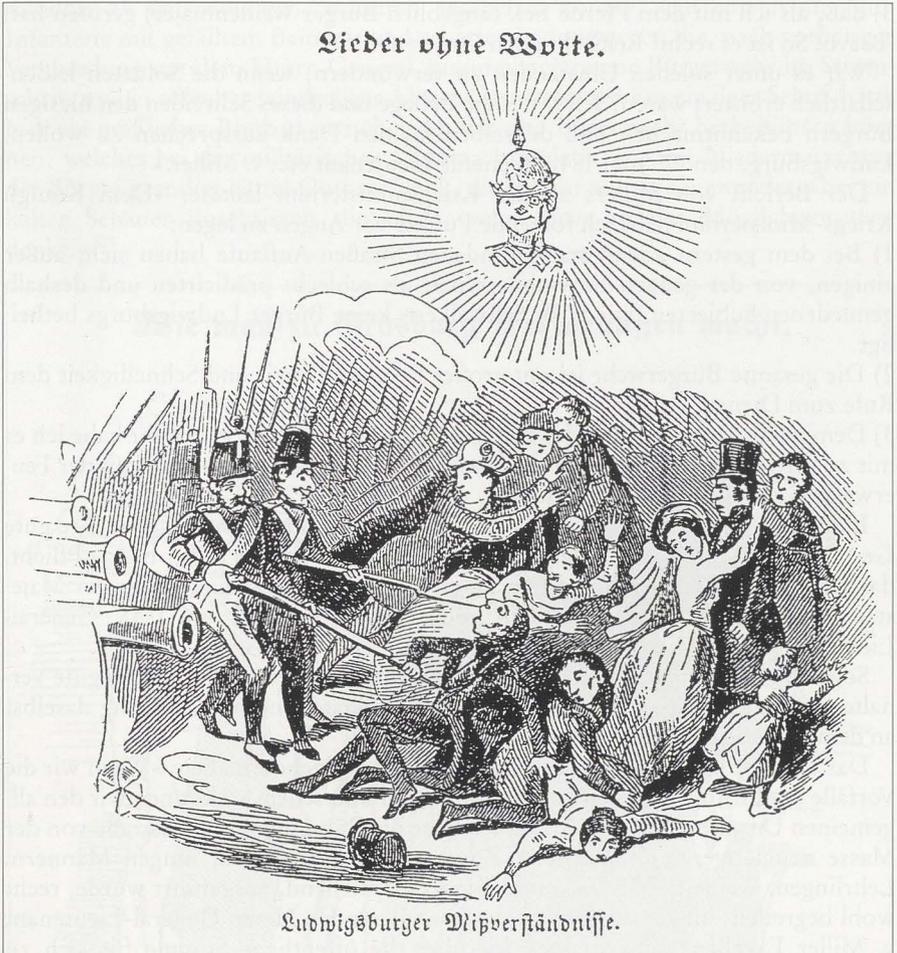
Für die Bürgerwehr war dieses Ereignis die erste Bewährungsprobe. Das Tagblatt vermerkte hierzu: »Die Bürgerwehr hat hier bewiesen, daß sie unerschrockenen Muthes der Gefahr ins Auge blicken kann, wenn auch Manchem, so nahe den feindlichen Bajonetten und den Mündungen der Feuergewehre, das Herz etwas schneller gepocht haben mag.«¹⁹⁶

Am nächsten Vormittag, gegen acht Uhr, wurde Obermann Hartmann »geschlossen« und mit ihm noch weitere zwölf bis 15 Soldaten verschiedener Waffengattungen, die der »Aufreizung und Widersetzlichkeit gegen die bestehende Ordnung beschuldigt« waren, auf den Hohenasperg verbracht.¹⁹⁷

Ungefähr zur selben Zeit mußte das 8. Infanterie-Regiment im Schloßhof ohne Gewehre antreten. Währenddessen wurden in der Talkaserne die Gewehre eingesammelt und in das Arsenal gebracht. Anschließend blieb das Regiment, für das ein verschärftes Standrecht galt, »in die Kasernen den Tag über consignirt«. Tags darauf erhielt es aber auf dem Arsenalplatz die abgenommenen Gewehre wieder zurück, nachdem Deputationen des Regiments Besserung versprochen hatten. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Heilbronn und Ludwigsburg wurden ungefähr 50 Mann verhaftet und auf den Hohenasperg verbracht.¹⁹⁸

Zur Beruhigung der hiesigen Bevölkerung ließ der Stadtrat folgende Bekanntmachung im Tagblatt veröffentlichen und an den Straßenecken anschlagen: »Die gestrigen betrübenden Vorfälle haben den beiden bürgerlichen Collegien Veranlassung gegeben, an Seine Excellenz Herrn General-Lieutenant v. Miller eine Deputation abzusenden, um ihm ihr tiefes Bedauern hierüber und über die theilweise Art der Ausführung der getroffenen Maßregeln auszudrücken. Hierauf hat Seine Excellenz in Anerkennung der guten Haltung der Bürgerschaft und deren Unterstützung in Handhabung der Ordnung die Zusicherung ertheilt, deshalb dem Stadtrath nicht allein eine besondere beruhigende Erklärung, sondern auch eine Abschrift des an Seine Majestät den König zu erstattenden Berichts zukommen zu

Lieder ohne Worte.



Ludwigsburger Mißverständnisse.

»Eulenspiegel« vom 1. Juli 1848

lassen. Hievon wird die Einwohnerschaft alsbald Mitteilung erhalten.«¹⁹⁹ Die beiden angekündigten Schreiben ließen nicht lange auf sich warten; sie wurden ebenfalls im Tagblatt veröffentlicht:

»An das Stadt-Schultheißen-Amt Ludwigsburg. Demselben lasse ich anliegende Abschrift eines Berichts zustellen, den ich heute an das Königl. Kriegs-Ministerium abgesendet habe. Das Stadt-Schultheißen-Amt wolle daraus entnehmen, wie ich den Antheil der Ludwigsburger Bürger beurtheile. Mit tiefem Bedauern habe ich ersehen, daß gestern ruhige Zuschauer von den Soldaten hart angelassen worden sind. Als Entschuldigung für dieselben möchte dienen:

- 1) daß Soldaten und Bürger (Schweikert an der Spitze) einen Angriff gegen die Kaserne gemacht und selbst zweimal in dieselbe eingedrungen sind;
- 2) daß der Oberst Lenz vor den Augen seiner Soldaten thätlich mißhandelt wurde;

3) daß, als ich mit dem Pferde fiel, (angeblich Bürger Weihenmajer) gerufen hat; »Bravo! So ist es recht! Reißt ihm den Orden ab!«

War es unter solchen Umständen zu verwundern, wenn die Soldaten leidenschaftlich erbittert waren? Ich bitte, die Beilage und dieses Schreiben den hiesigen Bürgern bekanntmachen und denselben meinen Dank aussprechen zu wollen. Ludwigsburg, den 22. Juni 1848. General-Lieutenant etc. v. Miller.«

Der Bericht von Millers an das Kriegsministerium lautete: »Dem Königl. Kriegs-Ministerium habe ich folgende Punkte vor Augen zu legen:

1) Bei dem gestern abend stattgefundenen Straßen-Auflaufe haben sich, außer einigen, von der ganzen Einwohnerschaft als schlecht prädicirten und deshalb gemiedenen Subjecten, wie z. B. Schweikert, keine Bürger Ludwigsburgs betheilig.

2) Die gesamte Bürgerwehr ist mit großer Bereitwilligkeit und Schnelligkeit dem Rufe zum Dienste gefolgt.

3) Dem guten Verhalten und der thätigen Mitwirkung der Bürgerwehr habe ich es mit zu verdanken, daß ich über die Masse Herr geworden bin, ohne von der Feuerwaffe Gebrauch machen zu müssen.

Indem ich also den Ludwigsburgern das Zeugnis geben kann, daß sie ihre gute Gesinnung auf das Vollständigste dargethan haben, halte ich es für meine Pflicht, das Königliche Kriegs-Ministerium zu ersuchen, dies zur Kenntnis Seiner Majestät des Königs bringen zu wollen. Ludwigsburg, den 22. Juni 1848. General-Lieutenant etc. v. Miller.«²⁰⁰

Sogar König Wilhelm sprach der Ludwigsburger Bürgerwehr »für das gute Verhalten und die thätige Mitwirkung zur Wiederherstellung der Ordnung daselbst an dem Abende des 21.« seinen Dank aus.²⁰¹

Das Tagblatt kommentierte die Ereignisse aber folgendermaßen: »Wenn wir die Vorfälle des 21. Juni jetzt mit ruhigeren Blicken übersehen, so können wir den allgemeinen Unwillen über die Art, auf welche die Räumung der Poststraße von der Masse neugieriger, unbewaffneter Zuschauer, aus alten und jungen Männern, Lehrlingen, Weibern, Mädchen und Kindern bestehend, ausgeführt wurde, recht wohl begreifen, und es dürfte dem commandierenden Herrn General-Lieutenant v. Miller Excellenz schwerfallen, hierüber die öffentliche Stimme für sich zu gewinnen. – Nicht, wie es überall in ähnlichen Fällen gehalten wurde, nämlich in geschlossenen Colonnen, ohne vorerst, und bis ein Widerstand es nöthig machte, von der Waffe Gebrauch zu machen, rückte das Militär gegen die, mit Ausnahme einzelner Subjecte ganz friedliche Menge an; nein, es stürzte mit gefällttem Bajonette auf dieselbe los, welche alsbald in eiliger Flucht sich zu retten suchte. – Wir fragen den Herrn General-Lieutenant v. Miller, wo war denn ein Feind, ein bewaffneter Widerstand, der solche Maßregeln nöthig machte? Wozu denn Kanonen auffahren, wo der bewaffneten Militärmacht sich niemand gegenüberstellte? Ein einfaches Vorrücken des Militärs in einer die Straßenbreite einnehmenden Colonne hätte vollständige Säuberung derselben bewirkt, statt daß eine immerhin nöthige Maßregel auf eine Weise ausgeführt wurde, welche das Gefühl empören mußte. Es war ein militärisches Treibjagen mit gefällttem Bajonett auf ruhige, unbewaffnete Leute, auf Weiber, Mädchen und Kinder! Wir wollen die Erbitterung nicht steigern durch Ausmalen einzelner, empörender Szenen; die Bajonettstiche, welche mehrere von hinten erhielten, beweisen, daß kein Widerstand stattfand, welcher Waffen-Gebrauch nöthig gemacht hätte. Wie ist ferner das Mißver-

ständnis zu entschuldigen, wodurch geschehen konnte, daß eine Abtheilung Infanterie mit gefälltem Bajonett und scharfer Ladung gegen die, nach vorheriger Verabredung mit dem Herrn General zusammengetretene Bürgerwehr im Sturmschritt und in offenbar feindseliger Absicht heranrückte? Ein einziger Schuß hätte hier ein gräßliches Blutbad zwischen Militär und Bürgerwehr herbeiführen können, welches bei der militärischen Übermacht zuletzt nur mit Niedermetzlung der Bürger geendigt hätte! Gott sei Dank, die Gefahr wurde abgewendet, aber ein kalter Schauer durchrieselt die Haut, wenn man an das Mögliche denkt.«²⁰²

Wie man zu Grassburg Erklärungen macht.



Hier hab' ich eine Erklärung verfaßt; ich will sie euch vorlesen. Jetzt wenn einer von euch was dagegen hat, so thu' er's Maul auf. — Spricht keiner was? — So nehme ich also an, daß ihr damit einverstanden seid und lasse diese freiwillige offene Erklärung in eurem Namen in die Zeitung setzen.

»Eulenspiegel« vom 22. Juli 1848

Am Morgen des 22. Juni rückte in Ludwigsburg das 4. Infanterie-Regiment ein, wo es »auf unbestimmte Zeit bei der Bürgerschaft« einquartiert wurde.²⁰³ Der Kommandant der Ludwigsburger Bürgerwehr schätzte sicherlich die Lage richtig ein mit seiner Feststellung, »daß sich nur durch entgegenkommendes, achtungsvolles Zusammenwirken der Bürgerschaft und des Militärs die Ordnung und Ruhe der Stadt fernerhin werde erhalten lassen«.²⁰⁴

Für Ludwigsburg wurden nunmehr besondere Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. In der Nacht patrouillierten Soldaten und Bürgerwehrmänner. Tagsüber war der Bahnhof militärisch besetzt. Reiterpatrouillen wurden bis zum Kornwestheimer Bahnhof und in Richtung Bietigheim bis zur Hohenstange geschickt. In den nächsten Tagen gab es aber keine größeren Zwischenfälle. »Die Bürgerschaft zeichnet sich durch musterhafte Ordnungsliebe, und namentlich die Bürgerwehr durch unverdrossene Dienstleistung aus«, so das Tagblatt.²⁰⁵ Wegen der Vorfälle hatte der Stadtrat eine Anordnung erlassen, wonach Lehrlinge und Kinder bis auf weiteres »sich von Nachts 9 Uhr an nicht mehr in den Straßen aufhalten« durften.²⁰⁶ Allerdings hatten sich noch nicht alle Gemüter beruhigt, wie folgender Vorfall zeigt, der sich am Abend des 22. Juni ereignete. Artilleristen und Infanteristen waren vor der Kanzleikaserne aus Anlaß der »Arrestation« einer ihrer Kameraden in einen Wortwechsel geraten, wobei sich um die Streithähne ein Kreis bürgerlicher Zuhörer bildete, der sich aber nicht einmischte. Plötzlich stürzte ein Fourier hervor und schrie die umstehenden Zivilisten auf die brutalste und rohste Weise an: »Was thut Ihr da? marsch fort! oder ich hau' Euch Kerls, Gott straf' mir, die Nase aus dem Gesicht!« Einige Einwohner stellten sich zu Recht die Frage, »ob solche rohen Auftritte geeignet sind, die ohnedies so aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen?«²⁰⁷

Die Erregung über alle diese Vorgänge, vor allem aber über die Art und Weise, wie das Militär am 21. Juni die Poststraße geräumt hatte, dauerte in Ludwigsburg noch lange an. Die Bürger sahen es deshalb als Genugtuung an, als Generalleutnant von Miller kurze Zeit später von seinem Posten in Ludwigsburg abberufen und »interimistisch zum Gouverneur von Stuttgart« ernannt wurde.²⁰⁸

Am 1. Juli 1848 hielt der König vor dem 7. Infanterie-Regiment folgende Ansprache: »Meine Herren Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Ich habe Ihnen in Meinem Namen und im Namen des Vaterlandes den Dank auszusprechen für die Erhaltung der Disziplin und Ordnung und für das gute Benehmen des Regiments bei den jüngsten Vorfällen hier, wodurch eine große Gefahr von dem Vaterlande abgewendet wurde. Als ein alter Soldat mache Ich nicht viel Worte, aber sie gehen von Herzen. Empfangen Sie nochmals den Dank des Vaterlandes! Es lebe das 7. Regiment!«²⁰⁹

Als »republikanischer« Mittelpunkt galt in Ludwigsburg die bereits erwähnte »Bierbrauerei zum Stern«. Hier verkehrten auch »republikanisch« gesinnte Soldaten, darunter auch Fourier Hartmann. Besitzer war der Bierbrauer Samuel Liebmann, ein überzeugter Republikaner, der sich mit den Zielen der radikalen Linken identifizierte und für Hecker und Struve schwärmte. Seine Ehefrau Sara wurde übrigens im Zusammenhang mit dem Militärkrawall am 21. Juni wegen angeblich aufrührerischer Reden von zwei Soldaten des 8. Infanterie-Regiments angezeigt. Im Gespräch mit anderen Soldaten soll sie gesagt haben: »Sie sollen nur warten, wenn der Fourier Hartmann heut' noch 'raus kommt, so dürfen sie bei mir umsonst Bier genug trinken, sie sollen nur machen, daß der Hartmann heut' noch



*In diesem Gebäude befand sich die »Bierbrauerei zum Stern«, Seestraße 9.
Ansichtskarte um 1910*

'raus kommt.« Gegen Sara Liebmann wurde schließlich wegen »Aufstachelung zur gewaltsamen Befreiung eines Gefangenen« ermittelt. Allerdings wurde das Verfahren mangels Beweisen eingestellt.²¹⁰ Mehrere Male wurde den Soldaten der Besuch der »Bierbrauerei zum Stern« wegen der dortigen »politischen Umtriebe« verboten, so auch zwei Tage nach dem Militärkrawall.²¹¹ Liebmann war wegen seiner politischen Einstellung zahlreichen Schikanen ausgesetzt.²¹²

Im »Stern« befand sich auch das Vereinslokal des seit Herbst 1848 bestehenden Ludwigsburger »Arbeiter-Bildungs-Vereins«, dessen Ziel es war, sich für soziale Verbesserungen einzusetzen und an den Beratungen derer teilzunehmen, die sich berufen hielten, über das Schicksal der Arbeiter zu entscheiden. Weitere Vereinsziele waren, die »Uebelstände und Mißbräuche« zu beseitigen, »welche namentlich noch viele Gewerbe drückend« empfanden. Mit folgenden Worten des »Central-Ausschusses der Arbeiter-Vereine Württembergs« waren die Arbeiter Ludwigsburgs aufgefordert worden, dem Verein beizutreten: »Glaube Keiner, daß seine wenigen Kräfte von keinem wesentlichen Nutzen seyen, im Gegentheil, Vereinigung macht stark.«²¹³ Der Ludwigsburger »Arbeiter-Bildungs-Verein« bestand bis Juli 1850.²¹⁴

Am 4. Dezember 1848 wurde im Festungshof auf dem Hohenasperg den an den Ausschreitungen in Heilbronn und Ludwigsburg beteiligten Soldaten nach Revision des kriegsrechtlichen Verfahrens das Urteil bekanntgegeben. Von den 28 Inhaftierten wurden fünf freigesprochen, 23 aber zu einer Sträflingsarbeit von einigen Monaten bis zu 6 1/2 Jahren verurteilt. Obermann Hartmann bekam »wegen fortgesetzter meuterischer Umtriebe und sonstiger subordinationswidriger Handlungen« vier Jahre Festungs-Arbeitsstrafe. Außerdem wurden sämtliche

Unteroffiziere zu Gemeinen degradiert. Bei der Urteilsverkündung soll es etwas turbulent zugegangen sein, hätten sich doch die Verurteilten zunächst lieber den Tod als eine entehrende Strafe gewünscht. Auch die übrigen politischen Gefangenen auf dem Hohenasperg hätten laut ihre Sympathie für die Verurteilten kundgetan. Die Soldaten wurden anschließend mit einer Militäreskorte zum Asperger Stationsgebäude, von dort mit der Eisenbahn nach Stuttgart und schließlich in die

dortige Militärsträflings-Anstalt gebracht. Auf dem Ludwigsburger Bahnhof stand bei ihrer Durchfahrt eine Abteilung Infanterie bereit, um bei eventuellen Unruhen bzw. Zwischenfällen einzuschreiten.²¹⁵ Dagegen mußten sich die beiden Zivilisten Schweikert und Moser, die sich bei dem Militärkrawall ebenfalls besonders hervorgetan hatten, wegen Aufruhrs vor dem Ludwigsburger Schwurgericht verantworten. Allerdings wurde das Verfahren im Februar 1850 eingestellt.²¹⁶ Erwähnenswert ist, daß wenige Wochen nach dem Militärkrawall ein »Oberamtsgerichtsdienergehülfe« einen der beiden, nämlich Moser, aus dem hiesigen Oberamtsgerichtsgefängnis befreite und mit ihm floh.²¹⁷

Aufruf an die Arbeiter Ludwigsburgs.

Mitbrüder!

Dem Aufruf des Central-Ausschusses der Arbeiter-Vereine Württembergs gemäß haben wir uns entschlossen, Folge zu leisten, und seinen Forderungen entsprechend, einen Verein gegründet. Wir fühlen ebenso, wie unsere Brüder an andern Orten, das Bedürfnis, daß wir nach socialen Verbesserungen ringen müssen, und Theil nehmen an den Beratungen Derer, die sich für berufen halten, über das Schicksal der Arbeiter zu entscheiden, um die Uebelstände und Mißbräuche, welche namentlich noch viele Gewerbe drückend empfinden, zu beseitigen. Da nun wirklich ganz Deutschland nach Einigkeit und Verbesserungen ringt, so wollen wir nicht länger mehr zurückstehen und auch das Ausrufe dazu beitragen. Wir fordern Euch nun, Brüder und Arbeiter, auf, Euch deshalb unserm Vereine anzuschließen und Euer Scherflein ebenfalls zu der gewiß nicht unwichtigen Sache beizutragen, und rufen Euch die Worte des Central-Ausschusses zu: Glaube Keiner, daß seine wenigen Kräfte von keinem wesentlichen Nutzen seyen, im Gegentheil, Vereinigung macht stark.

Die nächste Versammlung ist Dienstag den 19. d., Abends um 8 Uhr, bei Herr Bierbrauer Mezger, wo auch die Statuten zur Einsicht aufliegen.

Ludwigsburg, den 16. September 1848.

Der prov. Ausschuss.

*Ludwigsburger Tagblatt
vom 17. September 1848*

Der Alltag ist eingekehrt

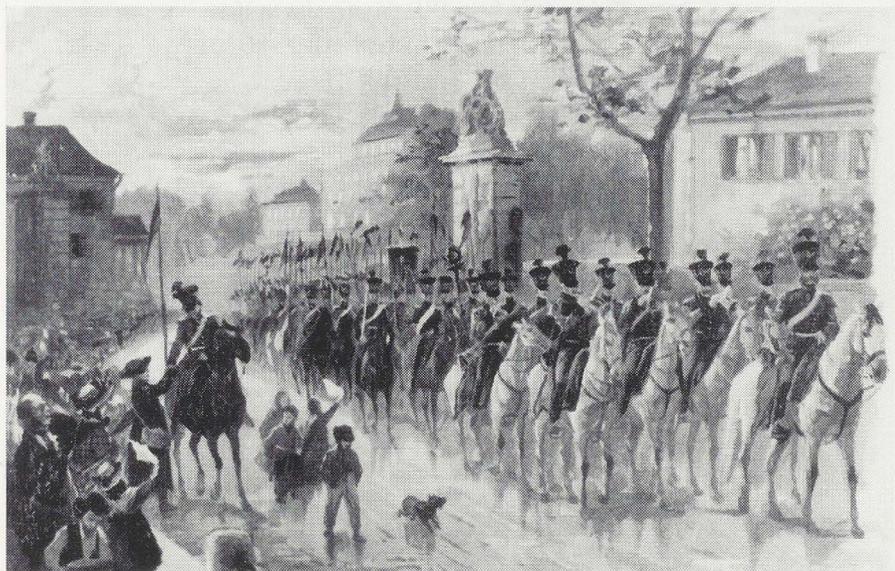
Da die deutsche Nationalversammlung politisch ohnmächtig war, strebten die Abgeordneten die Einrichtung einer provisorischen Zentralgewalt in der Person eines Reichsverwesers an. Gewählt wurde am 29. Juni 1848 in Frankfurt Erzherzog Johann von Österreich, der sowohl bei den deutschen Fürsten als auch bei den Abge-

ordneten anerkannt war. Ihm zur Seite stand ein Reichsministerium. Diese provisorische Reichsregierung sollte sich aber als machtlos erweisen.

In Ludwigsburg fand eine Feier zu Ehren der Wahl Erzherzog Johanns zum

Reichsverweser erst auf Drängen der Einwohner statt. Wegen des Ausbleibens der Ludwigsburger Feier – in ganz Deutschland gab es nämlich entsprechende Freudenkundgebungen – stellte das Tagblatt lapidar fest: »Sollte man doch meinen, Ludwigsburg enthalte fast ausschließlich rot republikanische Elemente, und doch ist das gerade Gegentheil der Fall.«²¹⁸

Schließlich fand dann doch noch eine eindrucksvolle Feier in Ludwigsburg statt, nämlich am 19. Juli. Die Kirchtürme, das Rathaus und einige andere Gebäude waren an diesem Tag mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und Flaggen verziert. Schon am frühen Morgen machten Glockengeläute, Militärmusik und Trommel-



Ausmarsch des 2. Reiter-Regiments nach Schleswig am 21. August 1848

schlag der Bürgerwehr auf die Bedeutung des Tages aufmerksam. Um acht Uhr traten die Bürgerwehrkompanien, drei davon völlig uniformiert, und das Sensenkorps auf dem Marktplatz an und marschierten von dort zum Rathaus, wo sich bereits die Honoratioren der Stadt sowie Vertreter des Militärs und der Zivilverwaltungen eingefunden hatten. Unter dem Spiel zweier Musikkorps bewegte sich in unendlich langer Reihe der Zug, bestehend aus Bürgerwehr, Militär, Behördenvertretern und sonstigen Einwohnern, zur Stadtkirche, wo Diakon Süßkind einen Gottesdienst und eine beeindruckende Predigt hielt.²¹⁹ Anfang August folgte dann noch eine militärische Feier der Garnison. An jenem Tag zogen in aller Frühe die verschiedenen Regimenter in Paradeuniform auf den Großen Exerzierplatz, wo sie sich zur Parade, die vom höchsten Ludwigsburger Truppenbefehlshaber, Generalleutnant von Bartruff, abgenommen wurde, aufstellten. Die Soldaten präsentierten, die ebenfalls versammelten Musikkorps fielen ein und ein dreifaches »Hoch« auf den König erschallte. Danach begann die Inspizierung der Truppen durch Vorbereiten der Front, der sich eine Ansprache und die Bekanntgabe des »Aufrufs an

das deutsche Volk« anschlossen. Es folgte ein dreifach ausgebrachtes »Hoch« auf den Reichsverweser, das drei Geschützsalven donnernd bekräftigten, während die verschiedenen Musikkorps einfielen. Den Abschluß der Feier bildete ein Vorbeimarsch der Truppen vor dem Befehlshaber.²²⁰

In jenen Tagen wanderten zahlreiche junge Männer aus Ludwigsburg und Umgebung aus, um in Amerika eine neue Heimat und ihr Glück zu suchen. Wahrscheinlich waren damals noch überwiegend wirtschaftliche Gründe ausschlagge-

In der grünen Bude in der Allee,
dem Metzger'schen Bierhause gegenüber.

☞ Nur Samstag, Sonntag und Montag. ☞

Kunst - Ausstellung.

Der Unterzeichnete macht einem verehrlichen Publikum die ergebenste Anzeige, daß er hier zum Erstenmale seine

Große Kunst - Ausstellung
electrisch - physikalischer Experimente,
Auswanderungs - Reise
der Deutschen nach den vereinigten Staaten von Amerika ohne große
Kosten und Beschwerlichkeiten
nebst großes

ASSAUT D'ARMES
von Madame Evrard aus Neapel,
alte Marktenderin von Napoleon;
nebst einer bedeutenden Sammlung

anatomisch - pathologischer Wachs - Präparate
aus Paris, Wien und Florenz,
aufstellen wird. Dieses Cabinet wird nur erwachsenen Personen gezeigt gegen ein
apartes Entrée von 6 fr.

Damen sieht dieses Cabinet von 6 — 7 Uhr zur Besichtigung offen.

**Außerdem ist noch ein großes mechanisch - musikalisches Kunstwerk
zu sehen.**

Zu recht zahlreichem Besuche, in der Hoffnung, daß gewiß Niemand die Aus-
stellung unbefriedigt verlassen wird, ladet höflich ein (Das Nähere besagt der Zettel.)
Carl Haueisen, Besizer der Ausstellung.

Ludwigsburger Tagblatt vom 5. August 1848

bend. Das Tagblatt stellte dazu fest: »Gebe Gott, daß es bei uns bald nachhaltig besser wird, damit die trüben Aussichten in eine drohende Zukunft dem Lande nicht nach und nach seine besten Kräfte entziehen.«²²¹

Die einen gingen, andere wiederum kamen. So traf beispielsweise Mitte August ein Teil der amnestierten württembergischen Teilnehmer am badischen Freischauszug in Ludwigsburg ein. Sie hatten eine viermonatige Gefangenschaft in Bruchsal und auf dem Hohenasperg hinter sich. Jetzt sollten sie in Ludwigsburg entlassen werden. Auch einige hiesige Bürgersöhne befanden sich darunter.²²²

Feier der Grundrechte.

Von Seiten des Stadtraths und Bürger-Ausschusses wurde auf Anregung der Offiziere der Bürgerwehr beschlossen, am

Freitag den 2. Februar die Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes festlich zu begehen, was wir hiemit öffentlich bekannt machen, indem wir das dießfallige Programm hier mittheilen.

Das Fest-Comité.

Programm

für die Feier zur Einführung der Grundrechte des deutschen Volkes am Freitag den 2. Februar 1849.

- 1) Die Trommler der Bürgerwehr schlagen Tagwache durch die Stadt Morgens um 7 Uhr.
- 2) Feierlicher Gottesdienst Morgens 9 Uhr; die hieran Theilnehmenden versammeln sich zum Festzug um 8³/₄ Uhr auf dem Rathhaus.
- 3) Antreten der Bürgerwehr um ¹/₂ 11 Uhr vor dem Rathhaus, von wo aus die Aufstellung um 11 Uhr vor der Stadtkirche stattfinden wird.
- 4) Choral vom Thurm: Gott ist getreu.
- 5) Verkündigung der Grundrechte mit angemessener Einleitung durch Herrn **Rector Deffner.**

6) Choral: Ein' feste Burg.

Im Falle ungünstiger Witterung findet die Verkündigung in der Kirche statt.

In der zweiten Jahreshälfte 1848 beherrschten ständige Truppenbewegungen das Stadtbild.²²³ Ludwigsburg glich nach wie vor einem riesigen Heerlager, das an die Zeit der Befreiungskriege erinnern ließ. Regimenter und sonstige Truppenteile marschierten aus, andere wiederum kehrten zurück. Musterungen und Truppenbesichtigungen wurden vorgenommen.²²⁴ Im August verließen verschiedene Ludwigsburger Einheiten die Stadt zur Unterstützung der in Schleswig-Holstein gegen die Dänen kämpfenden deutschen Truppen. Meistens fanden zu Ehren der ausmarschierenden Soldaten Abschiedsfeiern statt.²²⁵ Ein großes Problem für die Stadt waren die häufigen Einquartierungen »auf Kost und Liegerstatt«, wobei es zeitweise vorkam, daß 800 bis 1000 Mann einberufenes Militär in Bürgerquartieren untergebracht und verköstigt werden mußten.²²⁶

Bei allem Ernst der Stunde hatte man in jenen Tagen aber auch häufig Gelegenheit, Vorstellungen im königlichen Schloßtheater, »musikalische Unterhaltungen« aller Art, beispielsweise im Geisheimerschen und »im Saale des Pommer'schen Gartens«, oder mitunter auch eine »Große Kunst-Ausstellung in der grünen Bude in der Allee, dem Mezger'schen Bierhause gegenüber«, zu besuchen. Wenigstens für einige Stunden ließ sich so der Alltag vergessen. Das Angebot in Ludwigsburg war durchaus beachtlich.²²⁷ Zum Alltag gehörten damals aber auch schon überhandnehmender »Hausbettel« oder zahlreiche Diebstähle; sogar falsche Kronentaler wurden in der Stadt in Umlauf gesetzt.²²⁸

Erneut bewegten Zeiten entgegen

Auf Anregung der hiesigen Bürgerwehroffiziere fand am Morgen des 2. Februar 1849 eine Feier zur Einführung der in Frankfurt beschlossenen Grundrechte statt. Nach einem feierlichen Gottesdienst in der Stadtkirche, an dem die beiden hiesigen Kreiskollegien, die Bezirksbeamten, der Stadtrat und der Bürgerausschuß, die Offiziere der Bürgerwehr sowie eine Anzahl Bürgerwehrmänner teilnahmen, stellten sich die sechs Kompanien der Bürgerwehr auf dem Marktplatz in einem offenen Viereck um eine Tribüne auf, von der Rektor Deffner nach einer eindrucksvollen Rede die Grundrechte verkündete. Die Feier »endete mit einem ›Hoch‹ auf ein starkes und einiges Deutschland«, in das die Bürgerwehr und die versammelte Menge lebhaft einstimmten. Am Nachmittag gab es noch ein Scheibenschießen der Bürgerwehr und am Abend einen festlichen Bürgerwehrball im großen Waldhornsaal. Die damals verkündeten Grundrechte beinhalteten vor allem die Freiheit der Person, der Berufsausübung und des Wohnsitzes, die Aufhebung aller Grundlasten, den Schutz gegen willkürliche Verhaftung, die Freiheit der Presse, der Wissenschaft und ihrer Lehre, des Religionsbekenntnisses sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit.²²⁹

Am 28. März 1849 beschloß die Frankfurter Nationalversammlung die Reichsverfassung. Gleichzeitig wurde König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen von der Nationalversammlung zum erblichen Kaiser der Deutschen gewählt. Der Monarch lehnte die Krone aber ab, weil sie aus den Händen des Volkes kam.²³⁰

In Württemberg hatte mittlerweile die politische Entwicklung im Lande zu einem krassen Gegensatz zwischen dem König und seinem Ministerium geführt, wollte dieses doch, zusammen mit der Kammer, den Monarchen unter Druck setzen, die in Frankfurt verabschiedete neue deutsche Reichsverfassung und den

König von Preußen als Oberhaupt des Deutschen Reiches anzuerkennen. Um diesem Zwang zu entgehen, verließ Wilhelm I. in der Nacht vom 22. auf 23. April seine Residenz in Stuttgart und traf in aller Frühe in Ludwigsburg ein, wo er im Residenzschloß den östlichen Flügel des Neuen Corps de Logis bezog. Die königliche Familie folgte ihm im Laufe des späten Vormittags. Die zahlreichen Bagagewagen, die ebenfalls eintrafen, deuteten auf einen längeren Aufenthalt des Hofes



König Wilhelm I. von Württemberg

hin. Das königliche Geheime Kabinett und ein Teil des Hofstaates befanden sich bereits hier. »Jubelnd würde Ludwigsburg ein Ereignis begrüßen«, so das Tagblatt damals, »welches nach 33 Jahren, seit dem Tode König Friedrichs, das erstmal wieder das Königliche Residenzschloß seinem eigentlichen Zwecke nach als solches belebt; aber Ludwigsburg betrauert tief, daß der furchtbare Ernst des Augenblicks, schwer wie ein Alp auf uns liegend, einen solchen Jubel nicht aufkommen lassen will.«²³¹

Die beiden Ludwigsburger bürgerlichen Kollegien hatten bereits mit Datum

vom 21. April eine Adresse an den König mit der Bitte »um unbedingte Anerkennung der Reichs-Verfassung und Beibehaltung des gegenwärtigen Ministeriums« geschickt.²³² Eine weitere Adresse mit folgendem Wortlaut war an die Ständekammer gerichtet: »Hohe Stände-Kammer! In Augenblicken von so großer politischer Bedeutung, wie sie gegenwärtig vor uns liegen, muß es den Vertretern des Volkes von Wichtigkeit seyn, die öffentliche Stimmung in Bezug auf ihr Wirken zu vernehmen, um ihre eigene Kraft auf die des Volkes stützen zu können. Die bürgerlichen Collegien Ludwigsburgs haben daher in heutiger gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, einer hohen Kammer ihre Übereinstimmung und ihren Dank für Hoch-Deren Festhalten an der Reichs-Verfassung hiemit auszudrücken. Ehrerbietigst etc. etc. Stadtrath und Bürger-Ausschuß.«²³³ Vorausgegangen war eine »allgemeine Volks-Versammlung« auf dem Platz vor dem Rathaus, um die öffentliche

Allgemeine Volks - Versammlung.

Die Hindernisse, welche sich der von dem deutschen Volke gewählten National-Versammlung in Durchführung der von ihr entworfenen Reichs-Verfassung entgegenstellen, machen es nothwendig, ihr Bestreben durch die moralische Macht des öffentlichen Willens zu kräftigen. Die hiesigen bürgerlichen Collegien haben daher in Erwägung der Dringlichkeit dieser Sache sich entschlossen, auch hier die öffentliche Meinung zu befragen, um bei wohl nicht zu bezweifelnder Zustimmung zunächst unser Ministerium in seiner ausgesprochenen Absicht, sich dem Willen der National-Versammlung zu unterwerfen, durch eine anerkennende Adresse auch von unserer Seite zu unterstützen.

Zur Erreichung dieses Zweckes wurde in einer heutigen gemeinschaftlichen Sitzung beider Collegien eine Commission, zu welcher auch zwei Mitglieder des Volks-Vereins beigezogen wurden, ernannt, um die erforderlichen Schritte einzuleiten. Dieselbe vereinigte sich auch sogleich dahin, eine

allgemeine Volks - Versammlung

auszuschreiben, um in derselben die öffentliche Meinung zu erforschen und Beschlüsse zu fassen.

Es werden daher alle Diejenigen, welche sich für diese deutsche Angelegenheit interessieren, eingeladen, sich **heute Vormittag, 11 Uhr auf dem Platze vor dem hiesigen Rathhause** einzufinden.
Die Commission.

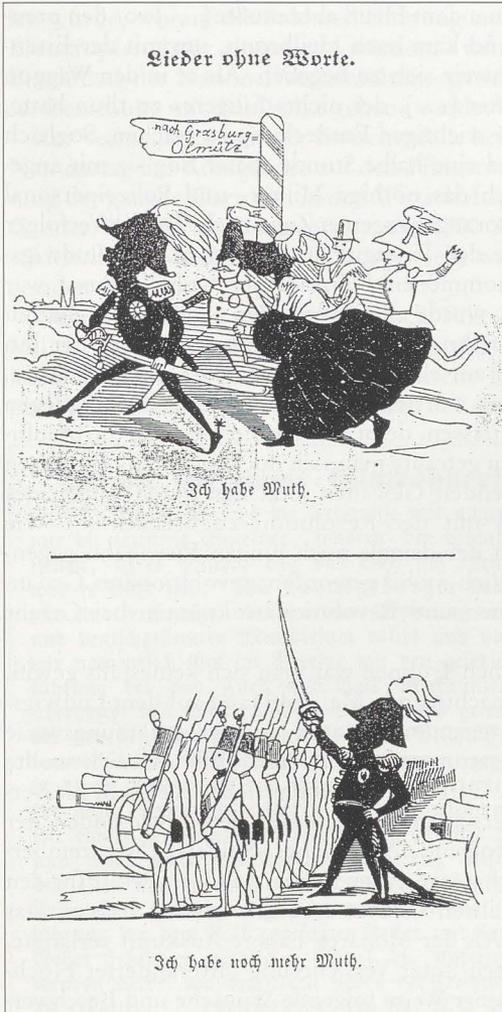
Ludwigsburger Tagblatt vom 20. April 1849

Meinung in dieser so wichtigen Frage zu ergründen. Erschienen waren ungefähr 500 Teilnehmer, die, wie das Tagblatt hierzu ausdrücklich vermerkte, alle dem »Bürgerstande« angehörten und einhellig den Wunsch nach Anerkennung der Reichsverfassung begrüßten. Mit banger Sorge betrachteten die Bürger aber die zögerliche Haltung des Königs in dieser Frage.²³⁴ Einige Tage später sprach sich auch die auf dem Marktplatz angetretene Bürgerwehr einmütig dafür aus, die Reichsverfassung anzuerkennen.

Am 24. April kam das gesamte Ministerium nach Ludwigsburg, um vom König die Annahme der Reichsverfassung zu verlangen. Die Minister und sonstige Beamte versammelten sich im »Gasthof zum Waldhorn«. Von dort aus begaben sie sich am frühen Nachmittag zum König ins Schloß. In den Sälen des »Waldhorns« herrschte mittlerweile die »aufgeregteste Spannung«. Die Fenster waren dicht besetzt. Mit klopfendem Herzen erwartete man die Rückkehr der Minister. Ungefähr nach einer Stunde war es soweit und wenig später hörte man aus dem Munde von Staatsrat Römer: »Es ist alles in Ordnung; die Differenz ist gehoben und die Minister eilen, der Kammer diese Nachricht zu überbringen.« Gegen vier Uhr

nachmittags reisten die Minister dann wieder nach Stuttgart zurück. Überall war man erleichtert. Der eine rief es dem anderen zu: »Gott sey Dank, der Alp ist von uns genommen und so rufen wir aus vollem Herzen: ›Gott segne den König.‹«²³⁵

König Wilhelm fügte sich der Gewalt der Umstände und unterzeichnete schließlich am 25. April 1849 ein entsprechendes Schriftstück, mit dem er die Reichsverfassung notgedrungen billigte, glaubte er doch, nur so den Ausbruch einer Volks- erhebung in Württemberg ver- hindern zu können.²³⁶ Er war der einzige deutsche König, der die Reichsverfassung anerkannte.²³⁷



»Eulenspiegel« vom 28. April 1849.
Die Karikatur spielt auf die Flucht
Kaiser Ferdinands I. von Wien nach Olmütz
bzw. König Wilhelms I. von
Stuttgart nach Ludwigsburg (»Grasburg«) an

Im Nachbarland Baden war die Situation indes viel schlimmer. Im Frühjahr 1849 brachen dort erneut Unruhen aus, als deutlich wurde, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht entschieden genug für die Revolution eintrat.²³⁸ Wegen der revolutionären Ereignisse waren der Großherzog und die meisten seiner Offiziere gezwungen, das Land zu verlassen. Auf ihrer Flucht kamen badische Offiziere auch nach Ludwigsburg. So der hier mit sichtbaren Spuren einer eiligen Flucht am 17. Mai 1849 eingetroffene badische Kriegsminister General Friedrich Hoffmann, übrigens ein gebürtiger Ludwigsburger, der sich in Begleitung mehrerer Offiziere befand und im »Gasthof zum Waldhorn« abstieg. Von ihnen erfuhr man, daß sie, von badischen Freischaren verfolgt, verloren gewesen wären, wenn ihnen an der württembergischen Grenze nicht die Heilbronner Bürgerwehr zu Hilfe gekommen wäre; außerdem klagten sie über die trostlosen Zustände und die Zuchtlosigkeit in ihrem Land.²³⁹ Die badischen Offiziere hielten sich bis Ende des Monats in Ludwigsburg auf und reisten dann über Würzburg weiter nach Frankfurt.²⁴⁰

Die Ironie des Schicksals wollte es, daß einige Wochen danach einer der Anführer gerade dieser Freischaren, der Neckarschiffer Friedrich Heuss aus Haßmersheim, später unter dem Namen »Neckarnapoleon« bekannt, auf der Fahrt von Heilbronn nach Stuttgart im Ludwigsburger Bahnhof festgenommen wurde.²⁴¹ Wilhelm Binder, Redakteur der Heilbronner Zeitung »Neckardampfschiff«, der u. a. wegen Beleidigung und Ehrkränkung mit Unterbrechungen von 1849 bis 1851 auf dem Hohenasperg inhaftiert war, schildert in seinen 1868 erschienenen Erinnerungen diesen Vorfall: »Commandant Heuß aber mußte [...] vor den preußischen Standrechtskugeln fliehen und kam nach Heilbronn, um mit der Eisenbahn über Friedrichshafen in die Schweiz sich zu begeben. Als er in den Waggon stieg, erblickte ihn ein alter Bekannter [...], der nichts Eiligeres zu thun hatte, als dem Oberamt Anzeige von seiner wichtigen Entdeckung zu machen. Sogleich wurde eine Lokomotive geheizt, und eine halbe Stunde später flog sie mit angehängtem Personenwagen, worin sich das nöthige Militär- und Polizeipersonal befand, zum Bahnhof hinaus, dem vorangegangenen Zuge nach. Da die Verfolger nirgends anhielten, so erreichten sie den Passagierzug auf der Station Ludwigsburg, und Heuß, der dem mitgenommenen Polizeidiener wohl bekannt war und gerade zum Fenster hinaus sah, wurde eingeladen, den allgemeinen Zug zu verlassen und sich in den eigens für ihn gesandten Waggon zu setzen, der ihn wieder nach Heilbronn zurück und auf einige Wochen in die Kaserne brachte. Da man ihm lediglich keine Verletzung württembergischer Gesetze zur Last legen konnte, so mußte man ihn wieder entlassen, denn eine Auslieferung an die preußische Standgerichtsherrschaft in Baden getraute man sich doch nicht aufs Gewissen zu laden. Hatten doch die herrschenden Gewalten jetzt den guten Willen des Märzministeriums gesehen, überall mit der Revolution zu brechen.«²⁴² Wie man daran auch sieht, war man mit der damals noch jungen Eisenbahn gegenüber früheren Zeiten nunmehr ziemlich mobil geworden; revolutionäres Gedankengut ließ sich jetzt rasch verbreiten und Revolutionäre konnten bei Gefahr schnell fliehen.

Der Loyalität der württembergischen Truppen war man sich keinesfalls gewiß, was folgende Begebenheit deutlich macht: Ende Mai 1849 fand auf dem Ludwigsburger Exerzierplatz eine Soldatenversammlung statt, an der schätzungsweise 1600 Soldaten aller hiesigen Waffengattungen teilnahmen. Offensichtlich wollte man dienstliche Belange besprechen. Offiziere bemühten sich vergeblich, die Versammlung aufzulösen. Schließlich erschien mitten unter den Anwesenden der König zu Pferde und hielt ungefähr folgende Ansprache: »Soldaten, Württemberger, was thut Ihr hier? Wollt Ihr Euch gegen euren König empören, wollt Ihr den Soldaten in Baden nachahmen, die ihren Fürsten treulos verlassen haben? Das könnt, das werdet Ihr nicht thun!« Als der Monarch nähere Auskunft verlangte, traten zwei Soldaten vor und brachten unter Versicherung unveränderter Hochachtung und Hingebung in bescheidener Weise folgende Wünsche und Beschwerden vor: »Die öfteren Einberufungen verursachten den Beurlaubten unerschwingliche Geldopfer und Zeitverlust; das Exerzieren komme bei schon länger gedienten Leuten zu häufig vor; bei Ausmärschen möchte der Mannschaft der Grund mitgetheilt werden; seyen sie auch weit entfernt, sich die Vorgänge im badischen Militär zur Richtschnur zu nehmen, so seyen sie doch auch nicht gemeint, sich gegen ihre Mitbürger oder ein Volk verwenden zu lassen, welches die Reichsverfassung anerkannt habe und solche durchführen wolle.« Der König soll erwidert

haben: »Er habe die Reichsverfassung anerkannt und werde sie auch halten, es freue ihn, ihre Gesinnung kennengelernt zu haben.« Erwähnenswert ist auch, »daß eine ungetheilte feindselige Stimmung sich gegen Preußen in der Versammlung aussprach«. Danach löste sich diese Soldatenzusammenkunft ohne weitere Vorkommnisse auf. Am selben Tag mußte das 1. Infanterie-Regiment vor dem König ausrücken. Dabei soll er die Soldaten gefragt haben, ob er sich auf ihre Treue und Hingebung verlassen könne, wenn er sich an die Spitze des Heeres stellen würde, worauf die Soldaten einmütig antworteten, »daß alle mit dem letzten Blutropfen dafür einstehen« würden, »wenn es nicht gegen Verfassung und die Beschlüsse der National-Versammlung« gerichtet sei und wenn der König »in dieser Beziehung mit dem Volke gehen« werde.²⁴³

Zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle beim hiesigen Militär benutzte man den Namenstag des Königs, der auf den Pfingstmontag fiel, zu einer festlichen Bewirtung der ganzen Garnison in den Wirtschaftsgärten von Geisheimer, Pommer und Gruner.²⁴⁴ Insgesamt waren es rund 3200 Soldaten, die daran teilnahmen. Die städtischen Kollegien und die Bürgerwehr waren zu der Festlichkeit ebenfalls eingeladen worden.²⁴⁵

Dennoch gab es gelegentlich noch Fälle von Insubordination beim hiesigen Militär, weshalb Anfang Juni vorläufig das Standrecht verkündet wurde.²⁴⁶ Allmählich beruhigte sich aber die politische Lage wieder, so daß am 3. Juli 1849, nach über zweimonatigem Aufenthalt in Ludwigsburg, der König mit dem gesam-

An die Gesamt-Einwohnerschaft von Ludwigsburg.

In einer Zeit, wo die Ereignisse mit ungewöhnlicher Eile sich drängen, und nicht nur die Existenz Einzelner, sondern der Staaten und ihrer Verfassungen in Frage stellen, ist es Pflicht, daß das Volk sich offen darüber ausspricht, was es will und was es nicht will. Wir Ludwigsburger haben in großer Zahl längst erklärt, daß wir eine freisinnige, aber geordnete Regierung wollen, daß wir unserem volksthümlichen und deutschgesinnten Ministerium volles und unbedingtes Vertrauen schenken, und daß wir namentlich ihm im Vereine mit den gesetzlichen Vertretern des Landes die Durchführung der von Fürst und Volk anerkannten deutschen Reichs-Verfassung, sowie überhaupt das Wohl unseres Vaterlandes getrost in die Hände legen. Im Angesicht der neuesten Erlebnisse, namentlich der Beschlüsse der Reutlinger Versammlung und der vielseitigen Mißtrauens-Rundgebungen gegen die Männer unsers Vertrauens, in deren Entfernung von ihren Posten wir unter den jetzigen Umständen ein Unglück für unser Vaterland erblicken würden, erklären wir hiemit auf's Entschiedenste: daß wir einem gewaltsamen Versuche zum Sturze des Ministeriums und der Volkskammer und somit einer gewaltsamen Aenderung unserer staatlichen Verhältnisse überhaupt mit allen uns zu Gebot stehenden Kräften entgegentreten werden; daß wir aber auch unsererseits von der Regierung erwarten, daß sie durch raschere und kräftigere Durchführung der dem Volk zugesagten Rechte und Freiheiten, so wie durch alle, ihr sonst zu Gebot stehenden gesetzlichen Mittel die unserem Vaterlande drohenden Gefahren abwenden werde, um demselben neben der Freiheit die so nothwendige Ruhe und Ordnung zu erhalten. Ludwigsburg, den 31. Mai 1849.

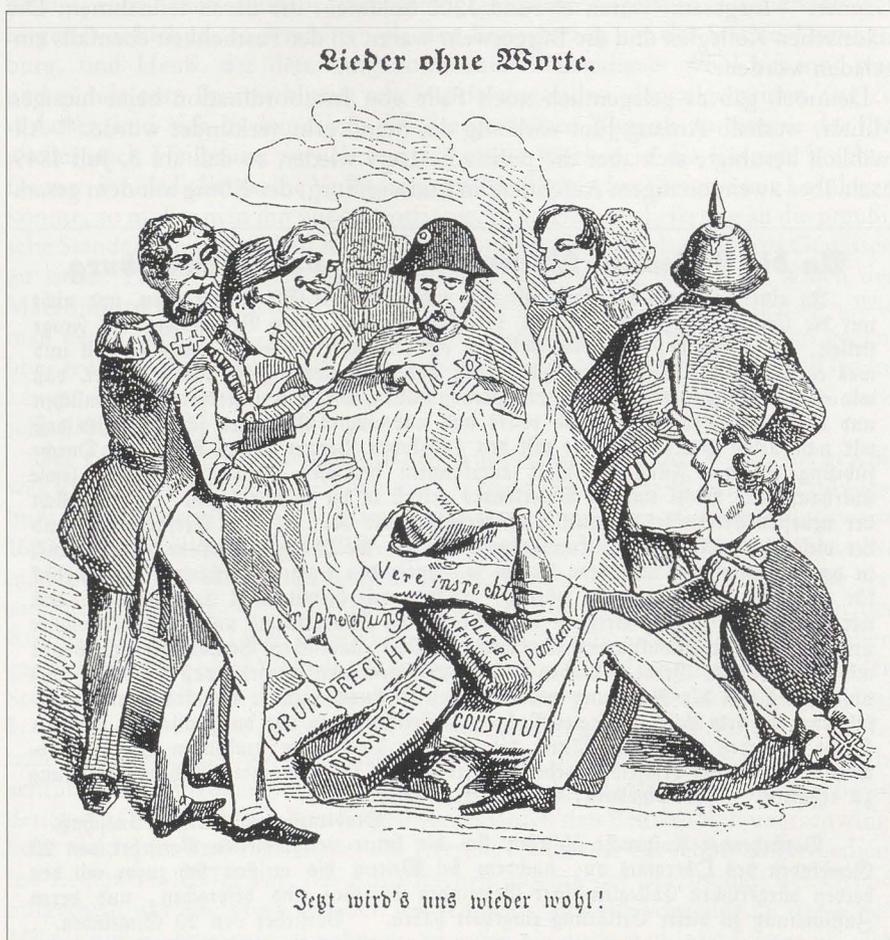
Stadtrath und Bürger-Ausschuß.

Vorstehender Ansprache schließen sich die heute versammelten Vorsteher von 20 Gemeinden des Oberamts an, nachdem bei Weitem die meisten sich zuvor mit den beiden bürgerlichen Collegien ihrer Gemeinden berathen und besprochen, und deren Zustimmung zu dieser Erklärung eingeholt haben. Vorsteher von 20 Gemeinden.

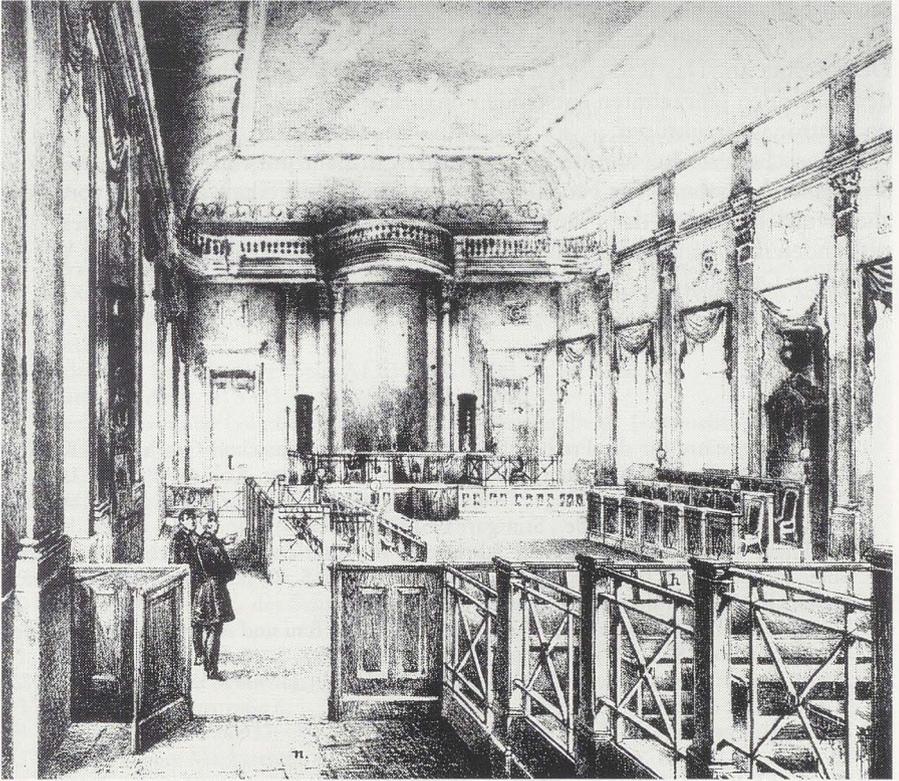
ten Hofstaat nach Stuttgart zurückkehrte.²⁴⁷ Dem Vernehmen nach war die Königin schon einige Wochen zuvor nach Kissingen abgereist.²⁴⁸

Enttäuschte Hoffnungen

Als König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die deutsche Kaiserkrone ablehnte, war die Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Die zu ihrem Fortbestand in Sachsen, der Pfalz und in Baden ausgebrochenen Aufstände wurden blutig niedergeschlagen. Anfang Juni 1849 gehörten der Nationalversammlung nur noch 104 Abgeordnete (von 586) an.²⁴⁹ Da die Sicherheit für dieses sogenannte Rumpfparlament, in dem nur noch die radikalen Linken vertreten waren, in Frankfurt nicht mehr gewährleistet war, verlegte man es kurzerhand nach Stuttgart. Als man dann von hier aus alle Deutschen zum Kampf für die Reichsverfassung und



»Eulenspiegel«, Ende 1849



*Der Sitzungsaal des Schwurgerichts im Ludwigsburger Residenzschloß (Ordenssaal).
Lithographie um 1850*

zur Steuerverweigerung aufrief, wurde das Rumpfparlament am 18. Juni durch württembergisches Militär auseinandergejagt, was das Ende seiner Tätigkeit bedeutete.²⁵⁰

In Ludwigsburg hielt die Erinnerung an die Revolutionswirren der Jahre 1848/49 noch einige Zeit an, mußten sich doch nunmehr zahlreiche Menschen, die sich an liberalen Bewegungen beteiligt hatten, vor den noch im Jahre 1849 eingerichteten Schwurgerichtshöfen verantworten. Besonders tragisch war dabei, daß gerade vor diesen infolge der »Märzforderungen« geschaffenen Gerichten diejenigen Personen abgeurteilt wurden, die sich seinerzeit vehement für deren Schaffung stark gemacht hatten. Auch in Ludwigsburg gab es einen solchen Gerichtshof. Seine Urteilsitzungen fanden im Ordenssaal des Residenzschlosses statt.²⁵¹

Die angestrebte freiheitliche staatliche Ordnung von unten und ein einheitlicher Nationalstaat ließen sich in Deutschland vor 150 Jahren nicht verwirklichen. Die Freiheitsbewegungen scheiterten im wesentlichen an der Macht der Monarchien. Die meisten demokratischen Errungenschaften jener Tage wurden in den folgenden Jahren nach und nach wieder beseitigt.

Das biedermeierlich-beschauliche Leben war mit dem »tollen Jahr« 1848 nicht

nur in Ludwigsburg zu Ende gegangen. Zwar folgten nun in ganz Deutschland Jahre der Reaktion, doch hielt der Drang der Menschen nach Freiheit und Demokratie an. Das Rad der Geschichte ließ sich nicht mehr zurückdrehen. In den folgenden Jahrzehnten entstanden unaufhaltsam neue soziale, wirtschaftliche und nationale Strukturen.

Die gescheiterte Revolution von 1848/49 war nicht umsonst, blieben doch die errungene Aufhebung der Feudalrechte und die Pressefreiheit erhalten, vor allem aber wurden die von der Frankfurter Nationalversammlung im Dezember 1848 verkündeten »Grundrechte« zum Vorbild für die späteren demokratischen Verfassungen in Deutschland.²⁵²

Anmerkungen

- 1 Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung. Bundesarchiv Außenstelle Rastatt, Koblenz 1974, S. 15 ff.
- 2 Ebd. S. 32, 43; Alfred Dehlinger: Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute, 2 Bde., Stuttgart 1951/53, § 63.
- 3 Dehlinger § 61; Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie (WJb) 1847, Heft 1, S. 89 ff.; Ernst Müller: Kleine Geschichte Württembergs, Stuttgart 1949, S. 132.
- 4 Hans Maier: Die Hochverratsprozesse gegen Gottlieb Rau und August Becher nach der Revolution von 1848 in Württemberg, Pfaffenweiler 1992, S. 10 ff.
- 5 Heinz Karpf: Geschichte in Stichworten IV, Neuzeit (1790–1850), Lengerich 1970, S. 63; Müller (wie Anm. 3) S. 132.
- 6 Ludwigsburger Tagblatt (LT) 28. April 1847, S. 4.
- 7 LT 27. April 1847, S. 4; 16. Mai 1847, S. 8.
- 8 LT 27. Juli 1847, S. 4.
- 9 LT 5. Mai 1847, S. 1.
- 10 LT 6. Mai 1847, S. 3.
- 11 LT 4. Februar 1847, S. 3.
- 12 LT 25. Februar 1847, S. 1.
- 13 LT 8. Mai 1847, S. 1.
- 14 LT 12. Mai 1847, S. 4; 5. Juni 1847, S. 3. – Das Ludwigsburger Tagblatt wird im folgenden Text als Tagblatt bezeichnet.
- 15 LT 6. Mai 1847, S. 3.
- 16 LT 11. Mai 1847, S. 4.
- 17 LT 3. August 1847, S. 4.
- 18 Gedr. Kirchenregister der Stadt Ludwigsburg 1849; LT 11. Januar 1848, S. 4.
- 19 Heinrich Gaese: Ludwigsburger Affären und Prozesse im deutschen Vormärz, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 23, 1971, S. 68–83, hier S. 69. – Angeregt vor allem durch die französische Julirevolution von 1830 machten sich auch in Deutschland bestimmte demokratische Kreise dafür stark, die deutschen Bundesstaaten zu einer Republik zu vereinen. In diesem Zusammenhang stand auch die »Ludwigsburger Militärverschwörung« in den Jahren 1831 bis 1833, die von Oberleutnant Ernst Louis Koseritz vom 6. Infanterie-Regiment angeführt wurde. Jedoch: Als in Ludwigsburg die Nachricht vom Mißlingen des »Frankfurter Hauptwachensturms« eintraf, war der geplante Aufstand fehlgeschlagen.
- 20 Maier (wie Anm. 4) S. 15.
- 21 Julius Haußmann (geb. Ludwigsburg 1816, gest. Stuttgart 1889), schon früh ein Repräsentant der liberal-demokratischen Führungsschicht in Württemberg. Besondere politische Aktivitäten 1848/49 als Organisator der demokratischen Volksvereine in Württemberg. Entschiedener Republikaner. 1849 Flucht in die Schweiz. Nach Rückkehr Verur-

- teilung zu 2 $\frac{1}{2}$ Jahren Festungshaft. Seit 1864 maßgeblich am Aufbau der Deutschen Volkspartei in Württemberg und Süddeutschland beteiligt. – Friedrich Notter (geb. Ludwigsburg 1801, gest. Stuttgart 1884), Dichter, Schriftsteller. 1848/49 Mitglied des Landtags. 1850 Mitglied der 3. Landesversammlung. 1851–1855 Mitglied des Landtags (alles Leonberg). 1871–1873 Mitglied des Reichstags (Nat. Lib.). – Friedrich Theodor Vischer (geb. Ludwigsburg 1807, gest. Gmunden, Österreich, 1887), Ästhetiker und Dichter. Professor in Zürich, Tübingen und Stuttgart. 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (Fraktion »Westendhall«). – Adolph Schoder (geb. Stuttgart 1817, gest. Stuttgart 1852), Jurist. Seit 1845 Regierungsrat im Innenministerium Schlayers. 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, Gründer der Fraktion »Westendhall«. 1848/49 und 1851/52 Mitglied des Landtags, Vizepräsident des Stuttgarter Rumpfparlaments, Präsident der drei Landesversammlungen. Nach dem Scheitern der Revolution vertrat er als Rechtsanwalt angeklagte Revolutionäre vor Gericht (u. a. Gottlieb Rau).
- 22 Stadtarchiv Ludwigsburg (StadtALB) V3/XIV Bd. 3, Bl. 236r.
23 Maier (wie Anm. 4) S. 15.
24 Eberhard Gönner/Günther Haselier: Baden-Württemberg. Geschichte seiner Länder und Territorien, Würzburg 1975, S. 89.
25 LT 3. März 1848, S. 3.
26 WJb 1848, Heft 1, S. 2 ff.
27 Ebd. S. 6 ff.; Dehlinger (wie Anm. 2) § 63.
28 LT 5. März 1848, S. 3.
29 StadtALB L 2 Bü 55; LT 5. März 1848, S. 3.
30 Schwäbische Kronik, des Schwäbischen Merkurs zweite Abteilung (Kronik), 14. März 1848, S. 326.
31 LT 10. März 1848, S. 1.
32 Gönner/Haselier (wie Anm. 24) S. 90.
33 Heutige Schützenstraße 6.
34 Heutige Schloßstraße 33.
35 Heutige Obere Marktstraße 4.
36 LT 11. Februar 1848, S. 3; 1. März 1848, S. 2; 23. März 1848, S. 3.
37 LT 3. Februar 1848, S. 3.
38 LT 9. Februar 1848, S. 3; 16. Februar 1848, S. 3; 17. Februar 1848, S. 4; 18. Februar 1848, S. 3 f.; 26. Februar 1848, S. 4.
39 LT 7. März 1848, S. 3.
40 LT 11. März 1848, S. 3.
41 LT 12. März 1848, S. 3.
42 LT 15. März 1848, S. 4; 16. März 1848, S. 3.
43 LT 19. März 1848, S. 3.
44 LT 4. April 1848, Beilage (LTB), S. 1.
45 Adolf Wetzel: Ludwigsburg als Garnisonstadt (Handschrift, um 1900, im StadtALB V 3/XXIII Nr. 1).
46 Ebd.
47 LT 19. März 1848, S. 3.
48 LT 21. März 1848, S. 7.
49 LT 21. März 1848, S. 3.
50 LT 6. Januar 1848, S. 3; 9. Januar 1848, S. 3; 18. Februar 1848, S. 3. – Das Wirtshaus »Zur Krone« befand sich im Gebäude Kronenstraße 2.
51 LT 6. Januar 1848, S. 3.
52 LT 16. Januar 1848, S. 4.
53 LT 11. Juli 1848, S. 3.
54 LT 12. Juli 1848, S. 3.
55 LT 16. Juli 1848, S. 3.
56 LT 20. April 1848, S. 4; 5. Juni 1849, S. 2.
57 LT 3. Mai 1848, S. 4.
58 Wetzel (wie Anm. 45); WJb 1849, Heft 1, S. 9 f.; LT 26. März 1848, S. 3.

- 59 LTB 2. April 1848, S. 1.
- 60 Wetzel (wie Anm. 45); Ferdinand Fromm: Geschichte des Infanterie-Regiments König Wilhelm I. (6. Württ.) Nr. 124, Ravensburg 1910, S. 125 ff.
- 61 Wetzel (wie Anm. 45).
- 62 LT 28. März 1848, S. 4.
- 63 LT 26. April 1848, S. 3.
- 64 LTB 1. April 1848, S. 1.
- 65 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) F 181 I Bü 134 f.
- 66 StAL E 173 III Bü 1079; LT 26. März 1848, S. 3.
- 67 LT 29. März 1848, S. 3.
- 68 LTB 2. April 1848, S. 1.
- 69 Hans Reckendorf: Die Württembergischen Handwaffen 1806–1870 (Wehrtechnik und wissenschaftliche Waffenkunde Bd. 9), Herford 1993, S. 153.
- 70 LT 12. April 1848, S. 4; 13. April 1848, S. 3.
- 71 LT 7. April 1848, S. 4; 16. April 1848, S. 7.
- 72 LT 14. April 1848, S. 3; 16. April 1848, S. 7; 1. Juni 1848, S. 3.
- 73 LT 4. Juli 1848, S. 4.
- 74 LT 13. April 1848, S. 1; Reckendorf (wie Anm. 69) S. 153.
- 75 Reckendorf (wie Anm. 69) S. 153.
- 76 Paul Sauer: Zur Geschichte der Volksbewaffnung in Württemberg, insbesondere während der Revolution von 1848/49, in: Protokoll des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine 53, 1979, S. 15 f.
- 77 Reckendorf (wie Anm. 69) S. 153.
- 78 Albert Pfister: Denkwürdigkeiten aus der württembergischen Kriegsgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts im Anschluß an die Geschichte des 8. Infanterie-Regiments, Stuttgart 1868, S. 451.
- 79 LT 23. April 1848, S. 1.
- 80 LT 23. Mai 1848, S. 3.
- 81 LT 19. Juli 1848, S. 1.
- 82 Johann Georg Beßler: Ludwigsburg anno 1848, in: Literarische Beilage des Staats-Anzeigers für Württemberg 1898, S. 77.
- 83 LT 19. September 1848, S. 3.
- 84 LT 25. April 1849, S. 2.
- 85 StadtALB L 185 Bd. 156, Bl. 2r.
- 86 StadtALB L 185 Bd. 156, Bl. 2v, 4v; LT 13. Mai 1848, S. 4.
- 87 LT 2. September 1848, S. 3.
- 88 LT 30. Januar 1849, S. 2; 27. April 1849, S. 2.
- 89 StadtALB L 2 Bü 158.
- 90 LT 2. September 1848, S. 3; LTB 5. September 1848, S. 1 f.
- 91 LTB 5. September 1848, S. 1.
- 92 LT 16. Juni 1848, S. 1.
- 93 LT 27. August 1848, S. 3.
- 94 Zum Beispiel LT 3. Juni 1848, S. 3.
- 95 LT 1. Juli 1848, S. 2.
- 96 LT 17. Juni 1848, S. 3.
- 97 LT 16. April 1848, S. 4.
- 98 LT 30. Mai 1848, S. 3; 2. September 1848, S. 3.
- 99 LT 3. Juni 1848, S. 3.
- 100 LT 10. September 1848, S. 3.
- 101 LT 7. Juni 1848, S. 1.
- 102 LTB 2. April 1848, S. 1.
- 103 Ebd.
- 104 LT 23. August 1848, S. 3; 20. September 1848, S. 2 f.
- 105 LT 23. September 1848, S. 3.
- 106 LT 15. April 1848, S. 4.

- 107 LT 18. April 1848, S. 4; für das Folgende auch: StAL E 173 III Bü 1079.
- 108 StAL F 181 I Bü 139; StadtALB V 3/XII Bü 12; LT 15. April 1848, S. 4; 20. Mai 1848, S. 4; 23. Mai 1848, S. 2 f.; Regierungs-Blatt für das Königreich Württemberg 11. April 1848, S. 131.
- 109 LT 1. September 1848, S. 2 f.
- 110 Beßler (wie Anm. 82) S. 78 f.
- 111 Ebd. S. 80.
- 112 LT 1. Januar 1850, S. 4.
- 113 Reckendorf (wie Anm. 69) S. 156.
- 114 Dehlinger (wie Anm. 2) § 336.
- 115 StadtALB L 2 Bü 158; L 150 Bd. 67, Bl. 30 f.
- 116 Erinnerungsstätte (wie Anm. 1) S. 35.
- 117 WJb 1848, Heft 1, S. 10 ff.
- 118 LT 5. April 1848, S. 1.
- 119 Wie Anm. 35.
- 120 LTB 4. April 1848, S. 1; LT 7. April 1848, S. 3.
- 121 Adolf Hausrath: David Friedrich Strauß und die Theologie seiner Zeit, Teil 2, Heidelberg 1878, S. 113. – Theodor Heuss schrieb in seinem 1948 erschienenen Buch »1848. Werk und Erbe« über Strauß' »Leben Jesu«: »Im religiösen Raum hatte [...] David Friedrich Strauß durch sein »Leben Jesu« größte Unruhe hervorgerufen, indem er die Unbefangenheit weltlicher Betrachtung auch auf die christliche Heilsgeschichte lenkte, nicht mit der philologischen Exaktheit der Quellenforschung, wie sie zwei Generationen später sich durchgesetzt hatte, sondern auch spekulativ, indem er den Begriff der Mythenbildung in die Evangelienkritik einführte. Die Reaktion der Zeit war außerordentlich. Man sah Dämme eingerissen. Und viele, viele, zunächst erschreckt, freuten sich, daß der Strom des freien Denkens nun ungehindert seinen Weg bahnen könne.«
- 122 StAL E 173 I Bü 727; Hausrath (wie Anm. 121) S. 113.
- 123 LTB 14. April 1848, S. 1; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 146/2 Bü 1959.
- 124 StAL E 173 I Bü 727; LTB 15. August 1848, S. 1. – Friedrich August Deffner (geb. Markgröningen 1805, gest. Ludwigsburg 1866), 1842–1864 Rektor des Ludwigsburger Lyzeums, Vorsitzender des »vaterländischen Vereins« in Ludwigsburg.
- 125 Hausrath (wie Anm. 121) S. 113. – Karl Joseph Mayer (geb. Göppingen 1801, gest. Pflugfelden 1867), 1832–1867 Pfarrer in Pflugfelden, seit Juli 1848 Mitglied des Landesausschusses der demokratischen Volksvereine in Württemberg.
- 126 LT 21. Juni 1848, S. 2 f.
- 127 LT 18. April 1848, S. 3; Hausrath (wie Anm. 121) S. 113.
- 128 Adolf Rapp: David Friedrich Strauß, der kritische Theologe, in: Schwäbische Lebensbilder 6, 1957, S. 286–324, hier S. 305; LT 20. April 1848, S. 1. – Der 6. Wahlbezirk des Neckarkreises setzte sich zusammen aus dem Oberamt Ludwigsburg, dem Oberamt Marbach (mit Ausnahme der Gemeinden Auenstein, Gronau, Burgstall, Erbstetten und Nassach), den Gemeinden Mühlhausen, Hofen und Zazenhausen im Oberamt Cannstatt sowie den Gemeinden Münchingen und Schöckingen im Oberamt Leonberg.
- 129 StadtALB V 3/XII Bü 12; LT 19. April 1848, S. 3.
- 130 LT 22. April 1848, S. 3; Beßler (wie Anm. 82) S. 72 ff. – Christoph Hoffmann (geb. Leonberg 1815, gest. Jerusalem 1885), Sohn des Gründers der württembergischen Pietistengemeinde in Korntal. 1837–1853 Lehrer an der Wissenschaftlichen Bildungsanstalt auf dem Salon bei Ludwigsburg. 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung. 1856 Gründer der »Jerusalemsfreunde« auf dem Kirschenhardthof. 1868 ff. Gründung der schwäbischen Templerkolonien in Palästina (Haifa, Jaffa u. a.). – Karl Wilhelm Weigle (geb. Ludwigsburg 1788, gest. Talheim bei Trossingen 1884), Webereitechniker, Fabrikant in Hoheneck, führte die Jacquardweberei in Württemberg ein. 1849 als Ersatzmann von Christoph Hoffmann Mitglied der Nationalversammlung. 1850 Mitglied der 3. Landesversammlung (Ludwigsburg).
- 131 LTB 14. Mai 1848, S. 1.
- 132 LT 29. April 1848, S. 4; 5. Mai 1848, S. 3.

- 133 Hausrath (wie Anm. 121) S. 133; LTB 28. April 1848, S. 1. – Mit einer Katzenmusik, einer absichtlich mißtönenden und schrillen »Musik«, wurde eine mißliebige Person in Form eines »Ständchens« verspottet und verhöhnt, wobei mitunter auch Türen und Fenster eingeschlagen wurden. Es war eine Art »revolutionärer« Protest, der in den Jahren 1848/49 häufig praktiziert wurde.
- 134 LT 20. April 1848, S. 4; 21. April 1848, S. 3; 27. April 1848, S. 4.
- 135 LTB 28. April 1848, S. 1 f.; Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein: Rechenschafts-Bericht für die Zeit Herbst 1906 bis Herbst 1909, Stuttgart 1909, S. 41.
- 136 LT 27. April 1848, S. 4.
- 137 Der Beobachter. Ein Volks-Blatt aus Württemberg (Beobachter), 27. April 1848, S. 211.
- 138 Ebd.
- 139 LTB 26. April 1848, S. 1 f.; Kronik 26. April 1848, S. 580.
- 140 LTB 26. April 1848, S. 1f.
- 141 Ludwigsburger Zeitung 21. Mai 1910, Bl. 2, S. 1; Hie gut Württemberg (Beilage zur Ludwigsburger Kreiszeitung) 13, 1962, S. 50 f. – Abschrift des Briefes im Städtischen Museum Ludwigsburg.
- 142 Salonia (Schulzeitung der Wissenschaftlichen Bildungsanstalt auf dem Salon), 13. März 1870, S. 41.
- 143 Christian Belschner: Schwäbischer Geist. Eine Sammlung schwäbischer Anekdoten, Bd. 2, Ludwigsburg 1927, S. 80.
- 144 Salonia 13. März 1870, S. 41 f.; 20. März 1870, S. 45. – Die Wissenschaftliche Bildungsanstalt auf dem Salon der Gebrüder Paulus bestand von 1837 bis 1879. Danach kam das Anwesen durch Kauf in den Besitz der Ev. Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe (bis 1906 Kornwestheimer, seither Ludwigsburger Gemarkung). Von der Bildungsanstalt ist nur noch der Portikus, eine Stützmauer und die Treppe erhalten. Diese Gebäudeteile sind integriert in das heutige Alten- und Pflegeheim der Karlshöhe (Königinallee 2).
- 145 Hausrath (wie Anm. 121) S. 134; LT 27. April 1848, S. 4.
- 146 LTB 29. April 1848, S. 1; Hausrath (wie Anm. 121) S. 136. – Charivari (mittellat. chalaricum, carivarium) bedeutet soviel wie buntes Durcheinander, Straßenlärm, Katzenmusik u. ä.
- 147 Salonia 20. März 1870, S. 45; 27. März 1870, S. 49; 3. April 1870, S. 53.
- 148 LTB 29. April 1848, S. 1.
- 149 LTB 30. April 1848, S. 1 f.
- 150 LT 30. April 1848, S. 1 f.; Hausrath (wie Anm. 121) S. 134.
- 151 LT 27. April 1848, S. 1.
- 152 LTB 20. April 1848, S. 1 ff.; 21. April 1848, S. 1 f.; 26. April 1848, S. 1 ff.; LT 27. April 1848, S. 3.
- 153 LTB 23. April 1848, S. 1.
- 154 LT 30. April 1848, S. 4.
- 155 LT 2. Mai 1848, S. 4.
- 156 Rudolf Krauß: D. Fr. Strauß im Jahre 1848, in: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte NF 18, 1909, S. 161–172, hier S. 164.
- 157 LT 3. Mai 1848, S. 4.
- 158 LT 5. Mai 1848, S. 3 f.; LTB 14. Mai 1848, S. 1.
- 159 LT 6. Mai 1848, S. 3.
- 160 LT 12. Mai 1848, S. 4.
- 161 Dehlinger (wie Anm. 2) § 63.
- 162 Erinnerungsstätte (wie Anm. 1) S. 36.
- 163 LT 4. Mai 1848, S. 1 f.; 21. Mai 1848, S. 3.
- 164 LT 21. Mai 1848, S. 3.
- 165 LT 9. Mai 1848, S. 3.
- 166 LT 18. Mai 1848, S. 3.
- 167 LT 17. Mai 1848, S. 4.
- 168 LT 9. Mai 1848, S. 3. – Heinrich Christlieb (geb. Stuttgart 1797, gest. Ludwigsburg 1873) war seit 1844 Dekan und Stadtpfarrer in Ludwigsburg.
- 169 LTB 13. Mai 1848, S. 1 f.

- 170 Hausrath (wie Anm. 121) S. 143, 146; LT 25. Mai 1848, S. 3.
- 171 Rapp (wie Anm. 128) S. 306.
- 172 LT 18. November 1848, S. 3. – Robert Blum (geb. Köln 1807, gest. Wien 1848) war demokratischer Republikaner. Als es im Oktober 1848 zu blutigen Kämpfen in Wien kam, reiste er mit weiteren Frankfurter Abgeordneten dorthin, um den Aufständischen die Sympathien eines Teils der Parlamentarier zu bekunden. Nachdem aber die Kämpfe niedergeschlagen waren, folgten Standgerichte. Unter den Hingerichteten befand sich auch Blum.
- 173 LT 22. November 1848, S. 1.
- 174 Christian Belschner: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten. Von Walter Hudelmaier neu bearbeitete und bis zur Gegenwart erweiterte 3. Aufl., Ludwigsburg 1969, S. 384 f.
- 175 LT 22. Dezember 1848, S. 2; 27. Dezember 1848, S. 1 ff.; Hausrath (wie Anm. 121) S. 179.
- 176 Fritz Schlawe: David Friedrich Strauß. Eine kurze Lebensbeschreibung anhand von eigenen Äußerungen, Ludwigsburg o. J., S. 51.
- 177 LT 21. Januar 1849, S. 2.
- 178 Schlawe (wie Anm. 176) S. 48.
- 179 LT 30. März 1848, S. 1 f.; 11. Juli 1848, S. 1.
- 180 Wetzel (wie Anm. 45); LT 30. Mai 1848, S. 3. – Der frühere preußische Hauptmann Reinhard Schimmelpenning stammte aus Danzig und gehörte zu den Pariser Exildemokraten um den Dichter Georg Herwegh.
- 181 Wetzel (wie Anm. 45); LT 14. Juni 1848, S. 2; 15. Juni 1848, S. 3; 20. Juni 1848, S. 3.
- 182 LT 17. Juni 1848, S. 3. – Unter dem Druck der Ereignisse nahm der Deutsche Bund im März 1848 die bislang verbotenen Farben Schwarz-Rot-Gold als Bundesfarben an. Die Bundestruppen trugen nunmehr, zumeist aber nur bis 1851, die schwarz-rot-goldene Kokarde an der Kopfbedeckung. Ausgerechnet unter diesen Farben wurde dann die Revolution u. a. in Baden niedergeschlagen.
- 183 LT 24. Juni 1848, S. 4.
- 184 Die Alarmierung einer ruhenden Truppe auf einem vorher festgelegten Alarmplatz wurde durch bekannte Trompeten-, Horn- und Trommelsignale der Spielleute oder Trompeter ausgelöst. Bei den Fußtruppen hieß dieses Signal »Generalmarsch«.
- 185 LT 17. Juni 1848, S. 4; 18. Juni 1848, S. 3.
- 186 Beobachter 18. Juni 1848, S. 410.
- 187 Wilhelm Steinhilber: Die Heilbronner Bürgerwehren 1848 und 1849 und ihre Beteiligung an der badischen Revolution des Jahres 1849, Heilbronn 1959, S. 38.
- 188 LT 20. Juni 1848, S. 3; Wetzel (wie Anm. 45); Beobachter 21. Juni 1848, S. 422 f. – Die Talkaserne, im Volksmund auch Lochkaserne genannt, war die älteste Kaserne Ludwigsburgs. Sie wurde Mitte der 1960er Jahre abgebrochen.
- 189 Beobachter 23. Juni 1848, S. 431.
- 190 Pfister (wie Anm. 78) S. 457.
- 191 LT 23. Juni 1848, S. 3; für das Folgende, sofern nichts anderes angegeben: StAL: E 320 Bü 85; Paul Sauer: Das württembergische Heer in der Zeit des Deutschen und Norddeutschen Bundes, Stuttgart 1958, S. 120 f. – Moriz von Miller (geb. Stuttgart 1792, gest. Stuttgart 1866): Bereits mit 15 Jahren Leutnant. Teilnehmer der Feldzüge 1809, 1812, 1813, 1814 und 1815. 1848–1849 als Generalleutnant Kommandant der mobilen Truppen des 8. Bundesarmeekorps. Im Frühjahr 1849 Befehlshaber der württembergischen Truppen. 1850–1865 württembergischer Kriegsminister. 1865 Pensionierung als General der Infanterie. Begraben in Ludwigsburg (Alter Friedhof).
- 192 Die »Bierbrauerei zum Stern« befand sich in der heutigen Seestraße 9. Das Gebäude ist, vor allem im Erdgeschoß, völlig umgebaut.
- 193 Beobachter 24. Juni 1848, S. 435 f.; Pfister (wie Anm. 78) S. 458. – Der ehemalige Kleine Exerzierplatz an der Stuttgarter Straße ist jetzt überbaut (u. a. Forum am Schloßpark, Arbeits- und Finanzamt, ehemaliges Proviantamt). Bei der Kaserne handelt es sich um die Kanzeikaserne, Wilhelmstraße 1–9.
- 194 Pikett war die Bezeichnung für eine Truppenabteilung, die für einen bestimmten Zweck in Bereitschaft gehalten wurde (z. B. Wachtposten).

- 195 LT 23. Juni 1848, S. 3; 24. Juni 1848, S. 4; Kronik 27. Juni 1848, S. 931; Beobachter 24. Juni 1848, S. 435 f.; 25. Juni 1848, S. 439 f.; HStAS E 271c Bü 688.
- 196 LTB 24. Juni 1848, S. 1.
- 197 LT 23. Juni 1848, S. 3 f.
- 198 LTB 24. Juni 1848, S. 1; Pfister (wie Anm. 78) S. 459; Beobachter 25. Juni 1848, S. 439 f.
- 199 LT 23. Juni 1848, S. 1; Beobachter 25. Juni 1848, S. 439 f.
- 200 LT 24. Juni 1848, S. 1 f.
- 201 LTB 30. Juni 1848, S. 1.
- 202 LT 25. Juni 1848, S. 3 f.
- 203 LT 23. Juni 1848, S. 4.
- 204 LT 25. Juni 1848, S. 3; für das Folgende: HStAS E 271c Bü 688.
- 205 LTB 24. Juni 1848, S. 1.
- 206 LT 23. Juni 1848, S. 1.
- 207 LTB 24. Juni 1848, S. 1.
- 208 LT 7. Juli 1848, S. 3; Beßler (wie Anm. 82) S. 76.
- 209 Karl Marx: Geschichte des Infanterie-Regiments Kaiser Friedrich, König von Preußen (7. Württ.) Nr. 125. 1809 bis 1895, Berlin 1895, S. 48.
- 210 StAL E 320 Bü 85; Sabine Homann: Die Ludwigsburgerinnen. 150 Jahre Frauenleben, Stuttgart 1998, S. 44 f.
- 211 Pfister (wie Anm. 78) S. 458.
- 212 Ludwigsburger Zeitung 18. März 1873, S. 2 f.; 10. Mai 1913, Bl. 2, S. 2. – Samuel Liebmann (geb. Aufhausen 1799, gest. USA 1872): Der Bierbrauer und Gastwirt kam Ende der 1830er Jahre nach Ludwigsburg. Am bewegten gewerblichen und politischen Leben der 1840er Jahre nahm er regen Anteil. Zeit seines Lebens war er ein überzeugter Republikaner. Um 1848 wurde sein Haus zum Mittelpunkt republikanischer Ideen in Ludwigsburg. Liebmann wanderte wie andere der damaligen Republikaner (z. B. Hecker und Struve) in die USA aus (1854), wo er in New York eine Bierbrauerei gründete, die später zu einer der bedeutendsten des Landes wurde.
- 213 LT 17. September 1848, S. 2; 22. Oktober 1848, S. 3; 27. Dezember 1848, S. 2; 25. März 1849, S. 2.
- 214 LT 14. Juli 1850, S. 2.
- 215 LT 6. Dezember 1848, S. 1; HStAS E 271c Bü 2445.
- 216 StAL E 320 Bü 85; LT 17. Februar 1850, S. 4.
- 217 LT 29. Juli 1848, S. 3.
- 218 LTB 2. Juli 1848, S. 2.; LT 12. Juli 1848, S. 3; 15. Juli 1848, S. 3.
- 219 LT 20. Juli 1848, S. 2 f.
- 220 StadtALB V 3/XII Bü 12; LT 8. August 1848, S. 3.
- 221 LT 18. Juli 1848, S. 6; LTB 25. Juli 1848, S. 1.
- 222 LT 20. August 1848, S. 3.
- 223 Zum Beispiel LT 26. August 1848, S. 2.
- 224 LT 20. August 1848, S. 3; 9. September 1848, S. 3.
- 225 LTB 12. August 1848, S. 1; LT 16. August 1848, S. 2; 18. August 1848, S. 2 f.; 22. August 1848, S. 3.
- 226 LT 17. August 1848, S. 2.
- 227 LT 22. Juli 1848, S. 3; 5. August 1848, S. 2.; 6. August 1848, S. 2; 9. August 1848, S. 3; 15. August 1848, S. 4; 24. September 1848, S. 2.
- 228 LT 25. März 1848, S. 7; 16. Juli 1848, S. 3; 15. September 1848, S. 1; LTB 8. April 1848, S. 1.
- 229 LT 31. Januar 1849, S. 1; 3. Februar 1849, S. 2; Karpf (wie Anm. 5) S. 67.
- 230 Dehlinger (wie Anm. 2) § 63.
- 231 LT 25. April 1849, S. 4; Wetzel (wie Anm. 45).
- 232 LT 22. April 1849, S. 3.
- 233 LT 25. April 1849, S. 2.
- 234 LT 20. April 1849, S. 4; 21. April 1849, S. 2.
- 235 LT 25. April 1849, S. 2, 4.

- 236 LT 26. April 1849, S. 3; 28. April 1849, S. 2 f. – Das Aktenstück, in dem der König die Reichsverfassung anerkannte, lautete: »Seine Majestät der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben samt dem Reichswahlgesetze an. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte dahin instruiert werden, zu erklären, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Seine Majestät der König von Preußen, welcher das Erbkaisertum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle. Ludwigsburg, den 25. April 1849. Wilhelm.«
- 237 Gönner/Haselier (wie Anm. 24) S. 91.
- 238 Erinnerungsstätte (wie Anm. 1) S. 42.
- 239 LT 19. Mai 1849, S. 2. – Friedrich Hoffmann (geb. Ludwigsburg 1795, gest. Karlsruhe 1879), badischer General und 1848/49 badischer Kriegsminister. Unter seinem Kommando wurde im September 1848 der Struve-Putsch niedergeschlagen. Später mehrere Jahre Vizepräsident der badischen Ersten Kammer.
- 240 LT 30. Mai 1849, S. 2.
- 241 LT 24. Juni 1849, S. 4; Steinhilber (wie Anm. 187) S. 60 f.; Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung (Sonderausstellungen des Schiller-Nationalmuseums. Katalog 17), Stuttgart 1967, S. 8 – Friedrich Heuss (geb. Haßmersheim 1784, gest. Mosbach 1870), Schiffsmeister auf dem Neckar. Seit März 1849 Vorsitzender des neu gegründeten Volksvereins von Haßmersheim. Kommandant der dortigen Bürgerwehr. Nahm an der Verfolgung der dem badischen Großherzog loyal gebliebenen Soldaten teil. Seit Juni 1849 Mitglied der Verfassengebenden Versammlung in Karlsruhe. Wegen Beteiligung an der Revolution wurde er später zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Danach Geschäftsmann in Mosbach. Seit 1863 Mitglied des badischen Landtags. Friedrich Heuss war der Urgroßonkel von Theodor Heuss.
- 242 Wilhelm Binder: Zwei Jahre auf Hohen-Asberg in den Jahren 1850 und 1851, Reutlingen 1868, S. 20 f.; Auf den Bergen ist Freiheit. Der Hohenasperg und das Gericht über die Revolution. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 1998, S. 39.
- 243 LT 26. Mai 1849, S. 2 f.
- 244 Der Geisheimersche Wirtschaftsgarten befand sich zwischen der heutigen Asperger-, Abel-, Schützen- und Gartenstraße; der Pommersche an der Asperger- und Uhlandstraße; der Grunersche vermutlich an der Bismarck- und Asperger Straße.
- 245 Wetzel (wie Anm. 45); LT 30. Mai 1849, S. 2.
- 246 LT 5. Juni 1849, S. 2.
- 247 LT 3. Juli 1849, S. 4.
- 248 LT 22. Mai 1849, S. 3.
- 249 Gönner/Haselier (wie Anm. 24) S. 91.
- 250 Lexikon der deutschen Geschichte: Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges. Unter Mitarbeit von Historikern und Archivaren hrsg. von Gerhard Taddey, Stuttgart 1977, S. 1041.
- 251 LT 14. November 1849, S. 4. – Das Schwurgericht tagte im Ordenssaal des Ludwigsburger Residenzschlosses bis 1868.
- 252 Lexikon der deutschen Geschichte (wie Anm. 250) S. 782.

Für Hinweise auf Bildmaterial darf ich an dieser Stelle Herrn Günther Bergan, Ludwigsburg, bestens danken.

Soziale Differenzierung und Anfänge der Arbeiterbewegung im Oberamt Marbach*

von Klaus Schönberger

Sozialdemokratische Ideen registrieren kirchliche Amtsträger im ehemaligen Oberamt Marbach erstmals 1874, vier Jahre vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes, in Benningen. Der Benninger Pfarrer beobachtet sie »in den Steinbrüchen«, wo »das ganze Jahr hindurch guter Lohn erwirtschaftet« wird: »Freilich scheinen gerade die Steinbrüche der Hort des Unglaubens und der Unsittlichkeit zu sein und auch sozialdemokratische Verwirrungen dort Eingang zu finden. Hier trifft am häufigsten das Sprichwort ein, wie gewonnen so zerronnen.« »Sozialdemokratische Umtriebe unter den Steinbrucharbeitern« beklagt der Pfarrer 1878.¹

Wie in den Städten bildet 1888 eine Unterstützungskasse in Steinheim die erste Keimform eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.² Einem Bericht des Stadtpolizeiamtes Stuttgart aus dem Jahr 1889 zufolge besteht in Steinheim die Führung der »Ortsverwaltung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. a. gewerblicher Arbeiter« zum großen Teil aus Sozialdemokraten.³ Aufgrund einer Anweisung des Oberamts an das Schultheißenamt Steinheim aus dem Jahr 1889, dem »dort gegründeten Arbeiterverein besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden«, ist die erste sozialdemokratische Parteiorganisation des Oberamtsbezirks bekannt. Im September 1889 löst die Oberamtsbehörde eine Versammlung des Steinheimer Arbeitervereins unter Berufung auf das Sozialistengesetz auf.⁴

Es sind in Steinheim arbeitende Schreinergesellen, die auch in den umliegenden Gemeinden versuchen, den Dorfbewohnern sozialdemokratische Ideen näherzubringen. Die Funktion, die andernorts in Deutschland und Österreich den Buchdruckern als »Vorhut« zukommt, übernehmen in der Region die für örtliche Verhältnisse besonders qualifizierten Möbelschreinergesellen. Bereits 1887 verbreitet in Erdmannhausen ein Steinheimer Schreinergeselle ein sozialdemokratisches Wahlflugblatt, welches das Schultheißenamt beschlagnahmen läßt.⁵ Ähnlich ergeht es, anlässlich der Reichstagswahlen 1890, Steinheimer Sozialdemokraten in Pleidelsheim. Dort werden ihre Wahlflugblätter ebenfalls konfisziert, die jedoch bald darauf wieder zurückgegeben werden müssen (Marbacher Postillon/MP, 20. 2. 1890). Insbesondere der »hervorragenden Arbeit« der Ludwigsburger Fabrikantenfamilie Franck bescheinigen die Pfarrberichte, daß sie den Einfluß der Sozialdemokraten in Ludwigsburg und Umgebung im Vergleich zu Esslingen und Cannstatt um 1890 zunächst noch in Grenzen zu halten weiß.⁶

In Marbach gründen Arbeiter am 1. November 1894 einen sozialdemokratischen Arbeiterverein und 1896/97 eine Zahlstelle der Holzarbeiter-Gewerkschaft

* Mit dem folgenden Beitrag wird der in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 51, 1997, S. 159–179, abgedruckte Aufsatz »Daneben ist eine Industrie emporgewachsen. Zur Sozialgeschichte der Industrialisierung im Oberamt Marbach 1880–1920« fortgesetzt.

(MP, 11. 2. 1897).⁷ Die Ortsgruppe des Schuhmacher-Verbandes wird 1900 eingerichtet (Neckar-Post/NP, 2. 4. 1925). Der zeitliche Rückstand der Oberamtsstadt rührt wahrscheinlich daher, daß in Steinheim die industrielle Entwicklung fortgeschrittener und in Marbach der politische Druck, der einer eigenständigen Organisation entgegensteht, weitaus spürbarer ist.

Sonntag den 3. Mai, nachmittags 3 Uhr
findet im Gasthaus zum Stern eine öffentliche
Holzarbeiter-Versammlung
über die Bedeutung der Organisation und Zweck und Nutzen
des Holzarbeiter-Verbandes statt.
Referent Herr Bohne aus Stuttgart.
Hierzu ladet alle Holzarbeiter von Marbach und Umgebung, besonders auch
die Meister freundlichst ein
der Einberner.

*Anzeige im »Postillon« vom 2. Mai 1896. In Marbach
wurde 1896/97 eine Zahlstelle der Holzarbeiter-Gewerkschaft gegründet*

Diese »frühen« Gründungen beruhen zumeist auf Initiativen zugewanderter Schreineresellen, die über organisatorisches »Know-how« verfügen. Ihr Erfahrungshorizont ist größer und als vorübergehend »Reingeschmeckte« ist es für sie einfacher, sich in der ländlichen Gesellschaft als Gewerkschafter oder Sozialdemokrat zu bekennen. Zudem dürfte ihnen der notorische Mangel an »Facharbeitern« in der Aufbauphase der Industrie in der ländlichen Region einen gewissen Schutz vor Kündigung gegeben haben. Die weitgehende Prägung der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften durch Handwerkeresellen, deren bessere (Aus-)Bildung und ihre andere geographische Herkunft erleichtert jedoch nicht den Zugang zu den aus dem ländlichen Milieu der Region stammenden, meist angelernten Arbeitern der ersten Generation.⁸ In Deutschland ist die Arbeiterbewegung in erster Linie von Handwerkern geprägt, deren Hauptantriebsmotiv es eher ist, ihren Besitzstand, soziale Beziehungen oder Privilegien zu verteidigen, denn Zukunftsvisionen zu verwirklichen. Da ihr »Radikalismus der Tradition« und der damit verknüpfte paradoxe Konservatismus hauptsächlich aus alten handwerklichen Zunftbindungen resultiert, die Arbeiterbewegung also in handwerklichen Betrieben und nicht so sehr in der Fabrik als vielmehr gegen das Fabriksystem entsteht, verwundert die Handwerker-Dominanz in der entstehenden Arbeiterbewegung in der Region wenig.⁹ Die Entstehung der regionalen Gewerkschaftsbewegung fällt aber in die Phase der generellen Öffnung gegenüber ungelernen Arbeitern.

Aufgrund der hohen Mobilität der Arbeiter weist die Mitgliederentwicklung der Arbeiterorganisationen eine große Fluktuation auf, wobei die Gesamtsumme von Eintritten und Austritten die durchschnittliche Mitgliederzahl oft überschreitet. Deshalb läßt sich kontinuierliche Organisationsarbeit in Form von

Agitation und Schulung nur für einen Teil der Mitglieder realisieren. In Steinheim wie in Marbach handelt es sich um sächsische und thüringische Wanderarbeiter, nach deren Weiterziehen die Organisationen häufig wieder zusammenbrechen.¹⁰ So muß in Marbach bereits 1896 erneut ein sozialdemokratischer Ortsverein gegründet werden (Schwäbische Tagwacht/ST, 16. 8. 1906). Noch schwieriger gestalten sich die Verhältnisse in Steinheim, wo sowohl der sozialdemokratische Verein (bis 1914 siebenmal) als auch die Gewerkschaft der Holzarbeiter sich mehrmals auflösen und immer wieder von neuem ins Leben gerufen werden müssen. Auch in Benningen, wo 1900 erstmals Aktivitäten eines sozialdemokratischen Ortsvereins nachgewiesen sind¹¹, bedarf es 1903 eines weiteren Anlaufes, bis endlich ein lebensfähiger Parteiverein entsteht (ST, 19. 10. 1903).

Einerseits liegt das an der ständigen Fluktuation erfahrener Arbeiter und den mangelnden organisatorischen Kenntnissen der ortsansässigen, aus dem bäuerlichen Milieu stammenden Arbeiter, andererseits aber auch daran, daß es »in dem schwierigen Oberamt Marbach« nicht leicht ist, Klassenorganisationen gegen den Willen der alten und neuen Herrschaftselite aufrechtzuerhalten (ST, 27. 10. 1902). Die Gewerbeaufsichtsbeamten konstatieren: »In Gegenden mit wenig Industrie, wo die Arbeiter in der Mehrzahl noch der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung entstammen, haben die Organisationen weniger Aussicht, festen Fuß zu fassen als in den größeren Industriepätzen, wo die Arbeiterbevölkerung eine viel gemischtere ist. Die nicht organisierten Arbeiter sind auch mit den sie betreffenden Fragen weniger auf dem laufenden, sie lesen keine Zeitungen, sind anspruchsloser und überhaupt zufrieden, wenn sie für sich und die Ihrigen ihr Auskommen haben und – wenn auch nur langsam – vorwärtskommen. Meistens bleibt auch ihre Intelli-



Benningen, den 26. Juni 1913.
Nächsten Sonntag, den 29. Juni begeht der
Gesangverein „Hoffnung“ das Fest seiner

Fahnenweihe

verbunden mit dem

10jähr. Stiftungsfest des Soziald. Vereins.

Hierzu laden wir die verehrl. Vereine, sowie alle Freunde und Gönner der Arbeitersache freundlichst ein.

Festzug präzis 2 Uhr. Festredner Herr Landtagsabgeordneter W. Keil, Ludwigsburg.

Der Festausschuß.

Anzeige im »Postillon« vom 26. Juni 1913

genz und ihre Arbeitsgewandtheit hinter der des besser geschulten städtischen Arbeiters zurück.«¹²

Wer im Kaiserreich Mitglied der Sozialdemokratie wird, vollzieht keine Routinehandlung, sondern durchbricht das Alltagsbewußtsein an einer zentralen Stelle. Mit der Mitgliedschaft begibt er sich wissentlich in eine Isolation und sieht sich zahlreichen Diffamierungen und materiellen Risiken ausgesetzt. Davon zeugen auch Erzählungen darüber, wie es den Benninger Anhängern der Sozialdemokratie in der Gründungszeit erging. Wer an den Kommunalwahlen teilnehmen will, die immer werktags stattfinden, muß aufgrund der Schließzeiten der Rathäuser früher von der Arbeit heimkehren: »Und wenn sie dann komme sind, na sind sie schon da g'hockt, die Baurakerle: ›Kommet se die Raute, kommet se die Raute!‹ Es waret vier Raute und so hat des angefanga.«¹³

Die noch weitgehend vorherrschende patriarchalische Struktur der Klein- und Mittelbetriebe sowie die soziale Kontrolle und Enge der dörflichen und kleinstädtischen Gesellschaft behindern zwar die klassenmäßige Organisation in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, können sie aber nicht aufhalten. Über das Bemühen der Fabrikanten, ihr patriarchalisches Verhältnis zu den Arbeitern zu erhalten und zu pflegen, berichtet der »Marbacher Postillon«. So hat 1898 die Firma Bock und Fischer einen Eisenbahnwaggon von Mostobst für ihre Arbeiter erworben und ist bereit, dieses zum Selbstkostenpreis abzugeben: »Einerseits (sind) die Arbeiter zu billigem Mostobst gekommen, andererseits wird dieses uneigennütziges Entgegenkommen der Arbeitgeber seitens der Arbeiter dankbarst anerkannt und wird nicht verfehlen, das gegenseitige gute Einvernehmen noch mehr zu festigen.« (MP, 9. 10. 1898)

Doch kann auf die Dauer die mit der Kapitalisierung verbundene Erschütterung des Normen- und Wertgefüges in den Betrieben nicht mit einem patriarchalisch-persönlichen Führungsstil ungeschehen gemacht werden. Allerdings zeitigen diese engen Verhältnisse in den Klein- und Mittelbetrieben auch einen umgekehrten Effekt. So beklagt der Steinheimer Pfarrer 1905 den »Corpsgeist in den Werkstätten«, der »eine stille Macht (bildet), der sich sehr viele beugen«.¹⁴ Dazu merken die Beamten der Gewerbeaufsicht an: »Die organisierten Arbeiter fühlen sich als Glieder einer mächtigen, weit verbreiteten Gemeinschaft und üben vielfach auf die nicht-organisierten Kollegen, besonders in den Werkstätten, in denen sie vorherrschen, einen nicht berechtigten Druck aus, um jene den Organisationen zuzuführen. Von vereinzelt Arbeitern wurde uns geklagt, daß sie neben ihren organisierten Kollegen kaum mehr existieren können und allerlei Schikanen und Verunglimpfungen zu gewärtigen haben.«¹⁵

Im Oberamt Marbach gelingt es in Beilstein (1910)¹⁶, Erdmannhausen (1911)¹⁷, Kirchberg (ca. 1911)¹⁸, Pleidelsheim und Murr (jeweils 1912)¹⁹, noch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg weitere sozialdemokratische Ortsvereine zu gründen. Der Murrer Ortsverein entsteht zwar tatsächlich erst 1912, doch der Pfarrbericht von 1909 enthält ein Indiz für eine Vorläuferorganisation, die an den Zusammenschluß von liberalen Kräften und Arbeitern in der württembergischen Volkspartei erinnert: »Das politische Parteileben hat in den letzten Jahren durch Gründung des ›Bürgervereins‹ eine wenig erfreuliche Bereicherung erfahren. Der Gegensatz dieses Vereins, der wesentlich demokratische und sozialdemokratische Tendenzen verfolgt, zu dem Bauernbund, dem der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung angehört, tritt besonders bei den Gemeindewahlen hervor und bringt eine

bedauerliche Spaltung in die Gemeinde. Die Sozialdemokratie hat unter den Fabrikarbeitern viele Anhänger.«²⁰

Vielerorts in der Region sieht es aber so aus wie in Oberstenfeld, wo es über den Versuch, »gegenwärtig auch im Bottwartal festen Fuß zu fassen«, heißt, »daß hier für die Sozialdemokratie noch kein Raum ist« (MP, 18. 2. 1914). Größtenteils gestalten sich im Bottwartal die Bedingungen für die Arbeiterbewegung noch wie in Winzerhausen, wo eine sozialdemokratische Wählerversammlung schon einmal ausfällt, »da nur etliche Personen erschienen waren« (MP, 16. 1. 1907). Für die Gemeinden des Bottwartals dürfte meist die Feststellung des Kleinbottwarer Pfarrers aus dem Jahr 1912 zutreffen, daß »das politische Parteileben in gewöhnlichen Zeiten keine Rolle (spielt), nur in Wahlzeiten« und »die Sozialdemokratie, die von Steinheim aus alle Anstrengungen macht, Mitglieder zu gewinnen, nur wenige Gesinnungsgenossen hier hat, die übrigens sämtliche zur Kirche kommen«.²¹

Im Oberamt gelingt es den Sozialdemokraten nur in Benningen (1907) und in Marbach (1913), Gemeinderäte in die Kommunalparlamente zu entsenden. Dafür ist auch ein Wahlmodus verantwortlich, der das Wahl- und das Wählbarkeitsrecht an den Erwerb des Gemeindebürgerrechts knüpft. Letzteres erhält nur derjenige, der männlich und mindestens 25 Jahre alt ist, seit drei Jahren in der Gemeinde lebt und über Vermögen oder Einkommen verfügt, das dem Besteuerungsrecht der Gemeinde unterliegt (wobei unerheblich ist, ob die Gemeinde diese Steuer auch tatsächlich erhebt), zumindest aber Wohnsteuer entrichtet.²² Für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts wird außerdem eine einmalige Gebühr von fünf bis zehn Mark erhoben. Dieses Wahlrecht benachteiligt eindeutig die Arbeiter, die oft gezwungen sind, ihren Aufenthaltsort zu wechseln, die nicht über das entsprechende Steueraufkommen verfügen und denen es auch schwerfällt, die Aufnahmegebühr zu entrichten. Das hat zum Ergebnis, daß z. B. in Marbach von ca. 2500 Einwohnern 1903 nur 397 (MP, 30. 11. 1903), 1906 403 (MP, 17. 12. 1906) und 1913 484 Männer (MP, 3. 12. 1913) wahlberechtigt sind. Nichtsdestoweniger nehmen viele Arbeiterfamilien Einschränkungen in Kauf, nur um das Kommunalwahlrecht ausüben zu können.²³

1918/19 bilden sich auch in Marbach, Steinheim, Murr, Kleinbottwar, Beilstein, Pleidelsheim, Erdmannhausen und Mundelsheim Arbeiter- und Bauernräte.²⁴ Der Kleinbottwarer Pfarrer führt die Tatsache, daß im Januar 1919 bei den Wahlen zur National- und Landesversammlung im Dorf ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfallen sind, auf die »sozialistische Hetze« unter den Kriegsheimkehrern zurück. Doch betont er, daß der Vorstand des Arbeiterrats und des sozialistischen Vereins »regelmäßiger Besucher der Kirche und Mitglied des Kirchenchors« seien.²⁵

Die Arbeiter- und Bauernräte sind nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches Ausdruck eines veränderten politischen Kräfteverhältnisses. In Marbach, Steinheim und Benningen erwächst die Arbeiterbewegung zur stärksten politischen Kraft, und in den 20er Jahren ist in diesen Orten die SPD diejenige Partei, die bei Wahlen am meisten Stimmen gewinnt. Durch die Spaltung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel, die vor allem in Marbach, Steinheim und Benningen ihren Niederschlag findet, sind die politischen Handlungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung aber zugleich wieder eingeschränkt. Eine ausgesprochen starke Verankerung der Gewerkschaften findet sich in Steinheim und Marbach (»Die zahlreichen Schreiner sind zielbewußte Gewerkschaftler«).²⁶

1929 zählt die Marbacher Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 363 Mitglieder, in Steinheim sind es 184 Mitglieder.²⁷

Eine gewichtigere Stellung kommt der SPD nun in den Selbstverwaltungsgremien der Gemeinden zu. Auch wenn sie nirgends über eine Mehrheit verfügt, gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Kommunalpolitik kann in Marbach, Benningen und Steinheim nicht mehr so einfach durchgesetzt werden. In diesem Sinn klagt der Pfarrbericht von 1920 über die Verhältnisse im Benninger Gemeinderat: »Trotzdem so das bäuerliche Element einen Sieg davongetragen hat, hat doch die Sozialdemokratie wesentlich das Wort auf dem Rathaus infolge der größeren Sprachgewandtheit, Aktivität und Geschlossenheit ihrer Vertreter.«²⁸

In den ersten Jahren der Weimarer Republik entstehen in Großbottwar (1919), Oberstenfeld, Burgstall (1919/20) und Affalterbach (1920) neue sozialdemokratische Ortsvereine. In Burgstall und Großbottwar sind wiederum mehrere Anläufe notwendig, bis stabile Ortsvereine bestehen. Auch hier ist die Arbeiterbewegung – allerdings schwächer als in ihren regionalen Hochburgen im Oberamt – mit Repräsentanten im Gemeinderat vertreten. Dennoch ist das politische Handeln nach wie vor durch das stark agrarische Umfeld und die oftmals noch handwerkliche Produktionsweise bestimmt.

Die Folge davon sind sehr unterschiedlich ausgeprägte Organisationsmilieus: Marbach und Steinheim sind voll ausgebildet (Gewerkschaften, SPD, KPD und Arbeitervereine). In Gemeinden wie Erdmannhausen oder Murr finden sich SPD und Arbeitervereine. Dann gibt es wiederum Gemeinden, in denen ausschließlich Arbeitervereine die Arbeiterbewegung repräsentieren. In Gemeinden wie Rielingshausen, Erbstetten, Pleidelsheim, Höpfigheim und Kleinbottwar, in denen die Pendlers zum Teil noch »halbe Bauern« sind, bleiben keine eigenständigen sozialdemokratischen, geschweige denn kommunistischen Ortsgruppen über 1918/19 hinaus bestehen. Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund ist auf Oberamtsebene bis zum Aufkommen der Nazis mit Abstand die stärkste Partei. Aber auch in den ländlicheren Gemeinden gibt es Bemühungen, auf das lokalpolitische Geschehen im Sinne der Arbeiterbewegung Einfluß zu nehmen. Mehr für diese als für die »Industrieorte« des Oberamts trifft dann auch die Beobachtung zu, »daß ihr kommunalpolitisches Denken nach wie vor auf den alten innerdörflichen Status- und Machtstrukturen basiert.«²⁹ In diesen Gemeinden wird die Agitation für die Landtags-, Reichstags- oder Präsidentschaftswahlen von den organisierten Sozialdemokraten und Kommunisten aus den Nachbargemeinden betreut.

Die KPD vermag nach der Parteigründung 1918/19 zunächst nur in Marbach (1921)³⁰, Steinheim und Benningen eigenständige Ortsgruppen zu bilden. Im Benninger Pfarrbericht von 1920 heißt es: »Die Gemeinde ist ein schwieriges Arbeitsfeld. Die Ortschaft ist in der Hauptsache eine Arbeiterwohngemeinde geworden, und sozialdemokratischer bzw. spartakistischer Geist ist mächtig.«³¹ Während der Pendlersstatus unter Bedingungen einer fortbestehenden Dominanz des agrarischen Sektors im Kaiserreich unter Umständen ein Hemmschuh für die Radikalisierung der politischen Praxis der regionalen Arbeiterbewegung war, so erweist er sich in der Weimarer Republik in bestimmten Gemeinden bei weitgehendem Verlust der agrarischen Orientierung – sozusagen in der zweiten Generation – fast als Voraussetzung für die Ausbreitung der KPD. Es ist bezeichnend, daß sich die KPD nur in den Orten der Region etablieren kann, in denen Teile der Arbeiterklasse in der zweiten Generation eine Existenz losgelöst von der agrarischen Sub-

sistenzwirtschaft führen können und müssen (Marbach und Steinheim) bzw. das agrarische Moment nur noch eine untergeordnete Rolle spielt: »Ich habe auch den bestimmten Eindruck, daß unter den Jungen der spartakistische Geist immer noch zunimmt, während unter den älteren Leute doch viele sind, denen es um die Ordnung ist und die darauf aus sind, zu einem Stück Eigenland zu kommen.«³²

Benningen gehört – wie auch Neckarweihingen, Geisingen, Beihingen und Heutingsheim im Oberamt Ludwigsburg – zu den Arbeiterwohngemeinden, in denen die KPD verhältnismäßig stärker als in Ludwigsburg ist und teilweise auch noch vor der SPD rangiert.³³ Die Pendler der zweiten Generation arbeiten vorwiegend in den Großbetrieben von Kornwestheim, Zuffenhausen oder Feuerbach und treffen dort auf radikalisierte städtische Arbeiter. In Marbach aber zeigt die im Volksmund gebräuchliche Bezeichnung »Holzkommunisten« für KPD-Funktionäre, daß es sich bei ihnen um in der Möbelindustrie beschäftigte Facharbeiter handelt.³⁴

Soziale Differenzierungen und politische Konfliktlinien

Die gewandelte Sozialstruktur und die veränderten Lebensbedingungen bewirken für die dörfliche Kultur und Lebensweise der Landbevölkerung einen Modernisierungsschub, der aber keine völlige Transformation herbeiführt. Der Burgstaller Pfarrer liefert 1909 eine ausführliche Typologie der im Wandel begriffenen bäuerlichen Gemeinde. Die Beschreibung weist Differenzierungen auf, die zeigen, daß soziale Gegensätze nicht so neu sind:

»Die Gemeindeglieder zerfallen in fünf, sich mehr oder weniger scharf voneinander abhebende Schichten. Die Leitung der Gemeinde liegt seit Jahrzehnten in der Hand der begüterten Familien des Oberdorfes, insbesondere der Familie Schwaderer. Ihre Angehörigen bilden den Ortsadel, tragen ein sehr hohes Selbstbewußtsein zur Schau und werden von den übrigen Ortsangehörigen mit Sie angeredet. Der schroffste Vertreter dieses Bauerndünkels ist der Schultheiß. Bei diesen Familien haben sehr viele Männer und Frauen in den früheren armseligen Zeiten gedient und erzählen mit Erbitterung von der Behandlung, die sie sich damals gefallen lassen mußten. Ihr Verhalten den Ärmsten gegenüber ist ein ablehnendes, namentlich das begütertste Haus hat sich vollkommen isoliert. Der Versuch, die Herrschaft dieser Oligarchie im Gemeinderat zu brechen, ist bis jetzt unter der Einwirkung der aufgelegten Bierfässer und bei der Uneinigkeit der Kleinen mißlungen. Die zweite Schicht wird von den mittleren Leuten gebildet. In dieser Schicht hat sich der Wohlstand in den letzten Jahren gemehrt. Auch sie entbehren nicht eines gewissen Stolzes darauf, daß sie Bauern und keine Handwerker sind. Nach oben und unten ist die Grenze scharf gezogen, nicht bloß unter den Alten, sondern auch unter den Jungen, besonders heranwachsenden Töchtern. Zur dritten Schicht gehören die Handwerker (Schuhmacher, Schmiede, Schneider, Maurer, Bäcker) mit kleinem Grundbesitz. Hier finden sich die treuesten Kirchgänger. Auch die Frauen erscheinen sehr oft in der Kirche. Die vierte Schicht rekrutiert sich aus der Masse der Kleinbauern: ein ungemein fleißiges, aber geistig bedürfnisloses, neidisches Völklein. Die fünfte Schicht schließlich sind die Schreiner.«³⁵

Offenbar sieht er »die Schreiner« hauptsächlich als Arbeiter und nicht als Handwerker an.

Zunehmend prägt der industrielle Arbeitsrhythmus das alltägliche Leben. Immer mehr nichtbäuerliche Erfahrungen und Sichtweisen halten Einzug: »So dringt der Geist der Fabriken in den Ort. Mit ihm wächst eine neue Generation herauf, die zu den alten bodenständigen Elementen einen seltsamen Gegensatz bildet. . . . Und während der Geschäftsgeist des Kaufmanns- und des Handwerkerstandes sich im Mittelpunkte festsetzt, zieht die Bauernschaft mehr und mehr an den äußeren Rand des Dorfes.«³⁶

Werktags signalisieren die Fabriksirenen den Arbeitsbeginn, die Pausen und den Feierabend, und anstatt der Kirchenglocken dienen sie nun selbst der bäuerlichen Bevölkerung zur zeitlichen Orientierung.³⁷ Der Arbeitsbeginn in Marbach »war von Fabrik zu Fabrik unterschiedlich. Und das hatte man genau am Ton gehört, das ist die Tischfabrik – mittags – oder die Stuhlfabrik.«³⁸

Neben der schlichten ökonomischen Notwendigkeit zu sparen, bezeichnet die zu beobachtende Gewohnheit der Ehefrauen auswärts beschäftigter Arbeiter, ihren Männern das Essen an den Arbeitsplatz wie früher auf das Feld zu bringen, den Versuch, traditionelle Familienstrukturen und -gewohnheiten entgegen den Arbeitsbedingungen unter industriellen Vorzeichen aufrechtzuerhalten. Während anfangs die Frauen den Weg nach Ludwigsburg noch zu Fuß machen müssen, können sie nach der Erschließung durch die Eisenbahn (1879 Eröffnung der Strecke Bietigheim-Backnang, 1881 der Nebenbahn Ludwigsburg-Beihingen) öffentliche Verkehrsmittel nutzen: »Um elf Uhr ist der Zug gegangen. Und um dreiviertel eins sind sie schon wieder gekommen.«³⁹ Hierbei wechselten sich mehrere Frauen täglich ab: »Also von Benningen sind sie [nach Ludwigsburg etc., d. V.] gefahren mit dem Essen. Die Frauen haben so große Wäschkörb droben gehabt, so Stücker acht, nämlich halt soviel wie sie geschafft haben und [es wurde] abgewechselt. Stellt Euch vor: acht Essen, zehn Essen, weiter wird es nicht gelangt haben. Und von Murr rein, da sind auch Frauen gekommen, von Benningen rüber, und haben sie auch das Essen getragen. Da hat man schon oft gesagt: Jetzt kommen die Essensträger.«⁴⁰

An die Schwierigkeit, das Essen unverschüttet nach Ludwigsburg zu transportieren, erinnert sich die Benningerin Berta Dötterer: »Wir hen's schon modern g'het. Mei Mutter hat scho wieder was anders g'het. Die hatten meistens bloß ein Gericht. Des wurde dann in ein Tuch hineingebunden, damit es warm bleibt, Salat . . . ; na ist es manchmal auch überg'loffen ins andere Töpfe. . . . Na hat's in Ludwigsburg am Bahnhof so ein Sims gebe, na sind die kurz gekommen, haben gegessen und dann hat sie die wieder eingesammelt.«⁴¹

Da immer mehr männliche wie weibliche jugendliche Dorf- und Kleinstadtbewohner, aber auch Familienväter zur Arbeit in die Industriebetriebe Ludwigsburgs, Kornwestheims, Zuffenhausens oder der unmittelbaren Nachbarorte Marbach und Steinheim fahren oder gehen, bleibt das ländlich-bäuerliche Milieu nicht mehr der ausschließliche Erfahrungshorizont. Die Pfarrbeschreibung für Burgstall berichtet 1905 über einen daraus resultierenden typischen Konflikt: »Eine Kinderpflege ist nicht vorhanden. Von kleineren Leuten, die ein solche aus der Zeit ihres Dienens in der Stadt kannten, ist dem Pfarrer gegenüber etliche Male das Verlangen nach einer derartigen Einrichtung geäußert worden, die tonangebenden Großbauern verhalten sich durchaus ablehnend.«⁴²

Die neuen Erfahrungen befördern neue, nichtbäuerliche Sichtweisen, Haltungen, Normen und Werte und verändern traditionelle Alltagsgewohnheiten: »Es wird mir gesagt, daß [in Benningen, d. V.] viel mehr Zeitung gelesen werde als früher (besonders natürl. auch die Schwäb. Tagwacht, z. Zt. 75 Expl).«⁴³ Neben den bisher üblichen kirchlichen Zeitschriften lesen Dorfbewohner zunehmend auch sozialdemokratische Blätter.⁴⁴ 1907 gibt es erstmals genaue Zahlen über die in der Region bestehenden Abonnements sozialdemokratischer Tageszeitungen (vgl. auch Tabelle 1).⁴⁵

Jahr	Schwäbische Tagwacht	Neckar-Echo*
1907	1	–
1908	2	–
1909	2	–
1910	1	–
1911	1	–
1912**	8	–
1913	9	15
1914	9	16

* In Heilbronn erscheinende sozialdemokratische Zeitung

** Gründungsjahr des Sozialdemokratischen Ortsverbands in Murr

Tabelle 1: Verbreitung sozialdemokratischer Zeitungen in Murr

Die Pfarrer machen die verstärkte Kommunikation zwischen Stadt und Land für zahlreiche Veränderungen in der Lebensweise in den Dörfern verantwortlich. Insbesondere die Handwerker gesellen erschüttern aus kirchlicher Sicht das überkommene Normen- und Wertgefüge: »Dagegen üben schädigenden Einfluß auf die hiesige Jugend die Lehrlinge und jungen Gesellen der Handwerker aus, welche selbst sich dem Christenlehrebesuch entziehen und andere dazu verleiten, auch sonst manchen, besonders nächtlichen Unfug treiben. Sozialdemokratische Ideen haben am meisten bei einer auswärts arbeitenden Maurerfamilie Wurzel geschlagen.«⁴⁶

Die Industrialisierung verändert die Lebensperspektiven und -chancen der Handwerker gesellen. Diese Erkenntnis befördert ihre Konfliktbereitschaft und ihre Einbindung in klassenbezogene Organisationen. Die sich herauschälende Lebensweise der neuen Arbeiterklasse irritiert das dörfliche und kleinstädtische Lebensgefüge. Neue Erfahrungen und Kontakte außerhalb des Dorfes wie der Kleinstadt ergeben ein anderes Selbstverständnis und vergrößern das Selbstbewußtsein der einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Der Erdmannhäuser Pfarrer erfährt 1913 die daraus entstehenden Verhaltensweisen als Autoritätsverlust: »Durch die vielen Fabrikarbeiter kommt wohl Geld in den Ort, aber auch viel moderner Unglaube und Frechheit.«⁴⁷ In den Pfarrberichten finden sich immer wieder Anmerkungen über den Einfluß der Sozialdemokratie: »Von den politischen Parteien sind vertreten am stärksten die nationale. Doch kommen auch die Sozialdemokraten bedenklich auf.«⁴⁸ Dieses neue Selbstbewußtsein ergibt sich aus den kollektiven Erfahrungen der entstehenden Arbei-

terklasse. Der Steinheimer Pfarrer führt 1897 diesen Sachverhalt ganz direkt auf das Erstarken der Sozialdemokratie zurück: »Unehrenerbietetes Verhalten begegnet hin und wieder bei jungen Leuten – sozialdemokratischen Arbeitern besonders –, von denen einzelne sich ein Vergnügen daraus zu machen scheinen, an Sonntagsvormittagen in nicht sonntäglicher Kleidung sich dem Geistlichen bei seinem Kirchgang in den Weg zu stellen und ihn ungegrüßt an sich vorbeigehen zu lassen.«⁴⁹

Die neuen Verhaltensformen und die Selbstorganisation in der Arbeiterbewegung werden nicht zuletzt aufgrund der latenten Proletarisierungsfurcht der kleinbäuerlichen Schichten und der Angst der traditionellen Machtelite vor der Arbeiterklasse als Bedrohung der althergebrachten Ordnung angesehen: »Das kleine Häuflein, das morgens auszieht und am Abend heimkehrt, ist besonders frech und gemein. Es ist dem Pfarrer nicht möglich, den Abendzug, der nur 4ter Klasse fährt, zu benützen.«⁵⁰ Die Industrialisierung bedingt eine Schwächung traditioneller dörflicher und kleinstädtischer Institutionen und führt zu einer veränderten Qualität der sozialen Beziehungen innerhalb von Dorf und Kleinstadt wie in bezug auf die überörtliche Ebene.

Insbesondere die Berichte der Pfarrer der einzelnen Gemeinden an die übergeordnete Kirchenbehörde in Stuttgart zeugen von diesen durch die Arbeiterklasse hervorgerufenen Irritationen (»Unsitte des Blauen-Montag-Machens«, wachsende »Genuß- und Vergnügungssucht« oder nachlassender Kirchenbesuch⁵¹): »Die zunehmende Industrialisierung der Gemeinde gibt auch dem Sonntagsbild das bekannte Gepräge: vormittags häuslicher Umtrieb im Werktagshabit, mittags irgendein Vergnügungsummel.«⁵² Den zunehmenden Wirtshausbesuch der männlichen Arbeiterjugendlichen empfinden zahlreiche Pfarrer als besonderes Ärgernis: »Die ledige Jugend hält sich immer mehr vom Gottesdienst fern und führt nach der Arbeitszeit ein für geistige Interessen unempfindliches Leben, dessen Höhepunkt der Wirtshausbesuch ist.«⁵³

Ungeachtet dessen ist das Wirtshaus weniger ein Ort übermäßigen Alkoholgenusses, sondern eher Ausdruck des neuen geselligen Lebens, das sich nicht mehr wie zuvor hauptsächlich um Heim und Familie dreht. Die feststellbare Entfremdung der Jugendlichen von der Kirche versuchen die Pfarrer mit deren auswärtigen Arbeitsplätzen und überlokalen Erfahrungen zu erklären: »Das jüngere Geschlecht ist stark von dem modernen Zeitgeist beeinflusst und hat sich daran gewöhnt, der Kirche mehr und mehr fernzubleiben. Vor allem die jungen Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren fehlen an den Sonntagen fast vollständig und zeigen sich nur an den Festtagen in der Kirche. Viele von ihnen gehen in die Fabriken in Steinheim, Kornwestheim usw. oder arbeiten in den Sandgruben in Steinheim, und an allen diesen Orten stehen sie unter dem Einfluß sozialdemokratischer Gedanken.«⁵⁴

Sehr aufmerksam und verhältnismäßig früh⁵⁵ registrieren diese Berichte die sozialen Veränderungen in den Familien: »Mißlich ist in manchen Häusern das Verhältnis der hiesigen Jugend zu den Eltern. In sehr vielen Familien leisten die in die Fabrik gehenden Söhne und Töchter einen Beitrag zur elterlichen Haushaltung – mit Recht! Dadurch fühlen sie sich früher selbständig und lassen sich von den Eltern nichts mehr sagen.«⁵⁶

Inwiefern diese Sichtweise aber nur eine Seite der Medaille ist, und ob diese Tendenz der frühzeitigen Einbindung in die Familienökonomie von den Betroffenen

nicht eher als Einschränkung denn als Möglichkeit, eigenständige Bedürfnisse durchzusetzen und Lebensentwürfe zu verwirklichen, gesehen wird, muß hier offenbleiben.⁵⁷

Frauenarbeit

Eine weitere Folge der Herausbildung von massenhafter Lohnarbeit ist ein sich langsam wandelndes Frauen(selbst)bild. Es resultiert aus den sich wandelnden (widersprüchlichen) sozioökonomischen Rahmenbedingungen von Frauenexistenz. Das verbindlicher werdende gesellschaftliche Bewußtsein über die Notwendigkeit und Legitimität von Frauenemanzipation ist dabei eher ein Nebenprodukt. In dem Zeitraum, in dem die Industrialisierung auch in der Region ihre Dynamik entfaltet, existiert bereits eine ökonomische Struktur, in der die Frauenarbeit in der Landwirtschaft wie als Nebenerwerbsquelle in Form von Heimarbeit für das Familieneinkommen schon länger eine wichtige Rolle spielt.

Die kleinbäuerliche weibliche Jugend erfährt in ihrer Lebensplanung die drastischen Auswirkungen der Industrialisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft. Bodenverteuerung infolge demographischen Drucks, wachsende Abgaben und gestiegene Bedürfnisse lassen die landwirtschaftliche Ökonomie zur Geldwirtschaft tendieren. Die damit verbundene Intensivierung der bäuerlichen Arbeit trifft insbesondere die Frauen. In der extensiven Form des landwirtschaftlichen Anbaus sind die Arbeitssphären von Mann und Frau noch weitgehend voneinander geschieden. Die Männer versehen den zwar kraftintensiven, aber ansonsten nur geringe Geschicklichkeit erfordernden Feldbau. Die Aufgabe der Frauen hingegen besteht in der Verarbeitung der Rohstoffe und »der Leitung der Konsumtion« im Haus. Mit dem Übergang zur intensiven Bewirtschaftung in den Realteilungsgebieten ergibt sich infolge der Abwanderung in die Industrie ein ausgeprägter Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft. Beides, die wachsende Intensität und die zunehmende »Leutenot«, verursacht »das Problem der heutigen Frauenarbeit auf dem Lande«. Am Ende des 19. Jahrhunderts steht in den kleinbäuerlichen Betrieben die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zur Disposition. Die intensive Bodennutzung bedarf der Einzelpflege der Kulturen, die wiederum weniger physischer Kraft, sondern mehr der Geschicklichkeit bedarf: »Sie ist reich an Frauenarbeit. Ihre Bewältigung fällt gemäß der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau der Bäuerin zu.« Das bewirkt eine Steigerung der weiblichen Beteiligung am Erwerbsbetrieb. Die Entwicklung zum Familienbetrieb bedeutet für die Frauen, da ihnen die Reproduktionsarbeit im Kleinbetrieb niemand abnimmt, eine »Vermehrung der Frauenarbeit. Mit innerer Notwendigkeit verlegt sich ihr Schwerpunkt vom Haus hinaus aufs Feld.« Die nach wie vor erwartete Mutterrolle sowie diese Veränderungen der Stellung der Frau im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß ergeben diejenige Doppelbelastung, die sehr bald zu einer regelrechten Flucht vor der bäuerlichen Ehe führt.⁵⁸

Die tendenzielle Loslösung der Frauen vom Haus als dem ihnen bisher zugewiesenen Wirkungsort setzt aufgrund der gewandelten Produktionsbedingungen bereits im kleinbäuerlichen Milieu ein. Die materielle Gewalt der traditionellen landwirtschaftlichen Arbeitsteilung beginnt sich langsam zu verringern. Somit

erscheint bei anhaltender Proletarisierung der weitergehende Schritt der folgenden Generation, in der Fabrik zu arbeiten, schon naheliegend.

Für die frühe Industrialisierungsphase (1880 ff.), als die Zahl der »ländlich« lebenden und auswärts beschäftigten Industriearbeiter in der Region zunimmt, kann für die Ehefrauen der ersten Arbeitergeneration in bezug auf ihr Frauen-(selbst)bild angenommen werden, daß ihrem Selbstverständnis gemäß und bei dem von ihnen erwarteten Rollenverhalten nur wenig Veränderung eintritt.⁵⁹ Allerdings läßt sich das für ihre Töchtergeneration schon nicht mehr uneinge-



Bäuerlich geprägtes Dorfleben in Benningen, vor 1914

schränkt sagen. Nur verläuft diese Entwicklung nicht geradlinig. Sie ist vielmehr mit vielfältigen anderen, teils gegenläufigen (ideologischen) Prozessen verschränkt. So setzt sich in einer ursprünglich immer auf Frauenarbeit angewiesenen und sich wandelnden kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaft zusehends das geschlechtspolarisierte bürgerliche Frauenbild als ein auch für die unterbürgerlichen Klassen und Schichten allgemeingültiges gesellschaftliches Ideal durch. Gleichzeitig sind der Übernahme eines solchen Frauenbildes durch die realen ökonomischen Notwendigkeiten von Frauenarbeit in Fabrik und Landwirtschaft Grenzen gesetzt. Diese bedingen eine tendenzielle Wandlung der beiden Produktionsweisen, der kapitalistischen wie der traditional-agrarischen, inhärenten Frauenbilder. An eine regelmäßige industrielle Erwerbstätigkeit ist jedoch vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Rollenverteilung in der Familie (Hausarbeit und Kindererziehung) für verheiratete Frauen nach wie vor kaum zu denken.

Lange Arbeitszeiten und Anfahrtswege sowie das Fehlen entsprechender Arbeitsplätze in der Region bewirken ein übriges.

Für die weibliche Jugend der unter- bzw. kleinbäuerlichen Schichten ist es zunächst üblich, sich als Dienstmädchen in einem bürgerlich-städtischen Haushalt in der näheren Umgebung oder noch weiter weg zu verdingen: »Wenn zu Hause entbehrlich, gehen sie nach auswärts in Dienst, meist nach Stuttgart-Cannstatt.«⁶⁰ Denn bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein ist, nicht zuletzt aufgrund der durch den industriellen Aufschwung gesteigerten bürgerlichen Einkommensverhältnisse, der Gesindedienst die hauptsächliche Form weiblicher Lohnarbeit.⁶¹ Zwischen 1870 und 1880 geht in Benningen oft die Hälfte aller Schulabgängerinnen diesen Weg. Industrielle Frauenarbeitsplätze gibt es zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Marbach zeitweise für 20 Trikotnäherinnen bzw. »Hosenbesetzerinnen« in der Trikotagenfabrik der Gebrüder Löb⁶² und für ca. 30 Arbeiterinnen in der Schuhfabrik Geiger und Hummel, die überwiegend Mädchen wiederum zum Nähen der Schuhe anstellt (MP, 7. 1. 1907).

»Um Erwerbsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen«, eröffnet 1899 in Gronau der Evangelische Hilfsverein einen Betrieb zur Herstellung von Zigarren, in dem zeitweise bis zu 80 Frauen beschäftigt sind.⁶³ Die von 1897 bis 1920/27 bestehende Benninger Zigarrenfabrik Paul Barth (G. Albert Reiniger Nachf.) bietet zu Zeiten ihres höchsten Beschäftigungsstandes 1898 51 Frauen und 23 Männern Arbeitsplätze. Der niedrigste Lohn beträgt 0,60 Mark und der höchste 1,60 Mark. Die Tätigkeit ist manuelle Akkordarbeit.⁶⁴ In Steinheim wiederum produzieren Frauen und Kinder von Arbeitern auf Heimarbeitsbasis Korbsessel und geflochtene Stuhlaufgaben für die örtliche Möbelindustrie.⁶⁵

Ist Fabrikarbeit zunächst schlecht angesehen – »Bis jetzt gilt die Fabrikarbeit als minderwertig, namentlich Mädchen gehen viel lieber in auswärtige Dienste als in die Fabrik«⁶⁶ –, wird sie mit der zunehmenden Industrialisierung zur zentralen Erfahrung von Jugendlichen nach der Schulentlassung. Dies hat einen gesamtgesellschaftlichen Umschichtungsprozeß zur Folge, der ab 1900 mit einem rapiden Rückgang der Dienstboten und einer erheblichen Steigerung des Frauenanteils im industriellen Sektor sowie in den Angestelltenberufen einhergeht.⁶⁷ Diese Entwicklung betrifft auch junge Frauen in der Region: »Eine Anzahl Arbeiter, vorwiegend Jugendliche, auch Mädchen arbeitet in verschiedenen auswärtigen Etablissements in Backnang, Marbach, Ludwigsburg und weiterhin. Diese bilden im allgemeinen keinen guten Bestandteil der Bevölkerung.«⁶⁸

Als das Kennzeichnende des kulturellen Lebens in Kleinaspach beschreibt Maria Bidlingmaier: »Durch das Abgelegensein noch viel einfache Lebensart, Anhänge an die frühere Hauswirtschaft, und andererseits der empfänglichere Sinn für städtische Neuheiten, den besonders die dienenden Mädchen vermitteln, – plötzlich ein Kulturstand, der weit über den Durchschnitt hinausragt, eine Aufnahmefähigkeit einzelner gegenüber allem Neuen, eine flüssige Art, die dem leichtblütigen und lebenslustigen Charakter der Kleinaspacher entspringt, und doch überall ein Durchbrechen der eigentlichen Bauernnatur.«⁶⁹ Beide Formen von Erwerbstätigkeit, Fabrikarbeit wie städtischer Dienst, bedingen eine Horizonterweiterung und befördern damit veränderte Verhaltensweisen, die auch das gesellschaftliche Frauen(selbst)bild verändern. Besonders aufmerksam beobachten diesen Sachverhalt die Pfarrer, die darin aber meist keine positive Entwicklung sehen wollen: »Besonders schädigend wirkt aber auch hier der Einfluß der Stadt,

in der fast jede Frau einige Jahre gedient hat. Das unkirchliche Leben ihrer Herrschaft hat sie sich im Lauf ihrer Dienstzeit angewöhnt und verpflanzt es später in die Heimat.«⁷⁰ Insbesondere der Burgstaller Pfarrer macht den »Fabrikgeist« für die sich wandelnden Werte und Normen verantwortlich: »Die ledige männliche Jugend, namentlich Schreiner, stellt häufig Wirtshaugäste, auch unter den weiblichen sind etliche unter dem Einfluß des Fabrikgeistes so weit gekommen, daß sie sich nicht entblöden, am Sonntag ins Wirtshaus zu sitzen, um mit den ledigen Burschen zu schäkern.«⁷¹ Ähnliche Unbotmäßigkeit aufgrund des allgemeinen Umbruchs will derselbe Geistliche auch in der Landwirtschaft sehen: »In einem Haus mit mehreren Dienstboten kam es vor, daß die Mägde wochenlang jede Nacht aus dem Fenster stiegen; die Herrschaft sagte nicht ein Wort aus Furcht, die unentbehrlichen Arbeitskräfte zu verlieren.«⁷²

Mit dem wachsenden Anteil der Jugendlichen beiderlei Geschlechts am Familieneinkommen verschiebt sich zugleich ihre traditionell untergeordnete Stellung. In diesem Zusammenhang werden »Söhne und Töchter« gleichermaßen angeführt. Das deutet darauf hin, daß sich auch die Stellung der Mädchen innerhalb des Familienverbandes in einem beschränkten Maß zu wandeln beginnt.

Vorwiegend diese Generation von Frauen ist es, die nach eigener Familiengründung daran geht, ihre Doppelbelastung organisatorisch besser zu bewältigen. Auch in Arbeiterbauernfamilien bedeutet die Verheiratung zwar meist die Aufgabe der Berufstätigkeit, es bleibt jedoch die doppelte Inanspruchnahme durch Haus- und Feldarbeit bestehen. Inwieweit Frauen unter derlei Voraussetzungen auch über mehr Macht, Kontrolle und Einfluß verfügen, als es das allgemein verbreitete Männer(selbst)bild vermuten läßt, oder inwiefern sich durch die Außerhaus-Verlagerung des Hauptverdienstes die Vorstellung von der dominierenden Rolle des männlichen Ernährers verstärkt durchsetzt, kann hier nicht entschieden werden.⁷³ Jedenfalls zielen die biographischen Entwürfe der Arbeitermädchen im Kaiserreich nach der einklassigen Schule hauptsächlich auf ein Leben in Familie und mit Kirche ab.⁷⁴ Frauenpolitik in Dorf und Kleinstadt vor 1914 heißt dann vor allem, Ventile für die Doppelbelastung zu suchen. Insbesondere sogenannte Kleinkinderpflegen, die konkret und praktisch Abhilfe versprechen, werden Gegenstand kommunalpolitischer Diskussion. Arbeiterbauernfamilien und Pfarrer fordern sie gleichermaßen. Aber nur in Affalterbach kann vor dem Ersten Weltkrieg dergleichen durchgesetzt werden: »Die Kleinkinderpflege ist ein rechter Segen; eine tüchtige, erfahrene Schwester dient ihr seit dem 1. November 1907. Die Kinderpflege ist vorerst noch provisorisch in einem Gelaß des alten Schulhauses untergebracht.«⁷⁵ An solchen Voraussetzungen für weibliche Berufstätigkeit mangelt es allerorten im Oberamt.

Nach wie vor fehlende, spezifisch weibliche Arbeitsplätze in der Region bewirken noch in der Weimarer Republik ein übriges. 1925 beträgt der Anteil der Frauen (893) an der Gesamtzahl (3806) aller Beschäftigten im Oberamt 23,5% – im früheren Neckarkreis sind es 28,7% und in ganz Württemberg 30,3%. Die Mehrzahl davon (546) arbeitet im industriellen Erwerbssektor, wobei dieser Anteil wiederum 18,3% aller dort Beschäftigten ausmacht. Auffällig ist der hohe Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Bereich »Handel und Verkehr einschl. Gast- und Schankwirtschaft«. Von insgesamt 762 der dort Beschäftigten sind 322 oder 42,25% weiblich. Das sind 36% aller weiblichen Beschäftigten im Oberamt.⁷⁶ Im Einzelhandel finden sich 144 Frauen (16,12% der Frauen), in den Bäckereien und

der Backwarenindustrie 81 (9 %), das Handelsgewerbe zählt 175 (19,6%), das Bekleidungs-gewerbe 87 (9,7%) und das Verkehrswesen 27 (3,2%) weibliche Personen. 17 (1,9%) weibliche Beschäftigte weist das Gesundheitswesen auf. In stärker industriell ausgerichteten Branchen finden sich 120 (13,3%) Frauen in der Seidenindustrie, 239 (26,7%) in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 148 (16,5%) in der Textilindustrie, 22 (2,5%) in der Lederindustrie und 31 (3,5%) in der Holzverarbeitung. Die drei Tabakindustriebetriebe des Oberamtsbezirks weisen insgesamt 88, davon 66 (7,4%) weibliche Beschäftigte auf.⁷⁷

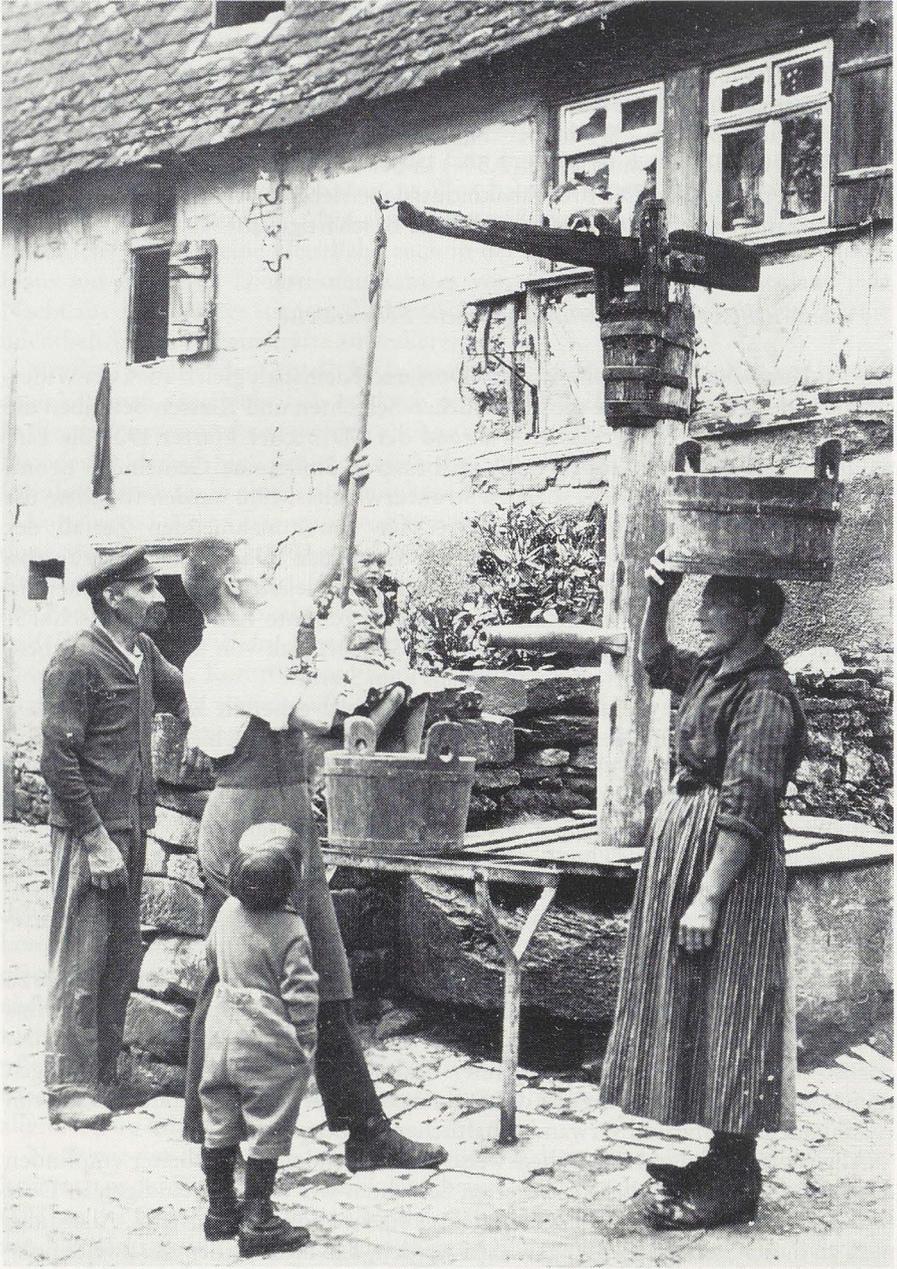
Proletarische versus bürgerlich-agrarische Lebensweise

Die proletarische Lebensweise stößt in Dorf und Kleinstadt gleich auf zwei Widerstände: Die agrarischen wie die bürgerlichen Schichten und Klassen betreiben die Ausgrenzung der Arbeiterklasse. Während der Marbacher Pfarrer 1904 die Einwohnerschaft der Stadt »doch noch im besseren Sinne eine Gemeinde« nennt, ändert sich das im Verlauf des sozialen Strukturwandels. 1910 werden vor allem die neu zugezogenen Arbeiter vom Pfarrer für den zunehmenden Zerfall der »Gemeinde« verantwortlich gemacht: »Die Gemeinde bildet infolge Zuzug von Auswärtigen, namentlich Arbeitern, nicht mehr in gleichem Maß wie früher ein Ganzes. Die fast durchweg sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft schließt sich auch hier immer fester zusammen und sondert sich von den »bürgerlichen« Kreisen ab. Ihr Sammelort ist das Gasthaus zum Stern.«⁷⁸

Ein besonderes Gewicht besitzt in der Region der generelle Konflikt zwischen den Lebensweisen und den sich daraus ableitenden unterschiedlichen Normen und Werten von Arbeiterklasse und Kleinbauern, die quasi stellvertretend für die sozialen Kräfte der industriellen »Moderne« und des agrarischen »Beharrens« bis in die Weimarer Republik immer wieder aneinandergeraten: »Das Verhältnis von Arbeiterschaft und bäuerlicher Bevölkerung ist hinüber und herüber gespannt und unfreundlich. Die Spannung war zumal in den Anfangszeiten des Krieges besonders stark. Auch unter den derzeitigen Verhältnissen ist die gegenseitige Unzufriedenheit bis zur Gehässigkeit groß.«⁷⁹

Die veränderte Lebensweise äußert sich auf verschiedenen Ebenen. Hierzu gehört die Ausweitung des Dienstbotenwesens unter den Mädchen, das Bedürfnis nach Kleinkinderschulen, die wachsende Mobilität, die Neigung zu »Luxus« ebenso wie die langsam fortschreitende »Entkirchlichung«. Die Pfarrer beklagen immer wieder die »Entheiligung des Sonntags« durch die wachsende Anzahl von Ausflügen und aufgrund verwandtschaftlicher Sonntagsbesuche.

Allein die andersgeartete Lebensweise der auspendelnden Arbeiter empfinden die nach wie vor bäuerlich orientierten Schichten wie die Selbständigen in Dorf und Kleinstadt als ständige Bedrohung ihrer eigenen sozialen Existenz. Allerdings muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß diese Sichtweise zweier polarisierter Lager von Arbeiterbewegungskultur und »bürgerlicher« Kultur eine Verkürzung darstellt. Gerade in der »Proletarischen Provinz« bedarf es zur vollständigen Realisierung des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses eines Bündnisses aller industriell orientierten Kräfte gegen das traditionale agrarischen Lager. Wenn es um Fragen der Modernisierung (z. B. der Errichtung der für die Industrie notwendigen Infrastruktur, also Wasser-, Elektrizitäts- oder Gasversorgung) geht,



Bäuerliche Subsistenzwirtschaft in Benningen, vor 1914

finden sich Arbeiterklasse und Kleinfabrikanten aus ihrer Sicht als »Koalition der Vernunft« gegen die »rückständigen« Bauern zusammen. Hinter diesen ideologischen Wertungen der »gewerblichen« wie der bäuerlichen Bevölkerungsteile verbergen sich ihre jeweiligen handfesten ökonomischen Interessen. Da zahlreiche Kleinbauern in bestimmten Modernisierungsinvestitionen (z. B. in Kleinkinderkrippen, Stromnetz oder Abwasserkanäle) für sich nur einen bedingten wirtschaftlichen Nutzen sehen – und nicht, weil sie besonders »rückständig« sind – vermögen sie keine Notwendigkeit für derlei Maßnahmen zu erkennen.

Anlässlich der Debatte, ob Gas oder Elektrizität die Beleuchtung in Marbach verbessern helfen soll, formuliert 1904 in der »Schwäbischen Tagwacht« ein gewisser »A. R.« programmatisch für die »zur Sonne« und »zum Licht« aufstrebende Arbeiterbewegung: »Wir hoffen trotzdem, daß der Wunsch der Bürger nach besserer Beleuchtung in Erfüllung geht, namentlich auch der Wunsch nach mehr Licht und Aufklärung im Sinne des zeitgemäßen Fortschritts und der modernen Weltanschauung, wie es einem Einwohner der Geburtsstadt des großen Schiller geziemt.« (ST, 8. 12. 1904)

In diesem Zusammenhang wird bis heute immer wieder die Geschichte um die mögliche Ansiedelung des späteren Salamander-Fabrikanten Jakob Sigle in Marbach kolportiert. Demzufolge soll Marbach aufgrund der Engstirnigkeit seiner Stadtväter dem ansiedlungswilligen Sigle die Firmengründung in der »Schillerstadt« um 1885 verwehrt haben. Während eine Lesart dies dem »Schillergeist« (»Was brauchen wir Industrie, wenn wir unseren Schiller haben?«) der damaligen Verantwortlichen zuschreibt (Marbacher Zeitung, 19. 2. 1987), bevorzugen Anhänger der Arbeiterbewegung eine andere Version: »Der Gründer der Firma Salamander hat ja in Marbach gelernt, der Jakob Sigle. ... Und der wollte ursprünglich nach Marbach, der wollte in Marbach anfangen. Und da haben die Bauren auf dem Rathaus gesagt: »Mir brauchen den Arbeiterpack nicht«. ... Für die Bauren war der Arbeiter ein Pack. Das war der Baurenstolz.«⁸⁰

Diese heutige, retrospektive, aber auch schon zeitgenössische Sichtweise der Konflikte in der Arbeiterbewegung findet ihre wissenschaftliche Fortschreibung in gegenwärtigen Modernisierungstheorien, in denen auf abstrakter Ebene der historische Prozeß daraufhin gerichtet wird, daß das – als der rückständig begriffene Teil – »Land« sich der fortgeschritteneren »Stadt« angleicht bzw. anzugleichen hat. Dieses Apriori läßt jedoch meist unberücksichtigt, in welcher Weise während der Industrialisierung ältere sozio-kulturelle Strukturen unter sich wandelnden Lebensbedingungen an- und eingebunden bleiben.⁸¹ Zu kurz kommt in dieser Sichtweise, daß sich auch die Träger der »modernen« Arbeiterbewegung auf dem Land nach wie vor an zahlreichen traditionellen Standards der Lebensweise der ländlichen Gesellschaft orientieren. Unberührt von diesen Widersprüchen bleibt die schrittweise Integration der aufsteigenden Handwerker-Fabrikanten in den hegemonialen »Block« der kleinstädtischen und dörflichen Machtelite und der grundsätzliche Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital.

Mag die Distanz zu bürgerlichen Lebensgewohnheiten und Tugenden in den städtischen Zentren von einer urbanen »Kultur der Armut«⁸² herrühren, so ist dieselbe bei den proletarisierten ländlichen Schichten allerdings nicht in gleicher Weise vorfindbar. Das hat seine Ursache vor allem darin, daß der Industrialisierungsprozeß auf anderen Basisprozessen beruht. So etwas wie eine »Kultur der Armut« wird durch die in Realteilungsgebieten typische Pendlerexistenz der

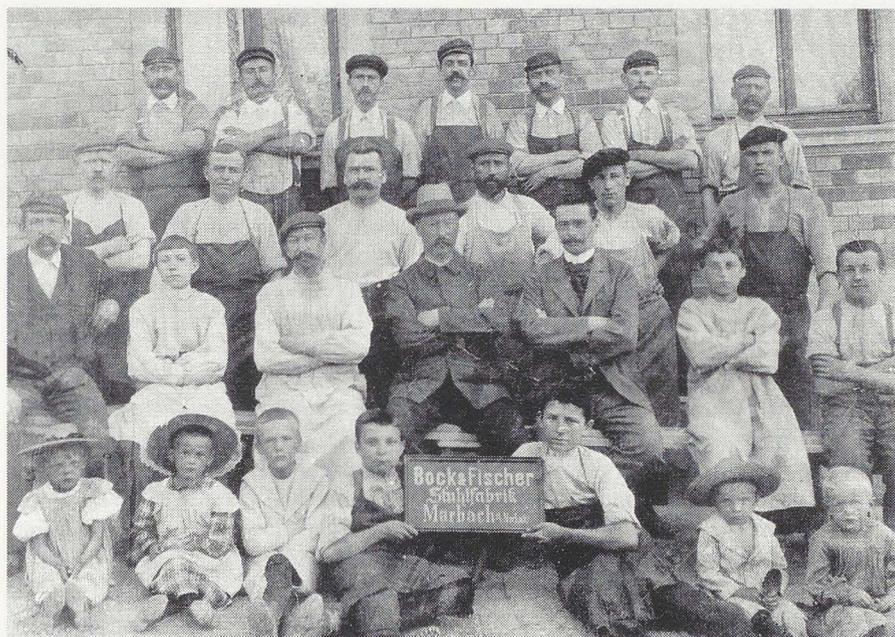
»Arbeiterbauern« abgemildert. Die regionalen proletarisierten Familien verfügen zumeist noch über eigene Grundstücke oder gar ein eigenes Haus, wobei dann ein anderer Wertehorizont als der, den eine »Kultur der Armut« impliziert, aufscheint. Dem zentralen Wert der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich das Eigentum, kommt sowohl in der traditional agrarisch verfaßten Gesellschaft wie auch in der sich wandelnden agrarisch-industriellen Mischform gleichermaßen eine hegemoniale Funktion zu. Grund- und Hausbesitz sind im Realteilungsgebiet konstituierend für ein Kultur- und Lebensweismuster, das das soziale Ansehen in Dorf und Kleinstadt bestimmt.⁸³

Im Zusammenhang mit der Pendelwanderung diagnostiziert Willi A. Boelcke eine Art »Bodenständigkeit«, als Folge des »Bestrebens des württembergischen Arbeitnehmers, sich ererbtes Eigentum zu erhalten oder neues zu schaffen«. Diese »Bodenständigkeit« werde dadurch gefördert, daß im Kaiserreich etwa 50 Prozent der unselbständigen Erwerbstätigen in Württembergs Gewerbe ein eigenes Haus besitzen. 1910 bewohnen in Württemberg 62,3 Prozent aller Häuser die Eigentümer selbst. Jedoch wird es für die Angehörigen der ländlichen unterbäuerlichen Schichten generell zunehmend schwieriger, diesen Status zu halten.⁸⁴

Das beflügelt offensichtlich jene romantisierende Beschreibung, die als Extrapolation des »Gesamthabitus«⁸⁵ württembergischer Arbeiter bezeichnet werden kann: Sie »sitzen nicht zusammengeworfen in endlos gleichen eintönigen Straßenzügen und ihren friedlosen Mietskasernen, sondern sie bewohnen gemütliche Kleinstädte (auch die schwäbische Haupt- und Residenzstadt erhebt sich in ihrem Aufbau und internen Leben kaum über solche) oder sitzen draußen in Dörfern zwischen blühenden Obstgärten. Dann bewohnen sie zum großen Teil ihre Heimatgemeinde, wurzeln also fest und bequem in alter gut schwäbischer Gemütlichkeit. Sie sind kein Atom im Meere der Mietskasernen, sondern der Herr Schreiner so und so und der Herr Tagelöhner so und so spielen noch eine gewisse Rolle in ihrem benachbarten Kreise.«⁸⁶

In den Vorstellungen bürgerlicher Reformen und Sozialtechniker wird dem Eigentum in bezug auf die Pazifizierung von Klassengegensätzen und gegen das »Absinken ins Proletariat«⁸⁷ eine wesentliche Rolle beigemessen. Die Begründung des Ulmer Oberbürgermeisters Heinrich von Wagner für eine städtische Initiative zur Errichtung von Arbeitereigenheimen lautet denn auch folgerichtig: »Wer im deutschen Volke Familiensinn, Häuslichkeit, Sparsamkeit, Zufriedenheit, Zucht und Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit, Gottesfurcht, Heimatgefühl und Vaterlandsliebe schaffen und pflegen will, der arbeite mit am Bau des Deutschen Arbeitereigenheims.«⁸⁸ Darin sind sich Friedrich Engels und die bürgerlichen Sozialreformer – wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen – einig.⁸⁹ Demnach erziehe das eigene Heim zur Häuslichkeit, »fessele . . . ob seiner erforderlichen Pflege und der damit sich entwickelnden emotionalen Verbundenheit um so mehr an das traute Heim« und gebe »dem täglichen Abmühen eine ›sinnvolle‹ Richtung«. Die bürgerlichen Sozialreformer erhoffen sich dabei die »Verwandlung eigentumsloser Arbeiter in arbeitende Eigentümer« und verstehen Eigentumsbildung als ein »humanes Bekämpfungsmittel des Sozialismus«.⁹⁰

In Württemberg aber bedarf es nach allgemeiner Auffassung linker wie rechter Beobachter gar nicht erst der künstlichen Verankerung einer solchen Ideologie. Sie sei in den Reihen der besser verdienenden, qualifizierten Arbeiter bereits gesellschaftliche Praxis. Einer solchen Lesart zufolge zeitigen derartige Verhältnisse



Belegschaft der Stuhlfabrik Bock und Fischer in Marbach, 1909

entsprechenden Einfluß bezüglich des Klassenbewußtseins- und Organisationsbildungsprozesses. Demzufolge grenze sich eine hausbesitzende Arbeiterklasse nicht in gleicher Weise wie das (groß-)städtische Proletariat von den herrschenden und besitzenden Klassen ab, und es sei einfacher, sie hinsichtlich der Organisation ihrer politischen Interessen zu spalten.⁹¹ Gerade billigere Arbeitskräfte aus Dörfern wie z. B. Burgstall werden aus diesem Grund »von den Backnanger Arbeitern und Arbeiterinnen nicht gern gesehen und gedrückt!«⁹² Die Burgstaller können sich nicht zuletzt deshalb billiger verkaufen, da für sie als Grund- und Hausbesitzer niedrigere Lebenshaltungskosten anfallen und sie deshalb geringere Löhne zu akzeptieren bereit sind.

Aus diesem Sachverhalt erfolgt in der Literatur zur Geschichte der württembergischen Arbeiterbewegung die Ableitung der Dominanz des Reformismus: »Diese Bodenverbundenheit eines großen Bevölkerungsteils wirkte naturgemäß der Herausbildung einer Industriearbeiterschaft entgegen, sowohl materiell als auch psychologisch: Sein kleines Stück eigenen Bodens bewirkte, daß sich der einheimische Arbeiter nicht von den »besitzenden Klassen« geschieden fühlte; er war ja selbst Besitzer.«⁹³ Gleichermassen macht Maja Christ-Gmelin für die »gemäßigte« und hauptsächlich »reformistische« württembergische Spielart von Sozialdemokratie, neben der Furcht vor Repressionen im wilhelmischen Klassenstaat, diese Kulturmuster verantwortlich. So seien die zahlreichen Arbeiterbauern, die auf dem Lande wohnen und oftmals mit Grund- und Hausbesitz ausgestattet sind, eben noch eher in die dörfliche Lebensweise eingebunden.⁹⁴ Karl-Heinz Rueß sieht »die traditionelle Verankerung mit dem eigenen Grund und Boden« sowie

verwandtschaftliche und dörfliche Bindungen als die Ursache für die Anspruchslosigkeit und ebenso eine geringere Protest- und Radikalisierungsneigung württembergischer Arbeiter an.⁹⁵ 1922 stellt der Marbacher Pfarrer ebenso einen direkten Zusammenhang von Grundbesitz und der spezifisch »reformistischen« Form von Klassenauseinandersetzungen her: »Die zahlreichen Schreiner sind zielbewußte Gewerkschaftler; da aber viele Arbeiter Grundstücke besitzen, so sind sie in ihrer Klassenpolitik noch gemäßigt.«⁹⁶

Allerdings muß hierbei auch noch der Qualifikationsgrad der betreffenden Arbeiter zur Analyse herangezogen werden. Denn gerade die Arbeiterbauern, die zwar über Grundstücke und ein Haus, aber weniger über spezifische berufliche Qualifikationen verfügen, bilden ungeachtet all dieser Theorien die Rekrutierungsbasis für die KPD in den entsprechenden Dörfern.

Während ein Eigenheim in Deutschland der Weimarer Republik für »die meisten Arbeiter ein unerfüllbarer Traum«⁹⁷ bleibt, betont der Marbacher Sozialdemokrat Wilhelm Schenk stolz, daß nicht wenige Marbacher Gewerkschafter schon vor 1914 Hausbesitzer gewesen seien.⁹⁸ Auf diesen Umstand kann er nochmals 1930 anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Lederfabrik Ernst & Meißner für einen ganzen Betrieb verweisen: »Die Mehrzahl der Arbeiter dieser Fabrik sind Hausbesitzer. Zum Teil sind sie es durch Mithilfe der Firma geworden, ohne daß nachher irgendwie das Gefühl der Abhängigkeit empfunden werden mußte« (NP, 8. 4. 1930). In der Weimarer Republik findet daher der Kornwestheimer Bau- und Sparverein in Marbach ein umfangreiches Betätigungsfeld.⁹⁹

Wenn auch mancherorts das Verhältnis zwischen Fabrikanten und Arbeitern weitgehend patriarchalisch geprägt ist, so stellt die »Proletarische Provinz« um die Jahrhundertwende keineswegs eine Idylle dar, wie das in der landeskundlichen Literatur immer wieder suggeriert wird.¹⁰⁰ Vielmehr zeigen bereits die ersten Arbeitskämpfe, daß die scheinbar festgefühten Normen und das patriarchalische Beziehungsgefüge schon recht früh erste Risse bekommen. In diesen Auseinandersetzungen entsteht bei den Arbeitern in Benningen, Steinheim und Marbach ein proletarisches Klassenbewußtsein. Zugleich Voraussetzung und Verstärker

Zur Aufklärung.

In No. 3 des Postillon vom Samstag sucht die hiesige Schuhfabrik Geiger u. Hummel Arbeitskräfte unter dem Versprechen gegen gute Bezahlung. Hierzu sei bemerkt, daß der Streik der ausländigen Arbeiter unverändert weiter geht und sich noch kein Streifbrecher gezeigt hat. Wir bitten daher die Einwohnerschaft von hier und Umgebung, den Kampf der Streikenden dadurch zu unterstützen, daß sie keinerlei Arbeit bei genannter Firma annehmen.

Die geforderte Lohnerhöhung ist eine sehr minimale, die infolge der allgemeinen Teuerung nur zu berechtigt ist. Die Firma hat aber den Streikenden bis jetzt noch gar kein Entgegenkommen gezeigt.

Das Streikomitee.

Anzeige im »Postillon« vom 7. Januar 1907. Zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Lohnerhöhung waren die Arbeiter der Marbacher Schuhfabrik Geiger und Hummel im November 1906 in den Streik getreten

dieser Entwicklung ist die Selbstorganisation der Arbeiterklasse, mit der sich ihr selbstbewußtester Teil gegen soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und politische Repression zur Wehr setzt. Die darin zum Ausdruck kommende Segmentierung der Arbeiterklasse unterstreicht die Beobachtung, daß der allgemeine marktgesellschaftliche Differenzierungsprozeß stets mehrere Besitz- und Berufsklassen innerhalb der »bürgerlichen Gesellschaft« erzeugt und dementsprechend »mehrere industrielle und gewerbliche Erwerbsklassen« innerhalb der »Arbeiterschaft« hervorbringt. Dies wirkt sich gegen die »Homogenisierung zu einer einzigen sozialen Klasse« aus. In der »Proletarischen Provinz« steht die Arbeiterbewegung vor dem Problem, daß (z. B. im Vereinswesen) diejenigen, die klassenmäßig eigentlich zu ihnen gehören, im gegnerischen politischen Lager mitwirken.¹⁰¹

Reaktion der neuen und alten Machteliten

Ungeachtet fortbestehender Übereinstimmungen von Kultur- und Lebensweismustern konfrontiert die Arbeiterbewegung die ländliche Gesellschaft nicht zuletzt in Form ihrer Organisationen mit einem abweichenden Wert- und Normengefüge (z. B. Konsum- und Freizeitverhalten, politische und religiöse Vorstellungen). Die lokale Machtelite, der hegemoniale »Block« reagiert mit Ausgrenzung. Das beschleunigt die Spaltung des Dorf- und Kleinstadtlebens in Lager. Wer sich zur Sozialdemokratie (oder in der Weimarer Republik zur KPD) bekennt, obliegt der polizeilichen Überwachung und wird aus dem politischen und sozialen Konsens der dörflichen und kleinstädtischen Gesellschaft ausgegrenzt. Die Herausbildung der Organisationen der Arbeiterklasse läßt eine völlig neue politische und gesellschaftliche Situation in der Region entstehen, auf die der hegemoniale »Block« mit sozialer Ächtung antwortet. Beides, die erlittene Ausgrenzung wie die daraus resultierende selbst betriebene Abgrenzung der Arbeiterbewegung, stellt im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg jedem einzelnen Arbeiter die Frage nach seiner klassenspezifischen Identität und damit nach seinem politischen Standort.

Der sozialdemokratischen Presse zufolge werden in Benningen die Arbeiter als »Bettelbuben« und »Lausbuben« beschimpft (ST, 5. 12. 1907). Die ansässigen Sozialdemokraten beklagen, daß ein jeder, der »ins Oberamt Marbach kommt, . . . sich in Abrahams Zeiten zurückversetzt« glaubt, weil dort der politische Gegner »in blinder Wut über die ›Sozzen‹ herzufallen und sie schlimmer wie Verbrecher zu behandeln« pflegt (ST, 8. 2. 1907). Sie fühlen sich als »Bürger zweiter Klasse behandelt« (ST, 10. 12. 1907) und wollen zeigen, »daß die hiesigen Sozialdemokraten eben doch auch zu der Bürgerschaft zählen« (ST, 21. 12. 1908). Das Benninger »Lumpenpack« (ST, 23. 1. 1909) sieht sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß auch nach dem Einzug der Sozialdemokratie in das Kommunalparlament »der Kirchturm nicht auf die Spitze gestellt und der Neckar ruhig weiter abwärts fließen wird« (ST, 29. 1. 1909). In Erdmannhausen verbietet 1909 der Schultheiß eine zu spät angemeldete sozialdemokratische Versammlung. Um der Form zu genügen, melden auswärtige Sozialdemokraten die Versammlung nochmals fristgerecht an. Nun aber verweigert der Schultheiß, die Zusammenkunft durch die Ortschaft bekanntmachen zu lassen, wie das bei anderen Parteien und Vereinen sonst der Fall ist (ST, 15. 2. 1909).

Nicht immer versuchen die Behörden, die Aktivitäten der Arbeiterbewegung durch derartige Schikanen einzudämmen. Als sich 1903 der Marbacher Dekan Färber darüber beschwert, daß eine sozialdemokratische Veranstaltung mit einem »Bericht über den Parteitag« durch einen Polizeidiener ausgeschellt wird, wo doch die Sozialdemokratie »bekanntlich die Todfeindschaft gegen die bestehende bürgerliche und christliche Gesellschaft proklamiert hat, und deren Haupt, Bebel, erklärte, er werde nicht ruhen, bis er sie vernichtet habe«, und den Stadtschultheißen Härtnert fragt, »ob eine solche Neutralität der Obrigkeit eben dieser bürgerlichen Gesellschaft berechtigt sein kann«, antwortet dieser, daß das Ausschellen ordnungsgemäß beantragt worden sei und dies jeder politischen Partei erlaubt werde: »Würde ich das Gesuch abgeschlagen haben, so hätten die Herren Social-Demokraten bei ihrer bekannten Rührigkeit und Opferwilligkeit wohl in jedes Haus eine Einladung getragen und diese Art der Einladung wäre viel wirksamer gewesen als die öffentliche Bekanntmachung, mir aber hätte mit Recht der Vorwurf ungleicher Behandlung gemacht werden können.«¹⁰²

Diese Haltung verweist bereits auf eine Strategie gegen die Arbeiterbewegung, die aber erst in der Weimarer Republik richtig zum Tragen kommt und die nicht ausschließlich auf Ausgrenzung basiert, indem sie bemüht ist, die sozialdemokratischen Arbeiter formal in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren.

Die Diskriminierung beantworten die Arbeiter entsprechend. Wo, wie bei den Pfarrern, keine ökonomische Abhängigkeit besteht, zeigen einzelne jugendliche und sozialdemokratisch orientierte Arbeiter mitunter durch widerständiges Verhalten, daß sie nicht bereit sind, die Ausgrenzung klaglos über sich ergehen zu lassen: »Im Zusammenhang mit dem Vordringen des sozialdemokratischen Geistes wird in einzelnen Kreisen ziemlich unverhohlen ausgesprochen: Was brauchen wir überhaupt einen ›Pfaffen‹? Es ist dem Pfarrer auch schon begegnet, daß, wenn er nachts des Wegs kam, unreife Jugend ihm unter dem Schutz der Dunkelheit Beschimpfungen zuteil werden ließ.«¹⁰³ Es bleibt jedoch unklar, ob es sich wirklich um sozialdemokratisch orientierte Arbeiter oder um die Projektionen der Pfarrer, die sich entsprechendes Verhalten anders nicht erklären können, handelt.

Ein gewichtiges Mittel im Kampf gegen die Arbeiterbewegung ist die Lokalpresse. Befriedigt kann die Regierung des Neckarkreises in Ludwigsburg 1904 in ihrem Jahresbericht über die Sozialdemokratie melden, daß »das Amtsblatt für den Bezirk Marbach, der Postillon und der in Großbottwar erscheinende Bottwartal-Bote der Sozialdemokratie nicht zugänglich« sind.¹⁰⁴ Vor 1914 kommt dort die Sozialdemokratie meist nur in Form von Anzeigen oder Veranstaltungsankündigungen zu Wort. Eigene Artikel von Schreibern der Arbeiterbewegung sind selten. Wenn Berichte über sozialdemokratische Versammlungen erscheinen, handelt es sich um Inhaltsangaben mit gegen die Sozialdemokratie gerichteten Wertungen: »Die Versammlung war schwach besucht, und diese Wenigen fühlten sich nur abgestoßen durch die Art und Weise, mit welcher der Redner seinen Vortrag eindrucksvoll zu machen suchte« (MP, 20. 2. 1890). Der Inhaber und Redakteur des »Marbacher Postillon«, Adolf Remppis, neigt selbst zu den Nationalliberalen, und die in seiner Zeitung erscheinenden Berichte über die Sitzungen des Reichstags und des Landtags »sind kümmerlich und antisozialistisch gefärbt«.¹⁰⁵ Als 1903 Wilhelm Keil gegen den Nationalliberalen Johannes Hieber, der seit 1898 als gewählter Abgeordneter des hiesigen Wahlkreises Mitglied des Reichstags war, kandidiert, wird dem Sozialdemokraten vom »Marbacher Postillon« vorgehalten,

daß er den gestellten Fragen ausgewichen sei, »indem er dieselben ins Lächerliche zog und natürlich von den Herren Genossen kräftig und präzise unterstützt wurde. Die ganze Versammlung hat bewiesen, daß man den Verhetzungen und Übertreibungen der sozialdemokratischen Agitatoren hier in der Stadt Marbach kein großes Interesse entgegenbringt.« (MP, 27. 3. 1903)

Die Konfliktstellung zwischen Lokalzeitung und Sozialdemokratie wird im Kaiserreich immer wieder sichtbar. Im Jahr 1910 zeigt sich »die hiesige Arbeiterschaft ... mit einer solchen Berichterstattung sehr unzufrieden und wird ihre Konsequenzen ziehen« (ST, 6. 7. 1910).

Einen weiteren Konfliktpunkt bildet der Wahlverlauf. Beim Verteilen der Stimmzettel vor den Wahllokalen kommt es mitunter zu gewalttätigen Zusammenstößen mit den Anhängern des Bauernbundes, wie überhaupt die Agitation auf dem Land mit Unwägbarkeiten verknüpft ist¹⁰⁶: »In Weiler zum Stein konnten gestern unsere Vertrauensmänner wieder nur zum Teil Flugblätter und Stimmzettel verteilen. Die bauernbündlerischen Freunde des Herrn Hieber führten sich wieder äußerst brutal auf. »Ihr Lumpen, ihr Spitzbuben, wenn ihr nicht macht, daß ihr zum Dorfe hinauskommt, so hauen wir Euch hinaus!« Das waren die Titel, mit denen unsere Leute vielfach empfangen wurden. In mehreren Häusern wurde ihnen mit Hinauswerfen gedroht.« (ST, 22. 6. 1903)

Einerseits bleiben die Konflikte auch während des Ersten Weltkrieges bestehen oder verschärfen sich wie in Benningen. Andererseits gibt es auch den gegenteiligen Fall wie in Marbach, wo laut Pfarrbericht die Gegensätze zurücktreten.¹⁰⁷

Die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Interessen zeigen sich in den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges vor allem in den Auseinandersetzungen um die Höhe der Fleisch-, Milch- und Brotpreise, die in Marbach 1907 (MP, 22. 4. 1907) zur Gründung eines Konsumvereins und in Steinheim 1912 (MP, 30. 8. 1912) zur Eröffnung einer Verkaufsstelle desselben führen. Auch die Bürgerrechts- und Volksschulgebühren und die Öffnungszeiten der Wahllokale bei den grundsätzlich werktags stattfindenden Wahlen bewirken heftige Auseinandersetzungen.

Dieselben erklären sich aus der Tatsache, daß im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, trotz hoffnungsvoller Ansätze in den 60er und 70er Jahren, der Dialog zwischen städtischer Arbeiterbewegung und Volksbewegung auf dem Lande scheitert. Die Frage ist, inwiefern hierfür neben ökonomischen und politischen insbesondere ideologische Faktoren verantwortlich zu machen sind. Während auf seiten der agrarischen Schichten dem Antisemitismus eine wachsende Rolle zukommt, radikalisiert sich die Arbeiterbewegung im Zuge des Sozialistengesetzes. Ob allerdings diese Widersprüche durch größere Kompromißbereitschaft, ein Agrarprogramm und eine angepaßtere Agitation auf dem Lande überwindbar gewesen wären, ist noch die Frage.

Außerdem hat die außerordentlich scharfe Abwendung der Arbeiterbewegung von den liberal-demokratischen Kräften im Zuge des Auflösungsprozesses der »ursprünglich breiten Volksbewegung für Bürgerrecht, Demokratie und Nationalstaat« und die im westeuropäischen Vergleich sehr frühe Bildung unabhängiger politischer Arbeiterparteien auch noch andere Ursachen. Dazu gehören die langsame Ausdifferenzierung unterschiedlicher sozialer und ökonomischen Interessen, das ungenügende liberale Eintreten für soziale Forderungen, die ambivalente Haltung der Liberalen zur Forderung nach einem gleichen Wahlrecht sowie die

Weigerung der bürgerlichen Herrschaftseliten, Arbeiter an der Führung gemeinsamer Organisationen partizipieren zu lassen. Am Ende der einstmaligen gemeinsamen Volkspolitik steht die bürgerlich-nationalliberale Klassenpolitik.¹⁰⁸

Gerade in Württemberg sind die Sozialdemokraten schließlich bemüht, ein allzu radikales Auftreten zu vermeiden. So versucht die württembergische Parteiorganisation, neben dem städtischen Proletariat auch die Kleinbauern, Weingärtner, Handwerker, kleinen Angestellten und Beamten für sich zu gewinnen.¹⁰⁹ Die Schuld für diese Polarisierung liegt weniger bei der Sozialdemokratie als vielmehr bei Staat und Gesellschaft, die dem Streben der Arbeiterbewegung nach Gleichheit und Gerechtigkeit nicht entsprechen will und jegliche Zusammenarbeit ablehnt. Es ist die praktische Parteiarbeit, die eindringlich die politische Ungerechtigkeit und die andauernde soziale und politische Diskriminierung vor Augen führt.¹¹⁰ Und obwohl sich gerade die »reformistischen« ländlichen Ortsvereine in der Region durch einen geringen Radikalitätsgrad auszeichnen, gelingt ihnen im Oberamt Marbach trotz großer Anstrengungen dennoch zu keiner Zeit ein entscheidender Einbruch in die Domäne des Bauernbundes: »In diesen Orten spürt man stark die bauernbündlerische Verhetzung. Die Leute können einem eigentlich leid tun. Gerade da oben in den Löwensteiner Bergen wohnt eine Bevölkerung, die mit Gütern nicht allzu stark gesegnet ist. Der Wald gehört der ›Herrschaft‹. An ihm werden die männlichen Einwohner mit einem knappen Verdienst nur als Waldarbeiter teilhaftig. Daneben bebauen sie noch einige eigene oder Pachtgrundstücke. Ihre Wohngelegenheit genügt gerade den bescheidensten Ansprüchen. Und doch sind die Leute zum Teil fanatische Anhänger des Bauernbundes, der ihnen in gar keiner Beziehung etwas zu bieten vermag. . . . Daß diese Leute unter bauernbündlerischer Schulung stehen, ergibt sich aus dem geradezu fanatischen Beamtenhaß.« (NP, 10. 9. 1930)

Während der Weimarer Republik bleibt, auch unter veränderten politischen Bedingungen und trotz formaler Gleichbehandlung seitens der Behörden, die Ausgrenzung Handlungsmaxime der neuen wie der traditionellen lokalen Machtelementen. Die geringe soziale Wertschätzung der Arbeiter äußert sich beispielsweise darin, daß im Kirchberger Gemeinderat die Arbeiter als »Lumpen« und »Faulenzer« (ST, 5. 3. 1920) oder sozialdemokratische Rathausvertreter in Beilstein als »meineidige rote Gemeinderäte« (MZ, 9. 2. 1925) und in Murr als »Lumpen und Zigeuner« (NP, 3. 6. 1926) bezeichnet werden. In Marbach ist in »besseren Kreisen« auch in den 20er Jahren noch der Begriff des »Arbeiterpacks« gebräuchlich.¹¹¹

Anmerkungen

- 1 Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKAS) A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1874 und 1878.
- 2 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 150 Bü 2044, Bericht des Stadtpolizeiamts Stuttgart vom 13. 7. 1888.
- 3 Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914, Diss. Stuttgart 1976, S. 40 f.
- 4 Stadtarchiv Steinheim A 2270; HStAS E 150 Bü 2044, Schreiben vom 29. 9. 1889.
- 5 Christof Rieber: Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878–1890, 2. Teilband, Stuttgart 1984, S. 572.

- 6 Christine Böhm: Die Industrialisierung und ihre Auswirkung auf die Sozialstruktur großstädtischer und ländlicher Gemeinden in Württemberg. Dargestellt anhand von Pfarrberichten aus Ludwigsburg, Eglosheim und Oßweil aus den Jahren zwischen 1890 und 1910. Zulassungsarbeit für die I. Ev.-theol. Dienstprüfung, Tübingen 1989, S. 37.
- 7 Stadtarchiv Marbach A 891.
- 8 Gerd Zang (Hg.): Arbeiterleben in einer Randregion, Konstanz 1987, S. 22 f.
- 9 Henry Jacoby: Von den konservativen Motiven revolutionärer Bewegungen. Neue Studien amerikanischer Historiker, in: Kommune 3 (1985) 1, S. 86–90, S. 86 f.
- 10 Für Steinheim: Eugen Stotz/Hans Peter Feddersen: Eine Welt wird frei. Der Aufstieg der Holzarbeiter in sieben Jahrzehnten gewerkschaftlicher Organisation, Düsseldorf 1963, S. 9; für Marbach: Stadtarchiv Marbach A 891.
- 11 Gemeindearchiv Benningen A 1854, Schreiben vom 1. 4. 1900.
- 12 Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für 1901, Stuttgart 1902, S. 19.
- 13 Interview mit Berta Dötterer, 8. 4. 1988.
- 14 LKAS A 29/4304, Pfarrbericht Steinheim 1905.
- 15 Wie Anm. 12.
- 16 Bericht des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und Protokoll der Landesversammlung vom 8. und 9. Oktober (1910) in Stuttgart, Stuttgart 1910, S. 18.
- 17 Bericht des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion sowie Protokoll der Landesversammlung vom 2. und 3. September (1911) in Stuttgart, Stuttgart 1911, S. 19. Vgl. auch Schwäbische Tagwacht vom 29. 8. 1911.
- 18 Erstmalige Erwähnung des Arbeitervereins Kirchberg anlässlich eines »Parteisommerfestes« (MP, 16. 8. 1911).
- 19 Bericht des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion sowie Protokoll der Landesversammlung vom 31. August und 1. September (1912), Stuttgart 1912, S. 18, und Schwäbische Tagwacht vom 1. 4. 1912.
- 20 LKAS A 29/2981, Pfarrbericht Murr 1909.
- 21 LKAS A 29/2330, Pfarrbericht Kleinbottwar 1912.
- 22 Ludwig Klein: Die geschichtliche Entwicklung des Gemeindebürgerrechts in Württemberg, Urach 1933, S. 56.
- 23 Vgl. Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914, in: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von Jörg Schadt und Wolfgang Schmierer, Stuttgart 1979, S. 107–131, S. 109.
- 24 HStAS E 135, Aktenbestand des »Revolutionsarchivs«.
- 25 LKAS A 29/2330, Pfarrbericht Kleinbottwar 1920.
- 26 LKAS A 29/2741, Pfarrbericht Marbach 1922.
- 27 Jahrbuch 1929 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin 1930, S. 166.
- 28 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1920.
- 29 Kurt Wagner: Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung, Frankfurt a. M. 1986, S. 288.
- 30 Erstmals genannt wird die Vereinigte Kommunistische Partei im Jahr 1921 (MP, 2. 2. 1921). In Marbach ist als einzigem Ort auch eine USPD-Ortsgruppe nachweisbar (MP, 24. 12. 1919 und 15. 1. 1920).
- 31 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1920.
- 32 Ebd.
- 33 Karl Kunde: Die Odyssee eines Arbeiters, Stuttgart 1985, S. 15.
- 34 Mündliche Mitteilung von Karl Reinhard (Marbach), 5. 4. 1990.
- 35 LKAS A 29/719, Pfarrbericht Burgstall 1909.
- 36 Maria Bidlingmaier: Die Bäuerin in zwei Gemeinden Württembergs, Kirchheim 1990 (Nachdruck der Ausgabe von 1918), S. 11.
- 37 Oskar Wendnagel: Steinheim im Königreich Württemberg, in: Steinheim an der Murr, Steinheim 1980, S. 147–217, S. 197.
- 38 Interview mit Karl Strähle, 2. 4. 1981.
- 39 Interview mit Berta Dötterer, 8. 4. 1988.
- 40 Ebd.

- 41 Ebd.
- 42 LKAS A 29/719, Pfarrbeschreibung für die Pfarrei Burgstall 1905, S. 25.
- 43 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1912.
- 44 LKAS A 29/2981, Pfarrbericht Murr 1901.
- 45 Vgl. die Berichte des Landesvorstands und der Landtagsfraktion der württembergischen Sozialdemokratie an die Landesversammlung im Zeitraum 1907–1914.
- 46 LKAS A 29/719, Pfarrbericht Burgstall 1897.
- 47 LKAS A 29/1119, Pfarrbericht Erdmannhausen 1913.
- 48 LKAS A 29/2741, Pfarrbericht Marbach 1904.
- 49 LKAS A 29/4304, Pfarrbericht Steinheim 1897.
- 50 LKAS A 29/719, Pfarrbericht Burgstall 1909.
- 51 LKAS A 29/4304, Pfarrbericht Steinheim 1889.
- 52 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1912.
- 53 LKAS A 29/353, Pfarrbericht Benningen 1909. Vgl. bereits ebd. den Pfarrbericht von 1878.
- 54 LKAS A 29/2981, Pfarrbericht Murr 1913.
- 55 LKAS A 29/4304, Pfarrbericht Steinheim 1889.
- 56 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1900.
- 57 Andreas Gestrich: Traditionelle Jugendkultur und Industrialisierung, Göttingen 1986, S. 91.
- 58 Bidlingmaier (wie Anm. 36) S. 20 ff.
- 59 Albrecht Lehmann: Kultur des Volkes. Lebensverhältnisse und Verhaltensmuster in Dorf und Stadt, in: Dieter Langewiesche (Hg.): Ploetz. Das deutsche Kaiserreich, Freiburg 1984, S. 189–196, S. 192.
- 60 LKAS A 29/1115, Pfarrbericht Erbstetten 1910.
- 61 Willi A. Boelcke: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989, Stuttgart 1989, S. 138. Vgl. auch Bidlingmaier (wie Anm. 36) S. 195.
- 62 Hermann Schick: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Marbach 1992, S. 112 f.
- 63 Ernst Schedler: Oberstenfeld in alten Aufnahmen, Horb 1986, S. 59.
- 64 Museum im Adler, Benningen.
- 65 LKAS A 29/4304, Pfarrbericht Steinheim 1905.
- 66 LKAS A 29/719, Pfarrbericht Burgstall 1909.
- 67 Im Zeitraum von 1895 bis 1907 nimmt die Zahl der Dienstboten in Württemberg von 59 642 auf 45 671 ab; Boelcke (wie Anm. 61) S. 280.
- 68 LKAS A 29/41, Pfarrbericht Affalterbach 1908.
- 69 Bidlingmaier (wie Anm. 36) S. 114 f.
- 70 LKAS A 29/719, Pfarrbericht Burgstall 1909.
- 71 Ebd.
- 72 Ebd.
- 73 Marianne Friese: »Arbeiterinnenkultur« – Über historische Anfänge und soziologische Perspektiven eines »vergessenen« Problems, in: Georg Bollenbeck u. a.: Arbeiterkultur – Vom Ende zum Erbe? Frankfurt a. M. 1989, S. 49–75, S. 56, 64.
- 74 Lehmann (wie Anm. 59) S. 192.
- 75 LKAS A 29/41, Pfarrbericht Affalterbach 1908.
- 76 Statistisches Handbuch für Württemberg, 24. Ausgabe, Jahrgang 1922 bis 1926, Stuttgart 1928, S. 108 f.
- 77 Statistik des Deutschen Reichs, Band 417. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Gewerbliche Betriebszählung, Berlin 1929, S. 11, 37 f. Unberücksichtigt bleiben bei diesen Zahlen diejenigen Frauen, die an ihren Arbeitsplatz nach auswärts pendeln.
- 78 LKAS A 29/2741, Pfarrbericht Marbach 1904 und 1910.
- 79 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1920.
- 80 Interview mit Karl Strähle, 2. 4. 1981.
- 81 Wagner (wie Anm. 29) S. 19.
- 82 Birgit Mahnkopf: Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats, Frankfurt a. M./New York 1985, S. 21.

- 83 Utz Jeggle: Kiebingen – eine Heimatgeschichte, Tübingen 1977, S. 134, stellt hierzu fest: »Nur der Nichtbesitz eines Hauses war sozial signifikant und auffällig.«
- 84 Willi A. Boelcke: Bevölkerung und Beschäftigungsstrukturen im Wandel, in: Der Kreis Ludwigsburg, Stuttgart/Aalen 1977, S. 243–255, S. 255. Vgl. auch Josef Mooser: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt a. M. 1984, S. 172: »Nur in Württemberg war der Eigenbesitz des Bodens und häufig auch eines Wohnhauses die Regel.«
- 85 Karl-Heinz Rueß: Kommunaler Wohnungsbau für Arbeiter, Tübingen 1989, S. 42.
- 86 Fritz Schumann: Die Arbeiter der Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim, Leipzig 1911, S. 70.
- 87 Werner Conze: Vom »Pöbel« zum »Proletariat«, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1970, S. 111–136, S. 131.
- 88 Jörg Haspel/Karl-Heinz Rueß: Wohnverhältnisse von Arbeitern um 1900, in: Helmut Fielhauer/Olaf Bockhorn (Hg.): Die andere Kultur, Wien 1982, S. 163–185, S. 163.
- 89 Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, MEW 18, Berlin 1969, S. 209–287, S. 242.
- 90 Rueß (wie Anm. 85) S. 88 ff.
- 91 Ebd. S. 91 f.
- 92 LKAS A 29/719, Pfarrbericht Burgstall 1909.
- 93 Wolfgang Schmierer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878, Hannover 1970, S. 32.
- 94 Christ-Gmelin (wie Anm. 3) S. 108 f.
- 95 Rueß (wie Anm. 85) S. 27.
- 96 LKAS A 29/2741, Pfarrbericht Marbach 1922.
- 97 Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930, Berlin/Bonn 1985, S. 80: »Von den 896 Arbeiterhaushalten, deren Lebenshaltung das Statistische Reichsamt 1927/28 untersuchte, waren nur 2,5% im Besitz eines eigenen Hauses.«
- 98 Wilhelm Schenk: In der Schillerstadt Marbach a. N., Marbach o. J. (unveröffentlichtes, handschriftliches autobiographisches Manuskript), S. 5. Selbst der Kopf des linken Flügels der Stuttgarter Vorkriegs-Sozialdemokratie, Friedrich Westmayer, hielt das Arbeitereigenheim für erstrebenswert: »Auch wir helfen gerne, damit es einem möglichst großen Kreise von Bewohnern möglich werde, dieses schöne Ziel zu erreichen.« Zit. n. Haspel/Rueß (wie Anm. 88) S. 182.
- 99 Neckar-Post vom 3. 12. 1931. Aus dem dort veröffentlichten Bericht geht hervor, daß die Genossenschaft im Zeitraum von 1907 bis 1931 insgesamt 832 Wohnungen, 14 Geschäftsräume, acht Garagen und 14 freistehende Waschküchen mit einem Gesamtkostenaufwand von 9 518 390 RM erstellt hat.
- 100 Vgl. Thomas Schnabel: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46, Stuttgart 1986, S. 23.
- 101 Vgl. Klaus Schönberger: Arbeitersportbewegung in Dorf und Kleinstadt, Tübingen 1995.
- 102 Stadtarchiv Marbach A 891, Schreiben vom 26. 9. 1903 und Antwortschreiben vom 28. 9. 1903.
- 103 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1908.
- 104 HStAS E 150 Bü 2046, Schreiben vom 27. 3. 1905.
- 105 Fritz Ulrich: Vom Benjamin zum Altpräsidenten, Stuttgart 1968, S. 6.
- 106 Schenk (wie Anm. 98) S. 11 f.
- 107 LKAS A 29/352, Pfarrbericht Benningen 1916, und A 29/2741, Pfarrbericht Marbach 1916.
- 108 Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen, Frankfurt a. M. 1985, S. 167 f.; Gerhard A. Ritter: Die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Historische Zeitschrift 249 (1989) S. 295–362, S. 296.
- 109 Christ-Gmelin (wie Anm. 3) S. 108 f.
- 110 Ritter (wie Anm. 108) S. 319 f.
- 111 Interview mit Ernst Kleinknecht, 31. 1. 1981, und Interview mit Karl Strähle, 2. 4. 1981.

Berichte und Notizen

Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1997/98

I. Vorträge im Winterhalbjahr 1997/98 im Kulturzentrum Ludwigsburg und Jubiläumsveranstaltung in der Musikhalle der Stadt Ludwigsburg

1. Donnerstag, 16. Oktober 1997: Den Eröffnungsvortrag zu den Veranstaltungen des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg im Winterhalbjahr 1997/98 hielt Pfarrer i. R. Franzgerhard von Aichberger, ein besonderer Kenner der Reformationgeschichte, über das Thema »Melanchthon, Humanist an der Seite Luthers«.

Am 16. Februar 1497 wurde Philipp Melanchthon in Bretten geboren. Schon früh zeigte sich seine große Begabung: Der kleine Philipp parlierte lateinisch mit fahrenden Studenten. Prägend für sein weiteres Leben und Wirken war die Belagerung seiner Heimatstadt Bretten durch ein württembergisches Heer im Jahr 1504. Nach dem Tode des Vaters 1508 kam er zur Großmutter nach Pforzheim, der Schwester des berühmten Gelehrten Johannes Reuchlin, welcher den deutschen Familiennamen »Schwarzerdt« in den griechischen »Melanchthon« umwandelte. Ganz unter dem Einfluß der humanistischen Bewegung besuchte er die angesehene Lateinschule in Pforzheim und studierte zunächst in Heidelberg, dann in Tübingen. Er verfaßte lateinische und griechische Grammatiken und ein Lehrbuch der Rhetorik. Mit 22 Jahren erhielt er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Griechisch an die neugegründete Universität Wittenberg. In seiner Antrittsvorlesung entwickelte er seine Ideen für eine Reform des Hochschulstudiums. Die »Artes liberales« sollten durch Poesie und Geschichte, aber auch Naturwissenschaft ergänzt werden.

In Wittenberg entwickelte sich Melanchthon zu einem glühenden Anhänger seines Universitätskollegen Martin Luther. Er begleitete diesen zur berühmten Disputation mit Johannes Eck in Leipzig und verwarf unter Luthers Einfluß zeitweilig die antike Philosophie eines Aristoteles. Er verfaßte die erste evangelische Dogmatik, eine Schrift, die er im Laufe seines Lebens mehrfach überarbeitete. Luther griff auch in das Privatleben seines Kollegen ein, als er die Heirat seines Freundes einfädelt, wobei Melanchthon die Hochzeit nicht als Freudentag, sondern als »Tag der Betrübniß« empfand.

Nach der Rückkehr Luthers von der Wartburg arbeiteten Melanchthon und Luther weiter eng zusammen. Hart urteilten beide über die aufständischen Bauern wie über die Juden. Auf vier Gebieten setzte Melanchthon wichtige Akzente: Bei der Bibelübersetzung, bei Visitationen zur Ordnung der neuen Gemeinden, bei der Erneuerung des Schulwesens und bei der Gründung eines Dichterkreises. Die zweite Hälfte seines Lebens war geprägt von Rückschlägen. Melanchthon litt – mehr als Luther, der resigniert hatte – unter der Spaltung der Kirche im allgemeinen wie unter den Zerwürfnissen im protestantischen Lager im besonderen. Vergeblich bemühte er sich um die Überbrückung der Gegensätze. 9000 Briefe sind erhalten, Zeichen seiner rastlosen Tätigkeit.

Der Tod Luthers bedeutete einen tiefen Einschnitt im Leben von Melanchthon. In jener Zeit geriet er ins Kreuzfeuer der Kritik, da er, um den Erhalt der Universität Wittenberg zu sichern, das kaisertreue Herrscherhaus der Albertiner anerkannte, was ihm in evangelischen Kreisen sehr verübelt wurde. Am 19. April 1560 starb Philipp Melanchthon in Wittenberg. Seine letzten Gespräche galten der Einheit der Kirche, daher bleibt Melanchthon auch heute noch aktuell im Zeitalter der Ökumene. *ev*

2. Freitag, 14. November 1997: 100 Jahre Historischer Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V. Jubiläumsveranstaltung in der Musikhalle der Stadt Ludwigsburg.

Ein einzigartiges Geschenk hatte sich der Historische Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg zur Feier des 100. Geburtstages selber gemacht. Als am Freitag abend, dem 14. November, die Gäste zum Festakt in der Musikhalle eintrafen, da lagen im Vorraum bereits einige hundert Exemplare der »Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997« druckfrisch bereit.

Von diesem Buch kann man schon jetzt sagen, daß es bald als unersetzliches Quellenwerk regionaler Geschichtsschreibung und nicht zuletzt als eindrückliches Beispiel für das Niveau des Historischen Vereins gelten wird. Dr. Wolfgang Bollacher – nun auch schon bald 20 Jahre an der Spitze des Vereins – berichtete in seiner Begrüßungsansprache mit berechtigtem Stolz, welch breites Echo vor zwei Jahren die Bitte des Vorstandes an Mitglieder und Freunde gefunden hat, für eine Jubiläumsfestschrift persönliche Erinnerungen zur Verfügung zu stellen.

Nicht weniger als 74 Beiträge seien eingegangen. So konnte rechtzeitig zum Fest der geradezu bibliophil ausgestattete Band mit seinen fast 600 Seiten den nunmehr 50 »Geschichtsblättern« an die Seite treten. Genug Grund also, am Festabend viel Lob und Dank zu sagen. Musikalisch taten dies die Damen und Herren des Jugendsinfonieorchesters Ludwigsburg unter Landeskirchenmusikdirektor Siegfried Bauer mit einer delikaten Wiedergabe von Johann Sebastian Bachs Orchester-suite Nr. 1 C-Dur. Oberbürgermeister Dr. Christoph Eichert bekannte frei, daß er und seine Familie dem Verein in mehreren Generationen verbunden war und ist. Er konnte das auch in einem eigenen Beitrag für die Festschrift dokumentieren.

Auch Landrat Dr. Rainer Haas war voll des Lobes: »Wir sind stolz auf Sie!« Im Namen des Verbands der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine sagte Professor Dr. Hans-Martin Maurer aus Stuttgart: »Sie sind zwar nicht der älteste historische Verein im Land, aber ohne Zweifel einer der erfolgreichsten.« Die Geschichtsblätter des Vereins seien bei Geschichtsfreunden und Historikern gleich hoch angesehen.

Wie zuvor Dr. Bollacher würdigte auch Professor Maurer die besonderen Verdienste des erst kürzlich verstorbenen Dr. Wolfgang Schmierer, der viele Jahre hindurch die Redaktion der Veröffentlichungen des Vereins übernommen hatte. An ihn erinnerte auch mit großer Anerkennung der Festredner des Abends, Professor Dr. Sönke Lorenz von der Universität Tübingen. Sein Vortrag »Vom Geheimarchiv zum Historischen Verein – 500 Jahre württembergische Geschichtsschreibung« stellte den Zuhörern mit viel Liebe zum Detail die Wandlung von Geschichtsschreibung und Geschichtsverständnis vom Mittelalter bis zur Neuzeit vor Augen. Ging es den Kanzlisten des Mittelalters eher um die Dokumentation von Herrschaftswissen (»Geheimarchiv«), so den Historikern und Archivaren vom 19. Jahrhundert an um Zustandsbeschreibungen (»Ortsbücher«). Heute

werde Vergangenheit nachgefragt, um Zukunftsaufgaben besser zu bewältigen. Herzlicher Beifall dankte dem Referat. Dankesworte Dr. Bollachers an die ganze Vereinsfamilie beschlossen einen Abend, der bei einem Stehempfang ausklang und dessen Niveau manchen Gast bewogen haben mochte, den Historischen Verein Ludwigsburg ins zweite Jahrhundert seines Bestehens zu begleiten. *v. A.*

3. Donnerstag, 11. Dezember 1997: Professor Dr. Wolfgang Schlüter sprach zum Thema »Neue Erkenntnisse über die Varus-Schlacht«.

Die Varus-Schlacht im Jahre 9 n. Chr. war der Höhe- und Wendepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Römern und Germanen. Die Römer hatten versucht, die politische und militärische Kontrolle über die Germanen zu gewinnen. Der Cherusker Arminius, zu jener Zeit noch Offizier in römischen Diensten, sah seine Chance gekommen, durch einen Aufstand nicht nur die römische Macht in Germanien zu zerschlagen, sondern auch die Vorherrschaft innerhalb seines Stammes zu erringen. Er sammelte die germanischen Stämme der Cherusker, Brukerer, Marsen und Chatten, lockte den römischen Statthalter Publius Quinctilius Varus in einen Hinterhalt und schlug dessen Heer vernichtend, obwohl den 15–20 000 Römern nur knapp 10 000 Germanen gegenüberstanden.

Der Ort dieser entscheidenden Schlacht war bis vor kurzem heiß umstritten. Im Teutoburger Wald setzte man dem siegreichen Arminius (auch Hermann genannt) ein monumentales Denkmal; die Schlacht selbst fand, wie neueste archäologische Forschungen beweisen, rund zehn Kilometer nordöstlich von Osnabrück, am Nordrand des Wiehengebirges statt. Schon der berühmte Altertumsforscher und Nobelpreisträger Theodor Mommsen hatte dort den Ort der Varus-Schlacht vermutet, konnte sich mit seiner Meinung damals aber nicht durchsetzen. Drei unscheinbare römische Bleischleudergeschosse, 1987 gefunden, lenkten das Interesse erneut auf dieses Gebiet. Zwei Jahre später begannen die planmäßigen Ausgrabungen unter der Leitung des Osnabrücker Stadt- und Kreisarchäologen Professor Dr. Wolfgang Schlüter. Die Untersuchungen werden noch Jahrzehnte dauern. Bisher sind 15 Hektar systematisch ergraben worden, das gesamte Schlachtfeld wird auf 30 Quadratkilometer geschätzt. Die Verteilung der Funde erlaubt es aber heute schon, den Ablauf der Kämpfe nachzuvollziehen.

Hauptfundplatz ist ein Engpaß zwischen dem Großen Moor und dem Kalkriiser Berg. Hier errichteten die Germanen parallel zum Marschweg der Legionäre Erdmauern, von denen aus sie die Marschkolonnen angriffen. Die Erdmauern stürzten noch während der Kampfhandlungen zusammen und begruben Menschen und Material unter sich. Heute machen die Archäologen an diesen Stellen die reichsten Funde. Vor allem sind dies Ausrüstungsteile der Legionäre: Beschläge von Schilden, Lanzen- und Pfeilspitzen, Sandalennägel und Abzeichen. Prunkstück ist die Maske eines römischen Gesichtshelms, ein Hinweis auf Reitertruppen aus Thrakien (dem heutigen Bulgarien). Gefunden wurden auch die Reste nichtkämpfender Verbände, von Pionier- und Handwerksgeräten bis zu ärztlichen Instrumenten. Ungeklärt sind Gruben, in denen große Mengen an Tier- und Menschenknochen gefunden wurden. Haben hier die Römer, Jahre später, die Überreste der Gefallenen bestattet? Oder waren es Germanen, die in diesem Gebiet siedelten? Mehr Klarheit besteht bei der Datierung der Funde, vor allem dank der Kupfermünzen, von denen bisher 550 gefunden wurden. Keine Prägung ist nach dem schicksalhaften Jahr 9. Die Münzen liefern daher den letzten Beweis, daß tatsächlich in diesem Gebiet die Varus-Schlacht stattfand. *ev*

4. Donnerstag, 15. Januar 1998: Über »Württemberg als Rechtsfall – Die Klage des Königs auf Herausgabe des Herzogtums Württemberg im Jahre 1548« sprach Herbert Schempf. Der Vortrag ist im vorliegenden Band veröffentlicht.

5. Donnerstag, 12. Februar 1998: Irmgard Sedler referierte über »150 Jahre Eisenbahn am Beispiel Kornwestheim«.

Dem Vortrag, der ebenfalls im vorliegenden Band veröffentlicht ist, ging die Mitgliederversammlung des Historischen Vereins voraus. In gewohnt flottem Tempo erstattete Dr. Bollacher seinen Tätigkeitsbericht als Vorsitzender. Die langjährige Kassenbeauftragte des Vereins, Frau Schmidt, schied aus; als Nachfolger wurde Theodor Hövel, Studienprofessor i. R., gewählt.

6. Donnerstag, 12. März 1998: Frau Professor Margarete Dörr hielt zum Thema »Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg. Durchkommen – Überleben« den letzten Vortrag im Winterhalbjahr.

In der gut besuchten Veranstaltung begrüßte Dr. Bollacher die Referentin, die als Gymnasiallehrerin u. a. am Goethegymnasium in Ludwigsburg unterrichtete und von 1973 bis zu ihrer Pensionierung einen Lehrauftrag an der Universität Stuttgart hatte.

Materialgrundlage des Vortrags waren die 1988 bis 1994 gesammelten Lebensgeschichten von Zeitzeuginnen. Die Referentin bediente sich der relativ neuen Methode der Oral History bei der Erforschung der Fragen: Wie hat sich die Erfahrung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs auf ihr heutiges Geschichts- und Weltbild ausgewirkt? Wie haben sie ihre Erfahrungen an die Nachfolgenerationen weitergegeben? Wie stellten die Frauen es an, im Krieg durchzukommen und nach dem Krieg zu überleben?

In den Erzählungen der Frauen wird konkret faßbar, wie sie es fertigbrachten, trotz fortschreitender Verknappung jeden Tag mindestens dreimal etwas möglichst Nahrhaftes und Schmackhaftes auf den Tisch zu bringen. Bei der Beschaffung von Lebensmitteln galt es, alle Möglichkeiten auszuschöpfen: die Arbeitskraft an Bauern gegen Lebensmittel zu verkaufen, Handelsbeziehungen einzugehen, legale und illegale (»Hamstern«, »Tauschhandel«, »Organisieren«, »Schwarzmarkt«). Viele Frauen hatten Verwandte auf dem Land, und eine große Rolle spielten die Päckchen und Pakete der Männer aus den besetzten Gebieten.

Auf die Beschaffung folgte die Zubereitung der Lebensmittel. Kartoffeln dienten als das Grundnahrungsmittel im Krieg. Sie waren besonders gut geeignet zum Strecken und zum Herstellen von Ersatz-Lebensmitteln, was Experimentierfreude und Ideenreichtum erforderte. An die Stelle der ohnehin fiktiven Volksgemeinschaft trat die Ernährungs-Klassengesellschaft. Am besten waren diejenigen dran, die Zusatzquellen in Form von Beziehungen, Geld oder Tauschobjekten besaßen. Am schlechtesten war dran, wer nur auf die Lebensmittelrationen angewiesen war. Die Leistungen der Frauen sind ambivalent zu werten. Einerseits dienten sie direkt dem Leben, andererseits entlasteten sie die Kriegswirtschaft und verlängerten dadurch den Krieg.

Nach dem Krieg waren die Strategien zur Überwindung des lebensbedrohenden Mangels im wesentlichen dieselben wie schon im Krieg, nur unter dramatisch verschlechterten Bedingungen. Das Plündern von öffentlichen Vorratslagern und Wehrmachtsbeständen brachte nur kurzfristig Entlastung, das außerordentlich zeitraubende Anstehen gehörte zum Alltag. Die Arbeit als »Trümmerfrau« in den zerstörten Großstädten brachte vielen Frauen die dringend notwendige Schwerst-

arbeiterzulage bei den Lebensmittelrationen. Ein Schwarzmarkt entwickelte sich in großem Stil. Hilfe kam von westlichen Besatzern, individuell oder organisiert (Carepakete, Hoover-Speisung). Am wenigsten Hunger litten dabei bäuerliche Selbstversorger in den westlichen Besatzungszonen.

Mit allem dem sicherten die Frauen nicht nur den Lebensunterhalt ihrer Familien, sondern schufen erhebliche volkswirtschaftliche Werte. Niemand kann den Wert dieser unbezahlten Arbeit errechnen. Ihre große Leistung trug aber wenig zur Hebung ihres politischen Selbstbewußtseins bei. Statt sie in politische und gesellschaftliche Forderungen umsetzen zu können, waren die allermeisten Frauen durch den täglichen Überlebenskampf völlig absorbiert. Diese tragische Ambivalenz war von den Zeitzeuginnen nur schwer zu erkennen, zu ändern war sie nicht. *ev*

II. Die Sommerfahrten 1998

1. Samstag, 6. Juni 1998: Ganztagesfahrt nach Hechingen.

Hechingen, eine schwäbische Kleinstadt mit reicher Geschichte, war das Ziel der Sommerfahrt des Historischen Vereins am 6. Juni. Professor Dr. Paul Sauer benutzte die Anreise, um zur Geschichte der Orte und Landstriche, durch die wir fuhren, vorzutragen und uns auf den ehemals hohenzollerischen Zielort am Fuß des berühmten Berges einzustimmen. In Hechingen nahm uns Dr. Adolf Vees, stellvertretender Vorsitzender des Hohenzollerischen Geschichtsvereins, in Empfang, der durch die Vergangenheit der Stadt geleitete, in der sich Protestantismus, Katholizismus und Judentum, Süddeutsches und Preußisches mischten. Vor dem ehemaligen Obertor, in Blickweite der evangelischen und der katholischen Kirche Sankt Jakob und vor dem Haus des jüdischen Fabrikanten Carl Loewengard, Stadtverordneter und Feuerwehrkommandant, erbaut von Simon Loewengard, dem »schönsten Haus« Hechingens, und damit an einer Stelle, an der das die Historie der Stadt prägende Kraftfeld sozusagen in nuce zu erleben ist, begann die eindrucksvolle Führung. Aus den verwüsteten Wohnräumen des Loewengard-schen Hauses trieb der Wind nach der Pogromnacht des Jahres 1938 kostbare, von dem Fabrikanten gesammelte Veduten der Zollernlandschaft, von denen einige gerettet werden konnten. In unmittelbarer Nachbarschaft dieses Hauses stand das jetzt abgerissene Haus, in dem Friedrich Wolf, Arzt und expressionistischer Schriftsteller, praktizierte. Von ihm stammen die Dramen »Der Arme Konrad« und »Cyankali«, aber auch das Werk »Die Natur, dein Arzt und Helfer«, dessen Thesen von den Nationalsozialisten übernommen wurden, natürlich ohne den Urheber zu nennen.

Die nach Plänen von Pierre Michel D'Ixnard 1779 bis 1783 im klassizistischen Stil erbaute Kirche Sankt Jakob atmet französischen Geist und große Klarheit. Sie zählt zu den größten Pfeilerlosen Kirchen Deutschlands und birgt eine bronzene Platte der Renaissancezeit vom einstigen Hochgrab des Grafen Eitelfriedrich II. (gest. 1512) und seiner Gemahlin Magdalene von Brandenburg, auf der beide – anrührend – als junge Verlobte dargestellt sind, ferner in der Herzgruft der Eugenia von Leuchtenberg ein Glasbild der Napoleonidin. Eugenia war eine Tochter des Eugène Beauharnais und Gattin Friedrich Wilhelm Konstantins, der als letzter

hohenzollerischer Fürst in der Gruft unter dem Chor bestattet ist. Mit ihm, der nach den Revolutionswirren 1848/49 die Souveränität, die Hohenzollern mit der Rheinbundakte von 1805 erhalten hatte, an Preußen abgab, starb die Hechinger Linie der Hohenzollern aus. Die volle Souveränität hatte Hohenzollern übrigens unter Fürst Anton Alois (1785–1831) erhalten und zwar dank der Freundschaft seiner Gattin Amalie Zephyrine mit Josephine Beauharnais, der ersten Gattin Napoleons I.

In einer fensterlosen Kammer des Hauses Schloßgasse 1 war im letzten Kriegsjahr der jüdische Jurist Dr. Ernst Rosenfeld von Verwandten seiner nichtjüdischen Frau verborgen worden. Er wurde nach dem Krieg Amtsrichter in Freudenstadt. Am unteren Ende der Münzgasse stand einst die »Münz«, in der Hechinger Geld geprägt wurde. Ihr folgte die Talmudschule, die auch Berthold Auerbach besucht hatte. Der Portalstein der Schule ist erhalten. Nach dem Abriß der Talmudschule entstand an ihrer Stelle eine Fabrik und schließlich in der Zeit des »Dritten Reiches« ein »Ehrenhof«. Vor dem Haus Schloßgasse 10 wurden während des Krieges die jüdischen Bürger zur Deportation gesammelt und aus dem Hause Schloßgasse 16 stammt Albert Einsteins zweite Frau Elsa, geb. Einstein, geschiedene Loewenthal. Aus Hechingen stammt auch Dr. jur. Paul Levi (1883–1930), Rechtsanwalt und sozialistischer Abgeordneter, der nach dem Ersten Weltkrieg der kommunistischen, seit 1921 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörte. Zusammen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gründete er 1917 den Spartakusbund, eine linksradikale revolutionäre Vereinigung.

Den Schloßplatz zierte einst das unter Graf Eitelriedrich IV. (1576–1605) erbaute vierflügelige Renaissanceschloß. Dieses Schloß sah 1598 das Fest der berühmt gewordenen »Hohenzollerischen Hochzeit« des Erbgrafen Johann Georg mit Gräfin Franziska von Salm, das von Jakob Frischlin, dem Bruder von Nicodemus, in Reimen besungen wurde. 1814 wurde es abgerissen. Das neue Schloß von 1819 erinnert an die von Friedrich Weinbrenner erbaute Münze in Karlsruhe. Tatsächlich ist es von einem seiner Schüler im »Weinbrennerstil« erbaut worden. Es birgt heute eine Bank.

Beim »Unteren Turm« (»Mich hat gebawt Graf Eytzel Fritz, von Grundt bis oben an den Spitz«) öffnet sich ein hübscher Blick auf die »Altstadt«, nämlich drei dörfliche Siedlungen, die zu einer zusammenwuchsen und der Stadt Hechingen auf dem linken Hochufer der Starzel vorausgingen, aus der die Kirche St. Lutzen und das Spital herausragen.

In der Goldschmiedestraße findet sich ein bemerkenswertes Ensemble: das Handelshaus des Kommerzienrates Elias Moos, Begründer einer weltweit operierenden Häute- und Fellehandlung, die wiederhergestellte Synagoge und das jüdische Gemeindehaus. In der Synagoge trug Dr. Veas, der maßgeblich an der Wiederherstellung des »Ensembles« beteiligt war und das höchst lesenswerte Buch »Das Hechinger Heimweh. Begegnung mit Juden« geschrieben hat, über Schicksale ehemaliger jüdischer Bürger Hechingens vor. Ergriffen verließen die Teilnehmer diese Stätte.

Was wäre Hechingen ohne den Hohenzollern, der nach der Mittagspause besucht wurde. Bei einem Rundgang über die Basteien wurde preußische Geschichte lebendig. Die »Brückenpuppen«, Statuen der Preußenherrscher vom Großen Kurfürsten bis hin zu Kaiser Wilhelm I. – sie zierten einst die Friedrichsbrücke in Berlin – erinnern an Preußens Gloria. In einem kleinen – verschlosse-

nen – Friedhof ruht der letzte deutsche Kronprinz Wilhelm von Preußen mit seiner Gattin Cäcilie. Gewissermaßen aus der Vogelschau sieht man ins Land. Der Blick reicht von den Höhen des Schwarzwalds über das Albvorland und das Gäu bis zum Schönbuch. Die wiedererstellte römische villa rustica von Stein, der Galgenberg mit dem jüdischen Friedhof Hechingens, die Wurmlinger Kapelle und Teile Tübingens sind zu erkennen.

Im letzten Kriegsjahr wurde noch begonnen, aus den Posidonienschiefern des Lias Öl und Benzin zu gewinnen. Unter unvorstellbar schlechten Bedingungen mußten KZ-Häftlinge bei Bisingen Schiefer brechen und verschwelen. Weit über tausend Menschen, überwiegend Juden, starben an den Folgen von Entkräftung und Mißhandlung. Ihnen ist eine Gedenkstätte errichtet, vor der die Exkursion des Vereins endete. *wb*

2. Samstag, 19. September 1998: Halbtagesfahrt nach Hohenheim.

Von der Baulust Herzog Carl Eugens kündet auch das an landschaftlich reizvoller Stelle 1785 bis 1791 erbaute Schloß Hohenheim. Es war Ziel der Herbstexkursion des Historischen Vereins am 19. September. Die Anreise benutzte Herr Dr. Albert Sting, um einen kurzen Lebensabriß des Herzogs und seiner zweiten Gemahlin Franziska, Reichsgräfin von Hohenheim, vorzutragen. In Hohenheim übernahm dann der stellvertretende Leiter des Deutschen Landwirtschaftsmuseums, Herr Bernhard Klocke, M. A., die sehr lebendig gestaltete Führung.

Das Schloß Hohenheim ist der größte Schloßbau im Stile Louis XVI. östlich des Rheins. Er wurde zum Refugium, zur ländlichen Eremitage Carl Eugens und seiner »Fränzel«, in der beide – der Herzog nach seiner Läuterung – das Leben von Landedelleuten führten. Hier, in der sogenannten Speisemeisterei, ist der Herzog auch am 24. Oktober 1793 nach qualvollen Leidenstagen gestorben. Das Schloß steht anstelle einer mittelalterlichen Burganlage der Bombaste von Hohenheim, die sich zum Meierhof wandelte. 1676 erwarb der Merkantilist Immanuel von Garb den Hof und baute ihn zu einem kleinen Renaissance-Wasserschloß aus. 1768 kam das Gut in den Besitz Carl Eugens, der ab 1772 zunächst die Wirtschaftsgebäude erweiterte und dann mit dem Architekten Reinhard Ferdinand Heinrich Fischer die drei repräsentativen Schloßflügel baute, denen das Wasserschloß weichen mußte. Als Carl Eugen starb, war der Innenausbau noch nicht vollendet. Man erwog den Abbruch. Dann aber wurde 1818 unter König Wilhelm I. – dem Landwirt unter den Königen – und seiner Gattin Katharina die Landwirtschaftliche Schule hier gegründet, 1847 zur Akademie erhoben und 1967 zur Universität mit fünf Fakultäten. Heute studieren auf dem 1000 Hektar großen Campus 5000 Studentinnen und Studenten.

Das Schloß wurde in den sechziger Jahren umfangreich restauriert und beeindruckt mit seinen schönen Sälen, so dem Balkon- oder Gartensaal mit roten Lisenen aus Beutelsbacher Alabaster und dem grünen Salon mit je einem Bildnis Carl Eugens und Wilhelms I. Auf knarrender Treppe, vorbei an zoologischen Exponaten und Kuriositäten, auch einer seltenen Holzbibliothek, gelangt man auf die Kuppel mit prächtigem Rundblick auf die Schloßanlage, den Campus und das schwäbische Land, auch auf die Kirche von Birkach, deren Helmzier die Buchstaben »CC« zeigt, so wie die der Stadtkirche von Ludwigsburg die Buchstaben »EL«. Das sind ungewöhnliche Ausnahmen. Durch den südlichen Schloßgarten mit Bismarck-Denkmal, die Kräutergärtlein, in denen Anschauungen der Hildergard von Bingen (1098–1179) und des Theophrastus Paracelsus von Hohenheim

weiterleben, den 2,2 Hektar großen Weinberg, die Jägerallee mit 200 Jahre alten »italienischen« Pappeln und den mit Raritäten bestückten botanischen Garten, gelangte man ins »Dörfle«.

Das »Dörfle« – dieser Name stammt von Franziska von Hohenheim – ist eine im englischen Stil und Geiste der Naturromantik des späten 18. Jahrhunderts errichtete Anlage. Auf den nachgebildeten Trümmern des antiken Roms sollte nach dem Wunsche Carl Eugens der »Triumph tugendhaften Landlebens über die Sittenverderbnis des untergegangenen Roms« inszeniert werden. Goethe sagte über die Anlage, wohl nicht ganz zu Unrecht: »Viele kleine Dinge machen leider zusammen noch kein Großes.« Nach dem Tode des Herzogs verfiel das »Dörfle« und einzelne Bauten von ihm wurden nach Ludwigsburg verpflanzt, so z. B. die gotische Kirche auf die Insel im See von Monrepos. Viktor Wilhelm Peter Heidehoff (1757–1817) hat das »Dörfle« in »Aquatinta-Bildern« festgehalten. Im Spielhaus, das ein Museum zur Geschichte Hohenheims enthält, sind einige davon zu sehen, desgleichen ein hübsches Modell der einstigen Anlage. Neben dem Spielhaus sind noch das römische Wirtshaus, in dem um 1830 Eduard Mörike wohnte und seinen »Maler Nolte« vollendete, und eine Säule der einstigen »drei Säulen des donnernden Jupiters« erhalten. An dieser Säule wurde Ludwig Uhland zu seiner Ballade »Des Sängers Fluch« inspiriert. In dem Museum ist auch Margarete von Wrangells (1877–1933) gedacht, die am 1. Januar 1923 zur ersten ordentlichen Professorin an einer deutschen Hochschule, nämlich am Institut für Pflanzenernährung in Hohenheim, ernannt wurde. Das erst dieses Jahr eingeweihte Denkmal zu Ehren Franziskas von Hohenheim (1748–1811) und Carl Eugens, ein Obelisk, erinnert am Ende des Weges durch das »Dörfle« nochmals an dessen Gründer und Förderer.

Mit einem Rundgang durch das sehr instruktive »Deutsche Landwirtschaftsmuseum« schloß die Führung. Die Sammlungen enthalten eine fast unübersehbare Fülle von Ackergeräten und Landmaschinen, darunter auch Stücke vom Hof des Freiherrn Friedrich von Gaisberg, Mitglied unseres Vereins. Immer wieder begegnet hier auch der Name des in Kirchheim geborenen Ingenieurs Max Eyth, der maßgeblich an der Konstruktion des Dampfplugs mitwirkte und ihn in vielen Ländern einführte. Bedeutsam der abschließende Hinweis von Herrn Klocke: vor etwa 150 Jahren lebten 80 Prozent der Bevölkerung Deutschlands von der Landwirtschaft, heute sind es noch 2 Prozent. *wb*

Der vorliegende Jahresbericht fußt auf den (Zeitungs-)Berichten von Franzgerhard von Aichberger (*v. A.*), Dr. Wolfgang Bollacher (*wb*) und Dr. Erich Viehöfer (*ev*).

Wolfgang Läßle

Rückblick auf das Jahr 1997

Januar

3. Das Thema »AVL-Müllfiasko« beherrscht auch im neuen Jahr die Leserbriefspalten der Lokalzeitungen. Zahlreiche Bürger wollen die vor Weihnachten verabschiedete neue Abfallgebührensatzung des Landkreises nicht akzeptieren und protestieren in Leserbriefen gegen den Beschluß des Kreistages.
8. Das Regierungspräsidium in Stuttgart entscheidet, daß das zum Abbruch vorgesehene Geburtshaus des Missionars und Afrikaforschers Johannes Rebmann in der Gerlinger Kirchstraße nun doch nicht abgerissen werden darf. Das aus der Zeit um 1600 stammende Gebäude sei aus wissenschaftlichen und heimatgeschichtlichen Gründen ein Kulturdenkmal und müsse daher erhalten werden.
12. Großer Neujahrsempfang in Gerlingen zum Auftakt des 1200-Jahrjubiläums. Der 1958 zur Stadt erhobene Ort wurde urkundlich erstmals 797 als »Gerringen« erwähnt.
14. Um den geplanten Stellenabbau in der Landesverwaltung verwirklichen zu können, beschließt die Landesregierung die Auflösung von fast 100 Ämtern im Land. Davon betroffen ist auch das Forstamt in Großbottwar. – Die 400 Schülerinnen und Schüler der Remsecker Realschule beziehen ihr neues Schulgebäude, die für 22,3 Millionen Mark umgebaute ehemalige Middle School in Pattonville.
15. Die Kältewelle mit Temperaturen bis unter 20 Grad minus hält das Land weiterhin fest im Griff. Seit Weihnachten wurden keine Plusgrade mehr gemessen.
17. Die Sorgen und den Unmut der Landwirte über die Agrarpolitik bekommt Landwirtschaftsministerin Gerdi Staiblin beim Kreisbauerntag in Schwieberdingen zu spüren. – Im restlos ausverkauften Forum am Schloßpark gibt das Ensemble der Ludwigsburger Schloßfestspiele ein Benefiz-Galakonzert zugunsten der Stiftung Europäisches Naturerbe.
19. Bürgermeisterwahl in Kirchheim: Amtsinhaber Klaus-Peter Waldenberger erhält bei 53,3 Prozent Wahlbeteiligung 93,5 Prozent der abgegebenen Stimmen und ist somit für weitere acht Jahre gewählt.
20. In vier Kreiskommunen sind die ersten Montagetrupps unterwegs, um an den Mülltonnen elektronische Chips anzubringen. Der Chip registriert die Zahl der Leerungen und ermöglicht so die Gebührenabrechnung. Das neue Leerungs-Erfassungssystem startet im Juni, nachdem der ursprünglich geplante Termin 1. April aufgrund verschiedener Pannen nicht gehalten werden konnte.
22. In Bietigheim wird der traditionsreiche Gasthof »Adler« abgerissen. An

seiner Stelle soll bis Ende 1998 der Neubau für das Bietigheimer Finanzamt entstehen.

23. Ein Bauskandal erregt die Gemüter in Ludwigsburg: Obwohl nur ein Teilabbruch genehmigt war, wurde das denkmalgeschützte »Weinhaus Schneppe« am Marktplatz fast vollständig abgerissen.
24. Bietigheim-Bissingens Finanzbürgermeister Kurt Leibbrandt war im Dezember als Oberbürgermeister von Schwäbisch Hall gewählt worden, verzichtet aber jetzt auf sein neues Amt, weil ein Mitbewerber die Wahl wegen einer angeblichen Wahlbeeinflussung vor dem Verwaltungsgericht angefochten hat. Der Verzicht Leibbrandts löst landesweit eine neue Diskussion über die Zulassung von sogenannten »Juxkandidaten« bei Bürgermeisterwahlen aus. – Im Ludwigsburger Forum am Schloßpark informiert der Daimler-Benz-Vorstand die aus aller Welt angereisten 1350 Spitzenmanager des Konzerns über die neusten Umstrukturierungspläne für Deutschlands größtes Unternehmen. Polizei und Bodyguards sichern das Gebäude wie eine Festung.
31. Die Arbeitslosigkeit ist im Landkreis Ludwigsburg im Januar sprunghaft gestiegen und erreicht mit 16 399 arbeitslosen Mitbürgern eine traurige neue »Rekordmarke«. Die Arbeitslosenquote kletterte von 6,9 Prozent im Vormonat auf jetzt 7,4 Prozent.

Februar

7. Im Hochdorfer Keltenmuseum wird die Sonderausstellung »Schätze der Kelten und Gallier am Oberrhein« eröffnet. Das grenzüberschreitende Projekt präsentiert bis Ende April Originalfunde aus zehn Fürstent- und Adelsgräbern des 6. und 5. Jahrhunderts vor Christus.
10. In Poppenweiler protestiert eine Bürgerinitiative gegen den Plan einer Abfallentsorgungsfirma, im örtlichen Gewerbegebiet eine Umschlagstation für Bio- und Hausmüll zu bauen. Sie sammelt in der Folgezeit fast 2000 Unterschriften gegen das Projekt, und der Protest hat Erfolg: Am 1. Oktober lehnt der Ludwigsburger Gemeinderat das Baugesuch der Firma ab.
18. Der Freiburger Gemeinderat beschließt mit großer Mehrheit den Bau eines Bürgerhauses. In der Bevölkerung ist das 13-Millionen-Projekt umstritten. – Stabwechsel beim Ludwigsburger Arbeitsamt: Ferdinand Lautenbacher wird als neuer Direktor Nachfolger von Rudolf Eckl, der nach mehr als 22 Jahren an der Spitze der Behörde in den Ruhestand trat. – Auch die 880 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Ludwigsburg bekommen einen neuen Chef: Klaus Ramsaier löst Georg Wennrich ab, der nach 42jähriger Tätigkeit im Polizeidienst in den Ruhestand geht.
19. Wirtschaftsminister Walter Döring gibt den Startschuß für die Sanierung und den Umbau der Reinhardt-Kaserne in Ludwigsburg. In ihr entsteht ein neues Film- und Medienzentrum.
22. Vom Beschluß der Post AG, aus Kostengründen bundesweit Filialen zu schließen, sind auch einige Orte im Kreisgebiet betroffen. Die Filialen

- werden durch Agenturen oder einen mobilen Postservice ersetzt.
23. In Marbach wird im zweiten Wahlgang der Calwer Kreiskämmerer Herbert Pötzsch mit 59,6 Prozent der Wählerstimmen zum neuen Bürgermeister gewählt. Er tritt am 1. April die Nachfolge von Heinz Georg Keppler an, der nach 24 Jahren an der Verwaltungsspitze der Schillerstadt in den Ruhestand geht. – Mit einem Festgottesdienst in der Ludwigsburger Stadtkirche wird Dekan Günter Eiding in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger ist Pfarrer Hans-Frieder Rabus aus Stuttgart, der Anfang September die Leitung des Kirchenbezirks Ludwigsburg übernimmt. – Der Enzgau im Schwäbischen Sängerbund feiert beim Gautag in Sersheim sein 75jähriges Bestehen.
 26. Nach heftigen Regenfällen kommt es an Enz, Metter und Bottwar zu Überschwemmungen. Etliche Straßen müssen gesperrt werden, zahlreiche Keller laufen voll. Das Enztal von der Kreisgrenze bei Roßwag bis unterhalb von Unterriexingen gleicht einer Seenplatte. Die Schifffahrt auf dem Neckar ruht.
 28. Castor-Transport mit Atommüll aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim nach Walheim, von wo aus es drei Tage später mit dem Zug weiter ins Zwischenlager Gorleben geht. Ein Großaufgebot der Polizei sichert den Konvoi. Die Protestaktionen der Atomkraftgegner zwischen der Gemmrigheimer Neckarbrücke und dem Dampfkraftwerk in Walheim verlaufen weitgehend friedlich.

März

3. Nach Abschluß der Umbauarbeiten wird die vom Landkreis getragene neue Kaufmännische Schule in Pattonville offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Die ersten 250 der insgesamt rund 1500 Schülerinnen und Schüler hatten bereits im September ihre Klassenzimmer in der ehemaligen amerikanischen High-School bezogen.
7. Großer Festabend zum Auftakt der 750-Jahr-Feier in Winzerhausen. Der Ort wurde 1247 als »Winzilhusen« in einer von Papst Innocenz IV. ausgestellten Besitzbestätigung für das Stift Oberstenfeld erstmals urkundlich erwähnt.
10. Vor 150 Jahren wurde auf Bönningheimer Markung der letzte Wolf Württembergs erlegt. Er hatte monatelang die ganze Gegend in Unruhe versetzt. Eine Sonderausstellung im Bönningheimer Steinhaus erinnert daran.
13. In Marbach ist zum ersten Mal das neue Glockenspiel im Rathausturm zu hören. Ein Energieversorgungsunternehmen hat es gespendet.
14. Mit der Unterzeichnung einer Partnerschaftsurkunde besiegeln Landrat Dr. Haas und sein Amtskollege Aharon Valency offiziell die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Ludwigsburg und der israelischen Region Oberes Galiläa. – In Marbach wird die neue Feuerwache eingeweiht. Besonders erfreulich: Das 7,7-Millionen-Projekt kostete 400 000 Mark weniger als ursprünglich geplant. – Das umgebaute Gruppenklärwerk Talhausen bei Markgröningen wird offiziell eingeweiht. Das

- zu Beginn der 70er Jahre erbaute Klärwerk wurde in den vergangenen drei Jahren für 22 Millionen Mark erweitert und modernisiert.
19. Mit fast 20 Millionen Mark sollen sich die 39 Städte und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg an den Baukosten für die beim Flughafen geplante neue Stuttgarter Messe beteiligen. So sieht es ein Finanzierungskonzept vor, auf das sich das Land, die Landeshauptstadt und die Region Stuttgart geeinigt haben. – Nach der Justizministerkonferenz spricht sich auch der Stuttgarter Landtag dafür aus, die seit 1958 bestehende Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg zu erhalten und langfristig in eine Forschungsstelle umzuwandeln.
 21. Kultusministerin Dr. Annette Schavan und Oberbürgermeister Dr. Eichert eröffnen bei Regen und Kälte die Saison der Gartenschau »Blühendes Barock«. Trotz kräftiger Erhöhung der Eintrittspreise um bis zu 17 Prozent kann am Ende der Saison im Oktober mit 1,4 Millionen Besuchern ein neuer Rekord verzeichnet werden. – In Pleidelsheim wird das neben dem Rathaus erbaute neue Seniorenhaus eingeweiht.
 23. Der Bildhauer Leonhard Oesterle schenkt der Stadt Bietigheim-Bissingen den Großteil seines Lebenswerks. Der 1915 in Bietigheim geborene Künstler war während der NS-Zeit lange Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesperrt und wanderte 1956 nach Kanada aus. – In Vaihingen schließt die private Galerie in der Villa Clara für immer ihre Pforten. Die Stadt verliert damit eine seit vielen Jahren etablierte kulturelle Institution.
 26. Der vergangene harte Winter macht sich auf den Straßen bemerkbar. Überall im Landkreis werden die Frostschäden sichtbar. Allein in der Ludwigsburger Innenstadt schätzt die Verwaltung den Reparaturaufwand auf rund zwei Millionen Mark.
 28. Ein Brand in der Landernschule in Markgröningen richtet einen Schaden von rund einer Million Mark an. Ursache ist Brandstiftung, der Täter kann wenig später gefaßt werden. Die 310 Grundschüler müssen bis Ende Juli in anderen Schulen unterrichtet werden.
 31. Am Himmel zieht der Komet Hale-Bopp mit seinem bis zu 100 Millionen Kilometer langen Schweif seine Bahn. Auch im Kreisgebiet ist er gut zu sehen, bevor er Anfang Mai für die nächsten 2400 Jahre wieder in den Tiefen des Weltalls verschwindet.

April

2. Im Salamander-Festsaal in Kornwestheim feiern die Arbeitnehmer der Lederindustrie das 125jährige Jubiläum ihrer Gewerkschaft.
4. In Ludwigsburg wird ein neues Haus der Wohnungslosenhilfe eingeweiht. In dem Gebäude an der Schorndorfer Straße stehen 17 Wohnplätze zur Verfügung und können Obdachlose Hilfe zur Wiedereingliederung finden.
8. Der Markgröninger Gemeinderat beschließt, das 1599 erbaute und vor einigen Jahren von der Stadt erworbene Wimpelinhaus neben dem Obe-

- ren Tor zu sanieren und in ihm künftig das Stadtarchiv unterzubringen.
10. Im Forum am Schloßpark findet der diesjährige Württembergische Sparkassentag statt. Als prominentester Gastredner referiert Bundesfinanzminister Theo Waigel vor 1200 Teilnehmern aus dem ganzen Land über die aktuelle Finanzpolitik und die Einführung des Euro als gemeinsame europäische Währung.
 11. In Asperg wird in der Schillerschule das neue Feuerwehrmuseum eröffnet, das einen Überblick über die Geschichte des Feuerwehrwesens bietet. – Weil das Land die Zuschüsse gekürzt hat, muß der Landkreis den Eigenanteil der Eltern an den Kosten für die Beförderung ihrer Kinder zur Schule zum Teil deutlich erhöhen. Nicht betroffen davon sind allein Grundschüler und Sonderschüler, die auch weiterhin umsonst zur Schule fahren können.
 12. Mit dem Umzug der Strahlenklinik vom ehemaligen Standortlazarett an der Königsallee in ihre neuen Räume im Krankenhausareal an der Posilipostraße ist die 1989 begonnene Erweiterung des Ludwigsburger Klinikums abgeschlossen und sind erstmals seit 1945 wieder alle Klinikums-Einrichtungen an einem Standort vereint.
 14. Um die Bedrohung älterer Archiv- und Bibliotheksbestände durch Tintenfraß geht es bei einem zweitägigen internationalen Kolloquium im Ludwigsburger Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut.
 18. Mit einem Festakt im Bietigheimer Kronenzentrum feiert der Sportkreis Ludwigsburg sein 50jähriges Bestehen. Der Ludwigsburger Sportkreis ist der größte in Württemberg und vertritt als Dachverband aller Sportclubs im Kreis 450 Vereine mit über 165 000 Mitgliedern.
 20. Mit einem bunten und abwechslungsreichen Programm feiert in Benningen die evangelische Kirchengemeinde die Einweihung ihres neuen Gemeindehauses.
 21. Nachtfröste sorgen für schwere Schäden im Obstbau. Bei Temperaturen bis minus sechs Grad erfriert ein Großteil der Blüten. Betroffen sind vor allem Apfel- und Birnenbäume, und auch bei Kirschen und Zwetschgen wird die Ernte schlecht ausfallen.
 26. Der bekannte Buchautor und ehemalige Politiker Karl Moersch wird im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses für seine Werke zur württembergischen Landesgeschichte mit dem Ludwig-Uhland-Preis ausgezeichnet.
 29. Im Ludwigsburger Landwirtschaftsamt eröffnet Ministerpräsident Erwin Teufel das erste von insgesamt vier Ernährungszentren im Land.

Mai

1. An der Maikundgebung des DGB in der Ludwigsburger Innenstadt nehmen rund 1000 Menschen teil. Sie demonstrieren gegen Sozialabbau und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.
3. Bei einem feierlichen Festakt besiegeln Remseck und die italienische Gemeinde Vigo di Fassa eine neue Städtepartnerschaft.
4. In Höpfigheim wird mit Werken für Orgel und Trompete aus der

Barockzeit die neue Orgel in der evangelischen Georgskirche eingeweiht.

5. Die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg begründet mit der Pädagogischen Universität im russischen Samara eine neue Partnerschaft.
12. Das in den letzten zwei Jahren für 22 Millionen Mark erweiterte und modernisierte Klärwerk Poppenweiler wird offiziell in Betrieb genommen.
13. Verkehrsminister Schaufler und Oberbürgermeister Dr. Eichert führen symbolisch den ersten Baggerbiß für die neue Verkehrserschließung im Bereich der Autobahnausfahrt Ludwigsburg-Nord aus. Sie ist Voraussetzung für die lange Zeit heftig umstrittene Erweiterung des Einkaufszentrums im Tammer Feld und die Ansiedlung eines Möbel-Großmarktes. – In Markgröningen gibt eine Ausstellung Einblicke in die Geschichte des vor 700 Jahren geweihten Heilig-Geist-Spitals und wird ein vom Stadtarchiv und dem örtlichen Arbeitskreis für Geschichtsforschung erarbeitetes neues Buch zum Thema vorgestellt.
14. Zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners werden Wälder in den Forstamtsbezirken Vaihingen und Großbottwar vom Hubschrauber aus mit einem Biowirkstoff besprüht.
16. Im Landeskirchlichen Museum in der Ludwigsburger Friedenskirche wird die neue Ausstellung »Herd und Himmel« eröffnet, die sich mit dem Alltag und der Rolle der Frauen im evangelischen Württemberg von der Reformationszeit bis zur Gegenwart beschäftigt.
17. In Ludwigsburg öffnet die mit großem Aufwand in der ehemaligen Fabrikhalle von G. W. Barth eingerichtete Markthalle erstmals ihre Pforten. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten muß sie jedoch schon im November wieder geschlossen werden.
19. Der traditionsreiche »Vaihinger Maientag« lockt rund 30 000 Besucher in die Stadt unterm Kaltenstein. Höhepunkt des über 300 Jahre alten Heimat- und Bürgerfestes ist der historische Kinderumzug.
25. Jubiläumsfeier auf Burg Lichtenberg. Die seit 1483 im Besitz der Freiherren von Weiler befindliche Burg ist mindestens 800 Jahre alt. Sie wird erstmals in einer Urkunde vom 12. April 1197 erwähnt.
27. Die seit 1919 bestehende Landwirtschaftsschule in Ludwigsburg muß auf Beschluß des Landwirtschaftsministerium geschlossen werden. Proteste der Landkreise Ludwigsburg, Heilbronn und Rems-Murr sowie der dortigen Bauernverbände gegen diese Entscheidung blieben ungehört.
30. Mit Felix Mendelssohn Bartholdys »Elias« eröffnen die Ludwigsburger Schloßfestspiele im Forum am Schloßpark die neue Saison, die ganz im Zeichen eines Doppeljubiläums steht: Vor 65 Jahren wurden die Festspiele gegründet, und seit 25 Jahren ist Wolfgang Gönnerwein ihr künstlerischer Leiter.
31. In Gerlingen wird der Abschluß eines 100-Millionen-Mark-Projekts gefeiert: Mit der Einweihung eines 555 Meter langen Tunnels und der neuen Endhaltestelle in der Stadtmitte erhält die Stadt nach dreieinhalb Jahren Bauzeit Anschluß an das Stuttgarter Stadtbahnnetz.

Juni

1. Auf den S-Bahn-Strecken gilt jetzt auch in den Abendstunden der 30-Minuten-Takt. Die Mehrkosten für diese wesentliche Verbesserung im Schienenverkehr betragen rund 2,6 Millionen Mark.
4. Mit einer Ausstellung in der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn stellen die Städte und Gemeinden Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Gemmrigheim, Hessigheim, Ingersheim, Löchgau, Mundelsheim und Walheim die Leistungsstärke und die Attraktivität der Region Neckar-Enz vor.
6. Zum Auftakt des 229. Ludwigsburger Pferdemarkts gibt es auf der Bärenwiese ein historisches Ritterturnier.
9. In Benningen wird nach jahrelangen Diskussionen und als »Spätfolge« des Jahrhunderthochwassers von 1978 für rund sieben Millionen Mark ein neuer Schutzdamm für das kommunale Gewerbegebiet gebaut.
11. Weil die Georgskirche in Kleinbottwar dringend renoviert werden muß, es aber dafür weder von der Stadt noch vom Landesdenkmalamt Zuschüsse gibt, entschließt sich die Kirchengemeinde zu einem ungewöhnlichen Spendenaufwurf: Sie läßt an der Außenfassade des 1491 erbauten Gotteshauses ein großes Transparent mit der Aufschrift »Unsere Kirche braucht Ihre Hilfe« anbringen.
13. Auf ein halbes Jahrhundert segensreiches Wirken gegen die Not der Menschen kann die Diakonische Bezirksstelle Ludwigsburg zurückblicken. Mit einem Festakt gedachte sie ihrer Gründung in schwerster Nachkriegszeit.
18. In Anwesenheit von Ministerpräsident Erwin Teufel wird die neue Hauptstelle der Kreissparkasse am Ludwigsburger Schillerplatz eingeweiht. Aus diesem Anlaß errichtet die Kreissparkasse eine neue Stiftung für Umwelt- und Naturschutz mit einem Stiftungskapital von zwei Millionen Mark.
19. Der Golfplatz Schloß Nippenburg ist zum dritten Mal Austragungsort der Internationalen Golfmeisterschaft von Deutschland.
21. Bei den Historischen Markttagen in der Besigheimer Altstadt erfreuen sich trotz teilweise schlechtem Wetter mehrere tausend Besucher am Spiel der Musikanten, Komödianten, Gaukler und Jongleure.
22. Das Tobias-Mayer-Museum in Marbach wird wiedereröffnet. Die neu konzipierte Ausstellung stellt das Lebenswerk des 1723 in Marbach geborenen bedeutenden Mathematikers und Astronomen vor.
24. Nach zweijährigen Renovierungsarbeiten erstrahlt das Alte Corps de Logis des Ludwigsburger Residenzschlosses wieder in neuem Glanz. Bei der Farbgebung für die Außenfassade, zartes Gelb statt Braun, hat man sich am historischen Vorbild zu Zeiten König Friedrichs orientiert.
26. Das als Landarmenanstalt gegründete und heute vom Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern getragene Behindertenheim in Markgröningen feiert sein 100jähriges Bestehen. Dabei wird auch ein Mahnmahl zum Gedenken an die 120 Heimbewohner enthüllt, die 1940 in das Konzentrationslager Grafeneck deportiert und dort ermordet wurden.

27. Im Ludwigsburger Residenzschloß wird die Kunstaktion »genial trivial« mit Installationen der Künstlerin Rosalie eröffnet. Aufsehererregender Blickfang ist im äußeren Schloßhof ein riesiger Vorhang aus über achthundert tomatenroten Gymnastikbällen.
28. Zehntausende Besucher drängen sich beim 27. Ludwigsburger Marktplatzfest im Herzen der Barockstadt. Rechtzeitig vor Beginn löst die Sommersonne das tagelange trübe Wetter ab.
29. Mit einem Festgottesdienst und Festakt wird in Heutingsheim das für 1,3 Millionen Mark erbaute neue Gemeindehaus »Arche« der katholischen Kirchengemeinde St. Maria eingeweiht.

Juli

3. In Ludwigsburg wird von der Stiftung Evangelisches Altenheim nach fast vier Jahren Um- und Neubau der Gebäudekomplex des Gerokheims/Geschwister-Cluss-Heims feierlich eingeweiht.
6. Großbrand im Sachsenheimer Hallenbad. Der Schaden wird auf rund drei Millionen Mark beziffert, Brandursache war ein technischer Defekt.
7. Im Kreishaus wird die Wanderausstellung »50 Jahre Kreislandfrauenverein Ludwigsburg« eröffnet. Der jetzt 6500 Mitglieder in 62 Ortsvereinen zählende Kreisverband der Landfrauen war im April 1947 von Marie-Luise Gräfin Leutrum von Ertingen gegründet worden.
14. Nach einem heftigen Gewitterregen steht der gesamte Ortskern von Höpfigheim unter Wasser. Der Wasserstand des Beutenmühlenbachs liegt bis zu 60 Zentimeter über seinem Normalpegel.
17. Im Hof der Filmakademie wird mit einer Produktion der polnischen Filmhochschule Lodz das 3. Ludwigsburger Filmfest eröffnet. Vier Tage lang präsentiert sich vor insgesamt rund 18 000 Zuschauern der europäische Nachwuchsfilm.
19. Die Kinderklinik des Ludwigsburger Kreiskrankenhauses feiert mit einem Kinderfest ihr 50jähriges Bestehen. – Seit 700 Jahren ist Weinbau in Kleinbottwar urkundlich belegt. Zum Jubiläum gibt es ein Fest auf Burg Schaubeck und ein Buch zum Thema.
21. Astrid Hahn tritt beim Landkreis Ludwigsburg das Amt der Ersten Landesbeamtin und Vize-Landrätin an. Die Juristin ist die erste Frau auf dieser Position. – In Neckargröningen beginnen die Bauarbeiten für die Verlängerung der Stadtbahn, die von Mai 1999 an Stuttgart-Mühlhausen mit Remseck verbinden soll.
24. In der Ludwigsburger Karlskaserne beginnt das fünfte »Sommernachts Open-air-Kino«.
25. Baubeginn der Westumgehung von Ditzingen. Das größte Straßenbauprojekt in der Geschichte der Strohgäustadt soll den Durchgangsverkehr um täglich 10 000 Autos entlasten und bis Mitte 1999 abgeschlossen sein.
27. Im Rahmen der 1200-Jahr-Feier Gerlingens gibt es einen großen historischen Festumzug durch die ganze Stadt. Die Schlange der rund 1600

- Festzugler ist mehrere Kilometer lang. – Auch in Freiberg wird mit einem großen Festumzug gefeiert. Anlaß ist das 25jährige Stadtjubiläum.
28. Das Landratsamt verschickt an die Haushalte im Landkreis die neuen Bescheide über die Abfallgebühren, die erstmals nach dem leerungsbhängigen System abgerechnet werden. Der Aufforderung des »Initiativkreises Müllgebühren Ludwigsburg«, gegen die neue Abfallsatzung und die Bescheide Widerspruch einzulegen, kommen mehr als 40 000 Haushalte nach.
30. Nach monatelangem Streit und dem Scheitern eines letzten Schlichtungsversuchs steht fest, daß Pfarrer Johannes Bräuchle zum 1. September seine Pfarrstelle in Markgröningen verlieren wird. Die Mehrheit des Kirchengemeinderats sieht keine Basis mehr für eine weitere Zusammenarbeit mit dem unkonventionellen und eigenwilligen Pfarrer.

August

1. Wolfgang Gönnerwein und ein Vertreter der Firma Daimler-Benz teilen mit, daß der Automobilkonzern künftig als Hauptsponsor der Ludwigsburger Schloßfestspiele auftreten wird.
2. Vermutlich auf Spuren der ersten mittelalterlichen Siedlung Bönningheims ist man bei Kanalarbeiten in der Ganerbenstadt gestoßen. Um Klarheit zu gewinnen, werden die Funde zu einer wissenschaftlichen Untersuchung einem Tübinger Institut übergeben.
4. In Hochdorf beginnt unweit des keltischen Fürstengrabhügels eine sechswöchige archäologische Lehrgrabung. Unter der Leitung von Landeskonservator Dr. Jörg Biel legen 60 Hobbyarchäologen aus ganz Deutschland auf einer 2,5 Ar großen Fläche Teile einer im vergangenen Jahr entdeckten weiteren keltischen Siedlung frei.
6. Die Mähdrescher laufen auf Hochtouren. Das Getreide wird eingefahren. Nach der Rekordernte 1996 gibt es für die Landwirte dieses Jahr eine »gute bis mittlere« Ernte.
12. Gute Nachrichten für die Freunde des Ludwigsburger Residenzschlosses: Trotz schwieriger Finanzlage gibt das Land 8,3 Millionen Mark für die dringend notwendige Sanierung der Fassade des Neuen Hauptbaus frei. Die Arbeiten beginnen im Herbst und werden voraussichtlich dreieinhalb Jahre dauern.
13. Weil die 1950 erbaute Gemrigheimer Neckarbrücke durch die künftig bis zu 200 Tonnen schweren Transporte der abgebrannten Brennelemente vom Kernkraftwerk Neckarwestheim zur Bahnverladung nach Walheim überlastet worden wäre, wird sie auf stärkere Pfeiler gesetzt und mit Pressen um einige Meter verschoben. Die Kosten in Höhe von rund zehn Millionen Mark bezahlt das Kraftwerk.
14. Das seit Tagen anhaltende hochsommerliche Wetter mit wolkenlosem Himmel und Temperaturen um die 30 Grad läßt auch die Ozonwerte wieder ansteigen. In Ludwigsburg werden mit 229 Mikrogramm Ozon je Kubikmeter Luft die landesweit höchsten Werte gemessen.

17. Ein Modellprojekt in Bietigheim-Bissingen stößt auf bundesweites Interesse. Der Stadt war es gelungen, beim Bau eines neuen Kindergartens durch Überprüfung bisher selbstverständlicher Standards und Normen die Kosten um mehr als die Hälfte zu senken.
23. Markgröningen steht wieder ganz im Zeichen des Schäferlauffestes. Rund 100 000 Besucher sind in der Stadt. Als Neuheit präsentieren die Organisatoren einen »Schäfermarkt« beim Festplatz, auf dem Produkte und Spezialitäten aller Art aus der Schäferei und für die Schäferei angeboten werden.
26. Der Kreisverband Ludwigsburg des BUND startet eine »Waldinitiative«. In Zusammenarbeit mit Kommunen, Förstern, Behörden und privaten Waldbesitzern soll der Waldanteil im waldärmsten Kreis des Landes vergrößert und die Biotopqualität des Waldes verbessert werden.
31. Auf dem Fluggelände im Löchgauer Wiesental wird die deutsche Meisterschaft für Großseglermodelle ausgetragen. Bei nahezu idealer Witterung nehmen 62 Modellbauer aus ganz Deutschland an dem Wettbewerb teil.

September

1. Am traditionelle Festzug zum Abschluß des 63. Bietigheimer Pferdemarkts nehmen 71 Wagengruppen teil. Bei Bilderbuchwetter säumen rund 45 000 Besucher die vier Kilometer lange Strecke zwischen Altstadt und Viadukt.
2. Das Traditionsunternehmen Amann & Söhne in Bönnigheim teilt mit, daß die Nähgarn-Produktion am Stammsitz gänzlich aufgegeben und an Standorte in Osteuropa verlagert wird. Nach den Plänen der Firmenleitung sollen innerhalb der nächsten Jahre rund 330 der derzeit knapp 600 Arbeitsplätze abgebaut werden.
6. Bei einem Festakt im Großbottwarer Rathaus besiegeln Bürgermeister Rainer Gerhäuser und sein Amtskollege Rodolfo Kellner die neue Städtepartnerschaft zwischen Großbottwar und der Schweizer Stadt Illnau-Effretikon. Die Bottwartalstadt ist damit die erste Kommune im Landkreis, die sich mit einer Gemeinde in der Eidgenossenschaft verbindet.
7. Rund um das Römerhaus in Walheim findet zum zweiten Mal ein Römermarkt statt. Das ungewöhnliche Straßenfest lockt mehrere tausend Gäste an.
12. Mit einer Künstlerprozession und einer Performancenacht auf dem Marktplatz beginnt in Ludwigsburg die Venezianische Messe. Zum Programm des dreitägigen Festes gehört erstmals auch ein historischer Kostüm- und Maskenball im Schloß. – Die Polizei nimmt bei Erligheim vier Schüler im Alter von 15 und 16 Jahren fest, die im Raum Bietigheim-Bönnigheim in den Vortagen nachts immer wieder Straßen mit Baumstämmen blockiert und dadurch mehrere Unfälle verursacht hatten.

13. Bei einem von der Historischen Gesellschaft Bönningheim veranstalteten zweitägigen Kolloquium auf Schloß Hohenstein beschäftigen sich Wissenschaftler aus Rußland, der Schweiz und von deutschen Universitäten mit der Geschichte und dem Umfeld des alten Brauches der Nachgeburtsbestattung. Im Bönningheimer Steinhaus findet parallel dazu eine Ausstellung zum Thema statt. – Der seit dem Bau des neuen Bahnhofcenters vor fünf Jahren stillgelegte »Alte Bahnhof« in Kornwestheim wird nach Renovierung und Umbau offiziell seiner neuen Bestimmung übergeben. Das 101 Jahre alte denkmalgeschützte Gebäude dient nun unter anderem dem Städtischen Orchester und einigen Vereinen als ständiges Domizil.
14. Der Kreisbauernverband Ludwigsburg feiert mit einem zünftigen Fest auf dem Aichholzhof bei Markgröningen sein 50jähriges Bestehen. – Ein Dutzend Städte und Gemeinden des Kreises Ludwigsburg beteiligen sich mit eigenen Angeboten am europaweiten »Tag des offenen Denkmals«.
15. Als einziges Gymnasium im Landkreis nimmt das Ludwigsburger Goethe-Gymnasium mit zwölf Schülerinnen und Schülern an dem landesweiten Versuch teil, die gymnasiale Schulzeit zu verkürzen und das Abitur in acht Jahren zu erreichen. – In Steinheim startet zum Schuljahresbeginn die neu eingerichtete Realschule mit 82 Kindern in drei Klassen. Da ein eigenes Schulhaus bisher nur im Plan existiert, werden die Schülerinnen und Schüler vorerst in drei verschiedenen Gebäuden unterrichtet.
18. Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann gibt nach vierjähriger Bauzeit die 2,9 Kilometer lange Trasse der neuen B 27a offiziell für den Verkehr frei. Durch das 38 Millionen Mark teure Bauwerk wird der künftige neue Containerbahnhof in Kornwestheim direkt an die Autobahn angebunden und soll auch das Kornwestheimer Stadtzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet werden.
21. In Besigheim wird zum 25. Mal das Winzerfest gefeiert. Höhepunkt ist der historische Festzug durch die Innenstadt, an dem sich unter dem Motto »2000 Jahre Weinbau an Neckar und Enz« 75 Gruppen beteiligen. – Der Kreisverband des Bundes der Vertriebenen feiert in der Ludwigsburger Musikhalle sein 50jähriges Bestehen.
23. Nach Meinung einer sachverständigen Jury verfügt die Grundschule in Walheim über den schönsten Schulgarten in Baden-Württemberg. Der Lohn: Die Schule erhält den von einer Bausparkasse und der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft ausgelobten Badenia-Förderpreis und ein Preisgeld von 1000 Mark.
26. Der Besigheimer Dekan Manfred Junginger wird nach sieben Jahren an der Spitze des evangelischen Kirchenbezirks Besigheim in den Ruhestand verabschiedet. Seine Nachfolge tritt zum 1. Januar Pfarrer Martin Luscher aus Plieningen an.
28. Bei der Bürgermeisterwahl in Schwieberdingen ist Amtsinhaber Gerd Spiegel einziger Bewerber. Er erhält bei 33,55 Prozent Wahlbeteiligung 98,15 Prozent der abgegebenen Stimmen und ist somit für weitere acht Jahre gewählt.

1. Als Anerkennung für die vorbildliche Renovierung ihrer historischen Häuser werden bei einer Feierstunde in der Markgröninger Stadthalle die Eigentümer der Hofanlage Rathausstraße 6 in Eberdingen und des Bürgerhauses Ostergasse 1 in Markgröningen mit dem Denkmalschutzpreis des Schwäbischen Heimatbundes ausgezeichnet.
2. Im Rahmen des Wettbewerbs »Unser Dorf soll schöner werden« ermittelt eine Bewertungskommission die fünf schönsten Dörfer im Regierungsbezirk Stuttgart. Zu den fünf Bezirkssiegern zählt auch der Ditzinger Stadtteil Schöckingen. – Im Forum am Schloßpark findet in Anwesenheit zahlreicher Politprominenz eine große Fernseh-Gala zum Tag der Deutschen Einheit statt. Ehrengast ist der ehemalige US-Präsident George Bush.
3. Am Ditzinger Gymnasium finden nach siebenjähriger Pause wieder »Schulolympische Spiele« statt. Rund 800 junge Leute aus sechs Nationen beteiligen sich an dem internationalen Sportfest.
8. Das Kleeblatt-Pflegeheim in Erdmannhausen nimmt seinen Betrieb auf. Das neue Heim, das 24 Pflegeplätze und 32 altengerechte Wohnungen umfaßt, ist das vierzehnte dieser Art, das seit 1992 im Kreis eingerichtet wurde.
10. In Ludwigsburg wird von Landrat Dr. Haas das im ehemaligen Standortlazarett an der Königsallee eingerichtete neue Psychosoziale Zentrum eröffnet. – Rainer Wieland aus Gerlingen tritt die Nachfolge des Stuttgarters Siegbert Alber als Mitglied des Europäischen Parlaments an. Der CDU-Politiker ist der erste und einzige Europa-Abgeordnete aus dem Landkreis Ludwigsburg.
11. Die Städtepartnerschaft zwischen Bietigheim-Bissingen und Sucy-en-Brie besteht seit 30 Jahren. Das Jubiläum wird mit einem Festakt und einem Festabend sowie einer »Französischen Woche« gefeiert.
17. Im Ludwigsburger Forum am Schloßpark beginnt ein von 13 verschiedenen Kirchen in Württemberg gemeinsam veranstalteter ökumenischer Frauenkongreß. An dem dreitägigen Treffen, dem ersten dieser Art in Deutschland, nehmen 1380 Frauen teil.
18. Asperg feiert mit einem Festabend das 30jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit dem französischen Lure.
19. In Marbach werden in einem Freiluftgottesdienst die von privaten Sponsoren finanzierten fünf neuen Glocken der Alexanderkirche eingeweiht, die somit zum ersten Mal seit 80 Jahren wieder ein volles Glockengeläut besitzt.
21. In Remseck wird der Plan, das Rathaus um einen 26 Millionen Mark teuren Anbau zu erweitern, ad acta gelegt. Das lange Zeit heftig umstrittene und vom Gemeinderat trotz massiver Bürgerproteste im Januar bereits beschlossene Projekt kann wegen der schlechten Finanzlage der Gemeinde vorerst doch nicht realisiert werden. An der Kommune bleiben jedoch rund 2,4 Millionen Mark Planungskosten hängen.
23. In Eglosheim feiern Studenten, Lehrkräfte und Bauleute mit einem gemeinsamen Fest die Fertigstellung des neuen Studentendorfs der PH

Ludwigsburg. In den seit 1992 für insgesamt 36,4 Millionen Mark errichteten sechzehn Gebäuden finden 674 Studierende eine Unterkunft.

November

2. Obwohl sich die Spätfröste im April und das anhaltend regnerische Wetter im Juni negativ auf den Ertrag ausgewirkt haben, können die Wengarter im Landkreis nach Abschluß der Weinlese zufrieden sein. Dank der vielen Sonnentage im August, September und Oktober ist die Qualität des Jahrgangs 1997 hervorragend und die beste seit 1971.
8. Die Stadt Kornwestheim und die Gemeinde Ingersheim treten offiziell dem vor zwei Jahren gegründeten interkommunalen Öko-Bündnis »Grüne Nachbarschaft« bei, dem bisher bereits Bietigheim-Bissingen, Freiberg, Ludwigsburg, Remseck und Tamm angehörten. Die beteiligten Kommunen wollen langfristig einen die Ortsgrenzen überschreitenden, zusammenhängenden Landschaftspark schaffen.
10. Christian von Holst, Direktor der Staatsgalerie Stuttgart, und Ulrike Gauss, Leiterin der Graphischen Sammlung des Museums, werden für ihre 1987 veröffentlichte Monographie über den Bildhauer und Schiller-Freund Johann Heinrich Dannecker mit dem Schillerpreis der Stadt Marbach ausgezeichnet.
12. Bei einer Pressekonferenz berichtet Oberkonservator Dr. Ingo Stork vom Landesdenkmalamt über die Ausgrabung eines römischen Gutshofes in Kornwestheim-Pattonville. Bedeutendster, weil sehr seltener Fund sind 14 Brandgräber, die etwa 75 Meter südlich des Hofes entdeckt wurden.
14. Der Historische Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg feiert mit einem Festakt in der Musikhalle sein 100jähriges Bestehen und stellt dabei auch seine zum Jubiläum herausgegebene umfangreiche Festschrift vor. – Bei der Salamander AG in Kornwestheim sorgt eine telefonische Bombendrohung für große Aufregung. Rund 1000 Beschäftigte müssen vorsorglich das Werksgelände verlassen, die Produktion wird aus Sicherheitsgründen für anderthalb Tage unterbrochen.
17. Der Sozialausschuß des Kreistages beschließt, vom kommenden Jahr an auch im Kreis Ludwigsburg sogenannte Sozialdetektive einzusetzen, die durch Kontrollen und Nachprüfungen den Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen eindämmen sollen. Man erhofft sich dadurch Einsparungen von rund einer Million Mark.
19. Die Beratungen des Ludwigsburger Gemeinderats über den städtischen Haushaltsplan für 1998 beginnen mit einem Paukenschlag. Die Mehrheit des Ratsgremiums verweigert dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf die Zustimmung. Nach dem Willen der meisten Fraktionen soll noch mehr gespart werden, vor allem im kulturellen Bereich. Unter anderem wird gefordert, auf die im Oktober vergangenen Jahres beschlossene Verlegung des Städtischen Museums vom Kulturzentrum ins Jägerhofpalais zu verzichten und das Museum als eigenständige Ein-

richtung aufzulösen. Da auch in den folgenden Wochen keine Einigung erzielt werden kann, muß die Verabschiedung des Haushaltsplans auf nächstes Jahr verschoben werden.

21. In Gemmrigheim wird das neue Kleeblatt-Pflegeheim mit 24 Pflegeplätzen und 23 betreuten Seniorenwohnungen offiziell eingeweiht. Es ist das 15. Kleeblattheim im Kreis und hat 12,3 Millionen Mark gekostet.
24. Da der Landkreis angesichts der großen Sparzwänge insbesondere auch seine sogenannten Freiwilligkeitsleistungen stark einschränken muß, beschließt der Kultur- und Schulausschuß des Kreistags, Zuschüsse an Verbände und kulturelle Einrichtungen zu kürzen oder sogar ganz zu streichen. Betroffen sind unter anderem das Deutsche Literaturarchiv in Marbach, die Ludwigsburger Schloßfestspiele, der Sportkreis und die Volkshochschulen.
28. Die »Elternguppe für krebskranke Kinder und Jugendliche« übergibt der Kinderklinik Ludwigsburg eine Spende in Höhe von 96 000 Mark. Das Geld kam bei der »Aktion Zahngold« zusammen, bei der 30 Zahnärzte und Zahnärztinnen im Kreis Ludwigsburg bei ihren Patienten Zahn-Altgold für diesen guten Zweck einsammelten.
30. Die Eglosheimer Katharinenkirche wird nach achtmonatiger Innensanierung mit einem Festgottesdienst wieder für Kirchgänger geöffnet.

Dezember

1. Die Schulturnhalle in Löchgau wird bei einem durch zündelnde Kinder verursachten Großbrand vollständig zerstört. Der entstandene Schaden wird auf rund 2,9 Millionen Mark geschätzt. – Die Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg schließen sich den bundesweiten Protestaktionen gegen die schlechte Finanzlage an den Universitäten an und treten in den Streik. Der Streik wird auch vom Rektor und den Dekanen unterstützt und erst im neuen Jahr beendet.
4. Nachdem eine Bewohnerin des neuen Kleeblatt-Pflegeheims an einer Salmonelleninfektion gestorben ist, wird die Bevölkerung von Erdmannhausen aufgerufen, das Trinkwasser vor Gebrauch abzukochen. Erst nach zwölf Tagen kann Entwarnung gegeben werden.
10. Die Stadt Marbach erinnert mit einer Ausstellung an das Leben und Werk des vor 200 Jahren in der Schillerstadt geborenen Rechtslehrers Karl Georg von Wächter, der als einer der ausgezeichnetesten Juristen des 19. Jahrhunderts gilt.
12. Der Kreistag verabschiedet den Haushaltsplan des Landkreises für das Jahr 1998. Um den Etat ausgleichen zu können, sind im Vorfeld bei zahlreichen intensiven Verhandlungen der Gremien verschiedene einschneidende Sparmaßnahmen und eine Erhöhung der von den Gemeinden aufzubringenden Kreisumlage von bisher 28 auf 34 Prozent beschlossen worden.
18. Das Stadtmuseum Hornmoldhaus in Bietigheim zählt zu den erfolgreichsten Museen im Land. Es kann im laufenden Jahr bereits den

- 40 000. Besucher begrüßen und verzeichnet damit die höchste Besucherzahl seit seiner Eröffnung vor acht Jahren.
19. Nach knapp zwei Jahren Bauzeit wird die neue Enzbrücke bei Bissingen für den Verkehr freigegeben. Mit der Fertigstellung der rund acht Millionen Mark teuren Brücke ist die erste Etappe der künftigen Südumgehung Bietigheim-Bissingen und der Nordumfahrung Tamm geschafft.
21. Bei einem durch einen technischen Defekt verursachten Großfeuer in der Produktionshalle einer Stahlhärterei im Industriegebiet Kornwestheim-Nord entsteht ein Sachschaden von rund acht Millionen Mark.
25. Bei einem Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus in Hoheneck werden am frühen Weihnachtsmorgen vier Personen verletzt und entsteht ein Sachschaden von rund 300 000 Mark. Unbekannte Täter hatten Benzin in das Treppenhaus des Gebäudes geschüttet und den Brennstoff angezündet.
31. Im Landkreis sind 15 218 Menschen ohne Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote beträgt 6,9 Prozent. Im Landesdurchschnitt sind es 7,7 Prozent, im Bundesdurchschnitt 11,8 Prozent. *Thomas Schulz*

Buchbesprechungen

Wolfgang Willig: Spurensuche in Baden-Württemberg: Klöster, Stifte, Kläusen. Ein kulturhistorischer Führer. Wannweil 1997, 504 S.

Auf eine zweijährige Spurensuche zu den rund 400 Klöstern, Stiften und Frauenkläusen in Baden-Württemberg machte sich der Balingener Schulpsychologe Wolfgang Willig. Sein Interesse an diesem Thema war geweckt worden durch jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit als Leiter von Studienfahrten der Heimatkundlichen Vereinigung Balingen und durch Seminare zur Ordensgeschichte für die Fortbildungsstätte Kloster Heiligkreuztal. Entstanden ist ein Buch, das ausdrücklich nicht den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhebt; ein Werk aus der Praxis des Reiseleiters und Freizeithistorikers für den kunst- und kulturgeschichtlich interessierten Laien.

Entsprechend benutzerfreundlich ist das Buch angelegt. Ganz pragmatisch werden alle wesentlichen Fragen beantwortet: Wie komme ich hin? Wie komme ich hinein? (Wo bekomme ich den Schlüssel?) Wie erfahre ich mehr darüber (weiterführende Literatur)? Das Buch soll eine Marktlücke schließen, nämlich erstmals einen Überblick über die Ordensgeschichte Südwestdeutschlands sowie eine Einordnung der einzelnen Niederlassungen in einen Gesamtrahmen bieten. Neben den großen und bekannten Anlagen, wie Weingarten und Maulbronn, soll auch das Kleine und Unscheinbare behandelt und dargestellt werden. Ebenso die ganze Bandbreite religiöser Gemeinschaften: die großen Orden ebenso wie die modernen Kongregationen, Klöster und Stifte, Ritterordenshäuser ebenso wie Diakonissenanstalten.

Spektakuläres auf diesem Gebiet ist selten im Landkreis Ludwigsburg zu finden, der mit neun Orten vertreten ist, von »B« wie Bietigheim-Bissingen bis »V« wie Vaihingen/Enz. Der Umfang der einzelnen Artikel schwankt sehr stark, von wenigen Zeilen (Bietigheim, Großbottwar, Marbach) bis über eine Druckseite (Markgröningen, Oberstenfeld, Steinheim). Ausführlich behandelt werden Markgröningen mit dem Heilig-Geist-Spital, das evangelische Damenstift in Oberstenfeld und Kloster Mariental in Steinheim/Murr. Deutlich knapper fallen die Artikel aus über das Franziskaner-Kloster auf dem Frauenberg bei Bönnigheim und die ehemaligen Zisterzienser-Klöster in den beiden Sachsenheimer Teilorten Rechentshofen und Häfnerhaslach. Die Frauengemeinschaften in Bietigheim, Großbottwar, Marbach und Vaihingen-Horrheim sind nur schlecht dokumentiert und werden entsprechend nur kurz gestreift.

In erster Linie ist das Buch gedacht zum systematischen Nachschlagen. Es lädt aber auch zum Blättern ein, auf Entdeckungsreise zu gehen auf den Spuren der Mönche in Baden-Württemberg.

Erich Viehöfer

Thomas Schulz: Die ehemaligen Lateinschulen im Kreis Ludwigsburg. Ihre Geschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Hg. vom Landkreis Ludwigsburg, Ludwigsburg 1995, 308 S. mit zahlr. Abb.

Im Vergleich mit anderen Territorien des Alten Reiches besaß das lutherische Herzogtum Württemberg ein enges Geflecht von Elementar-, Latein- und Klosterschulen. Schon lange vor der Einführung einer allgemeinen Schulpflicht (1649) gab es in den meisten Dörfern deutsche Schulen, deren Unterricht hauptsächlich von der Einübung des Katechismus und des Kirchengesangs bestimmt war. Darüber hinaus bestanden in der Mehrzahl der Amtsstädte Lateinschulen, die sich insbesondere der Lektüre antiker Klassiker widmeten und auf den Besuch der niederen und höheren Klosterschulen vorbereiteten. In der Tat dürfte Württembergs Ruf als »Land der Dichter und Denker« in nicht zu unterschätzendem Maße seinem ausgeformten Schulsystem zuzuschreiben sein.

Wer das zu besprechende Buch von Thomas Schulz zur Hand nimmt, wird dennoch überrascht sein, gab es doch im Bereich des heutigen Landkreises Ludwigsburg ein selbst für württembergische Verhältnisse ungewöhnlich dichtes Netz »höherer Schulen«. Schon für das Spätmittelalter sind nicht weniger als sieben Lateinschulen im Kreisgebiet bezeugt: Besigheim (1457), Bietigheim (Anf. 15. Jh.), Bönningheim (um 1480), Großbottwar (1496), Marbach (1392), Markgröningen (1354) und Vaihingen (1450). Die neugegründete Residenzstadt Ludwigsburg erhielt 1721 eine eigene Lateinschule; und ab 1819 wurde auch in Korntal lateinischer Unterricht erteilt.

In seiner thematisch dreiteiligen Darstellung, die sich durch Klarheit und Sorgfalt auszeichnet, spannt Schulz in den ersten Kapiteln (S. 11–72) einen interessanten Bogen von den städtischen Lateinschulen des Spätmittelalters bis hin zur württembergischen Schulreform des Jahres 1793. Obwohl die Quellen für die vorreformatische Zeit nur spärlich fließen, erlauben sie doch Rückschlüsse auf den schulischen Alltag, auf die personelle und räumliche Situation der Bildungseinrichtungen, die von alters her eng mit der Kirche verflochten waren. Vor diesem Hintergrund bedeutete das Zeitalter der Reformation eine tiefgreifende Zäsur. Vom Bildungsideal des Humanismus angeregt, erlebten die Lateinschulen dank des eingezogenen Kirchenvermögens eine gezielte obrigkeitliche Förderung, die – so etwa in Bietigheim und Vaihingen – steigende Schülerzahlen zur Folge hatte. Mit der Einführung der Großen Kirchenordnung von 1559, einem Schlüsseldokument der württembergischen Schulgeschichte, gelang es Herzog Christoph, die landesherrliche Schulaufsicht zu intensivieren. Der Stuttgarter Kirchenrat nahm verstärkten Einfluß auf die Besetzung der Präzeptoren- und Kollaboratorenstellen, der Schulbetrieb wurde durch landeseinheitliche Lehrpläne geregelt, die pädagogische Arbeit anläßlich regelmäßiger Visitationen kontrolliert.

Auf der Basis unbekannter oder kaum genutzter Quellen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, im Landeskirchlichen Archiv, aber auch in den Archiven vor Ort zeichnet Schulz die Entwicklung des Lateinschulwesens bis zum Ende des Alten Reiches nach. Sein Augenmerk gilt der Qualifikation und Besoldung der Lehrer, die ihre Tätigkeit häufig nur als Durchgangsstation auf dem Weg zum Pfarrdienst wahrnahmen. Darüber hinaus analysiert er die Zusammensetzung der Schülerschaft und die Inhalte des Unterrichts, die bis ins 19. Jahrhundert vom »Landexamen«, jener Ausleseprüfung um die begehrten Plätze in den Klosterschulen, bestimmt waren. Alles in allem bestand die vorrangige Aufgabe der Lateinschulen, die sich nur zögernd den pädagogischen Reformideen des 18. Jahrhunderts öffneten, darin, Führungskräfte für den württembergischen Kirchen- und Staatsdienst heranzubilden.

Im Mittelpunkt des Buches stehen acht Einzeldarstellungen (S. 73–215), die eine Fülle von Informationen zur Geschichte der ehemaligen Lateinschulen bieten. Trotz der unterschiedlichen Überlieferungssituation, die im Falle Bönnigheims sogar erhebliche Lücken aufweist, gelingt es Schulz, für jeden der Schulorte ein fundiertes Bild der schulischen Verhältnisse zu entwerfen. Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen über die städtischen Schulgebäude, die Schülerzahlen sowie den Werdegang, das Verhalten und fachliche Können der Lehrkräfte, wobei die Zahl der jährlichen Landexaminanden als Indikator für die jeweilige Unterrichtsqualität angesehen werden kann. Unter den einstigen Lateinschülern erlangten der Reformator Johannes Brenz (Vaihingen), der aus Walheim stammende Rechtsgelehrte Johann Harpprecht (Besigheim) und Friedrich Schiller (Ludwigsburg) eine weit über das heutige Kreisgebiet hinausreichende Bedeutung. Zu den herausragendsten Lehrern gehörte Simon Studion, der von 1572 bis 1605 in Marbach wirkte und zu den Begründern der Archäologie in Württemberg zählt.

In prosopographischer Hinsicht erfährt der vorliegende Band durch das mehr als 300 Personen umfassende »Verzeichnis der Präzeptoren, Kollaboratoren und Provisoren« (S. 216–249) eine wertvolle Abrundung. Gestützt auf die ergänzende Auswertung von Kirchenvisitationsakten und Synodusprotokollen gibt es Aufschluß über die Herkunft und die beruflichen Stationen der einstigen Lateinlehrer.

Insgesamt hat Thomas Schulz eine sehr anschauliche, aber nicht minder anspruchsvolle Studie zur regionalen Schulgeschichte vorgelegt. Aufgrund ihrer vergleichenden, an den größeren Zusammenhängen orientierten Sichtweise bringt sie die Forschung voran, gewährt aber zugleich dem an der Lokalhistorie interessierten Leser eine Fülle neuer Einblicke und Erkenntnisse. *Albrecht Ernst*

Großingersheim. Erinnerungen in Bildern. Zusammenstellung und Bildtexte: Friedrich Einkörn. Horb am Neckar 1997, 108 S. mit zahlr. Abb.

Kleiningersheim aus vergangener Zeit. Zusammenstellung und Bildtexte: Friedrich Einkörn. Horb am Neckar 1998, 108 S. mit zahlr. Abb.

Dem 1997 vom Großingersheimer Metzgermeister und Heimatforscher Friedrich Einkörn veröffentlichten Bildband mit historischen Photographien von Großingersheim war vor Ort ein solcher Erfolg beschieden, daß er dazu ermutigte, im Folgejahr sogleich einen entsprechenden Band über Kleiningersheim vorzulegen. Zu den Ortsteilen der Gemeinde Ingersheim hatte schon 1903 der Kleiningersheimer Pfarrer Richard Stein eine solide Ortsgeschichte verfaßt, die 1979 zur 1200-Jahr-Feier um eine Publikation verschiedener Verfasser auf zeitgemäßem wissenschaftlichem Niveau ergänzt wurde. Dieser aktuelle Stand der Ortsgeschichtsschreibung wird nun um die beiden vorliegenden Bildbände bereichert. Die Ingersheimer können ihrem Mitbürger Friedrich Einkörn jedenfalls nur dankbar sein, daß er die Photographien aus privatem Besitz zusammengestellt und in ansprechender Weise publiziert hat. Vor Ort ist es natürlich vor allem erst einmal reizvoll (und dies gilt durchaus auch für den zugezogenen Rezensenten), gute Bekannte oder Nachbarn auf dem Einschulungsfoto oder als Konfirmanden wiederzuerkennen; der Erfolg der beiden Bände dürfte nicht zuletzt auch hierin begründet sein. Für die Ortsgeschichte aber stellen die Aufnahmen darüber hinaus auf Dauer eine authentische Überlieferung dar, deren Dokumentationswert zum Wandel der Ortsteile und ihrer Lebenswirklichkeit seit dem Beginn des nun ausge-

henden Jahrhunderts nicht zu unterschätzen ist. Und selbst über die Gemeinde hinaus sind die unmittelbar im Alltag entstandenen Momentaufnahmen auswertbar. Dem empirischen Kulturwissenschaftler etwa können sie für bestimmte Fragestellungen ebenso als Quelle dienen wie dem Wirtschafts- und Sozialhistoriker. Auch ist ein gutes Stück Technikgeschichte des 20. Jahrhunderts sichtbar.

Die eher locker in einzelne Kapitel gegliederte, nicht streng systematisierte Darstellungsweise, auch der weitgehende Verzicht auf eine interpretierende Kommentierung stehen dazu nicht im Widerspruch. Denn die Bilder sprechen für sich, und als Quellen sind sie offen für vielfältige Auswertungen. Ergänzt sind sie meist durch Bildunterschriften, wie man sie im privaten Fotoalbum zu formulieren pflegt, teils aber auch durch kurze erläuternde Hinweise oder kleine Geschichten, die – wie das meiste Bildmaterial selbst – dem Bearbeiter von Ingersheimer Bürgern zugetragen wurden. Besonders wurde Einkörn von Paul Schütz aus Großingersheim unterstützt. So basieren etwa im Großingersheimer Band die Hintergrundinformationen zum Foto des ersten Schleppers, der dort 1927 in der Landwirtschaft zum Einsatz kam, auf seinen Angaben (S. 44f.).

Gerade der Arbeitsalltag in den bäuerlich geprägten Wohnplätzen ist eindrucksvoll dokumentiert, aber – um nur einige weitere Schwerpunkte zu nennen – in gleicher Weise auch die Festkultur, das Vereinsleben, die Freizeitgestaltung. Daß diese Bereiche besonders stark vertreten sind, korrespondiert mit der Provenienz der Photographien aus dem privaten Bereich. Die beiden Bände können insofern als Spiegel privater Fotoalben gesehen werden. In den Hintergrund dagegen tritt – naturgemäß (!) – das politische Zeitgeschehen. Und um so bestechender sind eben jene wenigen Photographien, die die »große Geschichte« berühren: Besonders hingewiesen sei im Großingersheimer Band auf den Abschnitt »Aufmärsche und Musterungen« (S. 61 ff.) mit dem darin auch wiedergegebenen Bild vom Heimaturlaub 1943 (S. 64), auf das ausdrucksstarke Foto von der Planierung des Sportplatzes 1957 durch eine amerikanische Pioniereinheit (S. 91) sowie im Band zu Kleiningersheim auf die unter der Überschrift »Geschichte« wiedergegebenen Aufnahmen aus der Zeit des Nationalsozialismus (S. 68). Diesem und seinen Erscheinungsformen begegnet man übrigens wenig in den Bildern, was sicher auf Hemmungen zurückzuführen ist, entsprechendes Bildmaterial zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt eine Veröffentlichung, zu der man dem Bearbeiter und der Gemeinde Ingersheim nur gratulieren kann. Sie sollte auch anderswo dazu ermutigen, private Photographien als Quellen der Geschichte zu sammeln und zu publizieren.

Robert Kretzschmar

Monika Zeilfelder-Löffler: Die Geschichte der »Evangelischen Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe« in Ludwigsburg: Von den Anfängen bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1876–1950) unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Herrschaft. (Diakoniewissenschaftliche Studien 8). Heidelberg 1996, 246 S.

Monika Zeilfelder-Löffler veröffentlichte bereits 1995 in dem Sammelband »Diakonie im Deutschen Kaiserreich« eine Untersuchung über die Anfänge der »Evangelischen Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe«. Kurz nach der hier zu rezensierenden Arbeit, einer geringfügig überarbeiteten Fassung ihrer Heidelber-

ger Dissertation vom Sommer 1995, erschien die Dokumentation »Das Rauschen der Zeit und die Stimme unseres Gottes: die Karlshöher Bruderschaft in der Zeit des Dritten Reiches« (Reutlingen 1996). Die Verfasserin hat auch an diesem Band maßgeblich mitgearbeitet. – Neben der Befragung von Zeitzeugen stützt sich die Arbeit vor allem auf die Auswertung des Landeskirchlichen Archivs und der Archive des Diakonischen Werks der EKD, des Dekanatamts Ludwigsburg, der Karlshöhe, der Anstalt Stetten und der beiden staatlichen Archive in Ludwigsburg und Stuttgart.

Der Band setzt bereits mit den Vorgängern der 1876 gegründeten Karlshöhe ein, der 1825 in Ludwigsburg ins Leben gerufenen Kinderrettungsanstalt, dem 1835 von der Stadt Ludwigsburg fundierten, später durch einen Privatverein übernommenen Mathildienstift und dem 1866 errichteten Wernerschen Diakonenhaus. Der Karlshöhe lag die Wichernsche Konzeption einer Verbindung von Brüderhaus und Rettungsanstalt zugrunde. Die dort gelehrte und praktizierte Liebestätigkeit wurde verstanden »als Lebensäußerung der Kirche außerhalb der verfaßten Kirche«. Diese Stellung außerhalb der verfaßten Kirche hat die Karlshöhe im »Dritten Reich« aufgegeben. Wie kam es zu dieser »Verkirchlichung eines freien Werkes der Liebestätigkeit«?

Wie große Teile der Landeskirche waren auch die Brüder der Karlshöhe deutsch und national eingestellt, wahrten innere Distanz gegenüber der Weimarer Republik und begrüßten die »Machtergreifung«. Zwar blieb man in der Frage der Parteimitgliedschaft zurückhaltend; 1933/34 bestand jedoch ein eigener SA-Trupp der Ausbildungsbrüder, einzelne Brüder waren Mitglieder bei den Deutschen Christen, und 1934 bemühte man sich erfolgreich um die Aufnahme der Karlshöher Kinder ins Jungvolk. Auslöser für ein Umdenken waren noch 1933 die Unterstellung der Deutschen Diakonenschaft unter die Reichsleitung der Deutschen Christen und 1934 die Auseinandersetzungen um die Eingliederung der Landeskirche in die Deutsche Evangelische Kirche. Ab 1935 mehrten sich die staatlichen Eingriffe. Da der Staat zahlreiche Aufgaben der Inneren Mission übernahm, blieb für diese »zwischen Staat und Kirche kein Platz mehr«: Die Innere Mission war zum Anschluß an die verfaßte Kirche gezwungen, wollte sie überleben. Bereits 1942 hatte die Landeskirche den Bestand der Karlshöhe für den Fall der Unterstellung zugesagt. Die Verhandlungen drohten jedoch mehrmals zu scheitern. Erst im Dezember 1944 erschien die »Verordnung über das Amt des Diakons« im kirchlichen Amtsblatt. Sie erkannte das Diakonenamt als »Kirchliches Amt« an. In der Wiederaufbauphase nach 1945 nahm man sich keine Zeit für die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit. Die vorliegende Arbeit hat dieses Versäumnis nachgeholt.

Norbert Hofmann

700 Jahre Heilig-Geist-Spital Markgröningen. Hg. von der Stadt Markgröningen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichtsforschung, Heimat- und Denkmalpflege Markgröningen e.V., o. J. [1997], 191 S. mit zahlr. Abb.

Der Komplex des Heilig-Geist-Spitals an der Betzgasse, heute sind dort Stadtbücherei, Musikschule, Sitzungssaal des Gemeinderats und Pfarrsaal der katholischen Gemeinde untergebracht, prägt immer noch das Stadtbild von Markgröningen. Die Weihe des Ordensspitals fand am 25. März 1297 statt; das Spital wurde also 1997 700 Jahre alt. Dieses Jubiläum war Anlaß für eine gemeinsame Publika-

tion von Stadtarchiv und dem Arbeitskreis Geschichtsforschung, Heimat- und Denkmalpflege e.V.

Im ersten Beitrag gibt Gerhard Liebler einen knappen Überblick über die Anfänge des Spitals im 13. Jahrhundert bis zum Ende der Ordensherrschaft (1534), über die weitere Entwicklung unter städtischer Verwaltung bis zur gesetzlich erzwungenen Auflösung der Stiftungspflege des Spitals (1892) beziehungsweise der endgültigen Auflösung der Hospitalstiftung im Jahre 1958. Weitere Beiträge behandeln die Baugeschichte des Spitals, seine Privilegien und seine Besitztümer vor Beginn der Reformation. Von einem überraschenden Fund berichtet Martin Frieß: Bei der Restaurierung der Spitalrechnung von 1662/63 wurden im Einband handschriftliche Notenaufzeichnungen von geistlichen Konzerten aus dem 17. Jahrhundert entdeckt; eines davon stammt nachweislich von dem sächsischen Organisten und Komponisten Andreas Hammerschmidt.

Eine Fülle kultur-, wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Informationen liefern die drei Beiträge der Stadtarchivarin Petra Schad. In »Pfründnerdasein im Wandel der Zeit« erfährt der Leser viel über das Leben in der frühen Neuzeit, über die Ernährung bis hin zum Gebrauch (und Verbrauch) von Gewürzen. Ihr Beitrag »Medizinische Versorgung in Markgröningen (1550–1800)« beschreibt die Krankheiten und Epidemien jener Zeit und die meist erfolglosen Versuche der Ärzte, Bader und Chirurgen, den Kranken zu kurieren. Neuland betritt ihr abschließender Beitrag über die Armenspinnanstalt. Seit 1753 mußten die Insassen des Spitals mit Spinnen zu ihrem Lebensunterhalt beitragen. Aus der eher sporadischen Beschäftigung entwickelte sich vierzig Jahre später eine Spinnanstalt für alle Ortsarmen, die als Zulieferer für die Ludwigsburger Tuchmanufaktur tätig wurde. Das Gebäude wurde in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts vom Strafvollzug übernommen, die Spinnanstalt – nun im Fruchtkasten untergebracht – wandelte sich zur Industrieschule.

Anmerkungen, eine Geld-, Gewichts- und Maßstabelle sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis runden die acht Kapitel ab. *Erich Viehöfer*

Helmut Theurer: Die Nippenburg, ihre Geschichte und ihre Geschlechter. Schwieberdingen 1997, 133 S., zahlr. Abb., 3 Stammtafeln.

Nach einer kurzen Beschreibung der Landschaft rund um die Nippenburg und einem Rundgang durch die heutige Burgruine stellt der Verfasser Leben und Wirken der Herren – und Frauen – von und zu Nippenburg einzeln vor: Den Rittern von Nippenburg (1275–1611) folgten die Freiherren von Stockheim (1611–1685). Seit 1685 sind die Reichsfreiherren und Grafen Leutrum von Ertingen die Herren auf Nippenburg.

Die 1891 von Gerhard Graf Leutrum von Ertingen zusammengestellten »Regesten zur Geschichte der Herren von Nippenburg« stellen für das erste Geschlecht das wichtigste Quellenmaterial dar. Das 1893 von demselben Verfasser herausgegebene Buch über die Geschichte des Hauses Leutrum von Ertingen bildet die Quelle für die Darstellung der beiden anderen Geschlechter. Zahlreiche Abbildungen illustrieren die Lebensbeschreibungen.

Ein ausführlicher Bericht über die zwischen 1979 und 1984 an der Burgruine durchgeführten Restaurierungsarbeiten schließt sich an. Die Stammtafeln der drei Geschlechter bilden den Anhang des Buches. *Günther Bergan*

Dorfsterben ... Vöhingen und was davon übrig blieb. Begleitheft zur Ausstellung des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg im Rathaus Schwieberdingen vom 4. April bis 3. Mai 1998, Stuttgart 1998, 72 S., Abb.

Das Dorf Vöhingen, im 6. oder 7. Jh. entstanden, zu Beginn des 13. Jh. erstmals sicher erwähnt, wurde im Laufe des 14. Jh. aufgelassen und verfiel. Nur die Kirche blieb als Feldkirche bzw. als Ruine bis zum Ende des 18. Jh. erhalten. Heute deuten nur noch einige Flurnamen auf den zwischen Möglingen und Schwieberdingen gelegenen Ort hin. Erosion und starke landwirtschaftliche Nutzungen haben seine Oberflächenspuren gänzlich beseitigt.

Seit 1990 gräbt das Landesdenkmalamt, Referat für Archäologie des Mittelalters, in der Flur Vöhingen. Im April 1998 wurden die bisher vorliegenden Grabungsergebnisse im Schwieberdinger Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das vorliegende, von der Arbeitsgemeinschaft Layout des Hans-Grüninger-Gymnasiums in Markgröningen gestaltete Begleitheft zur Ausstellung enthält u.a. Beiträge über die Grabungsbefunde im Bereich der Siedlung und der Kirche mit Friedhof. Ein eigenes Kapitel ist den neuartigen geophysikalischen Untersuchungsmethoden gewidmet: Bei der Erforschung der Kirche wurde sowohl die geomagnetische als auch die geoelektrische Prospektion durchgeführt. Die Fundstücke aus den verschiedenen Epochen werden anhand von schematischen Abbildungen erläutert, wobei besonders auf den als Spolie in der Kirche eingemauerten römischen Viergötterstein eingegangen wird. *Günther Bergan*

Norbert Hofmann und Gudrun Vogt: Frühmeßhaus – Pfarrhaus – Ortsmuseum in Schwieberdingen. Hg. von der Gemeindeverwaltung Schwieberdingen und dem Heimat- und Kulturkreis Schwieberdingen, 1991, 128 S., zahlr. Abb.

Im Frühjahr 1991 übernahm der Heimat- und Kulturkreis Schwieberdingen die Betreuung des im ehemaligen Frühmeß- und späteren Pfarrhaus neu eröffneten Ortsmuseums. Aus diesem Anlaß erschien eine Dokumentation zur Geschichte des Pfarrhauses und damit auch zur Geschichte Schwieberdingens.

In der ersten Arbeit »Quellen zur Geschichte der Schwieberdinger Frühmesse bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts« stellt Norbert Hofmann anhand von zehn ausgewählten Quellen die Geschichte der Frühmesse von 1360 bis 1559, dem Zeitpunkt, an dem das Frühmeßhaus als Pfarrhaus erwähnt wird, dar. Dabei folgen auf ein einleitendes Schlagwort jeweils das Datum, eine knappe Inhaltsangabe und der Text der Quelle, bei älteren Quellen auch die Übersetzung. Die anschließenden Erläuterungen behandeln bei jeder Quelle zwei oder drei Aspekte, die in das Verständnis dieser jahrhundertealten Texte einführen.

In der zweiten Arbeit »Zur Geschichte des Schwieberdinger Pfarrhauses« beschreibt Gudrun Vogt anhand von Bauberichten, Bauverzeichnissen und Pfarrberichten die wechselvolle Geschichte des Hauses. Bis 1806 war die geistliche Verwaltung in Markgröningen für die bauliche Instandhaltung verantwortlich. In diese Zeit fallen die umfangreichen Bauberichte von 1649 und 1768. Ab 1806 sind detaillierte Einzelheiten den Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichten zu entnehmen. Eine moderne Bauaufnahme von 1986 beschließt die Arbeit.

Beiden Arbeiten sind ausführliche Quellenverzeichnisse nachgestellt. Der Anhang enthält eine Liste der Spender und Leihgeber für das Ortsmuseum sowie der Mitglieder des Heimat- und Kulturkreises. *Günther Bergan*

Schwieberdingen – Bausteine zur Ortsgeschichte. Hg. vom Heimat- und Kulturkreis Schwieberdinger Gruppe e.V., 1995, 184 S., zahlr. Abb.

Gerd Wiese: »1984 bis 1994: Zehn Jahre Heimat- und Kulturkreis Schwieberdinger Gruppe e.V. – Vereinschronik –«. Eine Dokumentation über zehn Jahre Vereinstätigkeit mit einer Liste der Mitglieder sowie der Spender und Leihgeber für das Ortsmuseum.

Norbert Hofmann: »Das Schwieberdinger Urbar von 1424«. Umfangreiche Arbeit mit ergiebigem Quellenverzeichnis über das 1424 von Albert Schultheiss, Vogt zu Markgröningen, und Heinrich Volland, Keller zu Markgröningen, erstellte Schwieberdinger Urbar. Es verzeichnet in knapper Form Zins und Gülten der Herrschaft Württemberg in Schwieberdingen und enthält einen Anhang mit den Zehnterträgen von 1412 bis 1419. Norbert Hofmann erläutert Entstehung und Gliederung des Urbars und gibt Anmerkungen zu inhaltlichen Schwerpunkten. Die Arbeit schließt mit einer Wiedergabe des Originaltextes samt Übersetzung.

Gudrun Vogt: »Der geteilte Flecken Schwieberdingen unter württembergischer und nippenburgischer Grundherrschaft im 16. Jahrhundert«. Die Besitzverhältnisse in Schwieberdingen Mitte des 16. Jh. waren dreigeteilt: Der größte Teil des Ortes befand sich in württembergischer und nippenburgischer Hand, ein kleiner Teil war kirchlicher Besitz. Anhand von württembergischen und nippenburgischen Lagerbüchern konnten rund 70 Wohn- und Hofstätten nachgewiesen, beschrieben und der Urkatasterkarte von 1831 zugeordnet werden.

Gudrun Vogt: »Rundgang durch den alten Ortskern von Schwieberdingen«. Der heimatgeschichtliche Rundgang enthält insgesamt 33 Stationen. Er beschreibt anhand eines Ortsplans Gebäude, die noch bestehen und vor Ort mit einer Informationstafel versehen sind, er erinnert aber auch an den Standort historischer Gebäude und Plätze, die heute nicht mehr vorhanden sind. Der Rundgang wird mit Bleistiftzeichnungen von Hans-Martin Nowak illustriert. *Günther Bergan*

Zur Geschichte der Georgskirche in Schwieberdingen. Kirche und Kirchgänger im Wandel der Zeit. Hg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Schwieberdingen, 1998, 165 S., zahlr. Abb.

Das Buch entstand anlässlich des 500jährigen Bestehens des Chores der Georgskirche. In dem Titelaufsatz von Gudrun Vogt wird anhand des vorhandenen Quellenmaterials nicht nur die Geschichte der Kirche von den Anfängen bis 1922, sondern auch die Geschichte der mit der Kirche verbundenen Menschen und des Dorfes beschrieben.

Die Anfänge der ursprünglich St. Peter und Paul geweihten Kirche liegen im dunkeln. Erste schriftliche Zeugnisse setzen mit dem Beginn des 14. Jh. ein: Der erste bekannte Kirchenherr ist Fritz von Nippenburg. Das bedeutendste bauliche Ereignis in der Geschichte der Kirche ist der Chor Neubau des Peter von Koblenz in den Jahren 1495 bis 1498 und der nachfolgende Anbau des Turmes. Nach abgeschlossenem Umbau wird die Kirche 1518 dem Hl. Georg geweiht. Die Kirche übersteht Pestzeiten, den Dreißigjährigen Krieg und die Franzoseneinfälle von 1693 ohne größeren Schaden. Sie erhält 1797 statt des baufälligen Spitzdaches das typische Kuppeldach auf dem Turm. 1850 wird eine neue Orgel eingebaut – das 1782 gebaute Erstlingswerk von Johann Eberhard Walcker, das bisher in der Dreieinigkeitskirche in Ludwigsburg gestanden hatte und nun für die Georgskir-

che erworben wurde. Der Aufsatz ist reich illustriert. Auf die kunsthistorische Bedeutung des Chores wird ausführlich eingegangen.

Die Zeit des Zweiten Weltkrieges wird von Elisabeth Müller und Hilde Faßnacht dargestellt. Die Amtszeit von Pfarrer Braun (1951–1971) und damit die Zeit der umfassenden Innenrenovierung (1962–1964) schildert Wilfried Link. Die zwischen 1980 bis 1997 erfolgten Außenrenovierungen werden von Gisela Pflugfelder beschrieben.

Am Schluß des Buches stellen sich die in der Kirchengemeinde tätigen Gruppen und Kreise vor. Im Anhang werden die an der Georgskirche tätigen Geistlichen, Mesner, Organisten und Kirchenpfleger chronologisch aufgeführt. *Günther Bergan*

Heinrich Raab: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, bearbeitet von Alexander Mohr. 1998, 1048 S. mit CD-ROM.

Die Revolution von 1848/49 war nur in wenigen Gebieten eine Massenbewegung, die breite Bevölkerungsschichten erfaßte. Baden gehörte ganz sicher dazu, und für Baden liegt nun endlich die äußerst umfangreiche Sammlung biographischer Daten von Revolutionären im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) vor, besser bekannt als die »Raabsche Kartei«. Eine erste Fundstellenkartei entstand im GLA bereits in den Nachkriegsjahren. In mehr als zwanzigjähriger Arbeit schuf Heinrich Raab daraus ein riesiges Zettelrepertorium und machte es damit erstmals möglich, personenbezogen in den Akten zu suchen. Doch mußte man dazu den Namen der gesuchten Person bereits kennen; der Benutzer konnte nicht gezielt nach Orten, Organisationen und Berufsgruppen suchen. Eine Vernetzung der Fakten war bei der Fülle an Material nur mit Hilfe der Datenverarbeitung möglich. Nach der Überarbeitung und Erweiterung durch Alexander Mohr ist die Raabsche Kartei nun einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

Rund 38500 Personen wurden im Zusammenhang mit der Revolution von den staatlichen Behörden erfaßt. Die Namen stammen aus den Teilnehmerlisten der Volksvereine, den Verzeichnissen der in Rastatt Gefangenen, Berichten der Posthalter über Abonnenten demokratischer Zeitungen usw. Veröffentlicht sind im vorliegenden Buch 5000 »wichtige« Revolutionäre; »wichtig« gemessen am politischen Engagement und an öffentlicher Funktion, sozusagen die Leute mit »Heckerdiplom«.

Die CD-ROM umfaßt eine Datenbank aller Personennamen. Sie macht eine gezielte Suche möglich nach Name, Wohnort, Amtsbezirk, Herkunftsland, Beruf, politisches Amt, Geburts- und Sterbeort. Zusätzlich lassen sich Beteiligte des Hecker- und des Struveaufstandes oder Mitglieder der Bürgerwehr und der Volksvereine ermitteln. Das Ergebnis kann sich der Benutzer ausdrucken lassen.

Die technischen Voraussetzungen sind als Minimum ein 486er PC mit 66 Mhz (besser aber ein Pentium), 8 MB RAM, 40 MB freier Festplattenspeicher, natürlich ein CD-ROM-Laufwerk und als Betriebssystem Win 3.x oder Win 95.

Der Aufruf des Programms ist einfach, dann aber wird der Benutzer zunächst ziemlich allein gelassen. Wie er z. B. in die anderen Bereiche des Bildes gelangt, von dem er immer nur einen Ausschnitt auf dem Bildschirm sieht, das erschließt sich erst durch Probieren. Sind die Anfangsschwierigkeiten überwunden, öffnet sich eine wahre Fundgrube für den Benutzer. Nicht nur Badener findet er in der Raabschen Kartei verzeichnet, sondern auch 536 Namen mit dem Herkunftsland

»Württemberg«; leider oft ohne Ortsangabe. Insgesamt 13 Orte aus dem heutigen Landkreis Ludwigsburg tauchen auf: Ludwigsburg (mit 8 Nennungen), Bissingen und Vaihingen (mit jeweils 3 Nennungen), Bönningheim, Ingersheim, Marbach (jeweils 2 Nennungen), Asperg, Erdmannhausen, Erligheim, Markgröningen, Möglingen, Mundelsheim, Neckarrems (jeweils 1 Nennung). Exemplarisch seien die kompletten Angaben zu einer Person zitiert: »Balz, Karl. H [= Herkunftsland]: Württemberg; W [= Wohnort]: Ludwigsburg. Im April 1848 war ein Konrad Balz aus Ludwigsburg Freischärler der »Deutschen Legion« der Pariser Arbeiter, dann als Gefangener im Spital in Lörrach (236/8519*: 31). Aus dem Gefängnis befreit (GAOK, 1848, S. 676). Wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen 1848 in Untersuchung (234/10199*: 92–95).«

In Klammern sind die Signaturen der betreffenden Bestände des Generallandesarchivs Karlsruhe bzw. des Staatsarchivs Freiburg angegeben, eine erhebliche Arbeitserleichterung. Bei der Fülle des Materials sind Fehler und Ungenauigkeiten wohl nicht zu vermeiden. So sucht man vergeblich nach Erdmannhausen, weil es – wie so oft von Ortsunkundigen – »Erdmannshausen« geschrieben wird.

Ein Lesefehler betrifft auch Ludwigsburg: Der Mechaniker Karl Gerger, am 3. Januar 1849 wegen Beteiligung am Heckeraufstand in Untersuchungshaft, dürfte identisch sein mit Karl Geiger, ebenfalls Mechaniker aus Ludwigsburg. Alles in allem ist es aber ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Archivare, Historiker, Heimatforscher und alle, die an diesem spannenden Kapitel der Landesgeschichte interessiert sind.

Erich Viehöfer

Albrecht Gühring: »Eine Zierde des schwäbischen Stammes«. Der Jurist Karl Georg von Wächter in seiner Geburtsstadt Marbach am Neckar. Marbach 1998 (Schöndrucke 4), 28 S.

Der 200. Geburtstag von Karl Georg von Wächter (1797–1880) war Anlaß für eine Reihe von Veranstaltungen. Den Auftakt machte im November 1997 ein Symposium an der Universität Leipzig, wo Wächter zuerst von 1833 bis 1836 und dann von 1852 bis zu seiner Emeritierung als einer der »mächtigsten Rechtsgelehrten seines Jahrhunderts« (Walter Jens) gelehrt hatte. Während seiner Tätigkeit in Tübingen gehörte er als Kanzler der dortigen Universität zum Abgeordnetenhaus. Daher wurde eine Ausstellung über Wächter zunächst in seiner Heimatstadt Marbach und dann im Landtag in Stuttgart gezeigt. Die Ausstellung wurde konzipiert und realisiert vom Marbacher Stadtarchivar Albrecht Gühring. Von ihm erschien in der Reihe »Schöndrucke« ein Heft über die engen Verflechtungen des Juristen mit seiner Heimatstadt. Der Verfasser würdigt dabei nicht so sehr den Rechtsgelehrten, sondern geht den familiengeschichtlichen Ursprüngen nach; der Vater nahm als Oberamtmann eine herausragende Stellung in Marbach ein. Die Kontakte Karl Georg von Wächters zu seiner Geburtsstadt rissen nie ab. Wächter lieferte einen bedeutenden finanziellen Beitrag für den Kauf des Marbacher Schillerhauses. Zur Erinnerung an einen der bedeutendsten Marbacher Bürger wurde im Dezember 1897 zum 100. Geburtstag die heute noch vorhandene Gedenktafel an seinem Geburtshaus (Strohgasse 5) angebracht. Viele Nachkommen von Wächter setzten die Familientradition als Juristen, Theologen und Politiker fort, so die Ururenkelin Ministerin a. D. Annemarie Griesinger und Ministerialdirigent a. D. Dr. Karl Römer.

Erich Viehöfer

Bildnachweis

- Braitmaier, Dietrich (Stuttgart) S. 150, 160 f.
Gemeindearchiv Benningen S. 186, 190
Hahn, Joachim (Plochingen) S. 57
Hauptstaatsarchiv Stuttgart S. 20, 48, 112, 114, Beilage
Sammlung Stadtmuseum Kornwestheim S. 144, 146, 149, 153, 155–158, 164–166,
168, 170
Staatsarchiv Ludwigsburg S. 63
Staatsarchiv Würzburg S. 14
Stadtarchiv Ditzingen S. 15, 18, 19, 25, 31
Stadtarchiv Heilbronn S. 71, 73, 75, 77, 117, 119, 129, 132
Stadtarchiv Ludwigsburg S. 52, 55, 69, 72, 83, 86, 94, 99, 103, 105, 108, 121–125,
128, 131
Stadtarchiv Marbach S. 176, 177, 193, 194
Städtisches Museum Ludwigsburg S. 81, 89–91, 111, 115, 127, 133, Umschlagbild
Württembergische Landesbibliothek Stuttgart S. 92



20: 21 4772, 52. 1991



L. divina misericordia Abbas et conventus Bebenhusen et ibidem quent omnibus presentia pagina in
 hactenus facta et orationes. He labantur memorie ea que sequuntur in tempore septi
 moinimine roborantur. Notum sit omnibus presentia scriptis inspicantibus quod nos
 per quendam bono empto a Gebehardo de Liehunsteyn facta in Bizinane litteram
 quam habuimus per eodem bono cum predicti Gebehardi fratres apud Rotelingi decedimus
 in hoc modum. quod nos duobus fratribus dicti. C. videlicet Swanegeyo. et B. xxvi. lib. halli dedimus
 et ipsi omni iure in idam bonum habito renunciantur. hoc addentes quod ipsi duo. idest
 Swanegeyo et B. essent obsides quod eorum fratres. tunc in eodem bono iure suo sibi re
 nunciaret. presentibus. C. advocato et Achalm. a. sculteto. harrhosario. balrone. waltho
 causidico. ebh de yre. vjr kollolino. hagenone. hainy kamario. hainy pcone.
 Acta sunt apud Rotelingi in die xxii. anno incarnationis domine. Indie prima.

